

Zur Ökonomie der »neuen« Kriege

Ungeheuer ist nur das Normale



Ungeheuer ist nur das Normale

Zur Ökonomie der »neuen« Kriege

medico Report 24

Impressum

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ungeheuer ist nur das Normale: Zur Ökonomie der »neuen« Kriege / [hrsg. von medico international. Red.: Anne Jung]. – Frankfurt am Main : Medico Internat.; Frankfurt am Main : Mabuse-Verl., 2002

(Medico-Report ; 24)

ISBN 3-935964-05-6

ISBN 3-923363-30-3

Herausgegeben von:

medico international

Obermainanlage 7

D-60314 Frankfurt am Main

Tel: (0 69) 9 44 38-0

Fax: (0 69) 43 60 02

eMail: info@medico.de

<http://www.medico.de>

Mabuse-Verlag GmbH

Kasseler Str. 1a

60488 Frankfurt am Main

August 2002

Redaktion Report: Anne Jung

Gestaltung: Ingo Thiel

Bilder: Lukas Einsele

Titelbild: Auf dem Weg zur Sprengung von Antifahrzeugminen. Luena, Angola.

Lektorat: jaxdruckvorstufe

ISSN 1430-9696

ISBN 3-935964-05-6 (Mabuse)

ISBN 3-923363-30-3 (medico)

Spendenkonto:

1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)

Mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Union

Inhalt

Einleitung <i>von Anne Jung</i>	6
Gewinner und Verlierer <i>von Klaus Schlichte</i>	8
Risiko Ressourcenreichtum <i>von Philippe Le Billon</i>	28
Zwischen Befriedung und Eskalation <i>von Thomas Gebauer</i>	50
Angola – Frieden ohne Perspektive? <i>von Peter Lock</i>	62
Die glänzenden Seiten des Krieges <i>von Anne Jung</i>	76
Von aller Welt verlassen? <i>von Amy Smythe</i>	94
»Gier« versus »Groll«? <i>von William Reno</i>	102
Konfliktverschärfung durch Drogenökonomie <i>von Dario Azzellini</i>	112
Der Söldner-Boom <i>von Boris Kanzleiter</i>	130
»Neue Kriege« und ihre Ökonomien <i>von Wolf-Christian Paes</i>	146
Begegnung mit der Mine <i>über den Fortografen Lukas Einsele</i>	165

Einleitung

Das Bild des Kannibalen kennt man aus Defoes Roman *Robinson Crusoe* und alten Berichten aus Afrika oder der Südsee; es schürt die Angst vor dem Wilden, dem Barbaren. Der portugiesische Schriftsteller Pedro Rosa Mendes reiste im Jahr 2002 ins ferne Angola und benutzte nach seiner Rückkehr ebenfalls den Begriff des Kannibalen, benannte damit aber die angolansische Regierung und deren Unterstützer wie Waffenhändler und Konzerne, die er verantwortlich macht für die katastrophale humanitäre Situation in diesem rohstoffreichen Land.

Tatsächlich hat die Regierung über Jahre hinweg wenig unternommen, den Krieg zu beenden, im Gegenteil: Sie lebte sehr gut vom Krieg und auch die gegnerische Kriegspartei konnte sich auf Kosten der Bevölkerung an den Rohstoffvorkommen bereichern – es gab für die Herrschenden keinen Anlass, die gegnerische Kriegspartei zu schlagen oder gar über Frieden zu reden. Der Krieg wurde bewußt in Gang gehalten, denn er ermöglichte es, in Ruhe den Geschäften nachzugehen, ohne sich über die katastrophalen Folgen für die Bevölkerung Gedanken machen zu müssen. Angola ist hier auch ein Platzhalter für andere Länder wie Afghanistan, Sierra Leone oder Kolumbien.

Die Folgen des Krieges erleben wir in unserer Projektarbeit vor Ort. *medico* unterstützt seit vielen Jahren die Menschen in Angola und zahlreichen anderen Ländern bei ihren Versuchen, inmitten des Krieges »Inseln der Zivilität« zu schaffen. In der vergessenen angolansischen Provinzhauptstadt Luena half *medico*, ein Rehabilitationszentrum für Minenopfer aufzubauen. Ein wagemutiges Projekt, in dem ein Team aus lokalen Mitarbeitern die Bevölkerung dabei zu unterstützen, einen Weg ins Leben zurückzufinden, auch wenn dieses im Krieg nur in Bruchstücken existiert. Denn über die Hälfte der Bevölkerung sind Flüchtlinge im eigenen Land, Entwurzelte, vom Krieg traumatisiert. Gründe genug, sich als Hilfsorganisation mit den Ursachen und Verursachern von Not und Krieg zu befassen. Zusammen mit internationalen Partnerorganisationen hat *medico* daher die Kampagne *Fatal Transactions* ins Leben gerufen, die über die Rohstoffausbeutung in den kriegszerrütteten Ländern in Afrika informiert und sich zum Ziel gesetzt hat, Konzerne zum Rückzug aus diesen schmutzigen Geschäften zu bewegen.

Gemeinsam mit der *Evangelischen Akademie Hofgeismar* und dem *Bonn International Center For Conversion* (*bicc*) veranstaltete *medico international* im Oktober 2001 eine internationale Tagung zur Ökonomie von Bürgerkriegen, um die Ursachen der Kriege zu beleuchten, die unterschiedlichen Akteure zu benennen und die eigene Rolle als Hilfsorganisation kritisch zu hinterfragen (vgl. dazu den Beitrag von Thomas

Gebauer in diesem Band). Der vorliegende Report dokumentiert die Ergebnisse dieser Tagung. Die Beiträge untersuchen die Reproduktionsmechanismen und Funktionsweisen von Kriegsökonomien anhand von Länderbeispielen wie Angola, Sierra Leone, Kambodscha und Kolumbien sowie entlang von Themenfeldern wie der Rolle von Söldnern, transnationalen Konzernen und Hilfsorganisationen.

Ganz herzlich sei an dieser Stelle Herrn Goldbach und Frau Lerner von der Evangelischen Akademie Hofgeismar für die Zusammenarbeit gedankt. Peter Lock war so freundlich, seinen Beitrag um eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung in Angola zu erweitern und eine erste Einschätzung des angolanischen Friedensprozesses zu wagen. Den weiten Weg vom Ende des Krieges zum (hoffentlich) stabilen Frieden werden wir mit unserer Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und bedanke mich im Namen von medico international ganz herzlich bei den Referentinnen und Referenten und all jenen, die mit lebhaften Diskussionen zum Gelingen der Tagung beigetragen haben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Jung'.

Anne Jung, medico international

Gewinner und Verlierer

Zu den Folgen von Bürgerkriegsökonomien

von Klaus Schlichte

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gab es zwei Wellen in der Interpretation des weltweiten Kriegsgeschehens. Mit der ersten, die vor allem unter dem Eindruck der Konflikte in der zerfallenden Sowjetunion und der Kriege in Jugoslawien stand, glaubte man im Begriff der »Ethnizität« oder des »Ethnonationalismus« die Schlüsselkategorie für die Erklärung bewaffneter Konflikte gefunden zu haben. Einige Vertreter dieser Richtung meinten gar, einen »dritten Weltkrieg« der Ethnien ausmachen zu können (Scherrer 1993). Diese Interpretationsrichtung sah sich einer wachsenden Kritik ausgesetzt und hat nur noch wenige Unterstützer.

Mit der zweiten Interpretationslinie wurde die ökonomische Seite der Kriege neu entdeckt. In den letzten fünf bis sechs Jahren erscheint in zunehmendem Maße Literatur zu den ökonomischen Interessen am Krieg und den sich verstetigenden Zusammenhängen von Gewalt und Ökonomie in Kriegen. Diese Interpretationslinie hat mittlerweile sogar die Weltbank als vielversprechend befunden, so dass auch sie auf diesem Gebiet eine ganze Serie von Studien begonnen oder in Auftrag gegeben hat.

Schon gibt es auch kritische Stimmen zu dieser Richtung (vgl. Marchal 2000). Die Kritiker bemängeln eine Vereinseitigung der Perspektive, die die ursächlichen Prozesse von Kriegen wie auch ihre innere Dynamik letztlich auf die ökonomischen Interessen reduziere. In einer Zeit, in der sich auch in den Wirtschaftswissenschaften ein Abrücken vom »homo oeconomicus« als Axiom der Analyse und Erklärung beobachten lässt, sei diese Vereinseitigung aufzuheben und um andere analytische Perspektiven zu erweitern.

In der Tat ist das wissenschaftlich interessanteste Phänomen sicher die Kombination beider Perspektiven. So wenig kulturelle Unterschiede direkt kriegsursächlich wirken, so wenig lassen sich Vorstellungen, Ängste und Erwartungen von Kriegsakteuren auf ihre ökonomischen Interessen reduzieren. Um zu verstehen, was in einem Krieg passiert, sind sicher beide Seiten – wenn nicht noch weitere – in die Interpretation zu integrieren.¹

Im Krieg selbst gelten andere Bedingungen. Ein erster, wichtiger Befund über Kriege der Gegenwart ist, dass diese Kriege gewissermaßen ihre Ursachen vergessen. Sie entwickeln eine Eigendynamik (vgl. Waldmann 1995; Genschel/Schlichte 1997). Das bedeutet natürlich nicht, dass die ursprünglich wirksamen Ursachen unwichtig würden. Gerade wenn es um die dauerhafte Beendigung eines Krieges geht, ist es selbstverständlich wichtig, diese Ursachen anzugehen. Während des Krieges aber geschieht auch einiges, das für die friedliche Regelung wichtig ist.

1) Für kriegsursächliche Prozesse, also Prozesse, die dem Krieg vorhergehen, ist das schon geschehen. Zum bislang überzeugendsten Versuch sei auf den »Hamburger Ansatz« der Kriegsursachenforschung verwiesen, vgl. Siegelberg (1994), Jung (1995) und auch Schlichte (1996).

Damit stellt sich die Frage, welche Art von sozialen Wandlungsprozessen sich in Kriegen beobachten lassen. Meine Einschätzungen dazu basieren auf fragmentarischem Wissen. Wie im Krieg soziale Zusammenhänge zerbrechen, wie sich neue konstituieren, wie sich weltwirtschaftliche Einbindungen auf das Kriegsgeschehen auswirken und sich im Krieg verändern, all dies ist von der vergleichenden Forschung bisher eher vernachlässigt worden. Im Folgenden sollen dazu ein paar grundlegende Ausführungen gemacht werden, ohne dass das Thema dabei umfassend systematisiert würde. Grundlage für die hier präsentierte allgemeine Sicht ist ein sehr erweitertes, soziologisches Verständnis des Ökonomischen, etwa im Sinne Max Webers oder Pierre Bourdieus.

Der erste Abschnitt soll zur Begriffsklärung beitragen: Was ist überhaupt »Kriegsökonomie« und wie unterscheidet sie sich von dem, was zu Friedenszeiten »Wirtschaft« genannt wird?

In einem zweiten Schritt wird dann der zentrale Mechanismus einer Kriegsökonomie skizziert: die Abwärtsspirale. Mit ihr steht der Titel dieses Beitrags in Zusammenhang: die Frage nach Gewinnern oder Profiteuren von Bürgerkriegsökonomien und nach Verlierern in diesen Lagen.

Im dritten und letzten Teil geht es um die Frage, wie Kriegsökonomien transformiert werden, was also nach dem Ende eines Krieges geschieht und was dabei mit den Gewinnern und Verlierern passiert.

Was bedeutet »Kriegsökonomie«?

Der Zerfall von Staaten und die Kriege in Somalia, Liberia oder Afghanistan sind zu einem der bedrückendsten Probleme der Weltgesellschaft geworden. Was die Ereignisse in diesen Ländern auszeichnet ist die Fortdauer eines Zustandes, von dem man nicht weiß, ob man ihn Krieg oder Frieden nennen soll. Irgendwo gibt es zwar eine Regierung, gleichzeitig aber wird auch anderswo gekämpft und die ganze Situation ist so instabil, dass diese Länder und ihre Nachbargebiete international als »No-go-areas« aufgefasst werden.

Was diese Länder verbindet ist, dass in ihnen ähnliche Prozesse stattgefunden haben: Ein wenig institutionalisierter Staat, der durch eine gewaltsame Rebellion herausgefordert wurde, hat sich im Verlauf des Krieges fast vollständig aufgelöst. Trotz nationaler und internationaler Bemühungen sind die Kriege nicht wirklich beendet, sondern dauern in unterschiedlichen Intensitätsgraden an. Wenn sich irgendwo im Land so etwas wie eine Herrschaft etabliert, dann ist diese gegenüber der Bevölkerung offen repressiv, gewaltsam und deshalb chronisch instabil.

Die spezifische soziale Konstellation, die sich da herausgebildet hat, wird gegenwärtig unter einem Begriff zusammengefasst: der »Kriegsökonomie«. In nahezu allen Kriegen der Gegenwart ist zu beobachten, dass die Kriegsparteien ihre materielle Basis in ökonomischen Formen und Praktiken finden, die sich soweit selbststän-

digen, dass sie zum unmittelbaren Hindernis für die friedliche Regelung der Konflikte werden. Unter den Bedingungen des Krieges bilden sich über die Grau- und Schattenzonen der Weltwirtschaft Einnahmequellen, die die Profiteure dazu veranlassen, jede Bemühung um eine Beendigung eines Krieges zu torpedieren. Eine »Kriegsökonomie« ist also ein sozialer Raum, in dem die Verteilung und Aneignung von Ressourcen gewaltgesteuert verläuft: Physische Gewalt wird eingesetzt, um Güter zu erlangen, um Chancen ihrer Veräußerung abzusichern und um Ressourcen zu generieren. Vier Eigenschaften kennzeichnen Kriegsökonomien in besonderer Weise:

Innere Expansion: In Kriegsökonomien sind nicht nur typische Kriegsgüter wie Waffen und Drogen von Bedeutung. Auch der unkontrollierte Export von Rohstoffen wie Tropenholz oder Diamanten oder die einfache Abschöpfung von Handelsgewinnen durch die Kontrolle bedeutsamer Außenhandelspunkte werden zu gewaltsam umkämpften Ressourcen. Immer mehr wird im Krieg zur Ware, noch der kleinste Gebrauchswert macht den Raub rentabel. Das für mich frappierendste Beispiel für diese Art innerer Expansion waren die umgesägten Strommasten in Liberias Hauptstadt Monrovia, die von ECOMOG-Soldaten (militärische Eingreiftruppe der westafrikanischen Wirtschaftsallianz) gefällt wurden, um die Stromleitungen abreißen und verscherbeln zu können.

Äußere Expansion: Kriegsökonomien haben die Eigenschaft, sich nicht auf ihren Entstehungskontext zu beschränken. Nicht nur in den kriegsbetroffenen Ländern selbst kommt es zu erheblichen Verwerfungen und zu hohen menschlichen Opfern. Flüchtlingsbewegungen, Schmuggel und andere über die Grenzen hinaus wirkende Folgen der Kriege destabilisieren ganze Regionen. Nicht nur in den genannten Fällen droht der Zerfall der politischen und sozialen Ordnung, auch benachbarte Staaten in die bewaffneten Auseinandersetzungen hineinzuziehen.

Informalisierung: Kriegsökonomien koppeln sich gewöhnlich an die Schattenseiten der Weltwirtschaft an. Diese Ankoppelung von Rebellengruppen und lokalen Machthabern an die nicht regulierten Bereiche des Weltmarktes stellt ein gravierendes Hindernis für die Beendigung von Kriegen dar, ohne dass dies in den politischen Bemühungen oder in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit zeitgenössischen Kriegen schon hinreichende Aufmerksamkeit erfahren hätte.

Entgrenzung: Wie unter dem Stichwort der äußeren Expansion bereits angesprochen, scheren sich Kriegsökonomien wenig um Grenzen; vielmehr wohnt ihnen eine Tendenz zur Aufhebung bekannter Grenzen inne. Für zeitgenössische Kriege gilt ohnehin, dass viele aus dem klassischen Kriegsbild bekannte Unterscheidungen nicht mehr oder immer weniger gelten. Eine »Front« als Kampfzone lässt sich oft ebenso wenig ausmachen wie der Unterschied zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten. Das gleiche gilt für die zeitliche Grenze zwischen Kriegs- und Friedenszeiten, denn Kriegserklärungen und Friedensverträge sind gleichermaßen selten geworden.



Minen, von Entminungsorganisationen entschärft

Abschließend muss betont werden, dass letztlich die Aufhebung der Grenzen auch für die Kriegsökonomie selbst gilt. Wir reden zwar von Kriegsökonomien als seien diese abgeschlossene Wirtschaftssysteme. Diese Redeweise ist aus analytischen Gründen sinnvoll, weil sie es erlaubt, den Blick vorerst auf einen Ausschnitt zu lenken und dessen innere Zusammenhänge zu studieren. In Wirklichkeit aber sind die Grenzen nicht so eindeutig. Das »System Kriegsökonomie« ist mit seiner Umwelt dicht verwoben. So wie die Schattenwirtschaft und die offizielle Wirtschaft mit Buchführung direkt aufeinander angewiesen sind, wie eine von der anderen lebt, so ist dies auch mit der Kriegsökonomie und der restlichen Weltwirtschaft. Kriegsökonomien sind keine isolierten Inseln des Unrechts, sondern Teil einer Weltwirtschaft, in der unterschiedliche Grade der politischen Kontrolle und der Gewalt wirken.

Wie unterscheiden sich Kriegsökonomien?

Am sinnvollsten lassen sich Kriegsökonomien danach unterscheiden, welche Güter in ihnen dominieren. Wie bereits erwähnt, sind in Kriegsökonomien nicht nur kriegstypische Waren wie Waffen und Drogen von Bedeutung, sondern auch relativ leicht abbaubare Rohstoffe wie Tropenholz, Diamanten und Erdöl. Auf geringerem Niveau können Kriegsökonomien auch auf der einfachen Abschöpfung von Handelsgewinnen beruhen. In diesen Fällen wird die Kontrolle von wichtigen Außenhandelspunkten umso bedeutender für die Kriegsakteure. In manchen Kriegsökonomien gibt es, ökonomisch gesprochen, nur Renteneinkünfte, wenn zum Beispiel die Überweisungen aus der Diaspora für einen hinreichenden Mittelzufluss sorgen.

Güter und Waren haben spezifische Eigenschaften, die sich unmittelbar auf die Wege und Weisen ihrer Produktion und ihres Absatzes auswirken. Damit ergeben sich mutmaßlich auch jeweils verschiedene Möglichkeiten, auf die Unterbrechung der inneren Dynamik solcher Kriegsökonomien hinzuwirken. Ich kann hier keine entwickelte Typologie vorlegen, mir scheint aber, dass dies einer der Punkte ist, an denen es sich am ehesten anzusetzen lohnt, wenn man die Möglichkeiten von »Interventionen« im weitesten Sinne abschätzen will.

Die Ökonomie zeitgenössischer Kriege

Man kann den Krieg in dem Sinne als System ansehen, dass in seinem Innern andere Regeln gelten als außerhalb des Gewaltraumes. Physische Gewalt setzt einfach andere Imperative. Sie betreffen die Zeithorizonte der Handelnden, damit ihr Investitionsverhalten usf. Im Krieg gilt der Vorrang des Kurzfristigen, der für die Politik überhaupt gilt, noch einmal verschärft. Diese Grundbedingung setzt einen Mechanismus in Gang: die »Abwärtsspirale«. Sie wirkt im Innern des Systems,

dessen Grenzen da liegen, wo die unmittelbare Drohung oder Praxis der Gewalt nicht mehr gelten. Abwärtsspiralen beruhen auf dem Bereicherungsmodus Raub (vgl. Rufin 1999: 27ff.); sie gehen aber auch dann weiter, wenn sich die Beziehung zwischen Räuber und Beraubten verstetigt, wie das in den Konstellationen der Fall ist, die in den Sozialwissenschaften »racket« genannt werden. Das sind, einfach gesagt, Schutzgelderpressungen oder vergleichbare Situationen.

Dieser Zusammenhang kann sich verselbstständigen. In der Weltgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich eine ganze Reihe von »gewaltoffenen Räumen« ausmachen, in denen sich über lange Zeiträume Zustände und Strukturen halten, die als Kriegsökonomien bezeichnet werden können. Die Verselbstständigung geschieht, indem Wirtschaft und Gewalt ein symbiotisches Verhältnis eingehen, das sich stabilisiert. Das funktioniert aber nur, wenn es gelingt, den Schwung der Abwärtsspirale zu verlangsamen oder ganz zu stoppen. Dass das auch in gewaltoffenen Räumen, in Kriegsgebieten möglich ist, zeigt die Entwicklung in Kolumbien.

Interne Dynamik und externe Einbettung

Um näher auf diese Mechanismen eingehen zu können, muss der Blickwinkel etwas erweitert werden. Die Abwärtsspirale beschreibt indes nur eine innere Dynamik. Sie lässt sich nur über externe Anbindung abfangen. Ein Beispiel dafür sind die bereits erwähnten Überweisungen aus dem Ausland. Sie erlauben es den Krieg fortzuführen – wenn auch mit geringer Intensität –, ohne dass der Kapitalstock einer Gesellschaft weiter absinkt. Genau die gleiche Wirkung hatte die Militärhilfe während des Ost-West-Konflikts.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nun sahen sich die zuvor von außen geförderten Krieksakteure gezwungen, neue Quellen aufzutun – interne wie externe. In den Beiträgen des Sammelbandes »Ökonomie der Bürgerkriege« ist dies in vielen Variationen nachzulesen. Und auch in diesem Band wird sicher einiges darüber zu lesen sein.

Was bedeutet eine Kriegsökonomie für die Betroffenen?

Wie sich ein solcher Krieg auf die soziale Schichtung einer Gesellschaft auswirkt ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, etwa von der Wirtschaftsstruktur, der Art und der Dauer des Krieges, den Verbindungen und Verflechtungen mit den Nachbarländern und den Weltmärkten, der Bevölkerungsverteilung und den Spezifika der sich herausbildenden Kriegsökonomie.

Die Menschen im Krieg haben, vereinfacht ausgedrückt, eine dreifache Wahl. Sie können fliehen, innerhalb des Landes oder ins Ausland, sie können zweitens warten und leiden und sie können drittens selbst zu Kriegsteilnehmern werden, indem sie sich einer der Parteien anschließen. Keine dieser drei Optionen verändert etwas an

den Tendenzen, die durch die Abwärtsspirale in Gang gesetzt werden. Dennoch gibt es in Kriegsökonomien auch Gewinner, und dabei handelt es sich nicht nur um externe Akteure.

Was bereits über die Vernichtung von Kapital gesagt wurde, ist natürlich nur eine ganz allgemeine Aussage. Wie sich Verlierer und Gewinner von Kriegsökonomien unterscheiden kann man erkennen, wenn man den Kapitalbegriff ein wenig auseinander nimmt. Dabei verwende ich eine Unterscheidung von Kapitalsorten, die der französische Soziologe Pierre Bourdieu entwickelt hat, allerdings in einem ganz anderen Kontext und zu völlig anderen Zwecken. Demnach gibt es drei Kapitalsorten, die über bestimmte Mechanismen untereinander tauschbar sind. Die Kapitalsorten sind im einzelnen:

- ökonomisches Kapital (das üblicherweise mit dem allgemeinen Begriff »Kapital« assoziiert wird)
- soziales Kapital (»Beziehungen« und Beziehungsfähigkeit)
- kulturelles Kapital (»Bildung«).

Untersucht man die Verteilung dieser Kapitalsorten und die Veränderung dieser Verteilungen in einer Gesellschaft, dann erhält man ein ziemlich präzises Bild der Sozialstruktur. Auf dieser Grundlage lassen sich dann Aussagen über die Entwicklungstendenzen bestimmter Personenkreise (mit spezifischer Kapitalstruktur) unter veränderten Bedingungen treffen.²

Die Verlierer

Zu den Verlierern gehören vor allem zunächst jene, deren Kapital in ihrer Arbeitskraft besteht. Es ist in erster Linie kulturelles Kapital, Bildung und Qualifikationen, das in den Kriegen der Gegenwart massiv an Wert verliert. Einige Beispiele machen dies deutlich:

a) Die *Staatsbediensteten*: Egal, wer den Krieg beginnt, ob es sich um einen rein innerstaatlichen Krieg handelt oder ob andere Staaten daran beteiligt sind – Kriege gehen immer zu Lasten des Staatshaushalts. Tendenziell werden andere als der militärische Teil des Staates im Krieg nach und nach ausgetrocknet. Das beginnt bei der Verwaltung, bei Bildungs- und Gesundheitsausgaben und dehnt sich auch auf eigentlich »kriegswichtige« Infrastrukturen wie Verkehrswege und Kommunikationslinien aus. Die betreffenden Staaten senken aber nicht nur die Investitionen in diesen

2) Was nun folgt, gilt nur für die Bedingungen eines innerstaatlichen Krieges. Zwischenstaatliche Kriege weisen ähnliche Tendenzen auf, aber die Mechanismen sind vermutlich andere. Die Forschung zu zwischenstaatlichen Kriegen »leidet« indes darunter, dass sich diese im Wesentlichen zwischen industrialisierten Staaten ereignen haben, die andere politische und wirtschaftliche Strukturen haben als diejenigen Staaten, in denen heute Bürgerkriege zu beobachten sind.

Bereichen, sondern auch die Personalausgaben. Die Löhne und Gehälter halten mit der rapide ansteigenden Inflationsrate nicht mehr mit. Deshalb zählen die nicht-militärischen Staatsbediensteten fast immer zu den Verlierern des Krieges, es sei denn, sie beteiligen sich in der ein oder anderen Form an dem, was wir »Kriegsökonomie« nennen – also etwa in Form von Schmuggel, informellem Handel, Veräußerung von Staatsbesitz oder durch Korruption.

b) Die *Lohn- und Gehaltsempfänger und Rentner*: Beide Gruppen leiden unter der Entwertung bestimmter Formen ökonomischen Kapitals, vor allem des Geldes. Der Grund hierfür ist die Inflation, die mit jedem Krieg einhergeht. In der BR Jugoslawien etwa sank der Umtauschwert des Durchschnittslohns zwischen 1992 und 1993, also innerhalb eines Jahres von 145 DM auf 15 DM. Verantwortlich dafür war eine Inflationsrate, die teilweise astronomische Höhen erreichte – in Jugoslawien im Dezember 1993 etwa 300 Millionen Prozent (Reuter 1994: 479).

c) *Flüchtlinge*: Nur für wenige ist die Flucht oder das Exil der Beginn eines Aufstiegs. Meist ist sie mit einem Verlust von Kapital aller Sorten verbunden. Qualifikationen werden verlernt, soziale Bindungen zerbrechen und zurückgelassene Werte werden geplündert oder vernichtet. Meist nur eine kleine Schicht kann ihr akkumuliertes kulturelles Kapital nutzen, um etwa im westlichen Exil im formellen Sektor Einkommen und Vermögen zu erlangen.

Eine andere Dynamik entfaltet sich in Flüchtlingslagern, denn dort ist der Druck auf die Gemeinschaften groß, die Hierarchien steil und Institutionen rigide. Was in diesen Kontexten stattfindet ist die Generierung von sozialem Kapital. Die räumliche Nähe und die dichte Interaktion sorgen für eine Vielzahl von Konflikten und Bindungen.

Die legalen Systeme schwacher (Gastgeber-)Staaten greifen nicht, informelle Institutionen der Flüchtlingsgemeinschaften etablieren sich (vgl. Crisp 2000), das Camp wird zur »totalen Institution«. Im Camp entstehen neue Konfliktlinien zwischen und innerhalb der Flüchtlingsgemeinschaften, die häufig gewaltsam eskalieren. Der Grad an sozialer Frustration ist hoch, Auswege gibt es keine. Die Suche nach illegalen oder vom Westen nicht gewünschten Alternativen ist aber verständlich. Nicht weil sie von sich aus militant sind oder weil sie unter Drogen stehen, sondern weil sie keine andere Lebenschance sehen, schließen sich junge Männer aus Flüchtlingslagern den Rebellenfraktionen an, deren Einfluss meist tief in die Flüchtlingslager hineinreicht. Natürlich kommen zum rationalen Kalkül, sich mit der Kriegsteilnahme auch ein besseres Leben, etwas Wohlstand und eine Zukunft zu schaffen, auch noch andere Motive. Hier wäre die Orientierung an traditionellem Kriegerhabitus zu nennen.³ Man kann die Entscheidung, zum Kriegsteilnehmer zu werden, aber auch in einem

3) Übrigens ist in fast allen Gesellschaften die Bewährung im Kampf eine Quelle von Ehre und Ansehen. Die deutsche Gesellschaft ist da keine Ausnahme, sondern langfristig historisch betrachtet sogar ein Extremfall (vg. Elias 1990).

weiteren Kontext sehen. Nicht die Liebe zur Gewalt und der berechnende Griff nach materieller Besserstellung sind für die Entscheidung ausschlaggebend, sondern der Wunsch nach Zukunft. Der französische Kollege Roland Marchal hat das den »blinden Sprung in eine geträumte Moderne« genannt (Marchal 1999: 174) und meinte damit, dass junge marginalisierte Männer sich von ihrer Beteiligung am Krieg mehr als Geld erhoffen. In der Wahl der Gewaltoption kann man auch einen Ausdruck für den Wunsch nach Partizipation, nach Geltung und Anerkennung sehen. Man könnte auch sagen: Diese Männer nutzen das wenige soziale Kapital, das sie haben, um an anderes heranzukommen. Dass sie wirklich zu den Gewinnern gehören werden, ist indes unwahrscheinlich.

Allgemein ist der Kreis der Verlierer groß und wächst im Krieg weiter. Im Krieg wird Kapital vernichtet, Karrieren knicken ab oder enden für immer, der Produktion gesellschaftlicher Werte werden Ressourcen entzogen. Die Zahl der Armen nimmt zu.

Es gibt aber auch Gewinner im Krieg, und das sind nicht alles Waffenhändler und »böse Menschen«. Ihre Zahl und das Wachstum ihres Reichtums stehen aber in keinem Verhältnis zu den gesamtgesellschaftlichen Verlusten.

Die Gewinner

Wer gehört zu den Gewinnern? Menschen und soziale Gruppen mit ganz bestimmten Merkmalen, die sich wiederum in den o.g. Begrifflichkeiten der unterschiedlichen Kapitalsorten beschreiben lassen. Sie lassen sich zudem als interne und externe Gewinner unterscheiden.

Für die Gewinner gilt, dass sie von der Wertsteigerung bestimmter Kapitalsorten profitieren. Das kulturelle Kapital der Gewaltkompetenz – wenn dieser Ausdruck auch in sich widersprüchlich klingt – ist natürlich hier als erstes zu nennen. Eine Wertsteigerung aber gibt es auch beim sozialen Kapital. »Verbindungen« oder Bindungsfähigkeiten werden in einer Kriegsökonomie überlebenswichtig. Auch dazu seien hier nur einige Beispiele genannt.

Zunächst zu den internen Gewinnern:

Zu den internen gehören die *Charismatiker*, von denen es zwei Sorten gibt. Die einen sind die militärisch Erfolgreichen. Denken könnte man hier an Charles Taylor und Prince Yormieh Johnson in Liberia oder an Yoweri Museveni in Uganda. Die anderen Charismatiker sind die religiösen, die zwar nicht militärisch aktiv sind, denen aber nach dem Zusammenbruch anderer Ordnungen eine herausragende Stellung zukommt, weil sie über symbolische Machtmittel verfügen. Das ist etwa der Fall bei

Mullah Omar in Afghanistan, (vgl. Doronsoro 2000: 304ff.). Diese Charismatiker stehen schnell vor dem Problem der »Veralltäglichen« ihres Charismas (vgl. Weber 1985), der Überführung ihres Ansehens in Herrschaft. Sie müssen demnach das ökonomische Kapital, das sie als Kriegsunternehmer anhäufen, möglichst bald und weitreichend in soziales Kapital ummünzen, um ihre Position zu stabilisieren.

Auch auf unterer Ebene gibt es interne Gewinner, die siegreichen *Kämpfer* – ist doch gerade die Aussicht auf höheren sozialen Status eines der Hauptmotive der Kriegsbeteiligung der jungen Männer. Hier lassen sich Beispiele in allen Kriegen finden. Meist wird die Teilnahme am Kampf kurzfristig mit der Übertragung von Kriegsbeute belohnt. Langfristig ist es die Teilhabe an der Macht, an Ämtern und Pfründen, mit der die Kombattanten zumindest der siegreichen Partei entlohnt werden.

Die dritte Gruppe bilden die *ökonomischen Kriegsgewinnler*. Das sind zum Beispiel Händler, auf die die Kriegsparteien angewiesen sind, um bestimmte Waren auf den externen Märkten loszuwerden oder um an bestimmte Dinge zu gelangen. Das soziale Kapital dieser Leute wird also erheblich wertvoller als zu Friedenszeiten, und darauf beruht ihr Gewinn. Ihr Hauptproblem im Krieg ist indes, dass militärische und politische Akteure versuchen, ihnen ihre Position streitig zu machen und sie auszuschalten, um selbst von den gewinnträchtigsten Teilen der Kriegsökonomie zu profitieren.

Bei der Gewinnergruppe der *inflationresistenten Besitzer* schließlich handelt es sich meist eher um relative Gewinne. Sie verbessern ihre Lage in Relation zu den Nichtbesitzenden. Landbesitz und Besitz an Produktionsmitteln übersteht Krieg eher als Geldbesitz und reine Arbeitskraft, zumindest solange es nicht infolge des Kriegs zu Enteignungen kommt. Diese Verschiebung der Vermögensstruktur ist eine Folge der Inflation, die in Serbien (Reuter 1994) ebenso wie im Libanon (Chami 1992) stattgefunden hat.

Es gibt schließlich eine Reihe von externen Kriegsprofiteuren. Dazu gehören zum einen die *verbündeten Staaten der Siegreichen*. Ihnen fallen Sicherheitsgewinne und gelegentlich auch ökonomische Vorteile zu. Schon während des Krieges profitieren ihre Ökonomien von den leicht abschöpfbaren Gewinnen aus dem Handel mit den Kriegsgebieten. Es kommt aber auch deshalb schlicht Geld ins Land, weil internationale Organisationen ihre Arbeit aufnehmen und sich eventuell Handelsströme günstig verschieben.

Zum zweiten profitieren vom Krieg auch die *internationalen Organisationen*, sowohl die von den Regierungen getragenen wie die NGOs. Sie profitieren in Form von Budgets, Jobs, Aufgaben und Organisationsmacht. Sie übernehmen zuhauf Aufgaben, die vormals dem Staat zufielen oder wenigstens zugeordnet waren, besonders im Bereich Gesundheit und Bildung.

(Dieser Zusammenhang gilt für die Wissenschaft übrigens in ähnlicher Weise, wenn auch noch vermittelt. Die Beschäftigung mit dem Thema Krieg für Sozialwissenschaftler in den vergangenen Jahren ziemlich beliebt geworden.)

Als dritte externe Gruppe gehören schließlich *einzelne Firmen und Individuen* zu den externen Kriegsprofiteuren. Das sind vor allem solche, die in den spezifischen Branchen tätig sind, zu denen die Exportwaren der Kriegsökonomien gehören. Der Gewinn dieser externen Akteure beruht darauf, dass die Kriegführenden ihnen Waren zum herabgesetzten Preis verkaufen, denn unter Kriegsbedingungen bleibt weder Zeit Kartelle und Preisabsprachen zu organisieren, noch durch Vorratshaltung oder Produktionsbeschränkungen den Preis hoch zu halten, wie dies bei vielen Rohstoffen zu Friedenszeiten möglich ist. Die Dringlichkeit der militärischen Situation erfordert vielmehr rasche und möglichst umfangreiche Verkäufe. Von dieser Situation profitieren die Abnehmer, die auf diese Weise Extragewinne realisieren können.

An diesem – unvollständigen – Panorama fällt auf, dass keine externen Verlierer genannt werden. Es ist jedoch auch nicht gleich offensichtlich, wer das sein könnte. Betrachtet man eine Kriegsökonomie jedoch in ihrer Gesamtheit mit ihrer Vorgeschichte und ihren Nachwirkungen wird das schon deutlicher. Man kann Kriegsökonomien als große Umverteilungsmaschinen betrachten, die nicht nur im Inland wirken. Das meiste, was nach dem Krieg an Schäden behoben werden muss und an Hilfe in eine Nachkriegsgesellschaft fließt, ist mit externen öffentlichen Geldern finanziert. In einer langfristigen, globalen Sicht folgen Kriegsökonomien also dem Muster »Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Kosten«. Mit Recht können Steuerzahler fragen, warum sie zur Behebung von Kriegsschäden beitragen sollen, wenn die Gewinner des Krieges nicht wenigstens zur Rechenschaft gezogen werden. Die internationale Gemeinschaft, oder genauer: die Steuerzahler, die die Politik dieser internationalen Gemeinschaft finanzieren, können in diesem Sinne als externe Verlierer von Kriegsökonomien bezeichnet werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Im Krieg werden bestimmte Kapitalsorten entwertet und andere erleben eine Steigerung der Profitrate: Kulturelles Kapital, also Bildung und berufliche Qualifikationen verlieren im Krieg rapide an Wert, soweit sie nicht unmittelbar militärisch verwertbar sind. Die einzige Qualifikation, die im Krieg in jedem Fall höheren Nutzen bietet als in Friedenszeiten, ist die Gewaltkompetenz.

Ökonomisches Kapital wird in großem Maßstab vernichtet. Nur bestimmte Sparten, etwa Extraktionsbetriebe (Stahl, Metalle allg., Energie, Exportrohstoffe) und die für den Unterhalt der militärischen Verbände nötigen verarbeitenden Industrien erleben eine Konjunktur.

Soziales Kapital wird im Krieg ebenfalls entwertet. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. »Beziehungen« können dann nützlich werden, wenn es sich um Beziehungen

zu wichtigen Kriegsakteuren handelt. Durch diese Beziehungen eröffnen sich wichtige Bereicherungschancen. Das richtige soziale Kapital schafft auch in Kriegsökonomien Gewinner.

All diese Veränderungen bedeuten, dass sich mit der Fortdauer des Krieges die soziale Schichtung, die Sozialstruktur einer Gesellschaft verändert. Je länger der Krieg dauert, desto tiefer greift dieser Wandel. Er kann »an der Spitze« zum Austausch der Eliten und »am Boden« der Gesellschaft zu neuen Gruppierungen und Häufungen führen.

Ausweg und Transformation

Alle Bemühungen Konflikte zu beenden, in denen sich Kriegsökonomien entwickelt haben, richten ihr Augenmerk zumeist auf die Probleme der Vermittlung zwischen den Kriegsparteien, die Ausgestaltung der politischen Ordnung nach dem Krieg und die humanitäre Hilfe für die Bewältigung der Kriegsfolgen, die durch eine Kriegsbeendigung möglich werden. Dies gilt für die politischen Bemühungen wie für ihre wissenschaftliche Begleitung und Analyse gleichermaßen. Die ökonomische Struktur, die in Bürgerkriegen entsteht und sich verfestigt, ist hingegen nur selten Gegenstand von politischen Bemühungen der Kriegsbeendigung und Friedensregelungen geworden. Diese Programme müssen noch geschrieben werden.

Der Effekt von Embargos: Kriminalisierung und Informalisierung

Was als Maßnahme zur Beendigung von Kriegen und der Austrocknung von Kriegsökonomien am häufigsten genannt wird, ist das Embargo, also der Versuch, die Ökonomie eines Landes von außen einer Kontrolle zu unterwerfen. Das Embargo als Sanktion führt jedoch dazu, dass nicht nur der Außenhandel, sondern auch die internen Märkte zusammenbrechen. Das hat natürlich negative Effekte unter anderem auf die Beschäftigung. Aber der politisch bedeutsame Effekt ist, dass die Unterversorgung der Bevölkerung und der Nachfrageüberschuss, der sich auf den Binnenmärkten ergibt, zu einer relativen Bedeutungssteigerung von sozialen Beziehungen führt, die nur teilweise ökonomischer Art sind. Damit wird eine weitere Wertsteigerung des sozialen Kapitals in Gang gesetzt.

In der Nachkriegssituation entstehen dadurch große Probleme, dass die Schattenwirtschaft unter den Bedingungen eines Handelsembargos einen Boom erlebt hat. Schwarzhändler, Kriminelle und alle möglichen Mittler und Organisierer haben Konjunktur und können sich Machtpositionen erobern, die sie nach dem Krieg nicht freiwillig räumen werden.

Damit geraten Menschen in Machtpositionen, die nach den gängigen modernen Begrifflichkeiten »Kriminelle« genannt werden müssen. Ihren Aufstieg verdanken sie den Bedingungen des Krieges, und sie sind in der Regel in der Wahl ihrer Mittel

nicht kritisch. Ihr Einfluss beschränkt sich ja nicht aufs Ökonomische. Gerade weil in den politischen und militärischen Positionen über die großen Ressourcenflüsse entschieden wird, greift der Einfluss der Schattenwirtschaft auf die Politik über.

Diese Kriminalisierung der Politik lässt sich indes nicht nur im Kriegsland, sondern auch in den Nachbarländern beobachten. Die inoffiziellen Sphären der Weltwirtschaft kümmern sich nicht um die Normen der offiziellen Weltwirtschaft und auch nicht um politische Grenzen. Die Nachfrage, deren Sättigung durch die Sanktionen verhindert werden soll, sucht ihre Erfüllung nun in den inoffiziellen Sphären der Weltwirtschaft.

Dabei wird die unmittelbare Umgebung des Kriegsgebietes zum wichtigen Sekundärmarkt, zum Umschlagplatz für alle – international geächteten und verbotenen – Transfers. Wenn dieser Tendenz keine großen Widerstände entgegenstehen, wo also kein kräftiger Staat die Einhaltung der Sanktionen durchsetzen kann und will, da weitet sich die Kriminalisierung aus. Das schließt meist den Einsatz von Gewalt ein. Deshalb lässt sich häufig eine Ausweitung eines innerstaatlichen Krieges auf die Nachbarländer beobachten. Die »Ringe«, die sich regional um solche Kriege legen wie in Afghanistan oder Liberia, zeigen wie nachhaltig diese Effekte sein können.

Im Grunde sollen Sanktionen den Krieg verkürzen, indem sie den Druck auf eine oder mehrere Kriegsparteien erhöhen. Zunächst aber machen sie den Krieg grausamer: der Mechanismus der Auszehrung greift schneller, aber unter mutmaßlich größeren Leiden der Bevölkerung, weil die Machthaber fast immer in der Lage sind, einen Teil der ihnen aus den Sanktionen entstehenden Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Am Sinn von Sanktionen kann mit guten Gründen gezweifelt werden. Sie haben meist nicht den erhofften Effekt, und wenn sie ihn doch haben sollten, sind die Nebenwirkungen so groß, dass sie die gewünschten Effekte wieder aufheben. Sie setzen, um wirklich effizient zu sein, eine intime Kenntnis der ökonomischen Strukturen und Zusammenhänge voraus. Sonst bewirken sie gerade in Kriegsökonomien etwas anderes als das Beabsichtigte. In den meisten Fällen sind diese Kenntnisse nicht vorhanden.

Eine Ausnahme gilt indes in diesem Zusammenhang für das Waffenembargo. Die Sperrung der Nachfrageseite der Kriegsökonomien – nämlich ihr Verbrauch an Waffen und Munition – ist sicher nützlich. Angesichts der Vielzahl der in der Welt zirkulierenden Kleinwaffen sind die Bemühungen um Waffenembargos jedoch von zweifelhafter Wirkung (vgl. Lock 2001).

Grundsätzlich aber scheint es sinnvoller, die Regulierung, Einhegung oder gar Austrocknung von Kriegsökonomien über die Kontrolle der internationalen Abnehmer her zu denken. Statt durch ein Embargo die Informalisierung weiter voranzutreiben,

ist es wahrscheinlich effizienter, in den Zonen politische Maßnahmen zu ergreifen, in denen politische Regulierung noch greift. Aber auch diese Maßnahmen wollen gut überlegt sein, damit es nicht zu unerwünschten Folgen kommt.

Kriegsökonomien wirken nach dem Ende der Kampfhandlungen über den Krieg hinaus. Angenommen, ein Krieg sei trotz aller ihm innewohnenden Eigendynamiken zu Ende gegangen; es wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der vielleicht im Großen und Ganzen eingehalten wird. Welche Probleme resultieren nun aus den Strukturen, die in einer Kriegsökonomie entstanden sind?

Gewaltmonopol und Nachkriegsökonomie

Was genau passiert, wenn Bürgerkriege zu Ende gehen, ist nicht besonders gut erforscht. Es ist allerdings bekannt, dass es eine Reihe von Problemen gibt, die dabei zu bewältigen sind. Diese Probleme sind nicht für alle Betroffenen dieselben. Je nach dem, wo man in der sozialen Hierarchie steht, sehen die Probleme anders aus. Auch hier gilt, wie so oft: Des einen Lösung ist des anderen Problem. Die Konflikte gehen nach dem Krieg unvermeidbar weiter.

Zeitgenössische Kriege haben die Besonderheit, dass in ihnen die Unterscheidung zwischen Kriegs- und Friedenszeiten undeutlich geworden ist. Zunächst einmal erschwert das Erbe der Kriegsökonomie die Etablierung eines neuen Gewaltmonopols. Die Wiedererrichtung eines staatlichen Gewaltmonopols, das noch dazu einer demokratischen Kontrolle unterliegt, ist aber die Minimalbedingung einer dauerhaften Nachkriegsordnung. In den meisten Fällen bleibt aber auch das schon ein fernes Ideal, denn Gewaltkompetenz zahlt sich bei fehlendem oder prekärem Gewaltmonopol immer noch aus. Nur wer selbst gewaltbereit ist oder aber in soziale Zusammenhänge eingefügt ist, in denen es auch gewaltkompetente Mitglieder gibt, hat eine ökonomische Chance.

Die Tendenz zur Privatisierung der Gewalt im Krieg ist nur schwer rückgängig zu machen.⁴ Die Gewaltordnungen, die im Gefolge von Kriegen entstehen – und übrigens auch viele, die dem Krieg vorhergehen –, beruhen auf unterschiedlichen Prinzipien der Gewaltorganisation, die von der Blutrache, dem »lex talionis«, bis zum kontrollierten Gewaltmonopol der staatlichen Organe reichen. Doch bis sich aus Kriegsgesellschaften ein demokratisch kontrollierter Staat entwickelt, der seine Sicher-

4) Die Dauerhaftigkeit dieser Refeudalisierung hängt zusammen mit einer allgemeinen Tendenz, der zur Herrschaft der Intermediäre (vgl. Schlichte/Wilke 2000): Nicht die Wiederholung des europäischen Staatsbildungsprozesses lässt sich in den Ländern der so genannten Dritten Welt beobachten, sondern eine Vielzahl von Formen, denen gemeinsam ist, dass sich unterschiedliche Herrschaftsbereiche herausbilden und überlappen und in denen jene Personenkreise eine herausgehobene Stellung erhalten, die zu mehreren Ressourcenarten privilegierten Zugang haben und so Machtmittel akkumulieren können.

heitsapparate unter voller Kontrolle hat, ist ein langer Weg zurückzulegen; kurzfristig ist das eine eher unrealistische Erwartung. In den Gesellschaften, in denen in den achtziger oder neunziger Jahren ein lange andauernder Krieg zu Ende ging, gibt es zumindest bis heute kein stabiles staatliches Gewaltmonopol, das sich tatsächlich auf das ganze Territorium erstreckt.⁵ Faktisch erhalten sich deshalb in Nachkriegsgesellschaften viele Strukturen und Machtpositionen, die sich im Krieg herausgebildet haben.

In allen Nachkriegssituationen gibt es also einen Nachklang der Gewalt. Es lösen sich Krieg und Frieden nicht über Nacht ab, sondern es gibt mehr oder weniger lange Zwischenzeiten, in denen nicht klar ist, wie es weitergehen wird, und in denen die Gewalt anhält, wenn auch auf vermindertem Niveau. Auch ohne umfassenden empirischen Beleg erweckt es, wenn man das Kriegsgeschehen nach 1945 verfolgt, den Anschein, dass diese »Nachklangsphasen« länger werden und sich verstetigen. Das Ende des Krieges bedeutet nicht das Ende der Gewalt. Statt dessen beobachtet man in fast allen Nachkriegssituationen eine Fortdauer der Gewalt, die auch weiterhin eine ökonomische Rolle spielt, sei es in der Form von Schutzgelderpressung, in der Einschüchterung von Konkurrenten oder in der organisierten gewaltsamen Aneignung bestimmter Güter und in anderen Formen dessen, was wir Kriminalität nennen. Diese Phänomene lassen sich in Liberia genauso beobachten wie in Georgien (vgl. Koehler 2000), in Uganda ebenso wie in Peru.

Diese Situationen ähneln denen vor dem Beginn eines Bürgerkrieges: Es ist unklar, ob es eine zentrale Staatsgewalt gibt, ob sich nicht Teile des Militärs oder anderer Sicherheitsagenturen verselbständigen haben. Gewalttaten sind häufig und können mit Hilfe staatlicher Organe nicht geahndet werden. Polizei und Justiz sind nicht funktionsfähig. Rechtssicherheit gibt es keine.

Diese Zustände können sich verstetigen. Gesellschaften können lange in diesen Übergangszonen zwischen Krieg und Frieden existieren. In manchen Gesellschaften schließlich ist der Einsatz physischer Gewalt normal geworden: Ein Gewaltmonopol des Staates wurde nie etabliert, die Lösung sozialer und persönlicher Konflikte durch den Einsatz von Schusswaffen ist zur alltäglichen Praxis geworden. Kolumbien ist so ein Fall (vgl. Kurtenbach 1999), wo für Männer zwischen 15 und 45 Jahren der Tod durch eine Pistolenkugel zur häufigsten Todesursache geworden ist. Hier wie in anderen Fällen hat die Bestimmung der Ökonomie durch gewaltsame Strategien sich so verfestigt, dass sie das Ende eines offenen Krieges überdauern. Gleichzeitig ist es nicht immer einfach, zwischen Siegern und Verlierern zu unterscheiden.

5) Die Errichtung eines Gewaltmonopols ist eigentlich die Voraussetzung für dauerhafte und demokratisch kontrollierbare Herrschaft. Diese Errichtung ist aber ihrerseits an komplexe Prozesse gebunden, auf die ich hier nicht weiter eingehen möchte; vgl. hierzu Schlichte (2002).

Was wird aus Siegern und Verlierern?

Man könnte nun eine Phänomenologie der Kriegsökonomie versuchen, indem man unterschiedliche Orte und unterschiedliche Sphären dieser Ökonomie darstellt, um zu sehen, welche Dynamiken sich dort entfalten. Denn so stark die Imperative der Gewalt auch in das soziale Leben hineinwirken, was sie bewirken, ist doch recht unterschiedlich und uneinheitlich.

Man könnte den Blick auf die Familie eines Händlers im Grenzgebiet des Krieges richten oder auf die Situation in einem Flüchtlingslager im Nachbarland und würde feststellen, dass es eine große Grauzone gibt, in der es nicht einfach ist zu sagen, bei wem es sich um einen Verlierer handelt und bei wem um einen Gewinner. Im Krieg und nach dem Krieg gibt es eine hohe soziale Mobilität. Aus Siegern können Verlierer werden und umgekehrt: Aus Flüchtlingen können Rebellen und später Präsidenten werden, wie im Falle des heutigen Präsidenten Ruandas, Paul Kagame. Aber siegreiche Militärs können auch den Tod finden, wenn sie Präsidenten werden, wie im Falle Jean Kabilas.

Doch auch in diesem beweglichen Feld, im Auf und Ab des gesellschaftlichen Lebens nach dem Krieg, gibt es Regeln oder wenigstens Regelmäßigkeiten. Nur zwei Mechanismen seien kurz geschildert:

1. Aus Kriegsprofiteuren werden langfristig Gewinner, wenn es ihnen gelingt, die Transformation vom militärisch-ökonomischen Verband zur Regierung durch zu führen. Die Profiteure einer Kriegsökonomie stehen nach dem Ende eines Krieges vor neuen Herausforderungen. Sie müssen das Mittel der Gewalt durch andere Herrschaftsstrategien ergänzen und langfristig ersetzen. Eine Strategie ist dabei das, was Antonio Gramsci »reziproke Assimilation« nennt. Die Kriegsprofiteure müssen sich mit den anderen neuen Machthabern zu einer neuen politischen Klasse verschmelzen. Um zu vermeiden, dass ihre im Krieg mühsam errungenen Positionen in der Etablierung einer Nachkriegsordnung von anderen übernommen werden, müssen sie sich Bündnispartner suchen, sie müssen »dazugehören«.⁶ Diese neue politische Klasse muss dann neue »Mechanismen sozialer Schließung« (Weber 1985) ausbilden, um ihre Chancen abzusichern. Ganz wesentlich ist dabei heute der Kontakt zur internationalen Gemeinschaft, allem voran zu den westlichen Gebern. Ein klares Beispiel, wie es den Kriegsgewinnern gelingen kann, sich die »internationalisierte Lösung« oder wenigstens Beendigung eines Krieges zunutze zu machen, ist der Fall

6) Ein aus der deutschen Geschichte prominentes Beispiel für solch eine Strategie ist die Geschichte Josef Neckermanns, des vormaligen »Reichsbeauftragten für Kleidung«, der die deutsche Wehrmacht für den Russlandfeldzug mit dem »Wendemantel« ausstattete. Nach dem Krieg verwandte Neckermann sein ökonomisches Kapital für die Gründung eines Versandhauses und kam als Olympiasieger im Dressurreiten und Sportfunktionär zu Ehren, vgl. »Nichts mehr möglich: Missmanagement bei Neckermann«, Manager-Magazin v. 28.8.2001.



Victor Ben Samutana und seine Familie, die vor der Minengefahr nach Luena, Angola geflüchtet ist.

Bosnien. Dort ist es den Kriegsgewinnern gelungen, ihre im Krieg errungenen Positionen dadurch zu sichern, dass sie mit den externen Interventen eine Allianz eingegangen sind (vgl. Pugh 2002).

2. Verlierer bleiben Verlierer je erfolgreicher die Sieger darin sind, den Verlierern die Kosten des Übergangs aufzubürden. Das ist ein schwieriger Balanceakt: Wenn nämlich die Kosten für die Verlierer zu hoch werden, dann steigt die Wahrscheinlichkeit einer Wiederaufnahme des Krieges. Die Belastung wird von den Verlierern schlicht als zu hoch empfunden, und damit steigt erneut die Kriegsbereitschaft. Das ist der grundlegende Zusammenhang für die Erklärung der Tatsache, dass viele »neue« Kriege dort beginnen, wo wenige Jahre zuvor schon ein Krieg stattgefunden hat. Dass es unter den Siegern Enttäuschte gibt, deren Erwartungen für die Zeit nach dem Krieg nicht erfüllt wurden und die deshalb auf eigene Faust einen neuen gewaltsamen Versuch starten, ist ein häufig zu beobachtendes Phänomen, das den »Revanche-Mechanismus« noch verstärkt.

Es ist deshalb für Kriegsgewinner geboten, die Verlierer nicht massiv zu übervorteilen, sondern ihnen Partizipations- und Aufstiegschancen zu bieten. In Nachkriegssituationen ist dies indes selten zu beobachten. Zu stark sind die Aspirationen der Gefolgschaften der Gewinner. Diese Gefolgschaften sehen nicht ein, warum sie als Teilhaber des Sieges am Ende schlechter dastehen sollen als die Verlierer.

Dies, so scheint es, ist auch eines der Hauptprobleme mit der Abhaltung von Wahlen nach dem Ende eines Krieges: Siegt die politische Formation der Kriegsverlierer, dann steigt die Kriegsgefahr wieder.

Literatur:

Balencie, Jean-Marc und Arnaud de La Grange (Hrsg.) 1999: *Mondes rebelles. Guerres civiles et violence politiques*, Paris.

Chami, Saade N. 1992: Economic Performance in a war-economy: The case of Lebanon, in: *Canadian Journal of Development Studies*, 8, 3, 325-336.

Crisp, Jeff 2000: A State of Insecurity: The political economy of violence in Kenya's refugee camps, in: *African Affairs*, 2000, N° 397, 601-632.

Dorronsoro, Gilles 2000: *La révolution afghane*, Paris.

Elias, Norbert 1990: *Studien über die Deutschen*, Frankfurt a.M.

Francois Jean und Jean-Christophe Rufin (Hg.) 1999: *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg

Jung, Dietrich 1995: *Tradition – Moderne – Krieg*, Münster-Hamburg

Koehler, Jan 2000: Die Zeit der Jungs. Zur Organisation von Gewalt und der Austragung von Konflikten in Georgien, Münster u.a.

Kurtenbach, Sabine 1999: Kolumbien: Politische Gewaltkultur, der Staat und die Suche nach Frieden, in: *Iberoamerikanisches Archiv*, 23, 3/4, 375-396.

- Marchal, Roland* 2000: Atomisation des fins et radicalisme des moyens. De quelques conflits africains, in: Critique internationale, n° 6, Winter 2000, 159-175.
- Lock, Peter* 2001: Kleinwaffen – eine Herausforderung für den Weltfrieden. SEF Policy Paper 17, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Pugh, Michael* 2002: Protectorates and the spoils of peace: intermestic manipulations of political economy in south-east Europe, in: Jung , Dietrich (ed.): The Political Economy of Intrastate wars, London: Routledge (i. Vorber.)
- Rashid, Ahmed* 2000: Taliban. Militant Islam, oil, and fundamentalism in Central Asia, New Haven, Conn.
- Reuter, Jens* 1994: Die Wirtschaftskrise der BR Jugoslawien. Reformen im Schatten von Krieg, Embargo und schleppender Transformation, in: Südosteuropa 43,8, 478-491.
- Scherrer, Christoph* 1993: Der Dritte Weltkrieg. Ethnizität und die Krise der Staaten, in: Der überblick Nr. 3, 1993, 29-33.
- Schlichte, Klaus* 1996a: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster: Lit
- Schlichte, Klaus* 1996: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika, Münster-Hamburg
- Schlichte, Klaus* 1998: Struktur und Prozess: Zur Erklärung bewaffneter Konflikte im nachkolonialen Afrika südlich der Sahara, in: Politische Vierteljahresschrift, 39. Jg., Heft 2, 261-281
- Schlichte, Klaus* 1998: Why States Decay. A preliminary assessment. Arbeitspapier 2/1998, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg
- Schlichte, Klaus* 2000: Staatsbildung und Staatszerfall in der »Dritten Welt«, in: Ders. / Siegelberg, Jens (Hrsg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Opladen (i.Ersch.)
- Schlichte, Klaus* 2002: State Formation and the Economy of Intrastate Wars, in: Jung , Dietrich (ed.): The Political Economy of Intrastate wars, London: Routledge (i. Vorber.)
- Schlichte, Klaus und Boris Wilke* 2000: Der Staat und einige seiner Zeitgenossen: Zur Zukunft des Regierens in der »Dritten Welt«, in : Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 7. Jg., Heft 2, 359-384.
- Schreiber, Wolfgang* (Hrsg.) 2000: Das Kriegsgeschehen. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Opladen
- Siegelberg, Jens* 1994: Kapitalismus und Krieg, Münster-Hamburg

Der Autor

Klaus Schlichte ist Leiter der Nachwuchsgruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« am Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Risiko Ressourcenreichtum

Ursache und Wirkung der »Neuen Kriege«

von Philippe Le Billon

Alle Kriege unterscheiden sich voneinander in Ursache, Verlauf und Ausgang. Diese Abweichungen resultieren aus Unterschieden in örtlicher Geschichte und Weltpolitik, wirtschaftlichen Bedingungen, individuellen Zielsetzungen und Form sowie Qualität der Regierung. Der Kampf um Entkolonialisierung und der Kalte Krieg sorgten allerdings dafür, dass viele Analysen sich auf externe und ideologische Faktoren konzentrierten. In dieser Hinsicht sind die 1990er Jahre von einem fundamentalen Wandel der Kriegsanalyse gekennzeichnet: örtliche und globale Faktoren wie die Globalisierung und Liberalisierung der Märkte erhielten mehr Aufmerksamkeit.

Die Untersuchung wirtschaftlicher Dimensionen nimmt in diesem »neuen Verständnis« von Konflikten eine wichtige Stellung ein (Jean/Rufin 1996; Le Billon 2000a). Die Gewichtung wirtschaftlicher Gegebenheiten in der Analyse von Konflikten hängt teilweise mit dem Ende des ost-westlichen Ideologiekonflikts zusammen, aber auch mit der zunehmenden Berücksichtigung der wirtschaftlichen Kosten eines Krieges sowie der neuen Bedeutung, die örtlichen wirtschaftlichen Ressourcen in der Finanzierung von Konflikten zukommt. Vier ökonomische Gesichtspunkte müssen dabei berücksichtigt werden:

- Die wirtschaftlichen Ursachen für Kriege: Während soziale Ungleichheit schon lange als ein Beweggrund für bewaffnete Konflikte anerkannt war, erhalten nun die Habgier der kriegsführenden Parteien und der wirtschaftliche Zusammenbruch von räuberischen Staaten längst verdiente Aufmerksamkeit.
- Die Kriegsökonomie: Produktion, Mobilisierung und Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen zur Unterhaltung von Konflikten (siehe *Tabelle 1*).
- Wirtschaftsstrategien für den Krieg: die willkürliche Schwächung bestimmter Gruppen durch wirtschaftliche Maßnahmen, z.B. durch Embargos, willkürliche Zerstörung der ökonomischen Infrastruktur oder gezieltes Plündern.
- Ökonomische Begleiterscheinungen des Krieges: unbeabsichtigte Kriegsfolgen, z.B. die Neuorganisation von Produktionssystemen, Verfall ausländischer Investitionen oder langfristige Entwicklungskosten.

Von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die ökonomischen Dimensionen von Krieg war die Einsicht, dass ein militärisch-politischer Sieg nicht das einzige Ziel von Kriegen sein muss, sondern dass sie den mächtigsten Gruppen auch als Vorwand dienen können, um materiell von einer bewaffneten Auseinandersetzung zu profitieren. Anders gesagt: Krieg muss nicht nur als Zerstörung und Verlust gesehen werden, sondern kann für bestimmte Gruppen auch profitabel sein (Keen 1998; Le Billon 2000b). Diese neue Sicht auf Kriege und ihre politische und wirtschaftliche Funktion führte zur Prägung des Begriffes der »politischen Ökonomie des Krieges«. Gemeint ist damit der Prozess, durch den bewaffnete Konflikte aufrechterhalten und Gewalt organisiert werden, um Macht, Reichtum und Armut zu schaffen und zu verteilen.

Tabelle 1

Typen der Kriegsökonomie

Staatliche Besteuerung
Strukturierte politische Gruppen, vorwiegend Staaten, organisieren die (quasi-) legale Besteuerung wirtschaftlicher Aktivitäten und mobilisieren Ersparnisse und Kredite.
Ausländisches Bündnis
Bewaffnete Gruppen erhalten Hilfe von Fremdstaaten, wie z.B. Geldmittel, Waffen oder militärische Zufluchtgebiete entlang der Grenze.
Freiwillige Unterstützung durch die Bevölkerung
Große bewaffnete Gruppen erhalten Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung oder im Ausland lebende Anhänger dank enger Bindungen und politischer Unterstützung.
Handelstätigkeit
Bewaffnete Gruppen gewinnen militärische Kontrolle über wirtschaftlich profitable Gebiete, wie beispielsweise natürliche Ressourcen und Handelsnetze.
Veruntreuung humanitärer Hilfe
Internationaler Schutz und Hilfsgüter für die Bevölkerung nutzen ungewollt den bewaffneten Gruppen, da diese Hilfslieferungen plündern und Waffenruhen, Flüchtlingslager und humanitäre Korridore missbrauchen.
Raub
Bewaffnete Gruppen machen sich sowohl die örtliche Bevölkerung und im Ausland lebende Anhänger als auch andere wirtschaftliche Akteure durch Gewalt, Plünderung und Zwangsarbeit dienlich.

Kriegsökonomien, die auf natürliche Ressourcen gestützt sind, spielen nun in der Analyse von politischen Ökonomien des Krieges eine wichtige Rolle (Collier 2000; de Soysa 2000; Le Billon 2001a).

Erstens: Mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen wirtschaftlichen Unterstützung durch ausländische Sponsoren gegen Ende der 80er Jahre kam den wirtschaftlichen Ressourcen, insbesondere – sofern vorhanden – den natürlichen Ressourcen der kriegsführenden Parteien eine Schlüsselrolle zu. In Ländern wie Angola oder Kambodscha entdeckten sowohl Rebellengruppen als auch die Regierungen Edelsteine, Holz und Erdöl als neue Einkommensquellen, um ihre Auseinandersetzungen fortzuführen. Da die Kriegsparteien nicht länger auf ideologisch motivierte Unterstützung zählen konnten, mussten sie zunehmend Geschäftssinn

beweisen, um ihre Kriegsökonomien profitabel zu machen. Damit schienen gewaltsame Auseinandersetzungen auch eher aus wirtschaftlichen als aus politischen Gründen geführt zu werden (Berdal/Malone 2000). Neue Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo, Liberia und Sierra Leone verstärkten das Modell eines Krieges, der von Gier motiviert und durch Handel aufrechterhalten wurde (Dietrich 2000). Dieses Modell wurde jedoch dadurch in Frage gestellt, dass man jetzt auch das Konzept einer »Krise der Jugend« anerkannte, deren Unmut sich gegen Misswirtschaft und Korruption richtete (Richards 1996).

Zweitens: Die Bedeutung von natürlichen Ressourcen für die Kriegsführung deutete auch auf die Rolle von Ressourcenabhängigkeit – d.h. Abhängigkeit von staatlichen Einnahmen aus dem Rohstoffexport – als Konfliktursache hin. Rebellionen brachten den Unmut verarmter Bevölkerungen zum Ausdruck und veranschaulichten die Schwäche korrupter rohstoffabhängiger Regime (Leite/Weidmann 1999; Reno 1998; Ross 2001). Staaten, die wirtschaftlich von natürlichen Ressourcen abhängig sind, sind dem erhöhten Risiko eines fortgesetzten Krieges ausgesetzt. Natur an sich verursacht keine Kriege, sondern die institutionellen Prozesse, die ihr den Status einer wertvollen »Ressource« verleihen und sie verwalten. Die Gier politischer Akteure und Nachbarstaaten oder der Unmut entmündigter Gruppen hat in rohstoffreichen Ländern oft gewaltsame Auseinandersetzungen um die Kontrolle über Ressourcen ausgelöst. Die statistischen Belege für die Tatsache, dass Staaten, die wirtschaftlich von Primärstoffen abhängig sind, einem erhöhten Kriegsrisiko ausgesetzt sind, lässt sich durch den Verweis auf Einzelfälle untermauern (Collier 2000). Separatismus in Aceh, Bougainville oder Biafra, die versuchte Annektierung von Kuwait oder der Demokratischen Republik Kongo, die anhaltenden Rebellionen in Angola, Burma oder auf den Philippinen, gewaltsame Forderungen nach politischer Veränderung in Algerien oder Venezuela haben alle eine Dimension, in der die Kontrolle über Ressourcen eine Rolle spielt.

Auch der radikalislamische Terrorismus, der unlängst die Vereinigten Staaten heimgesucht hat, dürfte wohl in gewissem Ausmaße mit der Erdölfrage zu tun haben: durch die amerikanische Präsenz im Mittleren Osten, durch Kritiker von Korruption und Misswirtschaft in einigen der arabischen erdölproduzierenden Länder und als Teil der finanziellen Unterstützung für Terrorgruppen. Obwohl in Algerien politische Motive vorherrschten, ließ sich auch hier eine Verbindung zwischen dem politisch-militärischen Regime, den demokratisch gewählten islamischen »Fundamentalisten« und Einkommen aus Erdöl- und Erdgasexporten belegen (Müller-Mahn 1995). Einerseits wurde der Unmut der Bevölkerung gegenüber dem Regime überwiegend mit dessen Misswirtschaft, sichtbar an sinkenden Exporteinkommen durch Erdöl und Erdgas, in Verbindung gebracht, andererseits zögerte die algerische Oligarchie, ihre Macht an den Wahlsieger, die islamische Partei, abzugeben, da sich die Hauptquelle des Reichtums aus den staatlich kontrollierten Erdöleinnahmen speiste.

Die Bedeutung, die natürliche Ressourcen und wirtschaftliche Motive allgemein erhalten haben, passt gut zur Abwertung der politischen Ideologien, die mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem angeblich daraus folgenden »Ende der Geschichte« assoziiert werden. Selbst der wachsende Nationalismus und Radikalismus konnten mit dem »Gier-Motiv« als politisches oder religiöses Unternehmertum mit wirtschaftlich motivierten Gewalttaten dargestellt werden, wie zum Beispiel in Algerien, Bosnien oder Kolumbien. Wenn auch allzu sehr vereinfacht, so hilft die Deutung von Krieg als von Gier motiviert, zuvor vernachlässigte Gründe und Funktionsweisen von Rebellion und Oppression offen zu legen. Außerdem führt sie zu neuen Wegen der Konfliktbeilegung. Allerdings würde es zu weit führen, bewaffnete Konflikte auf Grund des Gier-Motives als vollkommen entpolitisiert zu betrachten. So wie auch schon das Argument, dass Ressourcenknappheit wie beispielsweise Frischwasser- oder Kulturfächenmangel durch eine Mischung von Wettbewerb und Unmut zu Krieg führen kann (Homer-Dixon 1999), so muss auch der Gedanke, dass Krieg zunehmend durch den Griff nach Ressourcen verursacht und angetrieben wird, sorgfältig untersucht und eingegrenzt werden.

Bewaffnete Konflikte und natürliche Ressourcen

Viele Staaten, deren (Kolonial-) Geschichte und Reichtum an natürlichen Ressourcen sie in anhaltende Abhängigkeit von eben diesen Ressourcen geführt haben, sehen sich mangelhafter Staatsführung und einer größeren Anfälligkeit für Wirtschaftsschocks ausgesetzt. Der Kontrast zwischen Reichtum an natürlichen Ressourcen und dem Anschein von »schnellem Geld« auf der einen und der alltäglichen Armut – sei es die eigene oder die der »Gemeinschaft« – auf der anderen Seite kann sowohl Habgier als auch Groll verschlimmern. Im Zusammenhang mit Bemühungen oder Einrichtungen, die eine »gerechte« Verteilung definieren wollen, wird die Opposition gestärkt durch die Schwäche, die das Regime aus der Korruption hat. Die Mischung von Gier und Groll – Neid und Unmut – politischer Akteure und entmündigter Gruppen bietet genug Motivation, um die Regierung wegen ihrer scheiternden Wirtschaft herauszufordern. Anders gesagt: Der korrumpierende Effekt von Einnahmen aus natürlichen Ressourcen kann ursächlich zu einem Zusammenbruch der Regime und zu Rebellion führen.

Natürliche Ressourcen bieten Gelegenheit zu staatlicher Misswirtschaft, Rebellion und ausländischer Einflussnahme, wobei alle drei oft miteinander in Zusammenhang stehen. Diese Verbindung ist allerdings nicht systematisch. Rohstoffreiche Staaten wie Botswana oder Norwegen werden nicht von Konflikten geplagt; ebenso wenig sind alle kriegsführenden Parteien für ihren Kampf auf natürliche Ressourcen angewiesen. Geschichte, politische Kultur, Institutionen und die Verhältnisse in den Nachbarregionen sind nur einige der Faktoren, die in dieser Hinsicht eine Rolle

spielen. Trotz der großen Bedeutung der jeweiligen Umstände sind jedoch Muster erkennbar, die einen Einfluss auf ganze Regionen ausgeübt haben. Drei Hauptfaktoren werden hier kurz vorgestellt, um diese Muster zu erklären.

Zum ersten übt Ressourcenabhängigkeit einen *verzerrenden Einfluss* auf Wirtschaft und Politik aus, Bevölkerungen verarmen und Staaten werden geschwächt. Kurz gesagt, die Folgen eines dominierenden Primärsektors, wie zum Beispiel des Erdöls in Nigeria, bringen für Staatsführung und wirtschaftliche Entwicklung oft politische Zerstrittenheit und Korruption sowie auch geringes Wirtschaftswachstum mit sich. Das führt potenziell zu einem konfliktgeladenen Umfeld, das mit unsicherer Hand von einer Regierung mit fraglicher Legitimität kontrolliert wird.

Aus wirtschaftlicher Perspektive betrachtet führt Ressourcenabhängigkeit zu geringer Wirtschaftsleistung und hoher Anfälligkeit für sprunghafte Preisschwankungen (Auty 2001; Ross 1999; Sachs/Warner 1995). Die Wirtschaft rohstoffreicher Länder kann von der »holländischen Krankheit« geplagt werden, wenn die Landeswährung wegen größerer Ausfuhereinkommen aufgewertet wird, während die rohstoffunabhängigen Sektoren wegen Investitionen in den Rohstoffsektor schrumpfen. Diese Tendenz kann mit wertschöpfenden Aktivitäten gepaart sein, die mit dem Rohstoffsektor in Zusammenhang stehen und höhere Gewinne als Fertigungsindustrie und Landwirtschaft bieten – so zum Beispiel die Manipulation von Devisen, Importen, Staatshaushalt und Subventionen. Versucht die Regierung, den rohstoffunabhängigen Sektor ihres Landes durch Subventionen zu unterstützen, vernachlässigt sie in der Regel zugleich die langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Übertrieben optimistische Vorhersagen zum Rohstoffumsatz und die Verwendung erwarteter Einkommen als Sicherheit für Kredite führen oft zu hohen Schulden, welche nur schwer zurückgezahlt werden können, falls der Rohstoffpreis einbricht. Korruption und die Verwendung von Steuereinnahmen für Rüstung und die Interessen örtlicher Wählergruppen haben einen zusätzlichen negativen Effekt. Solange es an einer effektiven Finanzpolitik zur Umverteilung mangelt, führen diese ungünstigen wirtschaftlichen und institutionellen Eingriffe zu hoher Armut und starken Einkommensunterschieden, während sich der Einsatz des Staates, bei dem die Kontrolle über Rohstoffeinnahmen auf dem Spiel steht, erhöht.

Aus politischer Perspektive betrachtet üben Rohstoffeinnahmen Einfluss auf die Staatsführung aus, indem sie der politischen Führung die klassischen Mittel zum Machterhalt zur Verfügung stellen: Sie helfen, ein Regime aufzubauen, das auf einem System basiert, welches Anhänger belohnt und Gegner bestraft (Bates 1981). Rohstoffreichtum erlaubt es Herrschern, ihre Macht unabhängig von ihrem Rückhalt in der Bevölkerung und von einem effizienten bürokratischen Apparat zu konsolidieren. Stattdessen können sie einen repressiven Sicherheitsapparat unterhalten und sich damit begnügen, einen engen Kreis von Kollaborateuren zu belohnen, da die Rohstoffe die Notwendigkeit eines breitgefächerten Steuersystems, wie es nor-

malerweise in diversifizierten Wirtschaften zu finden ist, überflüssig macht. Als Alternative können Rohstoffeinnahmen ein populistisches Regierungsprogramm finanzieren, das einen Großteil der Bevölkerung klientelisiert, wie dies in vielen der erdölreichen kleinen Golfstaaten oder in Brunei der Fall ist. Wenn die Bevölkerung oder Interessengruppen von der Regierung nur gering oder gar nicht besteuert werden, wird sie der Mangel an Verantwortlichkeit, Legitimität und der geringe repräsentative Charakter des Regimes weniger bekümmern als dies bei hoher Besteuerung der Fall wäre. Solange Rohstoffe ausreichende Einnahmen garantieren können, gibt es für die politische Führung wenig Anlass, eine diversifizierte Wirtschaft aufzubauen, die durch alternative Quellen wirtschaftlicher Macht die politischen Gegner stärken könnte. So gesehen können Rohstoffeinnahmen bewusst dazu gebraucht werden, die Entstehung einer Opposition zu verhindern (indem z.B. die Herausbildung einer von Rohstoffeinnahmen unabhängigen Mittelklasse erschwert wird). Das Risiko einer heimischen politischen Konkurrenz kann außerdem gering gehalten werden, indem die Ausbeutung des Rohstoffsektors an ausländische Firmen zum Beispiel durch Privatisierung abgegeben wird. Eine solche Maßnahme bietet zudem den Vorteil, internationale Finanzinstitutionen zufrieden zu stellen und externe politische Unterstützung zu konsolidieren (Reno 1998).

Zum zweiten sind Rohstoffgewinnung und Einkommensverteilung selbst höchst politisierte und *konfliktgeladene* Aktivitäten (Peluso/Watts 2001). Die Verarbeitung von Naturressourcen zu Handelsgütern ist ein zutiefst politischer Prozess, zu dem die Bestimmung von Eigentumsrechten, die Organisation von Arbeit und die Verteilung von Kosten und Gewinnen einschließlich Umweltfaktoren (z.B. Umweltverschmutzung) gehören. Obwohl dieser Prozess auch friedlich und kooperativ verlaufen kann, stellt er sich doch oft als konfliktgeladen heraus. Das Konfliktpotential wird durch die strenge ökonomische und politische Kontrolle der regierenden Elite über den dominanten Rohstoffsektor noch gesteigert, da wenig Möglichkeit besteht, ohne Förderung durch den Staat zu Wohlstand und Ansehen zu kommen, besonders im Fall von Mineralienexporteuren. Mit der zunehmenden Macht- und Wohlstandsdiskrepanz zwischen Regierenden und Regierten wächst auch die Frustration marginalisierter Gruppen, die bald politischen Wandel als einziges Mittel zur Befriedigung ihrer Ansprüche oder als Ausdruck ihrer Unzufriedenheit sehen. Solche Gruppen können konkurrierende Eliten mit einschließen, wie beispielsweise marginalisierte Politiker oder Offiziere sowie entmündigte Gruppen, wie beispielsweise arbeitslose Jugendliche und Kleinkriminelle – zumeist jedoch Teile dieser drei Spektren. In Sierra Leone trugen die Übernahme der Diamantenminen durch Vertraute des Präsidenten und die daraus resultierende wirtschaftliche Marginalisierung junger Männer zur Entstehung der RUF-Rebellenbewegung (Revolutionary United Front) bei. In Ermangelung eines breiten politischen Konsens⁴, schwerlich allein durch Repression und eine begrenzte Neuverteilung von Einnahmen zu erreichen, wird

Gewalt für einige dieser Gruppen zum wichtigsten, wenn nicht einzigen Weg zu Wohlstand, Macht oder einfach zum Überleben. Rohstoffreiche Länder neigen also dazu, ausbeuterische Regierungen hervorzubringen, die nur partikularistischen Interessen dienen, was das Risiko gewaltsamer Konflikte erhöht. Selbst Regierungen, die ihrer Bevölkerung wohlgesonnen sind, opfern oft eine kohärente Wirtschaftspolitik, die auf langfristigen Erfolg abzielt, einer kurzfristigen Linderung sozialer Spannungen, was häufig zu unwirtschaftlichen Investitionen und geringem Wachstum mit den eben genannten Konsequenzen führt (Auty 2001).

Zum dritten werden Konflikte dadurch erleichtert, dass Bodenschätze leicht Wegezöllen und Plünderung ausgesetzt sein können. Diese *Anfälligkeit für Plünderung* ist teilweise darauf zurückzuführen, dass Naturressourcen oft sowohl Regierungen als auch Rebellen leicht zugänglich sind – und das mit einem Minimum an bürokratischer Infrastruktur. Außerdem spielen auch natürliche Gegebenheiten und die geographische Lage der Ressourcen in Konflikten eine entscheidende Rolle. Die zur Rohstoffgewinnung notwendigen Aktivitäten sind zu einem höheren Grad als andere wirtschaftliche Aktivitäten örtlich gebunden. Die Gewinnungsorte und Transportrouten der Rohstoffe sind folglich leicht zu kontrollieren. Im Gegensatz zum Herstellungsgewerbe und in gewissem Maße zur Landwirtschaft können Aktivitäten zur Rohstoffgewinnung nicht den Standort wechseln. Zwar können sich Firmen in der Rohstoffindustrie dazu entscheiden, nicht zu investieren oder sich von ihren derzeitigen geschäftlichen Tätigkeiten zurückzuziehen; normalerweise arrangieren sie sich aber mit den jeweiligen Machthabern, um den Zugang zu den Rohstoffen und ihre Investitionen zu sichern – angefangen bei ein paar Dollar für die Weiterfahrt an einer von Rebellen kontrollierten Straßensperre bis hin zur Zahlung von mehreren Millionen Dollar als Konzession an die kriegsführenden Parteien. Je höher das Vorkommen wertvoller Rohstoffe an der Peripherie der staatlichen Kontrolle und je höher deren Anfälligkeit für Plünderung, desto größer die Wahrscheinlichkeit eines langanhaltenden Konflikts.

In dieser Hinsicht können Ressourcen relativ *nah* oder *fern* sein, sowohl im Hinblick auf ihre räumliche als auch ihre soziale Position. Darüber hinaus können *örtlich begrenzte* und *örtlich gestreute* Ressourcen unterschieden werden (Auty 2001). Erstere sind an einem Ort konzentriert und schließen hauptsächlich Ressourcen ein, die durch Bergbau gewonnen werden. Letztere sind über weitere Gebiete verteilt und schließen vornehmlich Ressourcen ein, die von land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Industrien gewonnen werden. Abgesehen von den rein physischen Aspekten der räumlichen Konzentration kann die Gewinnungsweise auch die sozialen Aspekte dieser Konzentration bestimmen.

Dies lässt sich am Beispiel von Angola verdeutlichen: Hätte die Rebellengruppe UNITA das Offshore-Öl kontrollieren wolle (normalerweise eine nahe und örtlich begrenzte Ressource), hätte sie den Staatsapparat kontrollieren und die Anerkennung

der Erdölgesellschaften erlangen müssen (Le Billon 2001b). UNITA konnte nicht einmal den Erdöleinnahmen der Regierung wesentlich schaden, da die Ölfelder überwiegend vor der Küste lagen. In ähnlicher Weise hätte sich die Regierung den alleinigen Zugang zu einem ausgedehnten Gebiet sichern müssen, wenn sie die Kontrolle über alle Vorkommen an Flussdiamanten (in Angola eine ferne und örtlich gestreute Ressource) hätte gewinnen wollen. Während die großen Diamantenminen in einer einzigen Provinz (Lunda Norte) konzentriert sind, können Flussdiamanten in vielen Flüssen gefunden werden, die sich über riesige Buschland-Gebiete erstrecken, was Guerilla-Aktivitäten begünstigt. Wären Diamanten nur in Kimberlit-Schloten gefunden worden, wie beispielsweise in Botswana oder im Meeresbett an der Küste wie in Namibia, wäre der Zugang zu Diamanten für die UNITA schwierig, wenn nicht gar unmöglich gewesen.

Ressourcenbedingte Konflikte und Kriegsökonomien

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Ressourcen die Art der gewaltsamen Auseinandersetzung beeinflussen, die notwendig ist, um politische und wirtschaftliche Ziele zu erreichen. Wenn auch eine zweidimensionale Interpretation bewaffneter Konflikte angesichts derer Mehrdimensionalität eindeutige Grenzen und Einschränkungen hat, so stellt *Tabelle 2* doch eine vorläufige Typologie dar, die die wirtschaftlichen Aspekte von Ressourcen unter geographischen und politischen Gesichtspunkten berücksichtigt, sie zu spezifischen Konflikten in Beziehung setzt und anhand von Beispielen illustriert.

Die Beziehung zwischen den Eigenschaften einer Ressource, dem Ort und der Konzentration ihres Vorkommens oder ihrer Herstellungsart auf der einen und Konflikten auf der anderen Seite ist komplex, und diese Hypothesen müssen eingehender untersucht werden. Allerdings weist diese vorläufige Einschätzung darauf hin, dass eine örtlich begrenzte Ressource einfacher monopolisiert werden kann als eine örtlich gestreute Ressource. Da erstere jedoch auch äußerst erstrebenswert ist, wird sie anfälliger für widerstreitende Ansprüche und ist oft abhängig von internationaler Anerkennung, um Investoren zu gewinnen. Die Wahrscheinlichkeit eines Staatsstreiches oder einer Gebietsenspaltung wird damit also beeinflusst von der relativen Nähe. Die Vorteile der Kontrolle von Ressourcen können durch Rebellen nur voll ausgenutzt werden, wenn diese auch relativ problemlos zugänglich und wertvoll genug sind und leicht gehandelt werden können. Das ist bei fernen, örtlich gestreuten Ressourcen in der Regel nicht der Fall, weshalb diese oft mit örtlichen Kriegsherren in Verbindung stehen. Schließlich würden nahe, örtlich gestreute Ressourcen, die eine große Zahl von Produzenten benötigen, die Wahrscheinlichkeit von Rebellionen und Aufständen in naheliegenden Machtzentren (Provinz- oder Landeshauptstädten) erhöhen. Ein Großteil der Literatur über Ressourcen und Kon-

Tabelle 2

Typologie der Ressourcen und Rentabilität bewaffneter Konflikte —

	Örtlich begrenzte Ressource	Örtlich gestreute Ressource
Nahe Ressource	Staatskontrolle/Staatsstreich <ul style="list-style-type: none"> ● Algerien (Erdgas) ● Angola (Erdöl) ● Irak-Iran (Erdöl) ● Irak-Kuwait (Erdöl) ● Jemen (Erdöl) ● Kongo-Brazzaville (Erdöl) ● Liberia (Eisenerz, Kautschuk) ● Nicaragua (Kaffee) ● Ruanda (Kaffee) ● Sierra Leone (Rutil) ● Tschad (Erdöl) 	Rebellion/Aufstände <ul style="list-style-type: none"> ● El Salvador (Kaffee) ● Guatemala (Weideland) ● Israel-Palästina (Trinkwasser) ● Mexiko (Weideland) ● Senegal-Mauretanien (Weideland)
	Ferne Ressource	Abspaltung <ul style="list-style-type: none"> ● Angola/Cabinda (Erdöl) ● Indonesien/Aceh – Ost-Timor – West-Papua (Erdöl, Kupfer, Gold) ● Kaukasus (Erdöl) ● DR Kongo (Kupfer, Kobalt, Gold) ● Marokko/Westliche Sahara (Phosphat) ● Nigeria/Biafra (Erdöl) ● Papua-Neu Guinea/Bougainville (Kupfer) ● Senegal/Casamance (Marihuana) ● Sudan (Erdöl) ● Tschetschenien (Erdöl)

flikte haben nahe, örtlich gestreute Ressourcen (siehe Quadranten rechts oben in der Tabelle) zum Thema und konzentrieren sich deshalb auf Konflikte, die aufgrund von Rebellionen oder Aufständen ausgebrochen sind. Die übrigen drei Konfliktypen (gewaltsame staatliche Kontrolle, Abspaltung und Kriegsherrentum) haben weniger Aufmerksamkeit erhalten und werden im Folgenden näher erläutert.

In rohstoffabhängigen Ländern stellen Rohstoffeinnahmen den wichtigsten Faktor im Wettbewerb um die Kontrolle über den Staat dar und können deshalb zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen wie zum Beispiel zu Staatsstreichen, ausgelöst durch Volksbewegungen, die ihr politisches Recht einfordern. In Venezuela belegte die Wahl eines gescheiterten Putschisten ins Präsidentenamt das Ausmaß des Unmutes der Bevölkerung gegen Korruption und Misswirtschaft im Zusammenhang mit den beträchtlichen venezolanischen Erdöleinnahmen. Versuche, die Kontrolle über den Staat zu erlangen, können aber auch auf die Gier konkurrierender Eliten zurückgehen. In Liberia konzentrierte sich Charles Taylor in seinem Versuch im Jahre 1989 die Macht zu übernehmen auf den Sitz der Macht, die Hauptstadt Monrovia. Als dieser Versuch aufgrund der Intervention von internationalen Truppen scheiterte, gelang es ihm dennoch, die Herrschaft über den Großteil des Landes zu erreichen, indem er die Kontrolle über lukrative Industriesektoren erlangte. Dies gelang ihm nicht nur im eigenen Land (Kautschuk, Holz und Eisenerz), sondern auch im benachbarten Sierra Leone (Diamanten), indem er eine Rebellion der RUF (Revolutionäre Vereinigte Front/RUF) unterstützte (Reno 1998; Atkinson 1997; Zack-Williams 1999). In Kongo-Brazzaville stand der 1997 in einen Bürgerkrieg ausgeartete Staatsstreich des ehemaligen Präsidenten Denis Sassou Nguesso gegen den gewählten Präsidenten Pascal Lissouba in engem Zusammenhang mit der Kontrolle über das Erdölein-kommen (Verschave 2000).

Rohstoffe können auch der Grund für Abspaltungen von rohstoffreichen Regionen sein. In diesen Fällen geht es bei der Kontrolle über den Rohstoff nicht gleichzeitig auch um die Beherrschung des gesamten Landes, sondern lediglich um die faktische Hoheit über die zur Kontrolle und zum Handel des Rohstoffes notwendigen Gebiete. Rohstoffe können auf diese Weise großen Einfluss auf die Kontrolle, Umwandlung und Entstehung von Territorien haben. In gleichem Maße wie Konflikte über die Staatsherrschaft können auch populistische politische Vorhaben oder persönliche, von Habgier motivierte Initiativen Beweggründe für eine Abspaltung sein. Die Wahrscheinlichkeit einer politisch motivierten Abspaltung steigt, wenn dem Anschein nach »Außenseiter« örtliche« Rohstoffe ausbeuten, ohne den Wohlstand mit der örtlichen Bevölkerung zu teilen, oder wenn die örtliche Bevölkerung durch die Rohstoffgewinnung verdrängt wird oder unter Umweltfolgen leiden muss. Die Verteilung von Gewinnen und externen Auswirkungen hat sowohl die Abspaltung von Biafra als auch Rebellionen in der Deltaregion von Nigeria, im indonesischen Aceh und in der Cabinda-Enklave in Angola angefangen, um nur einige Beispiele für

Konflikte in erdölreichen Regionen zu nennen. Während viele dieser Abspaltungen örtlich bedingte politische Gründe haben, so spielen doch auch heimische oder externe Akteure, die die politische Identität vor Ort für kommerzielle Interessen manipulieren, eine gewisse Rolle. Das offensichtlichste Beispiel ist die Abspaltung Katangas vom ehemaligen Zaire. Die politische Identität dieser Region war ursprünglich aufgrund von belgischen und angelsächsischen Interessen ins Leben gerufen worden, um die Kontrolle über die Kupferminen zu sichern. Im Gefolge der Unabhängigkeitsbemühungen wurde sie dann von örtlichen politischen Führern ausgenutzt, die sich von Kinshasa distanzieren wollten (Balancie/de La Grange 1999; Fairhead 2000). Die Furcht vor einer Abspaltung kann auch zu schwerer Unterdrückung durch die Zentralregierung führen. Der südliche Sudan mit seinem Konflikt über Erdöl, Weideland und Rinder ist beispielhaft dafür, wie die Kontrolle über Ressourcen Abspaltungsvorhaben beeinflussen kann (Nyot Kok 1992; Keen 1994). Der Versuch der Aufständischen der Bougainville-Insel, sich von Papua-Neu Guinea abzuspalten, hing teilweise mit der Kontrolle über Kupfereinnahmen zusammen (Boge 1998).

Mehrere bewaffnete Auseinandersetzungen unserer Zeit sind von einem hohen Grad an Fragmentierung und Destrukturierung gekennzeichnet. Sie sind nicht vorrangig Abspaltungskonflikte im politischen Sinne, sondern vielmehr Ausdruck des Phänomens des bewaffneten Kriegsherrentums, in welchem die faktische Herrschaft über Gebiete oft von kommerziellen Interessen in Verbindung mit geographisch-militärischen Faktoren bestimmt wird, wie zum Beispiel der Kontrolle über eine Mine, einen Wald oder ein Tal, in dem Drogen produziert werden (siehe unten). Der Ausdruck »Kriegsherr« (oder »Warlord«) bezeichnet lokale Größen, die ein Gebiet durch ihre Möglichkeit kontrollieren, bewaffnete Konflikte ausüben zu können, und die keiner höheren (zentralen) Befehlsgewalt gehorchen. Die Macht eines Kriegsherren, sowie seine Fähigkeit, die schwache Zentralgewalt und konkurrierende Gruppen in Schach zu halten, hängt oft von einer Kriegsökonomie ab. Diese schließt häufig deren Integration in die internationalen Handelsnetze mit ein. Bei konkurrierenden Gruppen kann es sich sowohl um konkurrierende Eliten (z.B. marginalisierte Politiker oder Offiziere) handeln als auch um entmündigte Gruppen (z.B. arbeitslose Jugendliche) – in der Regel jedoch um eine Mischung aus beiden. In Liberia und Sierra Leone war das bewaffnete Kriegsherrentum und räuberische Verhalten von »Sobellen« (engl. »sobels«, d.h. Soldaten bei Tage, Rebellen bei Nacht) teilweise die Folge der Gewalt auf den Straßen, die politische Eliten sich aneigneten, indem sie chronisch mittellose Schlägertypen und Kriminelle rekrutierten und einsetzten, welche wiederum den räuberischen wirtschaftlichen Ethos der politischen Klasse übernahmen und verbreiteten (Kadeh 1999).

Interventionen von Außen, wie beispielsweise durch ausländische Regierungs- oder Privatarmeen, sind in Einflussgebieten von Warlords recht häufig, um entweder Frieden herzustellen oder häufiger um Rohstoff-Enklaven zu sichern (Cilliers/Mason

1999; Musah/Fayemi 2000). Im ehemaligen Jugoslawien waren die selbsternannten »Republiken« in Kroatien und Bosnien äußerst fragmentiert und wurden oft von republikanischen Eliten mit kriminellen Verbindungen kontrolliert (Bojicic/Kaldor 1997). Auf serbischer Seite verhinderten die persönlichen wirtschaftlichen Pläne dieser örtlichen Größen die Zentralisierung einer Ökonomie des bewaffneten Konfliktes. Diese Fragmentierung führte wiederum zu einer reduzierten Effizienz der »serbischen Republiken« (jedoch wahrscheinlich nicht im gleichen Ausmaß wie die Verbrechen im Zuge bewaffneter Auseinandersetzungen) und zu einer Korruption der örtlichen Politik. Dadurch wurde schließlich die Konsolidierung eines »Großserbiens« verhindert. Auf ähnliche Weise leistete auf muslimischer Seite eine Fraktion im westlichen Bosnien, die durch Geschäfte mit Kroaten und Serben finanziert und teilweise auch motiviert wurde, militärischen Widerstand gegen die Izetbegovic-Regierung in Sarajevo.

Ressourcen und Frieden

Wirtschaftliche Vorhaben, die mit der Ausbeutung von Ressourcen in Zusammenhang stehen, können den Verlauf von Konflikten aufgrund ihres »Kommerzialisierungseffekts« – oder selbst aufgrund ihres »Kriminalisierungseffekts« – beeinflussen, da finanzielle Beweggründe den politischen Faktoren den Rang ablaufen können.¹ Finanzielles Interesse kann einzelne Soldaten, örtliche Kommandeure und ihre politischen Hintermänner dazu bewegen, gewinnträchtige Konflikte aufrecht zu erhalten, um so ihren Anteil an den Rohstoffeinkünften zu sichern. Solch eigenmächtiges Handeln und die daraus resultierende Anarchie hat normalerweise gewalttätige Konkurrenz zur Folge. Andererseits kann es aber auch dazu kommen, dass die gegnerischen Fraktionen sich arrangieren, weil sie einen gemeinsamen Vorteil in einer »bequemen militärischen Pattsituation« sehen, wodurch sich das Territorium und dessen Bevölkerung in einer Situation zwischen bewaffnetem Konflikt und Frieden befindet, was auch als »stabile Konfliktsituation« bezeichnet wird (Zartman 1993). Diese Situation kann zwar die Intensität der Kriegshandlungen reduzieren, verhindert aber oft erfolgreich politische und wirtschaftliche Reformen. Zu viel steht

1) Der Begriff »Kriminalisierungseffekt« sollte hier so verstanden werden, dass er eine Verschiebung von Ökonomien des bewaffneten Konfliktes, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung (z.B. durch Nahrungsrationierung) schützen, zu solchen, die von Bevölkerungsgruppen unabhängig sind oder deren Bedürfnisse außer Acht lassen, impliziert. Außerdem können bewaffnete Konflikte um Ressourcen krimineller scheinen als solche um politische Vorherrschaft, da sie nicht politisch motiviert oder durch einen Teil der »internationalen Gemeinschaft« legitimiert sind; dennoch, im rechtlichen und moralischen Sinne ist es die Verwendung von Gewalt als Machtinstrument gegen Zivilisten, die kriminell ist (vgl. z.B. die Genfer Konventionen). In dieser Hinsicht ist sowohl bewaffneten Konflikten um Ressourcen als auch um politische Vorherrschaft ein gemeinsamer krimineller Charakter zuzueigen.

für die kriegsführenden Parteien auf dem Spiel, wenn sie auf ihre Ansprüche verzichten würden, die sie gewaltsam durchzusetzen versuchen. Bewaffnete Konflikte schaffen den kriegsführenden Parteien wirtschaftliche und politische Möglichkeiten, die sie in Friedenszeiten – und selbst im Falle eines Sieges – nie hätten (Kaldor 1999). In der Tat ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Frieden die Quellen, aus denen sich die Kriegsparteien speisen, untergraben könnte: sowohl Angst und Hass als auch »legitimierte« Unterdrückung auf der politischen, Hilfe von Außen und gewaltsame Vermögensumverteilung auf der ökonomischen Seite. Darüber hinaus können fest verwurzelte Interessen in Hinblick auf Rohstoffeinnahmen in Kombination mit der Schwierigkeit, ökonomische Fehlentwicklungen rückgängig zu machen, zu einem Mangel an politischem Reformkonsens führen. Im Extremfall kann selbst ein Führer, der sich einem Friedensabkommen verpflichtet fühlt, eventuell nicht in der Lage sein, dessen Einhaltung bei Anhängern und Untergebenen durchzusetzen, die mehr auf ihren persönlichen wirtschaftlichen Vorteil aus sind als das sie sich von den Befehlsstrukturen einer bewaffneten Gruppe beeindruckt lassen (Keen 1998).

Rohstoffreichtum kann überdies den Einfluss von externen Friedensinitiativen schwächen. Der internationalen Gemeinschaft fehlt es oft an der Geschlossenheit, dem Willen oder dem Einfluss, einen Konsens zu erzwingen. Zugang zu Ressourcen übt zudem auch einen spaltenden Einfluss auf die internationalen Akteure aus. Bilaterale Akteure neigen dazu, ihren heimischen, anti-reformerischen Interessen Rechnung zu tragen, um kommerzielle Vorteile, besonders für ihre Großunternehmen, zu sichern. Außerdem reduziert die Möglichkeit der Kriegsparteien, sich auf private Finanztransaktionen zu stützen, den Einfluss von multilateralen Institutionen (z.B. IWF, UNO), der in der Regel durch Subventionen und Darlehen geltend gemacht wird. In vielen bewaffneten Konflikten unserer Zeit spielen private Kapitalzuflüsse eine wesentlich größere Rolle als Hilfe aus dem Ausland, besonders im Vergleich zur Ära des Kalten Krieges. Solchem Privatkapital kann das heutige internationale politische System nur schwer begegnen, da es den kommerziellen Interessen transnationaler Unternehmen größeres Gewicht zumisst als den Opfern des Konflikts (Le Billon 2001b). Der mangelnde Einfluss multilateraler Institutionen gereicht internationalen Großunternehmen, privaten Sicherheitsfirmen und bilateralen Akteuren zum Vorteil, die ein Interesse an der Ausbeutung von Ressourcen haben (z.B. Pakistan in Afghanistan, Liberia in Sierra Leone, Russland in Tschetschenien, Zimbabwe in der DR Kongo).

Die zynische oder leichtfertige Einstellung externer Akteure wird zunehmend von Nichtregierungsorganisationen (NROs) sowie staatlichen und zwischenstaatlichen Verbänden angeprangert. Die steigende Verantwortung von Unternehmen und Regierungen im Hinblick auf die Verhinderung und Beilegung von Konflikten hat viel mit deren Mittäterschaft in der Unterstützung von Ökonomien im bewaffneten

Konflikt zu tun, besonders im Fall des Rohstoffsektors. Das Gerichtsverfahren gegen Unocal wegen Mittäterschaft im Verstoß gegen das Menschenrecht, die Kritik an den französischen Unternehmen Elf und Total in Afrika und Burma und die Kontroverse um die Rolle der kanadischen Firma Talisman weisen im Erdölsektor auf die mögliche Kollaboration von Unternehmen bei der Entstehung und Unterstützung repressiver und unrechtmäßiger Regime hin (Christian Aid Report 2001; Nelson 2002; Verschave 2000). Örtliche und internationale NROs spielen eine wichtige Rolle, wenn von internationalen Unternehmen größere Transparenz und Verantwortlichkeit gefordert wird, und gegebenenfalls können gegen sie Schritte eingeleitet werden, die Güter betreffen, die der Finanzierung von Konflikten dienen. Beispielsweise können Untersuchungen von Vertriebsstrukturen die Akteure und Mechanismen offenbaren und Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen in Konfliktländern und dem Konsum in reichen Ländern aufzeigen (Hartwick 1998; Le Billon 1999). Eine verantwortungsbewusste Verwaltung der Versorgungskette durch die Industrie sollte sicherstellen, dass keines der Güter auf dem internationalen Markt zur Finanzierung dieser Konflikte beigetragen hat. Das Diamantenkartell De Beers hat zugesichert, die dazu notwendigen Schritte einzuleiten, und die Diamantenindustrie sieht sich wachsendem Druck ausgesetzt, ihre Praktiken zu reformieren.² Auf staatlicher und zwischenstaatlicher Ebene unternimmt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Schritte, die notwendig sind, damit die Mitgliedsstaaten »weiche Sanktionen« verhängen, besonders durch die Einsetzung von Gremien von Untersuchungssachverständigen und durch Überprüfungsmechanismen, deren Hauptaufgabe die Offenlegung der Nichteinhaltung von Sanktionen ist.³

Ein Beispiel für den relativen Erfolg dieser Strategie ist Global Witness, eine britische NRO, die am Rückgang des Holz- und Diamantenhandels beteiligt war, wovon ersterer die Roten Khmer in Kambodscha und letzterer die UNITA in Angola finanzierte (Global Witness 1999a, b). Sowohl NRO-Kampagnen als auch Berichte des UN-Sicherheitsrats zu »Konflikt-« oder »Blutdiamanten« haben die Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt, während sie sorgsam darum bemüht waren, den legitimen Teil des Geschäfts, der fast 800 000 Menschen beschäftigt, nicht zu unterminieren.⁴ Bislang ist der Absatz von Diamanten nicht zurückgegangen, sondern vielmehr gestiegen, und die Diamantenindustrie kann sich glücklich schätzen, der Art von öffentlichem Aufschrei entgangen zu sein, der die Pelzindustrie in den 80er Jahren in die Knie zwang. Die Opfer bewaffneter Konflikte in mehreren afrikanischen

2) siehe zum Beispiel: www.globalpolicy.org/security/issues/diamond

3) Beamter der UN-Abteilung für politische Angelegenheiten in einem Interview mit dem Autor, März 2001.

4) Sondierungs-Anhörung des UN-Sicherheitsrates zur Umsetzung von Resolution 1306, August 2000.

Ländern haben dagegen weniger Grund zur Freude. Wenn die ethischen Bedenken von Kunden einfach durch Zertifikate ausgeräumt werden können, die versichern, dass die als Zeichen reiner und ewiger Liebe erstandenen Diamanten nicht blutbefleckt sind, werden viele Händler und Kunden weiter an den zwielichtigen Geschäften teilhaben, durch die Edelsteine mehrere Konflikte in Afrika, aber auch in Burma, Kambodscha und Kolumbien finanzieren.

Während es selten im kurzfristigen Interesse von Privatunternehmen und Regierungen liegt, der Öffentlichkeit solche Praktiken bekannt zu machen, so ist es doch in ihrem langfristigen Interesse, diese Probleme anzugehen, weil sonst dadurch in Verruf geratene Industriezweige und Güter den Druck von Interessenverbänden und Verbraucherboykotten zu spüren bekommen könnten. Sowohl nationale als auch internationale Privatunternehmen müssen hier eine politische Rolle übernehmen und ihren moralischen Standort definieren, indem sie ihre Zivilität demonstrieren. Eine solche Position sollte allerdings nicht auf zynische Art bei Unternehmen der »ersten Welt« ausgenutzt werden, um Konkurrenten der »dritten Welt« auszuschließen – zum Beispiel indem afrikanische Diamanten generell als »Blutdiamanten« und Diamanten aus Industrieländern, z.B. Australien oder Kanada, als »sauber« bezeichnet werden. Zudem sollten auf Ressourcengewinnung basierende Güter multinationaler Unternehmen nicht per se als »friedensanfällig« und kleinhandwerklich produzierte als »konfliktanfällig« bezeichnet werden. Dabei wird nämlich riskiert, dass örtliche Kleinhersteller geschädigt werden, wie dies in Kambodscha der Fall war, als dort gegen Kleinholzfäller – in der Regel aus dem Kriegsdienst entlassene Soldaten und saisonale Migrantinnen – vorgegangen wurde (Le Billon 2000c).

Da der Zugang zu oder die Kontrolle über eine Ressource von Gewaltausübung und der Art eines bewaffneten Konflikts abhängt, setzt eine kurzfristige Konfliktlösung oft vorläufige Übereinkommen über die Aufteilung von Ressourcen voraus. Dies schließt örtliche Kommandanten und Fußsoldaten ein, welche sich sonst einer Beilegung des Konflikts widersetzen könnten, um ihre Ansprüche zu sichern. Langfristige Lösungen müssen über Verfassungsreformen und Unternehmenspraktiken umgesetzt werden, um sicherzustellen, dass die Teilhabe der Bevölkerung an den Ressourcen die Kontrolle über die staatlichen Einnahmen zum Zwecke persönlicher Bereicherung und (gewaltsamen) politischen Überlebens überflüssig macht. Des Weiteren ist dafür auch eine Diversifizierung der Wirtschaft nötig, die weitgehend von einer Reform des internationalen Handels abhängt, sowie auch Formen örtlicher Regierungsführung, die weniger auf Korruption und kriminelle Aktivitäten angewiesen sind (Le Billon 2001c). Initiativen zur Verhinderung und Beilegung bewaffneter Konflikte müssen also die Rolle von Ressourcen in der politischen Ökonomie des Konflikts vermehrt einbeziehen und versuchen, das persönliche Interesse der Beteiligten – ob Fußsoldaten, Kriegsherren, Politiker oder multinationale Unternehmen – zurückzudrängen.



Patienten in dem von medico international geförderten Reha-Zentrum in Luena, Angola.

Wege zum Frieden

Während Gier und der Kampf um Ressourcen wichtige Bestandteile der drei genannten Faktoren sind (sowohl auf nationaler als auch auf zwischenstaatlicher Ebene), ist die Tendenz, dass Einnahmen aus natürlichen Ressourcen die politische Verantwortungslosigkeit zu Lasten der größtenteils armen Bevölkerung verstärken, das Kernproblem, das allen drei Faktoren zugrunde liegt. Wenn die Ausbeutung von Rohstoffen repressive Regime oder Kriegsparteien finanziert, wird dadurch der Einfluss der Bevölkerung und von zwischenstaatlichen Organisationen torpediert. Der Einfluss von Großunternehmen, privaten Sicherheitsfirmen und bilateralen Staaten erhöht sich so automatisch. Nach Friedensabkommen in Mosambik und Angola war die von Liquiditätsproblemen geplagte RENAMO auf Unterstützung durch einen zwischenstaatlichen Sonderfond angewiesen und hielt sich an die Friedensvereinbarungen, während UNITA, überhäuft mit Geld aus der Diamantenausbeutung durch Privatunternehmen, wieder zu den Waffen griff. Diese Tatsachen sind für die betroffene Bevölkerung, für Unternehmen und internationale Organisationen, die mit rohstoffabhängigen Ländern oder Regierungsapparaten interagieren, von großer Tragweite.

Da Handel für die Lebensfähigkeit solcher Enklaven unabdingbar bleibt, können aus benachbarten Gegnern sogar notwendige Geschäftspartner werden. Die strategische Rolle, die örtliche Ressourcen dabei spielen, bringt mit sich, dass die Kommandeure vor Ort ihre eigene Führung durch die Kontrolle über rohstoffreiche Gebiete, Transportrouten oder Exportumschlagplätze gefährden, was zu einer Zersplitterung bewaffneter Gruppen aufgrund wirtschaftlichen Eigeninteresses führt. Die Bereicherung der Kriegsparteien kann aber gleichzeitig auch dazu führen, dass deren Struktur und Legitimitätsanspruch geschwächt wird. Zwar kann diese Zersplitterung in Konflikte münden, die in Form ausgedehnter und langwieriger Gewaltkriminalität ohne klare Verantwortungsgrenzen in Erscheinung treten; die daraus resultierende Schwächung bewaffneter Gruppen kann aber auch ein Ende des Konflikts bewirken. In Kambodscha war die Zersplitterung und der daraus resultierende Niedergang der Roten Khmer eng mit internationalem Wettbewerb um die wirtschaftliche Kontrolle über Schlüsselressourcen verbunden.

Solche positiven Ergebnisse sind allerdings nicht ausschließlich auf das Eigeninteresse der Kriegsparteien, sondern auch auf die aktive Einmischung ausländischer Akteure und Gruppen aus der heimischen Zivilbevölkerung zurückzuführen. Sowohl für die Konfliktbeilegung als auch für die Friedenssicherung müssen heimische und internationale Organisationen ihre Instrumente zur Kontrolle der Kriegökonomien verfeinern. Die Festlegung von gezielteren oder »weich« Sanktionen, ihre Überwachung durch Sachverständigengremien, die größere Leistungsfähigkeit der NROs und die Suche nach globalen Regulationsinstrumenten für sensible Güter wie »Konfliktdiamanten« sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Mehr Engagement

ist auch seitens der rohstoffabbauenden Unternehmen nötig, um der Bevölkerung dabei zu helfen, Regierungen und Rebellen Gruppen für wirtschaftliche und politische Untaten zur Rechenschaft zu ziehen. Zwar mögen Unternehmen einwenden, dass sie keine politischen Akteure seien und die Bevölkerung ihr Schicksal selbst entscheiden müsse. Sie sind aber dennoch die Haupthandelspartner rohstoffabhängiger Regime und unabdingbare Mittelsmänner, die benötigt werden, um Ressourcen abzubauen und internationale Märkte zu erschließen. Das jüngste Interesse von UN-Behörden und NROs daran, Großunternehmen ins »Friedensgeschäft« einzubringen ist eine klare Anerkennung der Machtverhältnisse und der Notwendigkeit einer Einflussnahme durch die Unternehmen.

Neben dem Engagement und der Verantwortlichkeit der Privatwirtschaft muss die internationale Gemeinschaft auch die politische Ökonomie armer und rohstoffabhängiger Länder regulieren, da ein »Laissez faire«-Stil zu einer wenig verantwortlichen politischen Führung und geringem wirtschaftlichen Nutzen für die Bevölkerung führt. Dies ist eine schwierige Aufgabe, zumal für Unternehmen, die ständigem Wettbewerb ausgesetzt sind. Einerseits begrenzen die humanitären Kosten und die Tatsache, dass negative Konditionalitäten (z.B. umfassende Sanktionen) nicht aufrecht erhalten werden können, deren Nützlichkeit in Hinblick auf taktische politische Ziele, die kurzfristig zu erreichen sind. Andererseits muss das Argument des positiven wirtschaftlichen Engagements, gleichwohl es in gewissem Maße der Wahrheit entspricht, von politischer Offenheit und Maßnahmen zur wirtschaftlichen Diversifizierung begleitet werden, da die Einkünfte der Rohstoffindustrie von staatlichen Stellen kontrolliert werden und die Industrie selbst wenig örtliche Arbeitsplätze schafft. Die Schuldenpolitik der Gläubiger, Handelstarife und ausländische Investitionen, die eine wirtschaftliche Diversifizierung erleichtern, Wirtschaftshilfe und politische Konditionalität bieten in dieser Hinsicht wertvolle Möglichkeiten. Regulierungsinstrumente müssen weiterentwickelt werden, wie beispielsweise die wirtschaftliche Überwachung sensibler Projekte (z.B. der Tschad-Kamerun-Erdölpipeline). Auch die Möglichkeiten, während des Friedensprozesses die Kriegsparteien daran zu hindern, zweigleisig sowohl dessen scheinbare Einhaltung als auch Wiederbewaffnung zu verfolgen, und die Unterstützung derjenigen Unternehmen, die aus ethischen Gründen Investitionen scheuen, müssen verstärkt werden. In diesem Sinne sollte auch die mit solchen Problemen konfrontierte Bevölkerung stets zivilgesellschaftliche Organisationen stärken und die Entwicklung von Verantwortlichkeit sowohl seitens der Regierung als auch seitens der Unternehmen unterstützen. Sowohl internationale Geber als auch NROs können durch Finanzierung und Partnerschaften einen wichtigen Beitrag zu dieser Aufgabe leisten.

Literatur

- Ahmed, A.G.M. und L. Cliffe, M. Doornbos, J. Markakis* (Hg.) 1992: Beyond Conflict in the Horn. Prospects for Recovery and Development in Ethiopia, Somalia and the Sudan, London
- Atkinson, P.* 1997: The War Economy in Liberia: a Political Analysis, Relief and Rehabilitation Network, Overseas Development Institute, London
- Auty, R.* (Hg.) 2001: Resource Abundance and Economic Development, Oxford
- Balancie, J.-M. und A. de La Grange* 1999: Mondes Rebelles: Guerres Civiles et Violences Politiques, Paris
- Bates, R. H.* 1981: Markets and States in Tropical Africa: the Political Basis of Agricultural Policies, Berkeley CA
- Berdal, M. und D. Malone* (Hg.) 2000: Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars, Boulder CO
- Boge, V.* 1998: Mining, Environmental Degradation and War: The Bougainville Case, in: Suliman 1998: 211-228
- Bojicic, V. und M. Kaldor* 1997: The Political Economy of the War in Bosnia-Herzegovina, in Kaldor/Vashee 1997: 137-176
- Cilliers, J. and P. Mason* (Hg.) 1999: Profits or Plunder? The Privatisation of Security in War-torn African Societies, Pretoria
- Collier, P.* 2000: Economic Causes of Civil Conflict and Their Implications for Policy, Washington DC
- Dietrich, C.* 2000: The Commercialisation of Military Deployment in Africa, African Security Review 9(1)
- de Soysa, I.* 2000: The Resource Curse: Are Civil Wars Driven by Rapacity or Paucity? in: Berdal/Malone 2000
- Fairhead, J.* 2000: The Conflict over Natural and Environmental Resources, in Stewart/Vayrynen/Wayne 2000
- Global Witness* 1999a: A Rough Trade. The Role of Companies and Governments in the Angolan Conflict, London
- Global Witness* 1999b: A Crude Awakening, The Role of the Oil and Banking Industries in Angola's Civil War and the Plunder of State Assets, London
- Hartwick, E.* 1998: Geographies of Consumption: a Commodity-chain Approach, Environment and Planning D: Society and Space 16: 423-437
- Homer-Dixon, T.* 1999: Environment, Scarcity and Violence, Princeton NJ
- Jean, F. and J.-F. Rufin* 1996: Economie des Guerres Civiles, Paris
- Kaldor, M. und B. Vashee* (Hg.) 1997: Restructuring the Global Military Sector Vol. 1, London
- Kaldor, M.* 1999: New and Old wars. Organized Violence in a Global Era, Cambridge

- Kandeh, J. D.* 1999: Ransoming the State: Elite Origins of Subaltern Terror in Sierra Leone, *Review of African Political Economy* 81: 349-66
- Karl, T. L.* 1997: The paradox of plenty: oil booms, Venezuela, and other petro-states, Berkeley CA
- Keen, D.* 1994: The benefits of famine: a political economy of famine and relief in Southwestern Sudan, 1983-1989, Princeton NJ
- Keen, D.* 1998: The Economic Functions of Violence in Civil Wars, Oxford
- Le Billon, P.* 1999: Power is Consuming the Forest. The Political Ecology of Conflict and Reconstruction in Cambodia, unpublished PhD dissertation, School of Geography, University of Oxford, Oxford
- Le Billon, P.* 2000a: The Political Economy of War: An Annotated Bibliography, HPG report 1, London (<http://www.odi.org.uk/hpg/warecons>)
- Le Billon, P.* 2000b: The Political Economy of War: What Relief Agencies Need to Know, HPN Network Paper 33, London
- Le Billon, P.* 2000c: The Political Economy of Transition in Cambodia 1989-1999: War, Peace and Forest Exploitation, *Development and Change* 31(4): 785-805
- Le Billon, P.* 2001a: The Political Ecology of War: Natural Resources and Armed Conflicts, *Political Geography*, 20: 561-84.
- Le Billon, P.* 2001b: Angola's Political Economy of War: The Role of Oil and Diamonds 1975-2000), *African Affairs* 100: 55-80
- Le Billon, P.* 2001c: Fuelling War or Buying Peace? The Role of Corruption in Armed Conflicts. Discussion Paper 2001/65, Helsinki
- Leite, C. and J. Weidmann* 1999: Does Mother Nature Corrupt? Natural Resources, Corruption, and Economic Growth, IMF Working Paper WP/99/85, Washington DC
- Licklider, R.* 1993: Stopping the Killing, New York
- Misser, F. and O. Vallée* 1997: Les Gemmocraties. L'Economie Politique du Diamant Africain, Paris
- Müller-Mahn, D.* 1995: Economic Causes of Spatial Tensions and the Development of Policy Implications of the Civil War in Algeria, *Erde* 126(3): 223-242
- Musah, A.-F. and J. Fayemi* 2000: Mercenaries. An African Security Dilemma, London
- Nelson, J.* 2000: The Business of Peace, London
- Nyot Kok, P.* 1992: Adding Fuel to the Conflict: Oil, War and Peace in Sudan, in Ahmed/Cliffe/Doornbos/Markakis: 104-113
- Peluso, N.L. and M. Watts* 2001: Violent Environments, Cornell
- Reno, W.* 1998: Warlord Politics and African States, Boulder CO
- Richards, P.* 1996: Fighting for the Rainforest: War, Youth and Resources in Sierra Leone, Oxford
- Ross, M. L.* 1999: The Political Economy of the Resource Curse, *World Politics* 51: 297-322

Ross, M.L. 2001: Extractive Sectors and the Poor, Report, New York
Sachs, J. D. and A. M. Warner 1995: Natural Resource Abundance and Economic Growth, National Bureau of Economic Research Working Paper 5398
Stewart, F., R. Vayrynen und E. W. Wayne 2000: The Origins of Humanitarian Emergencies: War and Displacement in Developing Countries, Oxford
Suliman, M. (Hg.) 1998: Ecology, Politics and Violent Conflict, London
Verschave, F.-X. 2000: Noir Silence: Qui Arrêtera la Françafrique?, Paris
Westing, A. H. 1986: Global Resources and International Conflict: Environmental Factors in Strategy Policy and Action, Oxford
Zartman, I. W. 1993: The Unfinished Agenda: Negotiating Internal Conflicts, in Licklider 1993: 20-34

Der Autor

Philippe Le Billon lehrt an der Universität Oxford. Er war für die UN und zahlreiche NGOs tätig, u.a. in Kambodscha, in Angola und dem früheren Jugoslawien.

Zwischen Befriedung und Eskalation

Zur Rolle der Hilfsorganisationen in Bürgerkriegsökonomien
von Thomas Gebauer

Die Rolle, die Hilfsorganisationen in Bürgerkriegsökonomien spielen, ist bislang kaum untersucht worden. Zwar gibt es Ansätze der Reflexion und auch Berichte, die einzelne Fallbeispiele zum Gegenstand haben, aber kaum sozialwissenschaftlich fundierte Studien. Angesichts der enorm gewachsenen Bedeutung, die Hilfswerke heute in kriegerischen Auseinandersetzungen haben, kommt darin ein großes Versäumnis zum Ausdruck, das nicht zuletzt für die Hilfswerke selbst große Folgen hat.

Eine Umfrage unter Hilfsorganisationen über ihre Rolle in Bürgerkriegsökonomien käme vermutlich zu einem ernüchternden Ergebnis. Bei so mancher Organisation würde schon die Frage auf Unverständnis stoßen. Hilfswerke tun Gutes, stehen Opfern zur Seite, kümmern sich um Notleidende, aber mischen sich nicht ein und verfolgen keine politischen Ziele. Im Zentrum des humanitären Handelns, so die Auffassung vieler, stehe ein »pragmatisches Zupacken vor Ort«, dessen Qualität allein an quantitativ-technischen Kriterien zu messen sei: die Zahl der erreichten Menschen, die Menge der versandten Hilfsgüter, die Effizienz der Nachschubwege, die Schnelligkeit, mit der man vor Ort ist etc.

Bei der Betrachtung der sozialen Beziehungen von Kriegsgesellschaften werden die Menschen auf ihren Status als Opfer reduziert und die besonderen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, durch die Menschen ins Elend gestürzt werden, fast immer außer acht gelassen. Vielen Nothilfeorganisationen gilt die Komplexität des Krisengeschehens als ein undurchsichtiges Interessengestrüpp, in das man sich besser gar nicht erst hinein begibt. Zumal sich aus der Not glänzend eine Tugend machen lässt und das Ausblenden der politischen Wirkung von Hilfe flugs zum Prinzip der Arbeit erklärt wird.

Nur wenige NGOs (Non Governmental Organisations), darunter glücklicherweise auch die größeren kirchlichen Hilfswerke wie *Caritas* und *Diakonie*, haben damit begonnen, das eigene Tun kritisch zu reflektieren und auf die Auswirkungen zu achten, die die geleistete Hilfe auf die Gewaltdynamik und den Konfliktverlauf hat. Das Ziel ist eine »reflexive Caritas«, die um ihre politischen Effekte weiß und derart zu sich selbst findet.

Neutrale Hilfe gibt es nicht

Humanitäre Hilfe ist mehr als die altruistisch motivierte Bereitstellung von Hilfsgütern in Notsituationen. Humanitäre Hilfe greift ein; sie interveniert in bestehende Verhältnisse und hinterlässt – im guten wie im schlechten Sinne – Spuren, die über die akute Notsituation konkreter Opfer hinaus reichen. Für den Anspruch auf Neutralität, den die humanitäre Hilfe reklamiert, mag es gute Gründe geben, auf die noch einzugehen sein wird, doch darf dabei nicht übersehen werden, dass Hilfe auch dann Einfluss nimmt, wenn sie das gar nicht will. Jede von außen gegebene Hilfe verändert das Kräfteverhältnis zwischen den Konfliktgegnern und beeinflusst so auch die Strategie der Akteure.

Angesichts der »neuen« Kriege, die heute in der Welt herrschen, ist die Vorstellung, neutral zwischen den Fronten agieren zu können, zu einer Illusion geworden.

Die alten zwischenstaatlichen Konflikte scheinen von so genannten »kleinen« oder »neuen Kriegen« (Mary Kaldor) abgelöst, die in beunruhigender Anzahl und Vehemenz den Globus überziehen. Zu den Merkmalen dieser »low intensity conflicts«, wie man sie auch nennt, zählt ihre Entgrenzung. Es kommt zu einem eigentümlichen Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden; eine klare Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten fehlt ebenso wie identifizierbare militärische Fronten, der im Kriegsvölkerrecht geregelte Schutz Unbeteiligter und die Unterscheidung von zivilen und militärischen Objekten. Nur noch selten trifft man auf einfache und eindeutig auszumachende Opfer-Täter Konstellationen. Die Konflikte sind komplexer geworden, die Interessenlage der Akteure meist vielschichtig, die Hilfe gefangen in Umständen, die von den Helfern nicht mehr kontrolliert werden können.

Entstanden sind die »neuen Kriege« im Rahmen des Globalisierungsprozesses, der bekanntlich nicht nur transnational handelnde Globalisierungsgewinner mit sich gebracht hat, sondern auch eine Vielzahl von Verlierern, für die es in der »zusammengerückten Welt« keinen Platz mehr zu geben scheint. Die faktische ökonomische Ausgrenzung, vor allem aber die Erfahrung der eigenen Bedeutungslosigkeit drängen nach Kompensation und begründen ethnische Überhöhungen und religiösen Fundamentalismus. Bestimmend ist eine »Politik der Identität«, die alles Abweichende ablehnt und so zur Rechtfertigung von Massenmord, Zwangsumsiedlungen und Zwangsvertreibung werden kann.

Begünstigt werden die »neuen Kriege« auch durch den weitgehenden Zerfall staatlicher Strukturen, der mit der wirtschaftlichen Globalisierung einhergeht. Für die unter Druck geratenen Eliten der betroffenen Länder, die ihre Macht kaum noch über funktionierende Staatlichkeit legitimieren können, liegt in der Permanenz des Krieges eine politische Überlebensstrategie. Die »neuen Kriege« werden nicht geführt, um besondere politische Ziele oder gar territorialen Zugewinn durchzusetzen, sondern um die Macht und die wirtschaftliche Basis von Oligarchien, korrupten Regierungen, lokalen »Warlords«, Clans oder religiösen Gemeinschaften abzusichern. An die Stelle demokratischer Legitimation treten Gewalt, Willkür, Patronage, gelegentlich Charisma. Auf der anderen Seite bietet der delegitimierte Staat genügend Angriffsfläche für opponierende Kräfte und Rebellenbewegungen, die ihrerseits von wirtschaftlichen Zielen geleitet werden. Das Gewaltmonopol bricht auf; es kommt zur Privatisierung von Gewalt und zur Entstaatlichung des Krieges.



Erinnerung an friedliche Tage: Das zerfallene Schwimmbad in Luena, Angola.

Humanitäre Hilfe als Wirtschaftsfaktor

Neben dem Zerfall der Staatlichkeit ist es die besondere Ökonomie der »neuen Kriege«, die dazu geführt hat, dass sich viele von ihnen verselbstständigt haben und zum Selbstzweck wurden. Anders als dies bei herkömmlichen Kriegen der Fall war, erfordern die »neuen Kriege« keine autarke zentralisierte Kriegswirtschaft. Im Gegenteil: sie werden in Gang gehalten und regelrecht angetrieben durch einen grenzüberschreitenden und kaum zu kontrollierenden globalen Handel mit z.B. Diamanten, Erdöl, Teak-Holz, Elfenbein oder Drogen. Erst der Krieg ermöglicht den Kriegsparteien die Kontrolle über die Ausbeutung solcher Rohstoffe. Käme der Krieg zu einem Ende, würden auch die Möglichkeiten eines kriminellen Raubbaus, der Teilhabe an Schattenwirtschaften, der Auspressung der eigenen Bevölkerung und damit zentrale Einnahmequellen sofort verschwinden.

Eine nicht unbedeutende Einnahmequelle bietet die systematische Aneignung jener Mittel, die von außen an die geschundene Bevölkerung gegeben werden – die humanitäre Hilfe.

Das sich wechselseitig verstärkende Verhältnis von zerfallender Staatlichkeit und anhaltendem Krieg hat die Bedeutung der Arbeit von humanitären Hilfsorganisationen enorm anwachsen lassen.

Aufgrund ihres Umfangs ist die humanitäre Hilfe in den letzten Jahrzehnten zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. 1994 waren es immerhin 4,5 Mrd. Dollar, die weltweit für Nothilfe bereitgestellt wurden – eine Summe, bei der sich der Versuch ihrer Aneignung und politischen Instrumentalisierung offenbar lohnt.

Die Bedeutung der humanitären Hilfe ist vor allem mit dem Anwachsen der Welt-Flüchtlingsbevölkerung gestiegen. In den Jahren 1977 bis 1983 nahm die Zahl der Flüchtlinge von 3 auf 11 Millionen zu. Umfangreiche Hilfeleistungen wurden erforderlich, um die großen Flüchtlingslager zu versorgen, die dann in den 80er Jahren in Pakistan, Honduras, Thailand oder Ruanda entstanden waren. Nicht wenige dieser Flüchtlingslager dienten als »humanitäre Rückzugsgebiete« (Jean /Rufin 1999), die von den Kriegsparteien sowohl als ökonomische Basis wie auch als Reservoir für den Nachschub an Kämpfern genutzt wurden. In Ländern wie Angola, Liberia oder Afghanistan hat die Hilfe für die Kriegsparteien eine so große Bedeutung bekommen, dass sie als integraler Bestandteil des Gewaltzyklus anzusehen ist.

Auf gleich mehrfache Weise können Kriegsparteien die Arbeit von Hilfsorganisationen für sich nutzbar machen. Sie können den Import von Hilfsgütern besteuern, wie in den 80er Jahren die regierende FRELIMO (Frente da Libertação de Moçambique) in Mosambik, die auf jede Tonne Nahrungsmittel, die ins Land kam, 150 Dollar Abgaben erhob. Sie können Teile von Hilfsleistungen einbehalten, um damit die eigenen Kämpfer zu versorgen. Sie können Schutzgeld verlangen oder direkt durch Raub auf die Lagerbestände von Hilfswerken zugreifen. Während der Kriege an den Großen Seen in Ost-Afrika kam es zur wiederholten Ausplünderung der Zivilbevöl-

kerung, die von außen versorgt wurde. In Somalia wurde der Zerfall zentraler staatlicher Autorität auch durch die Arbeit der Hilfswerke möglich, die zur Stärkung der Macht lokaler Kriegsherren mit Nahrungsmittelhilfen beitrugen. Neuerdings haben vor allem in Kolumbien einzelne Kriegsparteien damit begonnen, ausländische Helfer zu entführen, um über Lösegelderpressung ihre Kasse aufzubessern.

Hilfe aber ist für Kriegsparteien nicht nur eine wirtschaftlich Ressource. Mitunter noch wichtiger als der materielle Zugewinn ist der politisch-ideologische Nutzen, den Kriegsparteien aus humanitärer Hilfe ziehen können. Hilfe kann auch zur Legitimation beitragen und so zu einer wichtigen politische Ressource werden. Nicht selten unterhalten Kriegsparteien eigene lokale NGOs, deren Aufgabe die Mittelaquise und die Kanalisierung von humanitärer Auslandshilfe ist. Dabei werden die empfangenen Unterstützungsleistungen nicht unbedingt für militärische Zwecke missbraucht. Sie können auch zur Entlastung von eigenen sozialen Verpflichtungen beitragen und auf diese Weise bei der Überwindung von Legitimationsdefiziten mitwirken. Kriegsparteien, die aus dem Ausland unterstützt werden und für ein Minimum an sozialer Versorgung garantieren, genießen ein höheres Ansehen als jene, die ihre Macht allein auf eine repressive Gewaltherrschaft gründen.

In Angola, wo viele Jahre zum Vorteil der beiden Kriegsparteien ein militärisches Patt herrschte, tragen humanitäre Hilfsprogramme zum Überleben der Not leidenden Bevölkerung bei. Zugleich entbindet die von außen geleistete Hilfe aber auch die Regierung von der Verpflichtung, selbst aktiv zu werden. Angesichts der Einnahmen aus dem Erdölgeschäft wäre der angolansische Staat durchaus imstande, die Millionen vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Menschen zu unterstützen. Er verweigert diese Hilfe mit dem Hinweis auf den Krieg, der ihm durch die UNITA (Nationalunion für die volle Unabhängigkeit Angols) aufgezwungen würde. Die UNITA wiederum kann nur Krieg führen, weil sie das Diamantengeschäft kontrolliert, das sie ohne den Krieg verlieren würde. Damit sich der Krieg ungestört fortsetzen kann, tauschen UNITA und MPLA-Regierung Diamanten gegen Benzin. Eine Hilfe, die sich solche Umstände nicht bewusst macht und es bei der Entsendung von Ärzten oder der Bereitstellung dringend benötigter Nahrungsmitteln belässt, kann, wenn auch unbeabsichtigt, zur Verlängerung des Krieges beitragen.

Aber nicht nur Hilfeleistungen, auch die Vor-Ort-Präsenz von Hilfsorganisationen ist zu einem wirtschaftlichen Faktor geworden. In Sarajevo und Zagreb hat die *United Nation Protection Force* (UNPROFOR) Ende der 90er Jahre ca. 10 Mio. \$ im Monat für Löhne und Gehälter, für Dienstleistungen und die Anmietung von Unterkünften ausgegeben. Zweifelsohne sind die Hilfsorganisationen der größte Arbeitgeber Bosniens (Jean 1999: 460). Das mit einem solch großem Engagement auch negative Effekte verbunden sind, wurde besonders im Kosovo deutlich. Dort trug die Präsenz ausländischer Hilfsstrukturen in nicht unerheblichem Maße dazu bei, dass die Reste der kosovarischen Zivilgesellschaft, die der Vertreibungspolitik Milosevics entgehen konnten, nun endgültig an den Rand gedrängt wurden. Aus unabhängigen Intellek-

tuellen, Menschenrechtsaktivisten und Experten für *Primary Health Care* wurden Fahrer, Dolmetscher und Angestellte im Dienst der Hilfsorganisationen. Kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten im internationalen Hilfsgeschehen garantieren nicht unbedingt den Aufbau autonomer zivilgesellschaftlicher Strukturen, die für eine dauerhafte Friedenslösung allerdings unerlässlich sind.

Das Beispiel Kosovo zeigt darüber hinaus, wie humanitäre Hilfe insgesamt in politische Strategien einbezogen werden kann. Die Hilfe, die private Hilfswerke im Gestus der Neutralität leisten, steht meist nicht für sich allein, sondern ist Teil von internationalen Hilfsbemühungen, die von staatlichen, zwischenstaatlichen und nicht-staatlichen Akteuren geleistet werden.

Tausche Hilfe gegen Wohlverhalten

Mit der Ausweitung der »neuen Kriege« wird humanitäre Hilfe zu einem bedeutenden Instrument neuer Außen- und Sicherheitspolitik.

Seit ihren Anfängen gilt humanitäre Hilfe als besonderes Terrain von NGOs, Kirchen und privaten Wohlfahrtsorganisationen. Mit dem Zerfall staatlicher Institutionen, hier wie im Süden hat die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements noch einmal zugenommen. Mehr und mehr ist den Hilfswerken die Rolle zugefallen, für das Abfedern der negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses zuständig zu sein. 60 % der Nothilfemittel, die von der EU und den USA bereitgestellt werden, sind zuletzt über NGOs abgewickelt worden (vgl. Jean 1999: 449).

Über die Kooperation zwischen staatlichen Geberstrukturen, der UN und den NGOs ist eine neue Form der internationalen sozialen Sicherung entstanden, die sich fast gänzlich vom nationalstaatlichen Handeln abgelöst hat. Für die Bedürftigen in der arm gehaltenen Welt ist darin kein Vorteil zu sehen: nun hängen sie vom »Goodwill« ausländischer Geber ab und davon, dass man überhaupt auf sie aufmerksam wird. Einen Rechtsanspruch auf soziale Sicherung aber, den es zuvor wenigstens auf dem Papier gegeben hat, besitzen sie nicht mehr. Im Bedeutungszuwachs der NGOs spiegelt sich also nicht per se ein Zugewinn an Demokratie, sondern durchaus auch das Gegenteil: eine Art Refeudalisierung von Politik.

Wenn es aber weder einen ethischen noch rechtlichen Anspruch mehr auf soziale Sicherung in Notlagen gibt, kann Hilfe um so mehr zur einer politischen Ressource werden, mit der auf das Kriegsgeschehen Einfluss genommen werden kann. Unter solchen Umständen beginnen die Grenzen zwischen humanitärer Hilfe und politischer Intervention zu verschwimmen. Hilfe kann zur Befriedung von Konflikten beitragen, sie aber auch anheizen. Entsprechend können die Positionen von Kriegsparteien durch Hilfe politisch stabilisiert, aber auch unterminiert werden.

Mitte der 80er Jahre, als die guatemaltekischen Militärs die indianische Bevölkerung des Landes einer staatlichen Völkermordpolitik aussetzten, leisteten die USA via *CARE* Beihilfe, in dem sie umfangreiche Nahrungsmittelhilfen an jene »strategischen

Dörfer« lieferten, in denen Zigtausende von Menschen militärisch zwangsinterniert wurden. Die medizinische Nothilfe dagegen, die NGOs wie *medico international* den Opfern der Mordpolitik zukommen ließen, die sich in »geheimen Dörfer« versteckt hielten, galt u.a. der Bundesregierung als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des kleinen mittelamerikanischen Landes. Die Parteinahme für die Opfer, die sich zugleich gegen die Unterdrückung zur Wehr setzten, durfte nicht sein.

Humanitäre Hilfe sei ein Instrument deutscher Außenpolitik, postulierte vor Jahren der damalige Außenminister Kinkel. Unverblümt spricht die Bundesregierung heute von sogenannter »konditionierter humanitärer Hilfe« und meint damit eine Hilfe, die an das politische Wohlverhalten der Empfänger gebunden ist. Im Krieg gegen Serbien erhielten nur diejenigen serbischen Städte Winterhilfe, die sich öffentlich zur Opposition gegen Milosevic bekannt hatten. Man muss kein Freund des ehemaligen serbischen Diktators sein, um darin eine Form politischer Parteinahme zu erkennen.

Humanitäre Hilfe aber lässt sich auch für innenpolitische Zwecke instrumentalisieren, weil sie sich gut für die öffentliche Inszenierung politischer Handlungsfähigkeit eignet. Die vermeintlichen Erfolge der humanitären Hilfe, der Schein zupackender Aktivität, entlasten von den großen, ungelösten Zukunftsaufgaben und tragen zur Überwindung politischer Legitimationsdefizite bei, die angesichts der krisenhaften Entwicklung der Welt eher zunehmen werden.

Besonders deutlich wird die legitimatorische Funktion von humanitärer Hilfe, wenn sie unter nationaler Flagge geleistet wird. Seit einigen Jahren legen staatliche Geldgeber Wert darauf, ihre jeweiligen humanitären Beiträge auch als nationale Hilfe sichtbar werden zu lassen. Möglichst alle NGOs eines Landes sollen koordiniert in jeweils der gleichen Region tätig werden. Natürlich spricht nichts gegen eine Zusammenarbeit, wohl aber vieles gegen eine Nationalisierung der Hilfe, die den Opfern keinen Vorteil bringt. Warum beispielsweise sollten *Caritas* oder das *Diakonische Werk* nun in deutschen Hilfscamps tätig werden, obwohl sie doch über ein weltweites eigenes Netz von Partnern verfügen, mit denen sich wichtige Prinzipien der Nothilfe, wie Subsidiarität und Nachhaltigkeit besser verwirklichen lassen.

Um eine ursachenbezogene Strukturpolitik aber geht es der staatlichen Außenpolitik freilich kaum. Politik ist zur Sicherung des Status quo verkommen, was nur gelingt, wenn das alltägliche Elend dort, wo es außer Kontrolle zu geraten droht und lärmend überhand nimmt, eingedämmt und humanitär abfedert wird. Auf diese Weise wird humanitäre Hilfe Teil einer komplexen Außen- und Sicherheitspolitik, die auf Befriedung setzt, auf polizeiliche Maßnahmen und Sozialamtsfunktionen. Dabei laufen NGOs Gefahr, zu Dienstleistungsbetrieben staatlicher Institutionen zu werden.

Zumal ungeahnte neue Akteure auf dem Feld der humanitären Hilfe auftauchen: Im Rahmen ihrer neuen Doktrin bereitet sich die NATO systematisch auf neue Aufgaben vor, zu denen auch die Durchführung von humanitärer Hilfe zählt. So



»Die Energie führt zur Entwicklung Angolas«. Werbetafel der staatlichen Ölgesellschaft Sonangol in Luanda, Angola. Foto: Anne Jung

genannte »Civil-Military-Cooperation« (CIMIC)-Strukturen wurden geschaffen, die es unterdessen in allen NATO-Streitkräften gibt. Sie haben die Aufgabe, über humanitäre Hilfsprogramme für die Erhöhung der Akzeptanz von Militäreinsätzen zu sorgen. Dabei wäre eine geregelte Kooperation mit NGOs hilfreich. Zu welcher fragwürdigen Formen der Zusammenarbeit dies führen kann, zeigt ein Projekt aus dem Kosovo – auf das ein großes Schild, wie es vom deutschen Autobahnbau her bekannt ist, hinweist: »Hier baut die Bundesrepublik Deutschland unter Verwendung von Spenden der Arbeiterwohlfahrt winterfeste Häuser. Projektleitung: Deutsches Kontingent der KFOR-Truppen, Zivil-militärische Kooperation.«

Der Bezugsrahmen von humanitärer Hilfe wird sich in den nächsten Jahren weiter verändern. Bedenklich stimmt dabei auch, dass die Hilfswerke selbst zu den Profiteuren der Bürgerkriegsökonomien zählen. Humanitäre Hilfe gilt längst als spenden- und publicity-trächtige Tätigkeit – und ist sich so selbst zum Zweck geworden. Die große Hilfsbereitschaft, die es zum Glück noch immer in der Bevölkerung gibt, wird mehr und mehr von einem neuen »Hilfsbusiness« ausgenutzt, das seit einigen Jahren mit großen Zuwachsraten boomt. Jenseits aller Moral wird Hilfe als bloße Ware gehandelt. Wenn internationale Hilfswerke noch während der Bombardierung Afghanistans die Claims für spätere Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen abstecken, wenn die Planung und Gewährung von Nothilfe unter dem Diktat des Marketing steht, wenn findige Geschäftsleute während des zweiten Golfkrieges uralte, dafür aber hebräisch beschriftete Gasmasken zur Lieferung an das von irakischen Scud-Raketen bedrohte Israel anbieten, dann ist das nur ein Beispiel für krasse Auswüchse eines Geschäfts, das von den üblichen Gesetzen des Marktes beherrscht wird.

Humanitäre Hilfe ist nicht davor gefeit, für vielerlei eigennützige Zwecke genutzt zu werden. Auch die Medien haben das erkannt, und begannen unterdessen, eigene Hilfsorganisationen aufzubauen. So z.B. auch RTL mit seiner Stiftung *Hilfe für Kinder*, die 1997 entstand. Statt klarer Rollenverteilung sind hier die Vorboten eines selbstreferenziellen »humanitär-industriellen Komplexes« auszumachen, der in der Zukunft droht. Das Medium setzt das Thema, motiviert zur Aktion, sammelt Spenden und setzt diese in Projekte um, die selbst wieder Bilder liefern. Diesem »humanitär-industriellen Komplex« könnten schon bald auch die privaten Hilfswerke zum Opfer fallen.

Kritische Nothilfe ist geboten

Bleibt die Frage, wie sich Hilfsorganisationen in solchen Dilemmata verhalten. – Soll Hilfe verweigert werden, wenn deutlich wird, dass Kriegsparteien in strategischer Absicht Opfer produzieren und präsentieren, um auf sich aufmerksam zu machen, wie dies bereits im Biafra-Krieg der Fall gewesen ist? Und was bedeutet es, wenn die eigene Arbeit ungewollt Teil militärischer Überlegungen wird und Bürgerkriege durch humanitäre Hilfe wirtschaftlich alimentiert werden? Gibt es einen Ausweg?

Ich denke schon. Allerdings ist er nicht allein über die zupackende Hilfe vor Ort und die unmittelbare ärztliche Tätigkeit am Patienten zu ändern. Zuerst gilt es, sich der Dilemmata als solcher bewusst zu werden, statt sich und ändern zu suggerieren, in der humanitären Hilfe liege der Schlüssel zur Lösung bestehender Missstände. Erforderlich sind über die Hilfe hinaus begleitende Aktionen auf der politischen Ebene. Genau diesem doppelten Anspruch einer praktischen Hilfe, die immer auch die Ursachen von Not kritisch thematisiert, ist beispielsweise *medico international* verpflichtet. Gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen hat *medico* die Kampagne *Fatal Transactions* ins Leben gerufen, die für die Kontrolle des Diamantenhandels und entsprechende Sanktionen eintritt. Ziel ist es, jene skandalösen Handelspraktiken zu stoppen, die den Krieg in Angola finanziell in Gang halten.

Auch mit der Initiierung der Kampagne gegen die Landminen wollte *medico* deutlich machen, dass es nicht ausreicht, den Schrecken, den Minen anrichten, nur im nachhinein zu begegnen. Motiviert von den primär-präventiven medizinischen Überlegungen ging es uns um die Etablierung einer völkerrechtlich bindenden Norm, die Minen gänzlich aus der Welt schafft. Solche Aktivitäten finden auf internationaler Ebene statt, wirken aber im besten Fall unmittelbar zurück auf die humanitären Notlagen von Menschen in Kriegssituationen – und sind somit zentraler Teil einer kritischen Nothilfe.

Aber auch in den kriegszerrütteten Länder selbst kann mehr unternommen werden, als die bloße humanitäre Assistenz. Dazu sind allerdings integrierte Konzepte vonnöten, die sich sozusagen in die Konflikte hineinbegeben und gemeinsam mit lokalen Partnern für die Wiederherstellung des Sozialen sorgen. In Angola, wo wir heute buchstäblich zwischen allen Fronten stehen, konnten wir gute Erfahrungen sammeln, z.B. mit Zeitungsprojekten, mit Fußball, Kino und vielen anderen Aktivitäten, die auf eine Rekonstruktion des Sozialen setzten und ohne die sämtliche Nahrungsmittelhilfen und auch die unfallchirurgische Betreuung von Minenopfern zu keinen nachhaltigen Wirkungen geführt hätte. Solche integrierten Hilfsprogramme sind – zugegeben – äußerst kompliziert. Sie gelingen nur, wenn sie von Anfang an die Kooperation mit anderen NGOs und lokalen Akteuren suchen.

Ich wende mich also nicht gegen humanitäre Hilfe, aber um so mehr für eine Hilfe, die sich ihrer selbst bewusst ist und um ihre Wirkungen, die fachlichen wie die politischen weiß. Statt eine abstrakte Neutralität zu reklamieren, die dann unter der Hand wieder verloren geht, muss humanitäre Hilfe auch politisch Stellung beziehen, um dem Recht auf Schutz und Hilfe in Not- und Kriegssituationen zur Geltung zu verhelfen. Erforderlich ist eine Hilfe, die sich an der Seite der Geschädigten, der Opfer von Kriegseinwirkungen ins soziale Handgemenge begibt und dafür sorgt, dass Menschen möglichst rasch wieder zu eigenständig handelnden Subjekten werden. Eine solche kontext- und partnerorientierte Nothilfe, die von Anfang an auf Nachhaltigkeit setzt, nennen wir bei *medico* »kritische Nothilfe« und meinen damit, dass

selbstverständlich auch jene Macht- und Herrschaftsverhältnisse reflektiert werden müssen, durch die Menschen ins Elend gestürzt werden. Unter allen Umständen wollen wir vermeiden, dass Nothilfemühungen bloß von außen übergestülpt werden, eigennützigen Interessen dienen und dabei gar den Opferstatus der Betroffenen verlängern.

Literatur

Jean, Francois und Jean-Christophe Rufin (Hg.) 1999: Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg

Der Autor

Thomas Gebauer ist Geschäftsführer von medico international.

Angola – Frieden ohne Perspektive?

Zur politischen Genese der aktuellen Lage
von Peter Lock

Viele Emotionen und politische Parteinahmen haben Angola während der anti-kolonialen Kämpfe und seit der sehr späten Unabhängigkeit im Jahr 1975 begleitet. Die politische Klasse in Luanda hat sich in den Jahren nach der Unabhängigkeit erfolgreich zunächst als Opfer des aggressiven Apartheidregimes in Südafrika und als sozialistische Alternative zu den korrupten Machthabern in anderen afrikanischen Staaten verkauft. Die aus den anti-kolonialen Kämpfen als dominante Kraft hervorgegangene Gruppe, die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) nutzt diese Tradition noch immer als politisches Deckmäntelchen, unter dem sich diese Gruppe zu einer oligarchischen Clique entwickelt hat. Dieser Prozeß wurde von einem bewaffneten Kampf begleitet, der sich vor allem gegen Zivilisten richtete. Die Mißachtung der Zivilbevölkerung auf seiten der staatlichen bewaffneten Formationen in diesem Krieg hat zu großflächiger Verminung in weiten Teilen des Landes geführt. Aber lange schien er für eine gerechte, weil gegen das Apartheidregime in Südafrika gerichtete Sache zu stehen. Dabei fiel wenig auf, dass die zwischenzeitliche Waffenbrüderschaft mit sozialistischen Staaten auch dazu diente, die Erdölgeschäfte mit internationalen, darunter amerikanischen Erdölkonzernen militärisch abzusichern. Die Truppen des geächteten Kuba dienten faktisch als Sicherheitsdienst dieser Konzerne gegen Angriffe der von den USA und Südafrika unterstützten UNITA (Nationalunion für die volle Unabhängigkeit Angolas) – eine schwer zu überbietende Ironie der Realpolitik.

Alle wirtschaftlichen und sozialen Mißstände ließen sich so dem Krieg zuschreiben. Hinter dieser Fassade eines permanenten Kriegs- bzw. Ausnahmezustandes etablierte sich eine das Land von Luanda aus autoritär kontrollierende Petro-Nomenclatura (Ferreira 1995), die sich nach der Auflösung der bipolaren Weltstruktur großem Anpassungsdruck an die neuen Spielregeln ausgesetzt sah. Förderlich für die Anpassungsleistung war der Sachverhalt, dass die Erdöleinkünfte von den Veränderungen nicht betroffen waren. Die Privatisierung des »staatssozialistischen Erbes« gelang reibungslos durch Aneignung seitens der herrschenden Gruppen. Die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat wurde weiter eingeschränkt, obwohl die Einkünfte des Staates aus dem Erdölsektor angestiegen sein mußten. Die Primarschulversorgung ist heute schlechter als in der Kolonialzeit. Besonders sichtbar ist dies auch im Bereich der Sicherheit. Sie ist längst zu einer Dienstleistung mutiert, die von privaten Unternehmen gegen Bezahlung erbracht wird oder eben nicht existiert.

Für die lange von den USA geförderte Partei in diesem bewaffneten Konflikt gestaltete sich die Situation ungleich schwieriger. Die UNITA stützte sich auf einen von Rebellenchef Jonas Savimbi kontrollierten totalitären Machtapparat und war nach dem Wegfall aller externen Gönner gezwungen, sich nunmehr vollständig über ihr internationales schattenökonomisches Netzwerk zur Vermarktung von Diamanten und zur Absicherung der illegalen Kriegslogistik zu reproduzieren. Die Wahlen im Jahre 1992 wurden von Savimbi als Chance begriffen, den Krieg siegreich zu beenden. Demokratie war für die UNITA ausschließlich als Instrument der Machtübernahme

akzeptabel. Für die Option einer Teilung der politischen Macht mit gemeinsamem Zugriff auf die Exporteinkünfte durch Öl- und Diamantenhandel fehlten in Angola die politischen Voraussetzungen. Denn faire, international überwachte Wahlen sind allein keine hinreichende Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer Regierungsformen, zumal Kriegsparteien der Logik des »the winner takes all« verhaftet sind. Demokratie ohne Vertrauen in konfliktregelnde Instanzen ist zum Scheitern verurteilt. Vertrauen ist jedoch kumulierte Erfahrung. Daher war es unter den gegebenen Voraussetzungen nicht überraschend, dass trotz der Bemühungen der Vereinten Nationen diese Wahlen nicht den Beginn einer demokratischen Entwicklung markierten und das Land wieder in bewaffnete Konflikte zurückfiel.

Lebenswelten der reichen Eliten

Der Anspruch, die Entwicklung Angolas nach der Unabhängigkeit von Portugal durch staatliche Planung unter Führung der MPLA »sozialistisch« voranzutreiben, führte über die Jahre zur Bildung eines klientelistisch gesteuerten Staatsapparates. Die Kontrolle des Wechselkurses auf einem völlig überbewerteten Niveau bis Ende der achtziger Jahre hat unternehmerische Aktivitäten im Keim erstickt und wirtschaftlichen Erfolg vom »politischen« Zugang zu Devisen abhängig gemacht. Die für solche Konstellationen typische Bildung von großen schattenwirtschaftlichen Bereichen neben dem staatlichen Sektor war auch für die Entwicklung in Angola kennzeichnend. Der angolansische Staatssozialismus war aber insofern ein vergleichsweise »weiches« Regime, als die Reproduktion des Staatsapparates sich fast ausschließlich auf die Einnahmen aus der Erdölförderung stützen konnte und die Regierung zur Kriegsfinanzierung nicht darauf angewiesen war, Steuern einzutreiben.

Die Entscheidungen über die Verwendung der Erdöleinnahmen wurden in einem intransparenten Verfahren von einer kleinen Führungsschicht getroffen. Mit der Zuteilung von Devisen wurde der gesamte Wirtschaftsprozeß gesteuert. Die Wechselkurspolitik war die Hefe der sich ausbreitenden Korruption. Sie war der Schlüssel zur Bereicherung und machte Doppelrollen in Bürokratie und Schattenwirtschaft zur Regel. Im Ergebnis war Angola bereits vor dem ökonomischen Paradigmenwechsel nach dem Ende des Kalten Krieges und der Apartheid in Südafrika durch eine extrem ungleiche Verteilung der Einkommen gekennzeichnet. Inzwischen haben Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft dem Reichtum jeden Makel genommen, so dass sich die gesellschaftlichen Verhältnissen weiter polarisieren. Dies schlägt sich in entsprechender sozialräumlicher »Apartheid« der verarmten Massen nieder. Der boomende Sektor privater Sicherheitsdienstleistungen sorgt für angenehme Lebenswelten der reichen Eliten, während die staatliche Infrastruktur völlig vernachlässigt wird. Entsprechend ist die Polizei weitgehend korrupt und abwesend. Die Weltbank schätzt, dass nur ein Drittel aller Kinder eine Primarschule besucht. Die Kindersterblichkeit ist fünfunddreissig Mal so hoch wie in Deutschland, von 1000 Kindern

sterben über zweihundert in den ersten fünf Lebensjahren – die höchste Rate weltweit. Die Lebensverhältnisse der meisten Angolaner haben sich trotz umfangreicher internationaler humanitärer Hilfe und steigenden Exporteinnahmen in den letzten zehn Jahren verschlechtert.

Die wirtschaftliche Entwicklung reduziert sich im Wesentlichen auf den Export von Erdöl und Diamanten. Sechs Siebtel oder gegen 90 % des Bruttoinlandproduktes sind Exporte dieser beiden Produkte. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung ist auf urbane Dienstleistungen für die reiche Elite beschränkt. Die an ein deutsches Unternehmen vergebene moderne Müllabfuhr in Luanda symbolisiert diese Exklavenwirtschaft, in der Importe die eigentlichen wirtschaftlichen Pfründe bilden. Am einträglichsten dürften Importe von Kriegsmaterial sein, bei denen die lokalen Entscheidungsträger in vielen Ländern bis zu 20 % der Auftragssumme abkassieren. Einiges spricht dafür, dass in Angola ein noch höherer Anteil vom Auftragsvolumen abgezweigt wird. Der Staat wird in solchen Situationen zu einer komplexen, wenig transparenten Fassade, hinter der die konkurrierende private Aneignung der Exporteinkünfte stattfindet. Im Kontext ungenierter privater Aneignung gerät selbst humanitäre Hilfe in das Blickfeld der gierigen Elite, die wahlweise, je nach Opportunität, als staatlicher Hoheitsträger oder als Nichtregierungsorganisation in Erscheinung tritt, um Transaktionskosten mit dem Ziel der Bereicherung zu generieren.

Allerdings entwickeln sich zwangsläufig Widersprüche und Bruchlinien zwischen dem instrumentell eingesetzten »nationalistischen« Diskurs und den individuellen Lebensstilen der Eliten. Das Leben der Eliten ist auf Brasilien und Europa ausgerichtet, was sich daran ablesen lässt, dass sie ihre Kinder zur Ausbildung dorthin schicken und kein Interesse an der Entwicklung des angolanischen Bildungssystems erkennen lassen. In ähnliche Richtungen dürfte der massive schattenwirtschaftliche Kapitalexport der Eliten gehen. Gleichzeitig jedoch birgt die Balance zwischen den »politischen Machern« und den bewaffneten Organen nach dem Ende der eindeutigen Polarisierung zwischen Regierung und UNITA nunmehr große Risiken.

Denn man kann die Entwicklung Angolas, wenn man die zeitweilige sozialistische und neuerliche neoliberale demokratische Ideologie vernachlässigt, auch als eine Entwicklung von einer quasi-Militärdiktatur zu einer Militärdemokratie nach 1992 beschreiben, die solange relativ stabil gesteuert werden konnten, als die Konfrontation mit UNITA, die immer auch Kampf um weitere Ressourcen (Diamanten) war, divergierende Interessen opportunistisch zusammengebunden hatte. Mit dieser unkonventionellen Begriffswahl soll deutlich gemacht werden, dass eine permanente Militarisierung der öffentlichen Angelegenheiten bzw. der andauernde Notstand als Systemressource unverzichtbar für die nach wie vor herrschende Elite waren.

Zur Rolle bewaffneter Formationen im Friedensprozeß

Derzeit verändert sich jedoch diese Ausgangslage und es bleibt abzuwarten, welches Gewicht bewaffneten Formationen als politische Akteure zukommen wird. Denn die wiederholte Praxis der Regierung, um des Machterhaltes willen zahlreiche ausländische militärische und polizeiliche Formationen unter Vertrag zu nehmen, dürfte in Zukunft nicht ohne Widerspruch seitens einheimischer bewaffneter Organe zu bewerkstelligen sein, die darin eine unbillige Konkurrenz sehen. Dienstleistungen zur Absicherung der Exportindustrie und der Wohlstandsexklaven, aber auch internationaler humanitärer Einrichtungen werden eine begehrte Einkommensquelle sein, die nicht ohne Widerstand an internationale private Militär- oder Sicherheitsunternehmen vergeben werden können.

Außerdem deutet die fortgesetzte Intervention im ehemaligen Zaire darauf hin, dass sich die ökonomischen Interessen militärischer Akteure längst verselbständigt haben. Denn zumindest die kongolesische Opposition behauptet, dass die angolanschen Streitkräfte sich an den Rohstoffvorkommen in den von ihnen besetzten Provinzen, ähnlich den Truppen Zimbabwes im Osten, bereichern. Aber es besteht auch wenig Grund zu der Annahme, dass sich die Streitkräfte im Chaos des eigenen Landes grundsätzlich anders verhalten. Verhaltensmuster, die sich in dreissig Jahren bewaffneten Konfliktes eingeschliffen haben, werden nicht von heute auf morgen abgelegt.

Es ist zunächst nicht zu erwarten, dass das angolansche Militär als rechtsstaatliche Ordnungsmacht in der jetzt offensichtlich beginnenden Nachkriegsphase fungiert. Vielmehr wird die willkürliche Requisition von Gütern, Dienstleistungen und deren private Aneignung durch Soldaten und ehemalige Kämpfer in den Weiten des angolanschen Raumes weitergehen. Ohne die Tarnung Krieg wird die gewaltkriminelle Dimension der in Jahrzehnten desintegrierten gesellschaftlichen Verhältnisse sichtbar werden. In Angola werden auf längere Zeit mehr oder weniger große gewalt-offene Räume bestehen, in denen es zu Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Gewaltakteuren kommen wird.

Internationaler Friedensoptimismus

Dennoch bestehen allem Anschein zufolge gute Aussichten, dass man international das Ende eines langen bewaffneten Konfliktes feststellen wird. Programme zur Bearbeitung von Nachkriegsstrukturen werden zum Einsatz kommen. Man wird Kämpfer entwaffnen und sie mit mehr oder weniger großen Hilfspaketen in die Zivilgesellschaft entlassen. Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank werden verstärkt vorstellig werden, um sicherzustellen, dass die Regierung nunmehr die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte einhält, um das Vertrauen von Investoren zu gewinnen und Kapital in das Land zu holen. Angesichts der jahrelangen visuellen Sättigung mit Kriegsbildern herrscht in der internationalen Öffentlichkeit

eine große Bereitschaft zu Wunschdenken hinsichtlich der Friedensperspektiven, die man sich von einem Friedensabkommen zwischen der UNITA und der Regierung erhofft.

Versuche die Ausgangslage zu bewerten

Der unerschöpfliche Importbedarf an Erdöl in den Vereinigten Staaten garantiert eine starke Expansion des Exportsektors überall dort, wo es kostengünstig erschließbare Reserven gibt. Die jeweiligen lokalen Machthaber können auf amerikanisches Wohllollen rechnen, solange man die internationale Ölindustrie weitgehend gewähren läßt. Gute Aussichten also für die herrschende angolansische Petrokratie, dass sich die amerikanische Regierung bei Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten, nach Armutsbekämpfung und strukturellen Entwicklungsanstrengungen zurückhalten wird, zumal die Ölfelder außerhalb der Reichweite möglicher sozialer Unruhen vor der Küste liegen. Ein boomender Exportsektor verhindert aber auch wirkliches Interesse an einer Wirtschaftspolitik, die auf die Entwicklung der angolansischen Binnenwirtschaft zielt. Gleichzeitig sind die wirtschaftlichen Perspektiven des Erdöls im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und den Bedürfnissen des Landes jedoch nicht so, dass sich das Land in einen sozialen Erdölrentenstaat nach dem Vorbild des saudischen Herrschaftsclans transformieren ließe.

Häufig ist zu lesen, dass Angola über alles verfüge, was man zu einer erfolgreichen Entwicklung benötige. Es wird auf die zahlreichen Bodenschätze verwiesen, von denen unter anderem die Diamanten sogar ohne große Kapitalinvestitionen abgebaut bzw. gewaschen werden können. Das Land verfüge über gute Böden und klimatische Voraussetzungen für eine leistungsfähige Landwirtschaft, außerdem sei dieses sehr große Land mit gut 12 Millionen Einwohner nicht zu dicht besiedelt. Diese Art der Betrachtung ist geopolitischen Ideologien verhaftet und übersieht, dass alleine der Mensch verfügbare Produktionsfaktoren in Wert zu setzen und damit Wohlstand zu stiften vermag. Vor allem aber werden bei dieser Sichtweise die tiefgreifenden Folgen der langjährigen bewaffneten Kämpfe übersehen, die wie riesige Hypotheken das Land auf vielen Ebenen über lange Zeit belasten.

Die Verminung großer Räume des Landes und andauernde Verstümmelung von Menschen durch Antipersonenminen hat noch am meisten internationale Aufmerksamkeit erfahren. Mindestens ebenso gravierend sind die Kriegsschulden in anderen Bereichen, die es abzutragen gilt. Die in einer Gesellschaft kumulierte Bildung und Ausbildung bzw. die verfügbaren Fähigkeiten und das Wissen bezeichnet man als *Humankapital*. In Angola hat sich dieses Kapital als Folge von dreissig Jahren Krieg, Gewalt und Vertreibung extrem vermindert und dies dürfte eine noch wesentlich größere Hypothek des Krieges für Entwicklung bilden als die Landminen. Zumal die Infrastrukturen allein für schulische Bildung noch immer so vernachlässigt werden, dass man nach wie vor von einem fortgesetzten intergenerationellen Abstieg im

Hinblick auf schulische Bildung und sonstige soziale Kompetenz ausgehen muß. Weiterhin muß man sich veranschaulichen, dass die Rekonstruktion der allgemeinen Schulbildung erst mit einer Verzögerung von einigen Jahren volkswirtschaftliche Auswirkungen haben wird. Noch ist freilich nicht erkennbar, dass in diese Richtung große Anstrengungen unternommen werden. Gute Ausbildung ist aber eine notwendige Voraussetzung für Entwicklung, die in Angola nur in sehr eingeschränktem Maß gegeben ist. Auch im Hinblick auf die Altersstruktur der Bevölkerung sind die Ausgangsbedingungen schwierig. Nur etwa die Hälfte der Bevölkerung befindet sich im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre). Statistisch gebiert jede Frau mehr als sechs Kinder. Das bedeutet für die kommenden Jahre, dass unverhältnismäßig viele Kinder eine Ausbildung erhalten müssen, bei acht Jahren Schulbildung müssen mehr als drei Millionen Kinder einen Platz in der Schule bekommen. Gleichzeitig werden Jahr für Jahr ungefähr eine viertel Million junge Menschen zusätzlich eine Chance zur Erwerbstätigkeit suchen, was einer Wachstumsrate der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von knapp vier Prozent entspricht. Diese Zahlen bleiben auch von einer drastischen Senkung der Geburtenraten, die typischerweise mit Entwicklung einhergeht, zunächst über Jahre unberührt.

Wahrscheinlich ist es für Überlegungen zur Zukunft dieses zerrütteten Landes hilfreich, wenn man analog zur Kategorie Humankapital das verfügbare Sozialkapital betrachtet. Mit *Sozialkapital* ist hier die Kompetenz der Menschen gemeint miteinander umzugehen, Vertrauen zu bilden, die Bereitschaft zum Risiko und eigenständigem Handeln oder allgemeiner soziale Kompetenz. Auch hier haben dreissig Jahre Krieg, (Überlebens-)Ängste und Gewalterfahrungen, Sozialisation in Flüchtlingslagern und Leben in gewaltgeprägter Ausgeschlossenheit zu einem verbreiteten Defizit an Sozialkapital geführt, das für einen dynamischen Entwicklungsprozeß so wichtig wäre. Hier soll aber keineswegs in Abrede gestellt werden, dass Menschen durch den Krieg in Angola gelernt haben, in teilweise komplexen Netzwerken ihr (Über-)Leben zu organisieren. Im Gegenteil, der Krieg hat zur Bildung von vielfältigen innovativen, häufig transnationalen Formen der Vergesellschaftung geführt, die im Bereich der Schattenglobalisierung zu verorten sind.

Problematisch an diesen Strukturen und den damit verbundenen Erfahrungen ist jedoch der Sachverhalt, dass diese Netzwerke fast immer auch Agenturen des Ausschlusses anderer waren bzw. noch sind, wobei die Identifikation bzw. Zugehörigkeit als ethnisch, religiös, herkunftsbezogen (z.B. in Flüchtlingslagern), altersbezogen (Jugendbanden), »parteilich« etc. definiert wird. Fast immer stützen sich solche Netzwerkidentitäten auf mehr oder weniger subtile Formen der Gewalt sowohl gegen »die anderen« als auch zur Stabilisierung der Hierarchien innerhalb der Netzwerke. Für einen erfolversprechenden integrativen Entwicklungsprozeß ist es jedoch notwendig, dass sich die Menschen nicht länger vermittels des Ausschlusses anderer definieren und in der Lage sind, fair miteinander umzugehen, Handel zu treiben und sich als gemeinsam politisch handlungsfähig erweisen.



Brotverkäuferinnen in Luanda, Angola.

Mit Ausnahme der Erdölausbeutung sind *Infrastruktur* und *Anlagenkapital* des Landes in einem miserablen Zustand. Darüber können weder die besseren Wohngebiete und Geschäftsviertel der Hauptstadt noch Golfplätze hinwegtäuschen. Die Entwicklung muß für Millionen Angolaner ganz unten beginnen. Bei einer oberflächlichen Betrachtungsweise sind wirtschaftliche Voraussetzungen und finanzielle Ressourcen durch die Einkünfte aus Exporten von Diamanten und Erdöl gegeben. Die Vereinten Nationen und viele Nichtregierungsorganisationen sind zudem bereit, sich bei der Bewältigung von für Nachkriegssituationen typischen Problemen, wie Entwaffnung von Kämpfern, Minenräumung, Überwachung von Vereinbarungen, Ausbildung von Sicherheitskräften usw. zu engagieren. Mit 100 Dollar pro Kopf erscheint die Auslandsverschuldung absolut gesehen im afrikanischen Vergleich niedrig. Dies ist aber ausschließlich der extremen Armut und Unterentwicklung Angolas geschuldet. Denn der Schuldenstand entspricht fast dem Vierfachen des Bruttosozialproduktes, was selbst in Afrika nur noch von Guinea Bissau übertroffen wird.

Transnationale Netzwerke: von der Kriegsökonomie zur Schattenglobalisierung

Man wird weiter danach fragen müssen, wie sich die zahlreichen konkurrierenden und vielfach antagonistischen Netzwerke des Lebens und Überlebens im, häufig aber auch vom Krieg in der Nachkriegszeit transformieren werden. In diesem Zusammenhang sind die Analysen der gegenwärtigen bewaffneten Konflikte in Ländern der sog. Dritten Welt von Mark Duffield (Duffield 2001), aber auch die inzwischen zahlreichen Fallstudien zu internen bewaffneten Konflikten (Jean /Rufin 1999) aufschlußreich. Duffield zeigt an konkreten Beispielen, wie die Logik der bewaffneten Auseinandersetzungen von ökonomischen Interessen der Kader durchsetzt und schließlich dominiert wird. Aus kriegswirtschaftlichen Transaktionen, die überwiegend schattenökonomisch, d.h. in informellen oder kriminellen Sphären stattfinden, entwickeln sich hybride Produktionsweisen. Sie basieren auf Gewalt bzw. deren Androhung, sie sind notwendig exportorientiert und entwickeln sich zu transnationalen Schattenökonomien. Carolyn Nordstrom, die in Mozambik und Angola umfangreiche Feldforschung durchgeführt hat, umreißt die offenkundigsten Segmente der dortigen transnationalen Schattenökonomien zur Finanzierung des jeweiligen bewaffneten Konfliktes. Diese Art der Mittelbeschaffung haben »zu von fremden Fangschiffen leergefischten Küstengewässern geführt, die Fische und Meerfrüchte für viele Millionen Dollar international vermarktet haben; zu Edelsteinminen, die einen lebhaften und einträglichen, aber illegalen Handel versorgen; zu Waisenkindern aus dem Krieg, die in internationale Prostitutions- und illegale Arbeitskraftringe verkauft werden; geraubte Güter, die über Grenzen geschafft werden, um von Luxusgütern bis zu Kriegsgeschütz alles zu kaufen; Ausverkauf

zukünftiger Ressourcen (Öl, Holz, Landnutzungslizenzen, Industrieproduktion) an Großmachtinteressen und multinationale Konzerne ... während Heerscharen lokaler Profiteure ihr Leben riskieren, um zu schmuggeln, zu wildern, zu versklaven, Geld zu wechseln.« (Nordstrom 2001 zitiert in: Duffield 2001, S.196).

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht handelt es sich um parasitäre Subsysteme, die sich nationalstaatlich längst nicht mehr eindeutig zuordnen lassen. Eine zumeist lange Kette von Akteuren, Hehlern, Geldwäschern und sonstigen Profiteuren in verschiedenen Ländern interagiert in diesen Subsystemen, um Waren oder Dienstleistungen in die reguläre Sphären der globalen Märkte einzuschleusen. Die komplexen Verflechtungen und die Rolle der Gewalt auf derartigen Märkten haben im Zusammenhang mit dem internationalen Drogenhandel am meisten Aufmerksamkeit erhalten. Drogenmärkte sind nur im Hinblick auf den besonderen Mechanismus der Wertschöpfung ein Sonderfall. Die Wertschöpfung im Drogensektor bildet sich in Abhängigkeit von der staatlichen Repression und Verfolgung von Delikten, je höher der Verfolgungsdruck um so höher sind die Profite und die Preise. Spätestens seit der weltweiten Liberalisierung von Märkten expandieren informelle und kriminelle transnationale Netzwerke dynamisch. Man kann diese Entwicklung als Schatten-globalisierung beschreiben. Deren Netzwerke haben eine Tendenz sich gegenseitig zu stärken, indem sie große gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche aus der Staatlichkeit schon alleine dadurch lösen, dass sie in der Schattenökonomie agieren, keine Steuern zahlen und damit nicht zu Reproduktion des Staates und der Bereitstellung öffentlicher Güter, wie z.B. Polizei, beitragen.

Mit der Erosion von Staatlichkeit werden Netzwerke für viele Menschen zur (Über-) Lebensoption, scheinbar ohne Alternative, und beginnen weite Räume zu dominieren. Schattenökonomische Netzwerke haben längst nicht mehr ausschließlich in Kriegsszenarien ihren Ausgangspunkt. Man muß sie bereits als systemisches Merkmal des gegenwärtigen Globalisierungsprozesses bezeichnen. Im Wortsinn ist die Schattenglobalisierung der unausweichliche Schatten der gegenwärtigen Globalisierung im Rahmen neoliberaler Ordnungspolitik. In diesen Netzwerken geht es längst nicht mehr nur um Elfenbein, Diamanten oder Menschenhandel, vielmehr dürfte der Umsatz gefälschter Markenprodukte vor allem aus Asien längst den Umschlag »kriegsökonomisch« ausgelöster Warenströme übertreffen¹.

Die entscheidend neue Dimension dieser Erscheinungen, die in Kriegswirtschaften in innergesellschaftlichen bewaffneten Konflikten systemischen Charakter haben, liegt darin, dass die Funktionslogik dieser notwendig transnationalen Netzwerke die Unterschiede zwischen Krieg und Frieden verwischt. Denn die Gewaltsteuerung

1) So hat der Zoll an den Außengrenzen der EU im Jahre 2000 gefälschte Markenprodukte im Wert von mehr als zwei Milliarden EURO entdeckt, darunter eine halbe Million Pakete Kaugummi und eine viertel Million Päckchen mit Kondomen.

derartiger wirtschaftlicher Transaktionen ist zwangsläufig entterritorialisiert, was wiederum entlang der weltweiten Drogenhandelsströme am besten dokumentiert ist. Streng ökonomisch betrachtet muß der kriegswirtschaftlich bedingten Menge illegaler Transaktionen in einem Kriegsgebiet eine gleiche Menge illegaler Transaktionen außerhalb des Kriegsgebietes entsprechen. Dies begründet die expansive Dynamik informeller und krimineller Sphären ausgehend von Kriegsökonomien zunächst in die Region. Anschaulich wird dies durch die Kriegs- bzw. Diamantenlogistik der UNITA belegt, in die zahlreiche afrikanische Staaten, einschließlich deren politische Spitzen verwickelt sind. Aber auch die andauernde vielfältige Besetzung des ehemaligen Zaire, heute Demokratische Republik Kongo, durch nachbarliche militärische Formationen ist Ausdruck transnationaler Netzwerkkriminalität, die auf mineralische Rohstoffe und Hölzer ausgerichtet ist. Letztlich aber können alle solche Netzwerke nur dann erfolgreich sein, wenn sie über Hehler schließlich Zutritt zu den Märkten der reichen Industrieländer finden.

Im Hinblick auf die Entwicklungsperspektiven eines so darniederliegenden Landes wie Angola sind schattenökonomische Netzwerke eine absolute Gefahr, denn in dem Maße, in dem sich die Schattenglobalisierung von der Kriegsfinanzierung verselbstständigt hat, versuchen sie Räume geschwächter Staatlichkeit zu besetzen oder, im Falle Angolas wahrscheinlicher, besetzt zu halten. Die Expansionsmuster der Schattenglobalisierung muß man sich als transnationale Dominoeffekte vorstellen. Diese Skizze mag genügen, um anzudeuten, welche außerordentlichen Anstrengungen es in Angola bedarf, um das Land aus der Kontrolle gewaltgesteuerter Netzwerke herauszuführen und einen dynamischen Entwicklungsprozeß einzuleiten.

Politische Dimensionen der erhofften Nachkriegsentwicklung

Aber es gibt weitere Hürden auf dem Weg, die Chance, die ein Friedensabkommen bietet, zur Einleitung einer integrativen Entwicklung der Gesellschaft zu nutzen. Blickt man auf den Pfad wirtschaftlicher Entwicklung anderer wenig entwickelter Länder, die plötzlich Zugang zu erheblichen Einkünften aus Erdölexporten hatten, wie z.B. Ekuador, das sich seitdem in einer wirtschaftlichen Talfahrt begleitet von politischem Zerfall befindet, dann ist große Skepsis angebracht, ob es Angola gelingen wird, diesen Reichtum in allgemeine Wohlfahrt umzusetzen, die sich in den Indikatoren zur menschlichen Entwicklung niederschlagen wird. Der von Erdöl geprägte Entwicklungspfad Nigerias ist ähnlich verlaufen. Dabei geht es noch nicht einmal um das, was Ökonomen die holländische Krankheit nennen, eine allgemeine Schwächung der wirtschaftlichen Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität als Folge von plötzlichem Ressourcenzufluß. Vielmehr dürfte das Problem schon darin bestehen, ob sich in Angola aus der »Kriegsdemokratie« überhaupt politische Verhältnisse entwickeln können, in denen eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung angestrebt wird. Gegenwärtig herrscht eine Petrokratie, unter der wesentliche Ein-

künfte auf intransparente Weise privat angeeignet werden. Alles deutet im Moment darauf hin, dass die politische Auseinandersetzung zunächst darum gehen wird, auch die Diamantenexporte möglichst weitgehend unter die Kontrolle der Luanda beherrschenden Kreise zu bringen.

Zumindest rhetorisch üben internationale Akteure Druck auf Angola aus, die Transparenz staatlichen Handelns deutlich zu erhöhen und in der Folge des Friedensschlusses einen demokratischen Prozeß einzuleiten. Man wird also die Frage zu beantworten haben, ob sich die in jeder Hinsicht ausgeschlossene Masse der Bevölkerung über Wahlen und demokratische Partizipation Gehör verschaffen und einen engagierten Entwicklungsprozeß einfordern kann. Viele Beobachter sind hier eher pessimistisch. Aber selbst wenn dies gelänge, bliebe die Frage, wie denn angesichts des gegenwärtigen ordnungspolitischen Umfeldes, das vom Neoliberalismus geprägt ist, eine solche integrative Entwicklungsstrategie aussehen könnte. Denn sie hätte Außerordentliches zu leisten, was nur durch das Ingangsetzen einer binnenwirtschaftlichen Dynamik mit hinreichenden Beschäftigungseffekten zu schaffen wäre.

Die Beschäftigungseffekte des Erdölsektor sind minimal, lediglich die tagebauartige Diamantenproduktion wäre beschäftigungsintensiv und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. In allen anderen Sektoren fehlt es dem Land an Human-, Sozial- und Realkapital, um sich als Anbieter auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Sicherlich ist es möglich, mit hohem Kapitaleinsatz die eine oder andere moderne Agrarexportexklave zu schaffen, aber eine Vernetzung der wirtschaftlichen Dynamik zur Überwindung der verbreiteten Armut und viele Arbeitsplätze sind davon ebenfalls nicht zu erwarten. Eine binnenmarktorientierte Entwicklungsstrategie würde aber einen selektiven Schutz vor zunächst billigeren Importen in entsprechenden Sektoren erfordern. Im gegenwärtigen politischen Klima, das die internationalen Finanzinstitutionen beherrschen, ist nicht zu erwarten, dass derartige Entwicklungsstrategien toleriert werden. Bei der gegebenen Verschuldung des Landes ist es unwahrscheinlich, dass eine Regierung zur Durchsetzung solcher Zielsetzungen hinreichend Verhandlungsmacht besitzt, trotz der bedeutenden Erdölreserven².

Aber es ist auch nicht sehr wahrscheinlich, dass die herrschende Petrokratie überhaupt bereit sein könnte, eine binnenwirtschaftliche Entwicklungsstrategie unter Nutzung der Erdöleinkünfte einzuleiten. Denn man ist an die Versorgung mit Konsum- und Luxusgütern durch Importe gewöhnt, die durch die überhöht gehaltene Währung attraktiv und preiswert sind. Ferner bedeutet das gegenwärtige Verwendungsmuster, dass die Elite sich unbeschwert in den Konsumzentren Brasiliens und

2) Eine Regierung, die auf Binnenmarktentwicklung setzt, würde wahrscheinlich der Achse des Bösen zugeschlagen: Denn die Zurückweisung neoliberaler Ordnungspolitik ist das einzige wirkliche gemeinsame Merkmal dieser Staaten. Wäre es die unterstellte Eigenschaft, Quelle des Terrors zu sein, dann müßten ganz andere Staaten, darunter Saudi Arabien, zu dieser Achse geschlagen werden.

Europas bewegen und die Früchte der Kapitalflucht genießen kann, während in keinem anderen Land in Afrika ein so großer Teil (mehr als zwei Drittel) der urbanen Bevölkerung keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen hat, wie in Angola.

Angola als Interessensphäre der Vereinigten Staaten

Zu den bedeutenden Veränderungen des internationalen Umfeldes, die es der herrschenden Elite wahrscheinlich erleichtern werden, an der Macht zu bleiben und ihren Reichtum zu mehren, gehört die regionale Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik. Was zunächst als afrikanische Initiative verkauft wurde, die helfen sollte, den Abwärtsstrudel zu stoppen, in dem sich weite Teile Afrikas südlich der Sahara befinden und eine neue Entwicklung einzuleiten, entpuppt sich mittlerweile immer deutlicher als Politik der Erdölimportversicherung für den Fall, dass die amerikanische Nahostpolitik zu einer die Erdölversorgung beeinträchtigenden Destabilisierung der dortigen Diktaturen führt. Rege diplomatische Aktivitäten und eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Militär und Sicherheit sind derzeit die Hinweise darauf, dass der Erdölfluß aus Staaten wie Nigeria, Äquatorial Guinea, Tschad und Kamerun, Kongo und Angola zum nationalen Interesse erklärt worden ist und man daher damit rechnen kann, dass die Vereinigten Staaten bei Störungen des Zugangs zum Erdöl eingreifen werden.

Für die angolansische Elite wird diese neue Konstellation wie ein politischer Joker bei den dem Friedensabkommen folgenden politischen Auseinandersetzungen um die Macht sein. Denn ein Blick auf zahlreiche andere Länder zeigt, solange man, häufig mit amerikanischer Militärhilfe in der Lage ist, das benötigte Erdöl zu liefern, solange kann man sich ziemlich unabhängig von der politischen Verfassung des Regimes amerikanischer Unterstützung bei der Aufrechterhaltung des status quo sicher sein.

Faßt man diese unvollständige Simulation der Rahmenbedingungen für den Frieden und die auf dieser Grundlage angestrebte Entwicklung zusammen, so muß man sich eingestehen, dass die Perspektiven eines Landes mit so mageren Ausgangsbedingungen wie Angola im gegenwärtigen internationalen Umfeld sehr schlecht sind. Es bleiben jedoch als konstruktive Möglichkeiten kommunitär organisierte »Inseln der Zivilität« und die Hoffnung, dass sie einen langen Atem haben und schließlich einen Dominoeffekt in Richtung integrative Demokratie auslösen werden. Sie sind es auch, für die internationales Engagement für die Menschen in Angola lohnt.

Literatur:

Duffield, Mark 2001: Global Governance and the new wars, London ZED Books

Ferreira, Manuel Ennes 1995: La reconversion économique de la nomenclatura pétrolière, in *Politique Africaine*, No.57 , S.11-26.

Nordstrom, Carolyn 2001: Out of the Shadows, in: Callaghy, Thomas, Kassimir, Ronald and Latham, Robert Hg., *Authority and Intervention in Africa*, Cambridge University Press

World Development Report 2000/2001, *Attacking Poverty*, New York Oxford University Press

Der Autor

Peter Lock ist Friedens- und Konfliktforscher und Vorsitzender der European Association for Research on Transformation e.V. (EART)

Die glänzenden Seiten des Krieges

Rohstoffausbeutung in Afrika

von Anne Jung

Es ist gewinnbringender, einen Krieg auszubeuten als den Sieg davonzutragen. Das ist das nüchterne Fazit der nicht enden wollenden Kriege in Afrika. Nie zuvor gab es dort so viele Konflikte wie heute. »Stammeskriege« oder »ethnische Konflikte« – so fast unisono die vereinfachende Formel westlicher Erklärungsversuche. Doch die Deutungsansätze greifen zu kurz: Schaut man genauer hin, wird eine politische Ökonomie des Krieges erkennbar, deren Gewinner transnationale Konzerne, korrupte Regierungen, Nachbarstaaten, Warlords¹, private Söldnerfirmen und die Eliten der jeweiligen Länder sind. Die Global Player sind dabei ebenso austauschbar wie die Handelsware oder das Land.

In den Jahren des Kalten Krieges verloren viele afrikanische Länder wie Mosambik oder Angola, die Schauplatz von Stellvertreterkriegen der Großmächte waren, weitgehend ihre geostrategische Bedeutung. Beide Großmächte reduzierten ihre finanzielle Unterstützung oder froren sie ein; damit brach die finanzielle Basis für viele Kriegsparteien zusammen. Eine Kriegsökonomie etablierte sich, welche die Kontrolle der lokalen Ressourcen und die Beherrschung des Marktes weiterhin gewährleisten konnte. Die Rohstoff-Kontrolle sichert nicht nur die Machtstellung im Krieg, sie wurde mit der Zeit selbst mehr und mehr zur Ursache des Krieges: Ideologische und politische Gegensätze² traten hinter die kurz- und langfristigen ökonomischen Interessen zurück. Anders gesagt: Krieg muss nicht nur als Zerstörung und Verlust gesehen werden, sondern kann für bestimmte Gruppen auch profitabel sein. Diese neue Sicht auf Kriege und ihre politische und wirtschaftliche Funktion ist prägend für den Begriff der »politischen Ökonomie des Krieges«. Gemeint ist damit der Prozess, durch den bewaffnete Konflikte aufrechterhalten und Gewalt organisiert wird, um Macht, Reichtum und Armut zu schaffen und zu verteilen (vgl. den Beitrag von Philippe Le Billon in diesem Band).

Das schwer durchschaubare Geflecht der unterschiedlichen Akteure im Kampf um die Rohstoff-Kontrolle zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des angolanischen Diamanten- und Ölhandels, aber auch andere Bürgerkriegsökonomien wie die in Sierra Leone oder der Demokratischen Republik Kongo (DRK) können die Funktionsweise der »neuen« Kriege verstehen helfen.

1) Der Begriff »Warlords« definiert Personen, die eine Region in einem bewaffneten Konflikt kontrollieren und keinen weiteren Befehlshabern unterstehen. Die Macht des Warlords wird durch die Schwäche einer Regierung begünstigt, deren Einfluss er weiter zurückzudrängen versucht. Eine »Mischform« stellen die sog. Sobels dar (»SOLDIER by day, reBEL by night«), bestehend bspw. aus Soldatengruppen, die ihren Sold lange Zeit nicht ausgezahlt bekommen und im Gegenzug nachts Dörfer überfallen.

2) Dies soll im Umkehrschluß nicht heißen, dass ökonomische Interessen vor dem Zusammenbruch des Ostblocks keine Rolle gespielt hätten; sie waren nur weniger augenscheinlich, solange sie mit einem ideologischen Überbau versehen waren.



Flugzeug»spielplatz« der portugiesischen Kolonialmacht in Luena, Angola.

Ein Alptraum im Wachzustand

»Die Angolaner wurden ihrer Gegenwart, ihrer Vergangenheit und sogar ihrer Zukunft beraubt. In dieser totalen Zerstörung gibt es einen Moment, wo all das, was zum Leben gehört, zur absoluten Bewegungslosigkeit kommt. Es gibt keine Zeit mehr, sie ist eingefroren.«

So beschreibt der Schriftsteller Pedro Rosa Mendes nach einer Reise das riesige südwestafrikanische Land, mit dessen immensem Rohstoffreichtum seit drei Jahrzehnten ein Krieg finanziert wird – von der einen Seite mit Diamanten, von der anderen mit Öl.

Die Geschichte des Krieges in Angola reicht weit zurück. Deutlich über 10 Jahre dauerte allein der bewaffnete Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Nach der Unabhängigkeit 1974 ging die bewaffnete Auseinandersetzung in einen Bürgerkrieg zwischen der MPLA-Regierung (*Völksbewegung für die Befreiung Angolas*) und der Rebellenbewegung UNITA (*Nationalunion für die volle Unabhängigkeit Angolas*) über. Auch seit dem Ende der Blockkonfrontation, während der die MPLA von der UdSSR und Kuba, die UNITA von Apartheids-Südafrika und den USA in einem typischen Stellvertreterkrieg unterstützt wurden, hat Angola nur fünf Jahre eines brüchigen Friedens erlebt. Ob die nach der Ermordung des UNITA-Chefs Jonas Savimbi im Februar 2002 ausgehandelte Waffenruhe Bestand hat, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen.³ Viele Angolaner sind skeptisch, ob die Absichtserklärungen dieses Mal Wirklichkeit werden.

Der Rüstungsetat des Landes beträgt ca. 1 Mrd. US-\$ und macht damit 25 % des Bruttoinlandproduktes aus⁴ – die Regierung leistet sich eine der größten Armeen des Kontinents. Der Krieg hat seit 1961 über 500 000 Angolanerinnen und Angolanern das Leben gekostet, zehntausende sind nach Unfällen mit Landminen verkrüppelt. Millionen von Minen liegen noch in der Erde und stellen eine permanente Gefahr für die Bevölkerung dar.

3) In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Bemühungen zivilgesellschaftlicher Kräfte, die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Arbeit gestaltet sich jedoch schwierig, denn der Kampf um das tägliche Überleben macht ein politisches Engagement fast unmöglich. Zudem sind die Friedensaktivisten in hohem Maße staatlicher Repression ausgesetzt. Im September 2001 gründete sich die Kampagne gegen Krieg in Angola, bestehend aus der Open Society Foundation und dem Movimento Pro-Peace, der von der katholischen Kirche getragen wird.

Die katholische Kirche brandmarkt den angolanischen Krieg als Völkermord. Die Friedensbewegung hat bereits zahlreiche Appelle verfasst und sich auf Demonstrationen für das Ende des Krieges ausgesprochen.

4) Human Rights Watch spricht von bis zu 41 %. (HRW: Kontrolle der Erdöleinkünfte Angolas. In Wissenschaft und Frieden, 3/01)

Der Krieg erlaubt es der Regierung wie den Rebellen, die furchtbaren Folgen der Gewalt für die Zivilbevölkerung zu ignorieren. Die Menschen werden von beiden Kriegsparteien terrorisiert und ausgeplündert. In Bezug auf Bodenschätze ist Angola das viertreichste Land der Welt – und steht doch ganz vorne auf der Liste der ärmsten Länder überhaupt.

Einkommensquelle Diamanten

Haupteinkommensquelle der UNITA sind Diamanten. Aus den Verkäufen auf den Märkten Europas erzielte sie zwischen 1992 und 1998 Gewinne von mindestens 3,7 Milliarden US-\$.⁵ Angolanische Diamanten gehören mit durchschnittlich 250 Dollar pro Karat (1 Karat entspricht 0,2 Gramm) zu den hochwertigsten weltweit.

Wichtiger Abnehmer der UNITA war jahrzehntelang der Großkonzern *De Beers*. Seit 60 Jahren dominieren das südafrikanische Unternehmen und seine *Central Selling Organization* (CSO)⁶ die internationale Diamantenindustrie, indem sie über 65 Prozent der weltweiten Produktion klassifizieren, bewerten und verkaufen. Im Zuge der gigantischen Werbekampagne zum Millenniumswechsel stieg das Verkaufsvolumen der CSO um 57 % auf 5,2 Mrd. US-\$.⁷ *De Beers* und andere Diamantenkonzerne haben in den vergangenen Jahren mit UNITA-Diamanten Millionen verdient, die Summe lässt sich jedoch nicht exakt beziffern.

Handelsembargo und Kampagne gegen Kriegsdiamanten

Zur Unterbindung dieser Geschäfte verabschiedete der UN-Sicherheitsrat 1998 eine Resolution, die den direkten oder indirekten Export von nicht-offiziellen Diamanten aus Angola und Sierra Leone verbietet.⁸ Das Embargo richtet sich gegen Diamanten, die kein Herkunftszeugnis (»Certificate of Origin«) besitzen und schließt daher die von offiziellen Regierungen – so undemokratisch oder korrupt sie auch sein mögen – gehandelten Steine nicht mit ein. Die sog. Kriegsdiamanten machen zwischen 4 und 15 % des Welthandels aus, wobei bereits 4 % einem Wert von ca. 270 Millionen US-\$ entsprechen.

5) Auf die katastrophalen sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen in den Diamantenminen in Angola, Sierra Leone, in der Demokratischen Republik Kongo sowie in den indischen Schleifereien (Kinderarbeit!) kann hier leider nicht genauer eingegangen werden.

6) Die neu gegründete und von De Beers kontrollierte Diamond Trading Company (DTC) hat mittlerweile die Central Selling Organisation abgelöst: Damit agiert De Beers nicht mehr als Kartell und kann auch in den USA und Kanada ungehindert Geschäfte machen. (Pressemitteilung 13.07.2000)

7) 2000 betrug der Umsatz 5,67 Milliarden US-\$.

8) Die Herkunft eines sog. Parcels ungeschliffener Diamanten kann bestimmt werden.

Über die skrupellose Ausbeutung von Bodenschätzen informiert *medico international* mit der Kampagne *Fatal Transactions*. Gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen hat sich *medico* zur Aufgabe gemacht

- über Geschäfte, die Kriege in Afrika in Gang halten, aufzuklären;
- internationale Unternehmen zum Rückzug aus den schmutzigen Geschäften zu bewegen und
- Konzerne, die in den vergangenen Jahrzehnten an dem illegalen Handel profitiert haben, für die Beseitigung der Kriegsschäden und die Entschädigung der Opfer verantwortlich zu machen.

Nachdem mehrere Untersuchungen seitens der UN aufzeigen konnten, dass die Sanktionen nicht zuverlässig greifen, bewies ein Fernsehteam der ARD auf spektakuläre Weise, dass das Problem mit den Kriegsdiamanten noch nicht gelöst ist⁹. In Sambia erstanden die Journalisten problemlos illegale Diamanten aus Angola und ließen sie von korrupten Beamten mit einem gefälschten Zertifikat versehen. Ebenso problemlos fanden sich in der europäischen Diamanten-Hochburg Antwerpen potenzielle Käufer – obwohl jeder Diamantenhändler weiß, dass es in Sambia kaum Diamantenvorkommen gibt.

Auch der UN-Bericht über die Einhaltung der internationalen Sanktionen gegen die Kriegsdiamanten kommt zu dem Ergebnis, dass die Steine der Rebellenbewegung nach wie vor an die Börse von Antwerpen gelangen. Dass die UNITA dazu nicht auf *De Beers* angewiesen ist, war schon vor Monaten deutlich; sie nahm den Rückzug von *De Beers* aus Angola schulterzuckend zur Kenntnis und ließ durch ihren Pressesprecher Alcides Sakala verlautbaren: »Wer auch immer Millionär ist, wer auch immer einer Frau einen Ring an den Finger stecken möchte, wer das Geld dafür hat, der bekommt Diamanten, das ist das Prinzip.« Organisiert wird der Verkauf hauptsächlich von einem in Antwerpen operierenden Netz von Händlern und Gesellschaften, die die UNITA-Kämpfer im Austausch mit Waffen versorgen (Basler Zeitung 24.04.01)¹⁰ Rafael Marques, angolischer Bürgerrechtler, spricht sogar von

9) Thomas Aders und Stefan Schaaf: Die blutige Spur der Diamanten, ARD 2002

10) Ein Name sollte in diesem Kontext nicht unerwähnt bleiben: Lev Leview. Seine Firma Lev Leview Diamonds (LLD) ist ansässig in Tel Aviv und wird als größter Konkurrent zu *De Beers* angesehen (Frederic Dorce, Siona Casimiro: Diamonds. The Russian Ogre, 16.04.01). Er ist der einzige Diamantenhändler, der seine eigenen Minen besitzt. Er gehört zu den Gründern der Angolan Selling Corporation (ASCORP), der einzigen Organisation, der es z.Z. offiziell gestattet ist, mit angolischen Diamanten zu handeln (WOZ, 30.08.01). ASCORP kontrolliert ca. 10 % des Welthandels an Diamanten. Leview verfügt über hervorragende Kontakte zu den großen Waffenhändlern, vor allem in Russland.

»Gentlemen's Agreements« zwischen Armeegenerälen und der UNITA (vgl. Marcel Hänggi in FR, 28.05.02), d.h. die beiden Kriegsparteien machen auch untereinander Geschäfte.¹¹

Raffinierter Strategiewandel

Zurück zum Diamanten-Monopolisten *De Beers*: Der bekundete nach der Lancierung der Kampagne *Fatal Transactions*, sich vollständig vom Markt in Angola und Sierra Leone zurückziehen zu wollen und damit über die Vorgaben des UN-Embargos noch hinaus zu gehen. Der Großkonzern wirbt mittlerweile mit seiner neuen Geschäftsidee der konfliktfreien Diamanten und betont: »Mit der Entscheidung, diesen Schritt zu machen, versucht De Beers, die internationalen Bemühungen für einen Frieden in mehreren afrikanischen Staaten zu unterstützen und sicherzustellen, dass der legale Diamantenhandel kein negatives Image bekommt durch die Diamanten, die von Rebellen zur Finanzierung von Kriegen eingesetzt werden.«

Das Einlenken von *De Beers* liegt vor allem in der Angst vor einem Imageschaden begründet, denn die Diamantenindustrie lebt in doppelter Hinsicht vom symbolischen Wert der Diamanten. Zum Einen verkörpern die Steine unvergängliche Liebe, Glück und Wohlstand – jeder kennt die großen Anzeigen auf Plakatwänden und in den Hochglanz-Zeitschriften. Eine Verbraucher-Kampagne gegen Diamanten aus Kriegsgebieten würde mit Sicherheit zu Umsatzeinbußen führen – blutige Diamanten sind ein zu unpassendes Geschenk zur Silberhochzeit. US-amerikanische Analysten raten bereits wegen der »drohenden Kampagne von Dritte-Welt-Gruppen« zum Verkauf von *De Beers*-Aktien (Handelsblatt 12.04.00). Zum anderen lebt die Branche von dem selbstgeschaffenen Mythos, die Steine seien selten. *De Beers* hält Vorräte im Wert von ca. 2 Mrd. US-\$ zurück, um den Preis künstlich hoch zu halten. Die Kunden bezahlen Millionen für Diamanten, deren Wert jedoch ausschließlich in der Vorstellung ihrer Käufer und Käuferinnen existiert: »Nimm den Steinen ihre symbolische Kraft und der gesamte Markt bricht zusammen.« (Stan Correy, Diamanten-Experte).

Die Stabilität des Diamantpreises ist zusätzlich durch die Konkurrenz aus dem informellen Sektor gefährdet – durch den illegalen Markt schwer kontrollierbarer Diamantenschmuggler und Kleinförderer. Schon vor Jahren hat *De Beers* Söldnerfirmen beauftragt, die Schmuggelroute zwischen Sierra Leone und Liberia zu unterbrechen, um die Kontrolle über den Markt zu sichern. Die neue Strategie ist besser durchdacht: *De Beers* befürwortet die Einhaltung des Embargos und versucht damit, konkurrierende Förderer mit Hilfe von Standards vom Markt zu drängen, die

11) In Angola wird spekuliert, dass die Ermordung Savimbis so lange herausgezögert wurde, weil vor seinem Tod die von der UNITA kontrollierten Diamantenfelder unter den Regierungsgenerälen aufgeteilt werden mussten (vgl. Süddeutsche Zeitung 12.06.02).

andere Händler nicht erfüllen können. Der Diamanten-Experte Ed Epstein, Autor des Buches »*The Rise and Fall of Diamonds*«, wirft *De Beers* sogar vor, die Sanktionspolitik der UN zu funktionalisieren: »Mit der Unterstützung des UN-Embargos hat De Beers die UN auf sehr effektive Weise dazu verwendet, als Polizei den Job zu übernehmen, den bislang Söldner und Diktatoren übernahmen: den Markt von billigen Diamanten freizuhalten.« (Comtex 24.08.00) Ein Sprecher des *Hohen Diamantenrats* – des wichtigsten offiziellen Gremiums der Diamantenhändler – warnt unverblümt: »Wenn man die Entwicklung Angolas zu einem der größten Diamantenproduzenten der Welt aufhalten will, muss man es jetzt tun.« (taz 13.03.00)

Die veränderte Haltung von *De Beers* entpuppt sich so als geschickter Schachzug, den Markt wieder in den Griff zu bekommen. Nicht mehr Söldner, sondern die UN sorgen dafür, die eigene Marktstellung zu sichern.

Eine Folge der Einhaltung des Embargos ist die weitere Marginalisierung der Armutsbevölkerung in Grenzregionen, denn der Diamantenschmuggel bewegt sich in der Sphäre zwischen informeller und organisierter krimineller Ökonomie (s.u.). Wird der Kleinschmuggel in den Grenzregionen z.B. zu Sambia unterbunden, können Diamanten nicht mehr als Zahlungsmittel eingesetzt werden. In Ländern mit prekären Währungen sind Diamanten jedoch ein wertbeständiges Zahlungsmittel, das sich dem Zugriff der Regierungen weitgehend entzieht. Mit der konsequenten Durchsetzung des Embargos würden die im informellen Sektor gehandelten Diamanten einen Großteil ihres Wertes verlieren, weil keine Käufer mehr gefunden werden.

Auf diese Problematik wird von *medico international* seit dem Start von *Fatal Transactions* immer wieder offen verwiesen. In Zeiten globalisierter Weltwirtschaft funktionieren Rohstoff-Kampagnen nicht mehr nach dem alten Muster »Hier steht der Feind, dort ist unsere Lösung«. Es gilt immer wieder aufs Neue, Widersprüche und Brüche der eigenen Strategien zu benennen und abzuwägen, ob das Ziel einer Kampagne nicht mit einem zu hohen Preis bezahlt wird. Die konsequente Parteinahme für die Opfer des Krieges muss immer oberste Priorität haben.

Machen diese dargestellten Probleme und Widersprüche die Kampagne gegen Kriegsdiamanten nutzlos? »Nein« meint der Schweizer Journalist Marcel Hänggi, »sie hat Möglichkeiten und Grenzen einer Marktregulierung für kriegsrelevante Güter aufgezeigt. Und sie haben ein Bewusstsein geschaffen für eine Thematik, die sich auf andere Waren übertragen ließe, die Kriege finanzieren: Erdöl, Holz, Coltan, Drogen...«. (Marcel Hänggi: Blutdiamanten. In: *medico-Rundschreiben* 01/02)

Der Kimberley-Prozess

Die Angst vor einem Imageschaden hat nicht nur *De Beers*, sondern auch die offiziellen Gremien in der Diamantenindustrie handeln lassen. Auf dem *World Congress of Diamonds* Ende Juli 2000 in Antwerpen wurde beschlossen, in Zukunft keine Schlupflöcher für Kriegsdiamanten zu lassen: Händler, die mit nicht-zertifizierten Steinen Handel treiben, sollen auf eine schwarze Liste gesetzt und von allen 23 Diamantenbörsen ausgeschlossen werden. Zudem sollen weitere Prüfinstanzen, besetzt mit internationalen Experten, eingeführt werden. Unterzeichnet wurde die Resolution vom *Internationalen Diamantenherstellerverband* und dem *Weltbund der Diamantenbörsen*.

Die Diamanten-Industrie beteiligt sich auch an dem von NGOs (Nichtregierungsorganisationen) initiierten *Kimberley-Prozess* (benannt nach der berühmten Diamantenmine in Südafrika), dessen Ziel die Erörterung, Erarbeitung und Implementierung eines globalen Zertifizierungssystems für den Im- und Export von Rohdiamanten auf der Grundlage nationaler Initiativen ist. Beteiligt sind Vertreter von 38 Regierungen sowie der *Hohe Diamantenrat*, UN-Vertreter und NGOs. Gemeinsam wurde inzwischen ein ausführlicher Richtlinienkatalog erarbeitet, der die Einhaltung des Embargos sicherstellen soll. Dieser Katalog orientiert sich am UN-Embargo, d.h. er beschränkt sich auf den Handel, mit dem Rebellen-Bewegungen ihren Kampf gegen offizielle Regierungen finanzieren.

Der Richtlinienkatalog sollte nicht zu positiv bewertet werden, denn ein Faktum bleibt bestehen: »Der Beruf der Diamanthändler war es seit jeher, möglichst billig Steine einzukaufen – Steine, die oft unter Sklaverei-ähnlichen Bedingungen geschürft wurden. Sollten diese Leute sich plötzlich für Menschenrechte interessieren?« (Christian Dietrich vom belgischen Forschungsinstitut ipis). Solange keine effektiven Kontrollen vorhanden sind und keine Händler bestraft werden, bleiben die Ankündigungen der Industrie nur Lippenbekenntnisse. Effektive Kontrollen aber sieht der *Kimberley-Prozess* nicht vor. »Einen guten Wachhund ohne Zähne« nannte Judith Sargentini, die internationale Koordinatorin von *Fatal Transactions*, daher das bisherige Ergebnis, das es auch dem deutschen Bundesverband der Juweliere erlaubt, sich nur unpräzise zu äußern: »In aller Regel kaufen auch die dem Einzelhandel angeschlossenen Mitgliedsbetriebe ihren Diamantenschmuck bei Diamantenschleifereien und Diamantenhändlern, die absolut vertrauenswürdig und seriös sind.« (Antwort-Brief vom 18.07.01 nach einer Anfrage von *medico international*) Welche Ausnahmen die Mitgliedsverbände vorsehen, wurde nicht ausgeführt.

Aufgrund der unzureichenden Einhaltung des Embargos bleiben folgende Forderungen der Kampagne *Fatal Transactions* aktuell:

- Alle Diamantenkonzerne, Händler und Regierungen müssen ihren Handel transparent gestalten.
- Die am Diamantenhandel beteiligten Akteure müssen verpflichtet werden, mit unabhängigen Prüfinstanzen – unabhängigen Experten – zusammenzuarbeiten.
- Diamantenhändler, die sich nicht an das Embargo halten, sollen auf eine schwarze Liste gesetzt und von allen Diamantbörsen ausgeschlossen werden.

Waffen für Rohstoffe

Internationale Rüstungsfirmen und einzelne Waffenhändler sorgen dafür, dass die Kriege in Afrika nicht aus Nachschubmangel zum Erliegen kommen. Die Händler machen – legale oder illegale – Geschäfte mit beiden Kriegsparteien und lassen sich teilweise in Handelskonzessionen bezahlen oder liefern sogar, wie das Beispiel der Demokratischen Republik Kongo (DRK) zeigt, militärische Dienstleistungen: Im Sommer 2000 hat die kongolesische Regierung mit der israelischen Firma *International Diamond Industries* (IDI) einen Vertrag geschlossen, nach dem Israel Soldaten des afrikanischen Landes ausbilden und im Gegenzug eine Lizenz zur Vermarktung kongolesischer Diamanten erhalten soll. Die Förderlizenz brachte Präsident Joseph Kabila, der 2000 ermordet wurde, einen Gewinn 20 Millionen US-\$ ein. 15 einheimische Diamantenagenturen mussten schließen.

Verschiedene Rebellengruppen kämpfen seit den 90er Jahren gegen das Regime in der Hauptstadt Kinshasa. Der Konflikt dreht sich um die Kontrolle und den Verkauf von fünf Schlüsselmineralien; neben Diamanten und Gold findet sich in der DRK Kupfer, Kobalt und das seltene Coltan (s.u.). Der Reichtum des Landes weckte nicht nur die Profitgier der Regierenden – Präsident Mobutu bereicherte sich zum Multimilliardär, ebenso sein 2001 ermordeter Nachfolger Kabila – sondern auch der Nachbarländer. So kämpfen Angola, Namibia und Simbabwe auf der Seite der Regierung. Die östlichen Nachbarn – Burundi, Ruanda und Uganda – unterstützen verschiedene Rebellengruppen. Trotz des Friedensabkommens von 2001 wird im Osten des Landes weiter gekämpft.

»Waffen für Diamanten« lautet der Deal von Liberias Präsidenten Charles Taylor und Burkina Fasos Staatsoberhaupt Blaise Compaoré. An beide schickte Foday Sankoh, Führer der Rebellorganisation RUF (Revolutionary United Front) aus Sierra Leone seine Einkaufslisten für Waffen, Munition und Lebensmittel. Compaoré geriet früher schon in die Schlagzeilen, weil er die angolische UNITA unter Bruch des Embargos mit Waffenlieferungen unterstützte. Durch die Kontrolle der Diamantenvorkommen war die UNITA nicht nur in der Lage Waffen zu kaufen, sie erhielt auch diplomatische und logistische Unterstützung von regionalen Führern wie Taylor oder Compaoré.

Nicht nur die afrikanischen Nachbarstaaten, auch viele Länder im Norden verdienen an den afrikanischen Bürgerkriegen. Frankreich wurde im Jahr 2000 von einem Skandal erschüttert: Jean-Christophe Mitterand, Sohn des früheren Präsidenten Frankreichs, verschaffte als Leiter der sog. Afrika-Zelle französischen Waffenhändlern Kontakte zur angolanischen Regierung und half, illegal russische Waffen nach Angola und in die DRK zu liefern (FR 21.12.00). In diesen Skandal war nicht nur Mitterand, sondern auch Öl-Konzerne (s.u.), internationale Banken und französische wie angolanische Beamte aus den höchsten Reihen involviert (*The Guardian* 27.12.00). Der einflussreiche Waffenhändler Pierre Falcone diente als Zwischenhändler: »Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Waffenverkäufen Falcones und der verbesserten Beziehung zwischen Frankreich und Angola«, schreibt eine französische Menschenrechtsgruppe. (*Angolagate* 11.01.02) Sonia Falcone, Geschäftsfrau und verheiratet mit dem Waffenhändler, hält enge Kontakte zu US-Präsident Bush und hat seinen Wahlkampf mit mehreren Millionen US-\$ unterstützt. Der Kreis schließt sich.

Der Handel mit Waffen ist einer der wichtigsten Reproduktionsmechanismen der nicht enden wollenden Kriege. Ohne die Verhängung eines strengeren Waffengesetzes ist eine Lösung nicht in Sicht. Die bislang unverbindlichen Verhaltensregeln der UN müssen endlich in verbindliche Rechtsvorschriften gegossen werden, die eine Kontrolle des Endverbleibs von Waffen international möglich machen. Nur so lässt sich verhindern, dass nationale und internationale Kontrollen immer wieder unterlaufen werden. (vgl. Steve Wright in: *Le monde diplomatique* 16.02.01)

Öl für den Krieg

Öl ist neben Gold und Diamanten einer der wichtigsten Rohstoffe zur Finanzierung von Kriegen, z.B. im Sudan oder in Angola. Die MPLA-Regierung Angolas unter Staatspräsident José Eduardo dos Santos (s.o.) ist existenziell auf den Ölexport angewiesen. Die Erdölförderung bringt 94% der Exporterlöse ein und ist damit der wichtigste Devisenbringer. Nach neuen Funden wird Angola bald zum größten Erdölexporteur Afrikas südlich der Sahara aufsteigen. Öl im Wert von 11 Millionen US-\$ wird schon jetzt täglich gefördert. Die erwarteten Jahres-Einnahmen für die Regierung in Luanda zwischen 2003 und 2010 liegen zwischen 3 und 8 Milliarden US-\$.

Die guten Rahmenbedingungen – die Ölfelder liegen vor der Küste (offshore, in sogenannten Blocks) und damit außerhalb der Reichweite der UNITA – locken immer mehr Investoren ins Land. Die Namen der bedeutendsten unter ihnen: *Chevron*, *Elf Aquitaine*, *BP-Amoco*, *Shell* und *Exxon/Mobil*. »Wir sind in der Lage, Angola beim Wachstum seiner Ökonomie zu helfen und die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen«, ließ Chevron-Direktor Richard Matzke verlauten. Keine

Rede davon, dass die Öleinnahmen von der Regierung vorab verpfändet wurden, da sie jene Waffenkäufe ermöglichen, die den Krieg seit Jahrzehnten verlängern.¹² Die Abhängigkeit der angolanischen Regierung macht sie für die Ölkonzerne zu einem willkommenen Handelspartner.

US-amerikanische Konzerne haben 8 Milliarden DM in Angola investiert, das derzeit 8 % des amerikanischen Öl-Bedarfs deckt.¹³ Auf 16 % soll dies bis zum Jahr 2005 gesteigert werden. Die Ölfunde in Angola waren für die USA Grund genug, nach über 20 Jahren auch politisch auf die Seite der MPLA zu wechseln und die Unterstützung der UNITA aufzugeben.¹⁴

Kredite gegen Öl gegen Waffen

Eine Studie der britischen Organisation Global Witness hat aufgedeckt, dass einige Ölfirmen (Elf, Chevron, Agip) gleich doppelt von dem Handel mit Angola profitieren, indem sie einerseits Öl exportieren und andererseits Waffen – zumeist über Zwischenhändler – importieren. So musste der Direktor von Elf-Aquitaine in Angola zugeben, dass sein Vorgänger jahrelang illegal Waffen für die UNITA gekauft und nach Angola geschmuggelt hat. (epd-Entwicklungspolitik 1/2001) Der Öl-Multi BP gab zu, er habe 111 Millionen US-\$ Bestechung für Bohrrechte in Angola bezahlt.

Der angolanische Bürgerrechtler Rafael Marques greift die Haltung der transnationalen Konzerne und Banken an: »Der Krieg ist nicht nur ein angolanisches Problem, sondern auch ein internationales. Einige Länder heizen den Konflikt in Angola noch an. Die Amerikaner können nicht hier nach Öl suchen, ohne sich an irgendwelche Moralvorstellungen halten zu müssen. Die Regierung sagt ihnen: Kümmert euch nicht drum... In Angola können Leute gut Geschäfte machen. Moral spielt keine Rolle.« (Angola – ein angolanisches Kosovo. Ein Film von Stefan Schaaf 1999)

Ende 2001 wurde ein Korruptionsskandal aufgedeckt, der auch für angolanische Verhältnisse ungewöhnlich war: Sage und schreibe ein Drittel der Öleinnahmen des Jahres 2000 – 1,5 Milliarden US-\$ – sind aus den offiziellen Büchern verschwunden. Dies wurde nach einer Untersuchung des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) bekannt. Die Öleinkünfte sind offenbar in dem »Bermudadreieck« zwischen der staatlichen Ölgesellschaft *Sonangol*, dem Finanzministerium und dem Umfeld des

12) Auch deutsche Banken halfen der staatlichen angolanischen Ölgesellschaft Sonagol durch großzügige Kreditvergabe bei der Ausbeutung der Ölquellen. Als Teil eines europäischen Konsortiums (geführt von der Schweizer UBS-Bank) wurden 310 Millionen US-\$ zur Verfügung gestellt.

13) Damit ist Angola als Handelspartner für die USA wichtiger als Kuwait; diese 8 % entsprechen 62,7 % des angolanischen Exports.

14) Die USA finanzierten den Krieg der UNITA bis zum Beginn der 90er Jahre mit 60 Millionen US-\$ jährlich (New York Times, 14.01.01).

Präsidenten verschwunden. Die internationalen Öl-Multis sind Komplizen in diesem Geschäft: Da sie keine Zahlen über ihr Angola-Geschäft veröffentlichen, ermöglichen sie diesen Raub an der angolanischen Bevölkerung.

In der Hauptstadt Luanda wird das verschwundene Geld, die »personal empires« (Christian Dietrich, ipis) sichtbar. Designerboutiquen wie *Prada* oder *Armani* haben in Luanda ihre Pforten geöffnet. Die Preise sind auch für westliche Verhältnisse unerschwinglich. Hier kauft die Elite des Landes, die mit Luxuskarossen durch die von Bettlern und Krüppeln gesäumte Innenstadt fährt: »In Luanda, wo alles aus Abfall, Schutt, heruntergekommenen Gebäuden und Straßen besteht, und gigantische Vorstädte das umgürten, was von einer früher sehr modernen Stadt übriggeblieben ist, gibt es ein paar Hundert Privilegierte mit einem geradezu obszönen Lebensstandard. Ein Ökonom meinte: »Wer hier reich ist, ist es auf der ganzen Welt.« Wie wahr. Hier findet man die teuersten Autos Afrikas. [...] Autos sind das Lieblingsspielzeug der Politiker. Der Spitzname für die Nationalversammlung ist Auditorium.¹⁵ Der Lifestyle dieser Stadt ist die Korruption selbst.« (Pedro Rosa Mendes in Lettre 52, 2001)

In jedem Handy steckt der Krieg im Kongo¹⁶

Einer der Rohstoffe, um den die Kriegsparteien in der DRK kämpfen, ist Coltan. Der Stoff enthält das seltene Metall Tantal, wird in der Computer- und Kommunikationstechnologie verarbeitet und wurde deshalb vom Pentagon als »strategisches Gut« eingestuft. Coltan ist unverzichtbarer Bestandteil von Mobiltelefonen oder Spielkonsolen. Ein Netz von Geschäftsleuten nutzt die unüberschaubare Kriegs-Situation aus, kauft allen Kriegsparteien Coltan ab und leitet es an Konzerne im Norden weiter. Der Preis für ein Kilo lag Ende 2000 bei 360 US- $\text{\$}$.

Die zügellose Ausbeutung der Rohstoffe ist die treibende Kraft hinter dem Krieg in der DRK, der Armeen und Milizen aus sechs Ländern (s.o.) ins Land gelockt hat. »Der Kongo wird systematisch ausgeplündert«, stellt die UN in einem Bericht fest, der die USA und Deutschland als wichtigste Kunden der Coltan-Dealer ausmacht. Deutsche Firmen wie die *Bayer*-Tochter *H.C. Starck* und die *BASF*-Tochter *Kraft* sind an der Förderung, der Verarbeitung und dem Handel mit dem wertvollen Stoff beteiligt. *Starck* soll nach Angaben der *Washington Post* der wichtigste Handelspartner sein.

Der UN-Bericht kommt ungewohnt deutlich zu dem Ergebnis, dass Sanktionen gegen alle Länder verhängt werden müssten, die an der illegalen Ausfuhr von Gütern aus der DRK beteiligt sind. Profiteure müssten darüber hinaus zu Reparationszahlungen verpflichtet werden (dpa, 16.04.01) Doch so skrupellos die Geschäfte mit dem kongolesischen Reichtum sind, es gibt bislang keinen Beschluss der internationalen Gemeinschaft, der sie verbietet.

15) Ein Audi der Luxusklasse war neben mehreren zehntausend US- $\text{\$}$ das Weihnachtsgeschenk des Präsidenten an alle Parlamentsabgeordneten im Jahr 1999.

16) Titel entnommen von Dominik Johnson: Erzfeinde im Coltan-Rausch. In: taz 22.12.2000.

Sicherheit wird zur Ware

Bei der Kontrolle von Bodenschätzen stehen Privatarmeen («Private Military Companies», PMCs) und private Sicherheitsdienste den Großkonzernen und den Warlords in Afrika und anderswo zur Seite (vgl. Beitrag von Boris Kanzleiter in diesem Band). Sie tragen maßgeblich zur Stabilisierung von Bürgerkriegsökonomien bei. Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Dynamik der neoliberal geprägten Globalisierung hat in den Ländern zu Entstaatlichung und zur Aushöhlung der regulären Ökonomien geführt, in die private Sicherheitsakteure eindringen. Die reguläre Ökonomie verliert in diesem Prozess zunehmend an Bedeutung gegenüber dem informellen Sektor und kriminellen Netzwerken, die global operieren. »Dadurch entstehen sog. gewaltoffene Räume, die privaten Sicherheitsanbietern ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung und Expansion eröffnen« (Peter Lock in Brühl 2001, S.202). Das Geschäft mit der privaten Sicherheit ist nicht neu, aber die Ausweitung ihrer Kompetenzen stellt eine neue Dimension dar.

Ein besonders hoher Bedarf an privater Sicherheitsdienstleistung findet sich in Ländern, die für den Weltmarkt von Interesse sind. In Angola z.B. hat die Regierung verfügt, dass sich alle Konzerne und Hilfsorganisationen selbst um ihre Sicherheit zu kümmern haben. Die Beschäftigung eines Sicherheitsdienstes ist dort Pflicht. Darüber hinaus haben die angolische Regierung und Konzerne die PMC *Executive Outcomes* (EO) beschäftigt, um die Rohstoffkontrolle sicherzustellen. *Executive Outcomes* aus Südafrika wurde 1989 gegründet und war lange Zeit Marktführer in der privaten Sicherheit. Mittlerweile hat sich der Konzern offiziell aufgelöst und ist in verschiedenen Tochterfirmen aufgegangen. Die Angebotspalette umfasst nach wie vor sämtliche militärische Dienstleistungen, die für einen Bodenkrieg notwendig sind. 1992 hat EO für die in Angola operierenden Ölgesellschaften *Gulf Chevron* und *Petrangol* Ölfelder von der UNITA zurückerobert. Zwei Jahre später eroberten die Söldner die Diamantenzentren Saurimo und Cafunfo in der Provinz Lunda Norte von der UNITA zurück.¹⁷ Hauptgewinner dieser Operation war *De Beers* – der Konzern beobachtete mit wachsendem Unmut die Kontrolle der UNITA über die Diamantengebiete – sowie der mit EO assoziierte Konzern *Diamond Works*. Auch die angolischen Eliten verdienten gut an diesem Einsatz (Malte Rauch: *Killer GmbH und Co.* ARD 1998).

Mit dem Phänomen privater Sicherheitsfirmen hat sich ein Markt herausgebildet, in dem militärische Offensiven, wirtschaftliche Ambitionen und teilweise humanitäre Erwägungen ineinandergreifen. Im Namen einer neoliberalen Ideologie verteidigen Privatmilizen die Investitionen und Werte der transnationalen Konzerne; sie sind der militärische Arm imperialistischer Handelsstrukturen.

17) EO nahm den Auftrag sehr ernst; 20 Mitarbeiter kamen bei dem Einsatz ums Leben, die entweder im Kampf gefallen sind oder an Krankheiten verstarben. Vgl. Büttner 2001, S. 92

Krieg als Produktionsform

Die Gewinner der »neuen Kriege« um die afrikanischen Rohstoffe sind benannt worden: Transnationale Konzerne, korrupte Regierungen, Nachbarstaaten, Warlords, Schmuggler, private Sicherheitsfirmen und die Eliten der jeweiligen Länder. Sie konkurrieren oder kooperieren – je nach Bedarf – und halten damit die Funktionsfähigkeit der Kriegsökonomie aufrecht. Die Reproduktionsmechanismen des Krieges reichen von Raub und Plünderung über Schutzgelderpressung, illegalem und legalem Export von Rohstoffen, Drogen-, Menschen- und Waffenhandel, Zwangsabgaben bis zur Aneignung humanitärer Hilfsgüter. Zumeist eine Kombination mehrerer derartiger Einkommensquellen verhindert, dass kriegerische Konflikte in die wirtschaftliche Erschöpfung einer Seite münden.¹⁸ (vgl. Peter Lock, epd 6/2001)

Die Liberalisierung des Weltmarkts erleichtert den transnationalen Konzernen den Handel – ein Folge der wirtschaftlichen Globalisierung. Diese setzt sich, so der Konfliktforscher Peter Lock, aus drei Sphären zusammen, aus der regulären, der informellen und der offen kriminellen Ökonomie¹⁹. Diese drei Sphären sind eng miteinander verflochten; ein Akteur der kriminellen Sphäre kann Waren in die reguläre Ökonomie einschleusen (z.B. Diamanten), und legal produzierte Waren wie Waffen gelangen in die kriminelle Sphäre (z.B. zur UNITA). Je größer der Sektor der informellen Ökonomie ist, desto besser sind die operativen Bedingungen für kriminelle Akteure. Würden Kriegsökonomien auf eine in kontollierten rechtlichen Bahnen verlaufende Weltwirtschaft stossen, hätten wirtschaftskriminelle Akteure wenig Chancen, Devisen zu erwirtschaften und als Käufer auf Schwarzmärkten aufzutreten.

Rebellenbewegungen benötigen immer Hehler, die Waren von der kriminellen in die reguläre Wirtschaft einschleusen, und sie zahlen dafür saftige Abschläge.

Aber auch die offiziellen Regierungen von Kriegsgesellschaften rutschen schnell in die kriminelle Sphäre ab: Um die militärische Auseinandersetzung aufrecht erhalten zu können, werden alle nicht-militärischen Ausgaben stark gekürzt; dies verschärft die soziale Destabilisierung. Zudem werden verfügbare Rohstoffe und deren Abbaurechte oft zu Dumpingpreisen auf den Markt geworfen, was die Auslandsverschuldung in die Höhe schnellen lässt. Der »nationale Notstand« lässt die letzten Dämme gegen Korruption und vollständige Aneignung der Exporteinkommen durch die herrschenden Cliquen brechen. Im Krieg fallen nicht alle gesellschaftlichen Ordnungssysteme in sich zusammen, lediglich die Friedensordnung zerbricht. Rohstoffreichtum erlaubt es Herrschern, ihre Macht unabhängig von ihrem Rückhalt in der Bevölkerung

18) Diese Verbindung ist allerdings nicht zwangsläufig. Rohstoffreiche Staaten wie Botswana oder Norwegen werden nicht von Konflikten geplagt; ebenso wenig sind alle kriegsführenden Parteien für ihren Kampf auf natürliche Ressourcen angewiesen.

19) Das jährliche Bruttokriminalprodukt wird auf 1000 Mrd. US-\$ geschätzt.

und von einem effizienten bürokratischen Apparat zu konsolidieren. Sie können einen repressiven Sicherheitsapparat unterhalten und sich damit begnügen, einen engen Kreis von Kollaborateuren zu belohnen, da die Rohstoffe die Notwendigkeit eines breitgefächerten Steuersystems, wie es normalerweise in diversifizierten Wirtschaften zu finden ist, überflüssig macht (vgl. den Beitrag von Le Billon in diesem Band). Angolas Präsident dos Santos z.B. ist längst Milliardär und zählt zu den reichsten Männern der Welt. Er hat in allen Gremien, in denen er nicht selbst präsent sein kann, Familienangehörige plazierte.

Die Mehrheit der Bevölkerung verliert im Krieg den Zugang zu Gütern der Grundversorgung wie Nahrung und Gesundheitsversorgung. Oft bleibt ihnen nur die Möglichkeit, sich entweder aktiv am Krieg zu beteiligen oder zu flüchten. Weil die Soldzahlungen an Militär und Polizei oft ausfallen, versorgen sich die »Sobels« (Soldiers by day, rebel by night, siehe Fußnote¹) durch Überfälle auf Dörfer und Städte. Da in vielen afrikanischen Ländern mehr als die Hälfte der Jugendlichen erwerbslos sind, brauchen sich die Truppen um Zulauf keine Gedanken zu machen: Der Dienst in der Armee oder in den Banden der Warlords ist für große Teile der männlichen Bevölkerung zur einzigen Verdienstmöglichkeit geworden. Krieg ist somit eine »zweckrationale Form der Interessenverfolgung« (Herfried Münkler in FR Juni 2002), das Überleben in einer Friedensökonomie zu sichern ist oft unmöglich.

Für Regierungen und Konzerne im Norden sind die kriegszerütteten Länder Afrikas auch ein beliebter Handelspartner, weil sie durch den Verlust der Kreditwürdigkeit erpressbar geworden sind. Hohe Risikoabschläge vermindern den Marktwert von Ressourcen. Meist können Schürf – und Explorationsrechte so günstig erstanden werden, dass die erheblichen Kosten für private Sicherheitsunternehmen nicht mehr ins Gewicht fallen.

Das Volumen ausländischer Investitionen hängt in hohem Maße davon ab, welche Gewinnmargen die Investoren und multinationalen Konzerne zu erzielen gedenken. In Afrika erreichen die Profitraten bis zu 40 %. Im letzten Jahrzehnt investierten transnationale Konzerne deutlich mehr in Afrikas rohstoffreichen (Krisen-) Regionen als in anderen Teilen des Kontinents. Allerdings dient der Kontinent nur als Rohstofflieferant. Die Abhängigkeit und Ausblutung Afrikas wird durch die systematische Ausbeutung seiner Naturressourcen perpetuiert, ohne dass produktive Investitionen erfolgen, die Arbeitsplätze²⁰ und Exportmöglichkeiten schaffen würden (Sanou M'Baye in *Le Monde Diplomatique* Juli 2002).

20) Zu bedenken ist an dieser Stelle, dass die Brechtschen Zeilen »Armer Mann und reicher Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärs du nicht reich« heute nicht mehr uneingeschränkt gültig ist, da immer weniger Arbeitskräfte zur Produktion von Reichtum gebraucht werden. Diese Abhängigkeit zerfällt. Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich noch gar nicht absehen. Würde Afrika morgen im Meer versinken, hätte dies wohl nur geringfügige Auswirkungen auf das Börsengeschehen.

In Mosambik beruhte der Erfolg des Friedensabkommens im Jahr 1992 – nachdem sich sogar viele Hilfsorganisationen aus dem Land zurückgezogen hatten – vor allem darauf, dass auf beiden Seiten die Ressourcen für die Fortführung des Krieges fehlten. Die gesellschaftliche Produktionsweise des Krieges, vor allem in ihrem wirtschaftlichen Aspekt, stand zur Disposition. Frieden zu schließen erschien den Kriegsparteien – auch aus ökonomischen Gründen – attraktiver, als weiter zu kämpfen.

Wären die transnationalen Konzerne bereit, die materielle Unterstützung der Konflikte einzustellen und die Wirtschaftsbeziehungen der Kriegsherren zu blockieren, dann würde das Geschäft mit der Gewalt unrentabel. Dies wäre endlich wieder die Stunde der bislang zum Schweigen gebrachten Mehrheit Afrikas. Bis dahin hat Afrika nur seine Toten, um auf sich aufmerksam zu machen.

Anhang

Fakten zu Angola*

Bevölkerung 12 Millionen

Lebenserwartung 48.9 Jahre

Sterblichkeitsrate Kinder unter 5 Jahren 200/von 1000 (höchste Rate weltweit)

Flüchtlinge im eigenen Land 3,5 Millionen

Behinderte nach Minenunfällen 86 000

Menschen ohne Zugang zur Gesundheitsversorgung 76 %

Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser 62 %

Arbeitslosenrate 80 %

Analphabetenrate 60 %

Bevölkerungsanteil, der in absoluter oder relativer Armut lebt 82,5 %

Täglicher Umsatz bei der Ölförderung 11 Millionen US-\$

Öl-Einnahmen der Regierung zwischen 2003 und 2010 zwischen 3 und 8 Milliarden US-\$

*Alle Angaben *global witness*: All the president's men. März 2002

Literatur

- Aust, Björn* 1999: Die ökonomische Logik kriegerischer Gewalt, in *ami* 1/99
- Bolling, Michael* 2001: Die Gewalt und die Geschäfte afrikanischer Warlords, in *Frankfurter Rundschau* 09.01.2001
- Brühl, Tanja u.a.* (Hg.) 2001: Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess, Bonn
- Dietrich, Christian* 2001: What a Conflict Diamonds? ipis paper 21.11.01
- global witness* 1998: A rough trade, London
- global witness* 1999: A crude awaking, London
- ICRC* 2000: War, money and survival, London
- Institute for Security Studies (ISS)* (Hg.) 2000: Angolas war economy. The role of oil and diamonds, Pretoria
- Jean, Francois und Jean-Christophe Rufin* (Hg.) 1999: Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg
- Lock, Peter* 1997: Privatisierung der Sicherheit oder private Militarisierung? Aktuelle Entwicklungen in Afrika, in *Afrika-Jahrbuch*
- Pater, Siegfried* 2001: Blutige Diamanten, Köln
- Schicho, Walter* 1999: Handbuch Afrika, Bd. I, Frankfurt
- Paes, Wolf Christian* 2000: Reiches Land, armes Land – Ölproduktion und der Krieg in Angola, Bonn

Die Autorin

Anne Jung ist Politologin und arbeitet in der Öffentlichkeitsabteilung von *medico international*.

Von aller Welt verlassen?

Ein Bericht aus Sierra Leone

von Amy Smythe

Große Probleme in einem kleinen Land

Sierra Leone, mit ungefähr 74 000 km² eines der kleinsten Länder Afrikas, liegt an der Westküste zwischen 6°55 und 10°00 nördlicher Breite und 10°16 und 10°18 westlicher Länge.

Das Land wurde 1787 von der in britischem Besitz befindlichen *Sierra Leone Company* als Heimat für befreite Sklaven gegründet. 1808 wurde es britische Kronkolonie und wurde 1961 von Großbritannien unabhängig.

Mit einer geschätzten Bevölkerung von weniger als fünf Millionen Menschen ist Sierra Leone zugleich reich an Bodenschätzen an Land und unter Wasser, an fruchtbarem Boden, hoher Niederschlagsrate und einer wunderschönen und charakteristischen Küste.

Obwohl in Sierra Leone die älteste Universität Afrikas südlich der Sahara angesiedelt ist, beträgt die Alphabetisierungsrate weniger als 20 %. Sierra Leone kann sich eines weltweiten Korps hoch begabter und gut ausgebildeter Berufs- und Hochschulabsolventen rühmen, ohne dass sich dies auf lokaler Ebene widerspiegeln würde. Momentan besuchen zum Beispiel weniger als 40 % der Kinder im entsprechenden Alter die Grundschule.

Landwirtschaft – vornehmlich auf Subsistenzniveau – ist die Hauptstütze der Wirtschaft Sierras. Über 70 % der Landbevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt, die einen Anteil von über 36 % am Bruttoinlandsprodukt stellt. Diamanten, die seit ihrer Entdeckung in den 30er Jahren größter Außenhandelsposten sind, brachten bis in die 80er Jahre hinein über 50 % der Devisen ein. Ein Großteil des landwirtschaftlichen Reichtums und der Bodenschätze konzentriert sich im Osten und Süden des Landes, die zusammen mit dem Norden zu den am meisten unterentwickelten Teilen des Landes zählten. Seit der Kolonialzeit wurde ein großer Teil des Landes vernachlässigt; die Infrastruktur entwickelte sich kaum und es wurden kaum Anstrengungen unternommen, das Land außerhalb der großen Ballungszentren stärker zu besiedeln. Die großen Erwartungen im Jahr 1961, zur Zeit der Unabhängigkeit, waren andere gewesen. Man hatte gehofft, dass dieses Land, das auch als »Athen Westafrikas« bezeichnet wurde, zu einem Vorbild an Demokratie und ökonomischer Entwicklung werden würde. Aber die Marginalisierung einer Mehrheit der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten führte dazu, dass es bei dem hohen Anteil von fast 80 % Analphabeten blieb. Hinzu kommen ein bis heute armseliges Straßennetz und der Mangel an einfachsten Gesundheitseinrichtungen, der zur dritthöchsten Säuglingssterblichkeitsrate weltweit geführt hat. Sierra Leone wird vom UNDP (*Human Development Report*) seit den frühen 90ern als eines der unterentwickeltesten Länder der Welt – wenn nicht gar als das unterentwickelteste überhaupt – eingestuft. Die Statistik von 2000 zumindest besagt, dass Sierra Leone unter 175 Ländern der Welt Position 175 einnimmt.

In den 70er und den späten 80er Jahren zeigten die ökonomischen und sozialpolitischen Strukturen des Landes erste klassische Zeichen des Verfalls. Die Durchführung eines strukturellen Anpassungsprogramms mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen war als Antwort auf die Wirtschaftsprobleme des Landes vor Ausbruch des Krieges 1991 gedacht. Die zivile Bevölkerung Sierra Leones war zu dieser Zeit recht unorganisiert und unfähig auf die für sie schwerwiegenden Konsequenzen von Bretton Woods hinzuweisen.

Der Beginn der 90er Jahre war geprägt von zügellosen antidemokratischen Prinzipien, von willkürlichen Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen. Diese führten 1991, nachdem im benachbarten Liberia 1989 Krieg ausgebrochen war, zu einem bewaffneten Aufstand, der 2000 auf Guinea, den Nachbarn im Nordwesten, übersprang.

Während des Krieges rückten grobe Menschenrechtsverletzungen, Vergewaltigungen, Brandstiftung, Verstümmelungen, Genozid, Mord, Kindesmissbrauch, Internierungen und Todesstrafe dieses Land in die Sichtweite der Weltöffentlichkeit – zuvor war Sierra Leone trotz seines enormen Ressourcenreichtums wenig bekannt gewesen.

Mit Sicherheit kann festgestellt werden, dass seit Ausbruch des Krieges die Bevölkerung Sierra Leones kaum von den Erträgen der lokalen Wirtschaft profitierte. Sie war im Gegenteil zu einem sehr großen Teil von externer humanitärer Hilfe abhängig.

Nachdem 1991 Krieg ausgebrochen war, versuchten sich verschiedene Regierungen daran, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Aber die Form des Konflikts – eine Art Guerillakrieg – erschwerte diese Vorhaben enorm, zumal die Armee zahlenmäßig sehr schwach, wenig motiviert und auf diese Herausforderung schlecht vorbereitet war. Zahllose Appelle der Bevölkerung und der demokratischen Regierung konnten die internationale Gemeinschaft nicht vom Ernst der Situation überzeugen. Die Dinge änderten sich 1997, als auf starken Druck seitens der Zivilbevölkerung eine subregionale Einheit dabei half, die Lage zu beruhigen. Zurzeit sind die Kriegshandlungen durch die Intervention der UN-Truppe UNAMSIL unterbrochen, wobei die Kriegsparteien sich nur langsam auf einen sich schmerzhaft lang ziehenden Demobilisierungs-, Entwaffnungs-, und Reintegrierungsprozess zu bewegen.

Die Anwesenheit des größten UN-Friedenstruppenkontingents bleibt in einem solch kleinen Land nicht ohne negative Auswirkung. Die Kosten für Wohnungen und andere Einrichtungen stiegen deutlich, und auch negative soziale Auswirkungen wie unter anderen die Zunahme von Prostitution wurden spürbar.

Der Friedensprozess stieß auf viele Hindernisse, insbesondere da die produktivsten Teile des Landes, namentlich die landwirtschaftlichen und diamantreichen Gebiete im Osten, weiterhin unter Kontrolle der wichtigsten Rebellenfraktion RUF (Revo-

lutionary United Front) verbleiben. Trotz der Bemühungen den Prozess durch UN-Friedenstruppen voranzubringen bleibt es immer noch schwierig, die Regierungsgewalt auf das gesamte Land auszudehnen. Die Diamanten spielen für viele Anteilseigner immer noch eine wichtigere Rolle als die Regierungsgewalt.

Die Rebellion in Sierra Leone

Laut einer Veröffentlichung der *Netzwerkbewegung für Gerechtigkeit und Entwicklung*, einer führenden lokalen NGOs, die unter anderem für gerechten Ressourcenabbau in Sierra Leone eintritt, wird die Rebellion durch illegalen Diamantenabbau finanziert. Vor dem Krieg waren Korruption und Misswirtschaft im Diamantenbereich einer der Hauptgründe dafür, dass Sierra Leone als das ärmste Land der Welt bekannt wurde.

Der Zusammenbruch staatlicher Strukturen seit der Unabhängigkeit, der mit wirkungsvoller Unterdrückung der Zivilbevölkerung einherging, öffnete die Tore weit für Waffen-, Munitions- und Drogenhandel – auf Kosten der nationalen wie der regionalen Sicherheit, da damit verbrecherische Machenschaften innerhalb des Landes und zwischen Liberia und Guinea leichter durchführbar wurden. Es muss betont werden, dass es in keinem Land Westafrikas oder anderer der am stärksten von Krieg betroffenen Teile Afrikas eine eigene Munitionsindustrie gibt. Es wird angenommen, dass der Krieg in Sierra Leone in erster Linie um ökonomische Ressourcen, vor allem Diamanten geführt wird. Viele Bewohner Sierra Leones zumindest sind davon überzeugt, dass sich die Ausbeutung der größten ökonomischen Ressourcen durch undurchsichtige, von »Warlords« koordinierte Gruppen als bedeutendes Motiv für den Krieg erweist.

Obwohl die Bevölkerung Sierra Leones die Hauptlast des Kriegsleids getragen hat, sitzen die wirklichen Profiteure außerhalb des Landes. Viele gutmeinende Bewohner Sierra Leones haben sich oft gefragt, ob sich die Protagonisten dieser Tatsache bewusst sind. Über die Rolle unseres Nachbarn Liberia wird gesagt, dass er geholfen habe, den Krieg zu eskalieren und zu verlängern. Viele Bewohner Sierra Leones glauben, dass die Einnahmen aus Sierra Leone zur Finanzierung des verschwenderischen Lebensstils der Führung und zur Unterstützung zahlreicher Militärorganisationen Liberias genutzt werden. In diesen Organisationen fanden sich zahlreiche Guerillakämpfer wieder. Daraus kann geschlossen werden, dass Liberia von den aus Diamanten aus Sierra Leone entstandenen Einnahmen abhängig ist, um den Anschein von Stabilität zu wahren.

Externe Dissidenten in Nah und Fern fachen den Krieg direkt oder indirekt – durch selbst- oder fremdfinanzierte Söldner und Söldnerorganisationen – zusätzlich an und sind dadurch mitverantwortlich dafür, dass der Krieg in Sierra Leone viel länger dauert als erwartet.



Kinder im Zentrum von Luena, Angola.

Die Rolle einiger Staaten in dieser Region war lange Zeit recht verdächtig. Einige schienen eng begrenzte nationale Interessen zu verfolgen, die sie davon abhielten, dem Krieg in Sierra Leone die gebotene Aufmerksamkeit zu widmen. Lange Zeit war es schwer, einen holistischen und objektiven Ansatz zu finden, der dem Konflikt gerecht werden und eine rationale Lösung auf sub-regionalem Niveau in konsistenter Art und Weise verfolgen konnte. Die Trennung anglophon/frankophon mit ihren unterschiedlichen Interessengruppen war ebenfalls lange Zeit mit dafür verantwortlich, dass dem Krieg in Sierra Leone wenig regionales Interesse zukam.

Für die Bevölkerung Sierra Leones war ein positiver und konzentrierter Versuch der internationalen Gemeinschaft, deeskalierend in den Krieg einzugreifen, kaum zu erkennen. Die Anstrengungen der UN und der internationalen Gemeinschaft schienen vielmehr lediglich die sub-regionalen Bemühungen von ECOWAS (Economic Community of West African States) und ECOMOG (militärische Eingreiftruppe der westafrikanischen Wirtschaftsallianz), die der Bevölkerung Sierra Leones in der Stunde der größten Not zur Hilfe gekommen waren, ins Aus zu stellen.

Die Rolle der Zivilisten

Der zivile Teil der Bevölkerung spielte 1996 eine zentrale Rolle bei der Einsetzung einer demokratischen Regierung in Sierra Leone. Von der Existenz einer weltweit akzeptierbaren Regierungsgewalt erhoffte man sich ein Ende der Krise. Diese Hoffnung wurde enttäuscht; dennoch stellten sich die Zivilisten auch 1997 immer noch entschlossen dem AFRC (Armed Forces Revolutionary Council)/RUF-Regime entgegen, das versucht hatte, die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen.

Die Bevölkerung blieb bei ihrer Position und gewährleistete 1998 die Wiederherstellung der demokratischen Regierung. Rückblickend betrachtet stellt sich jedoch die Frage, ob sich die Bevölkerung bewusst darüber war, was – abgesehen von Wahlen – nötig ist, damit eine Demokratie erfolgreich funktioniert.

Bedauerlicherweise wurden bei den Friedensverhandlungen von 1999 die Einwände eines großen Teils der zivilen Bevölkerung nicht ernst genommen, der immer wieder darauf hinwies, dass die Rückeroberung zentraler Abbaugebiete des Landes die Vorbedingung für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sei. Deutlich wurde dies im Dokument der Beratungskonferenz vom April 1997, welches als Basis des Beitrags der Zivilbevölkerung zu den Lomé Verhandlungen diente.

Ein Aufschrei ging durch die zivile Bevölkerung, als den Verantwortlichen vieler Grausamkeiten gegen die Bevölkerung Sierra Leones durch das Friedensabkommen von Lomé 1999 eine pauschale Amnestie gewährt wurde. Menschenrechtsgruppen, Studenten, die Anwaltsvereinigung, die Presse und sogar internationale Organisationen sprachen sich gegen diese Amnestie aus. Die Regierung jedoch beteuerte, sie diene lediglich der Friedenssicherung.

Das Angebot an die RUF, den Vorsitzenden der Kommission für strategische Bodenschätze zu stellen, als die RUF noch fast die Hälfte des Landes kontrollierte, war ein weiterer Schlag ins Gesicht der Bevölkerung; damit wurde offensichtlich, dass die Verpflichtung der RUF, sich zu entwaffnen, keineswegs überwacht wurde, wie es während der Lomé-Verhandlungen versprochen worden war.

Heute, mehr als ein Jahr nachdem die Zivilbevölkerung und die Öffentlichkeit Sierra Leones die RUF-Führung ihrer Macht enthoben hat, steht der Entwaffnungsprozess gerade erst am Anfang. Der Einsatz von UN-Truppen in den Diamantenregionen jedoch erlaubt der Bevölkerung Sierra Leones zumindest wieder davon zu träumen, am Reichtum durch ihre Diamanten teilhaben zu können. Dies bleibt vorerst nur eine Hoffnung, da noch zu viel zu tun bleibt um sicherzustellen, dass sie sich erfüllt.

Die internationale Kampagne zu »Blutdiamanten« (Siehe Beitrag von Anne Jung in diesem Band) und die Anstrengungen ein Kontrollsystem zu etablieren, das die Herkunft aller Diamanten durch ein Herkunftszertifikat feststellt, muss weiterhin sichtbare Resultate liefern, um die Bevölkerung Sierra Leones zufrieden zu stellen. Es ist anzunehmen, dass trotz dieser Anstrengungen der Diamantenschmuggel anhalten wird, auch wenn die für den Diamantenexport zuständige Regierungsstelle von einer substanziellen Verbesserung der Situation spricht. Das Liberia von der UN auferlegte Verbot zeigt offenbar ebenfalls Wirkungen, da eine Verminderung der von den Kriegsparteien verübten Grausamkeiten zu beobachten ist. Der Waffenstillstand und der Entwaffnungsprozess scheinen zu halten.

Der lange Weg nach vorn

Die Diamantenindustrie in Sierra Leone besitzt zweifellos das Potenzial, die Notlage der Bevölkerung zu lindern und die Armut zu beenden, von der die Statistiken zeugen. Doch die Situation ist sehr komplex. Viele Anstrengungen müssen auf dem Weg dorthin unternommen werden – innerhalb und außerhalb Sierra Leones, von der Bevölkerung im Land und in der Diaspora, von so vielen Freunden und Sympathisanten wie innerhalb der internationalen Finanzinstitutionen mobilisiert werden können, von der internationalen Diamantenindustrie als auch von allen Freunden Sierra Leones. Ernsthafte und anhaltende Versuche müssen unternommen werden, um Koalitionen und Allianzen zur Verbesserung der Lage des Landes zu bilden. Die Bevölkerung Sierra Leones wird diesen Marathon auf sich gestellt nie bewältigen können. Zu zahlreich und zu übermächtig sind die Probleme und beteiligten Parteien, um allein damit fertig werden zu können.

Die den Abbau und den Verkauf von Bodenschätzen im allgemeinen und Diamanten im besonderen betreffende Politik bedarf höherer und differenzierterer Beteiligung gemeinschaftlicher Anteilseigner wie auch von Experten von außerhalb und anderen, wohlmeinenden Anteilseigner in der Diaspora.

Der Vorhang zu – und viele Fragen offen

Um Sierra Leone wird es im Zuge der Friedensbemühungen wieder stiller werden. Bedauerlicherweise, möchte man sagen, denn viele Fragen hat dieser Konflikt auch an die westliche Welt gestellt, die einer Antwort bedürfen.

Wer sind die Profiteure der »Neuen Kriege«? Sind die Maßnahmen der UN wirklich geeignet und ausreichend, solche Konflikte zu beenden? Ist nicht vielmehr eine grundlegende Umstrukturierung der ökonomischen Weltordnung geboten, um endlich Ursachen- statt Brandbekämpfung zu betreiben?

Zeigen Konflikte wie der in Sierra Leone nicht, dass es höchste Zeit ist, dass die Länder der »entwickelten Welt« ihre Beziehungen zu Partnern in Entwicklungsländern neu definieren?

Es bleibt die Hoffnung, dass in der »Ersten Welt« das Bewusstsein dafür wächst, dass die »Dritte Welt« nicht um verantwortungsvolle Unterstützung bitten muss, sondern ein Recht darauf hat.

Die Autorin

Amy Smythe ist als Beraterin für NGOs im Bereich gender studies und Entwicklungspolitik tätig und hat für die UN gearbeitet. Sie untersuchte die Rolle des Diamantenhandels für die Bürgerkriege in Afrika und lebt in Sierra Leone.

»Gier« versus »Groll«?

Der Fall Nigeria
von William Reno

Einleitend möchte ich der These Nachdruck verleihen, dass Konflikte rückgängig gemacht werden können und dass sie selbst dann nicht unbedingt unausweichlich sind, wenn objektive Voraussetzungen dafür sprechen.

Um ein Beispiel aus meiner persönlichen Erfahrung zu nennen: Allen kleinen Kinder in der Stadt, in der ich aufgewachsen bin, wird beigebracht, dass während der amerikanischen Revolution der böse englische König Söldner einsetzte, um gegen die Rebellen zu kämpfen. Der Kurfürst von Hessen-Kassel stellte diese Söldner zur Verfügung. Trotzdem zerfiel die amerikanische Revolution nicht in einen Kreislauf der Zersplitterung in räuberische Banden. Im Gegenteil: die Schulkinder lernen, dass einige der Kämpfer aus Kassel das Land so sehr mochten, das sie dort blieben, einheimische Frauen heirateten und Familien gründeten!

Dieses Beispiel soll zeigen, dass Kriege zu vielen verschiedenen Ergebnissen führen können. In Nigeria zum Beispiel haben sich in einigen Orten Räuberbanden gebildet, die sich jedoch nicht auf Dauer etablieren konnten. Welche Faktoren sind für derartige Phänomene maßgeblich? Gibt es Handlungsmöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen (NROs) und andere interessierte Gruppen, um Konflikte im Vorfeld verhindern zu helfen?

Ein Großteil der aktuellen akademischen Forschung zu den politischen Ökonomien des Krieges erwecken den Eindruck, als seien Konflikte in Situationen unausweichlich, in denen natürliche Ressourcen reichlich vorhanden und staatliche Strukturen schwach sind. Die gängigen Schwerpunkte in der Debatte »Gier versus Groll«, die sich mit den Ursachen für Bürgerkriege beschäftigt, liegen auf der Bedeutung von natürlichen Ressourcen, im Ausland ansässigen Unterstützern (Diasporen) und den neuen Möglichkeiten der globalen Wirtschaft.

Diese Argumente werden dann auch herangezogen um zu erklären, dass Konflikte »Sicherheitsdilemmata« für die betroffenen Gemeinschaften hervorriefen, da diese nicht erkennen könnten, ob die militärischen Vorbereitungen ihres Nachbarn defensiver oder offensiver Natur seien. Aus diesem Grund müssten sie sich auch selbst bewaffnen. Diese Dynamik schaffe Raum für »politische Unternehmer«, die zu »Gewaltmaklern« oder »Warlords« – »Kriegsherren« – würden.

Diese Faktoren spielen sicher eine wichtige Rolle und können bis zu einem beachtlichen Grade erschließen, wie Kriege sich entwickeln; ich würde sie niemals als erklärende Variablen ausschließen wollen. Vielmehr habe ich selbst einen Großteil meines Berufslebens damit verbracht, diese Dynamik zu erforschen.

Ich möchte allerdings behaupten, dass für jeden einzelnen Fall spezifische interne Faktoren wichtiger sind. Im Folgenden werde ich darstellen, warum das so ist, und dies am Beispiel der Entwicklung der Konfliktsituation in Nigeria erläutern.

Zunächst lassen sich Erklärungslücken in der gängigen Argumentation feststellen. Es finden sich viele Beispiele für Regionen, in denen es trotz aller begünstigenden Faktoren nicht zu Konflikten kommt. Beispielsweise ist Somaliland friedlich, im Gegensatz zu Süd-Somalia. Inguschetsien und Dagestan sind nach wie vor ruhig,

trotz der Provokationen durch Tschetschenien. Gewalt brach in Transdnestrien, einer separatistischen Region Moldawiens aus und endete dann plötzlich. Wo sind dort die »Sicherheitsdilemmata«, die »Gewaltmakler«?

Meiner Meinung nach spielen für das Verständnis und die Möglichkeit der Vorhersage gewalttätiger Konflikte zwei Dinge eine Rolle: zum einen interne *institutionelle* Faktoren, die wesentlich für die soziale Kontrolle über Gewalt verantwortlich sind, und zum anderen die spezifische Situation der Jugendlichen.

Ich stelle zwei Hypothesen auf:

1) Inoffizielle, nichtstaatliche Institutionen, einschließlich derer, die auf globale wirtschaftliche Veränderungen und gesteigerte Marginalisierung reagieren, können das Risiko einer Fragmentierung verringern. Beispielsweise können dieselben »Schwarzmarktoperateure«, die üblicherweise als »Gewaltmakler« und als Agenten für Rent-Seeking¹ betrachtet werden, eine positive Rolle in der Eindämmung von Gewalt spielen.

2) Wenn diese institutionellen Rahmengerüste in alten Netzwerken und Patronage-Beziehungen verwurzelt sind, ist die Wahrscheinlichkeit von Gewalt geringer. Wenn neue Eliten Machtpositionen unmittelbar vor dem Ausbruch des Konfliktes eingenommen haben, ist die Wahrscheinlichkeit von Gewalt größer.

Diese Hypothesen wende ich im Folgenden auf den Fall Nigeria an, wobei das Hauptaugenmerk auf der Entwicklung und den Eigenschaften zweier Gruppen liegt: erstens die *Bakassi Boys*, die im östlichen Nigeria – besonders in den Bundesstaaten Abia und Anambra – aktiv sind, und zweitens die Gruppen, aus denen sich der *Oodua Peoples Congress* (OPC) im westlichen Nigeria – vor allem in der Gegend von Lagos – zusammensetzt.

Die Bakassi Boys

Die *Bakassi Boys* formierten sich als ideologisch motivierte Bürgerwehr im Jahre 1998 im Bundesstaat Anambra im Osten Nigerias. Sie wählten »Bakassi« als Namen, um ein aggressives Image zu transportieren und um nationalistische nigerianische Ideale im Hinblick auf Nigerias fortwährendes unterschwelliges militärisches Gerangel mit Kamerun um ihre gemeinsame Grenze auf der Bakassi-Halbinsel zu betonen. Die Gruppe rekrutiert sich in erster Linie aus arbeitslosen Jugendlichen, umfasst aber auch einige aus dem Kriegsdienst entlassene Soldaten aus dem nigerianischen Kontingent des ECOMOG-Expeditionskorps (militärische Eingreiftruppe der westafrikanischen Wirtschaftsallianz), das in den Bürgerkriegen in Liberia und Sierra Leone kämpfte.

1) Optimierung privater und partikularer Interessen auf Kosten der Allgemeinheit [Anm. d. Übersetzers]



Über den Dächern Luanda, Angola.

Die ersten öffentlichen Handlungen der *Bakassi Boys* war die Vertreibung bewaffneter Räuber, die dem Straßentransport in der Region zur Last fielen. Sie konzentrierten sich zudem darauf, Markthändler zu beschützen und gewaltsame Raubüberfälle im Hauptmarkt von Enugu zu verhindern. Zu diesem Zeitpunkt waren die *Bakassi Boys* höchst populär und unterstützten die heimische Bevölkerung im Kampf gegen das sie umgebende Chaos. Darüber hinaus nannten die *Bakassi Boys* Politiker beim Namen, die die bewaffneten Räuberbanden unterstützten. Politikern, die Jugendliche bewaffneten und diese dann als Privatarmee missbrauchten, oder die aus den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die räuberische Banden boten, Profit schlugen, begegneten sie besonders kritisch. Diese Formen des Machtmissbrauchs waren durch das Abacha-Regime gefördert worden: Als Gegenleistung für ihre Loyalität tolerierte Abacha die Einmischung örtlicher Politiker sowohl auf dem offiziellen als auch auf dem Schwarzmarkt mit Hilfe ihrer Privatarmeen, solange diese auch gegen Abachas Kritiker eingesetzt wurden.

Bis zu diesem Zeitpunkt schien es, als brächten die *Bakassi Boys* lediglich ihren Unmut über die Gier der Mächtigen zum Ausdruck. In den letzten zwei Jahren änderten sie jedoch ihr Vorgehen. Zwar jagen sie noch bewaffnete Räuber – und sind darum auch weiterhin populär – aber sind jetzt auffallend oft auch selbst in räuberische Aktivitäten verwickelt. Sie unterstützen rivalisierende Fraktionen unter den Markthändlervereinigungen als Gegenleistung für geleistete Schutzgeldzahlungen und verkaufen ihre Dienste in ähnlichem Maße wie die Gruppen, die sie bekämpfen. Diese Entwicklung passt gut zu dem gängigen »Gier vor Groll«-Argument, dass potenzieller wirtschaftlicher Gewinn in Konfliktsituationen zu einer Militarisierung des Handels führe, zu einem Kriegsherren-Stil in der Politik.

Doch nicht alle Gruppen entwickeln sich nach diesem Muster, selbst wenn sie sich in einer ähnlichen Situation befinden. Betrachtet man beispielsweise die *Kamajor*-Milizen in Sierra Leone, so findet man den gleichen Kontext von in Banden organisierten bewaffneten Jugendlichen, die zuerst Politikern als politisches Machtkapital dienen und dann von den aufständischen Rebellen der *Revolutionary Unity Front* (RUF) rekrutiert werden. Dabei steht Diamantenbergbau konstant an der Spitze der politischen Prioritätenliste sowohl ihrer früheren als auch ihrer derzeitigen »Förderer«. *Kamajors* zeigen jedoch nicht durchgehend ein den *Bakassi Boys* ähnliches räuberisches Verhalten. Woran liegt das?

Im Gegensatz zu den »offiziellen« Schwarzmärkten in den Gebieten der *Bakassi Boys* befinden sich Teile dieser Märkte in der *Kamajor*-Gegend nach wie vor in den Händen einer etablierten Elite, deren Entstehung auf die Zeit vor dem Aufstieg dieser räuberischen Gruppen zurückgeht. Ihre Kontrolle über Ressourcen, selbst solchen außerhalb der »offiziellen Schattenwirtschaft«, gibt diesen örtlichen Machtfiguren auch größere Kontrolle über Gewalt. Es gelingt ihnen, physische Kontrolle und legitime Autorität zu kombinieren, um die Ausübung von Gewalt einzuschränken – ohne Widerspruch der Bevölkerung.

Die *Kamajors* bauen also ebenso wie die RUF Diamanten ab. Jedoch wissen die *Kamajors*, dass dieselben Leute, die ihren Zugang zu Diamanten kontrollieren, die örtliche Bevölkerung und die örtlichen Bauern mobilisieren können, sollten die *Kamajors* versuchen, diese zu versklaven oder ihnen anderweitig zuzusetzen. Die *Kamajors* wären damit den sozialen Konsequenzen ihres Verhaltens ausgesetzt. Solange sie dagegen diese Gemeinschaften beschützen, finden sie soziale Bestätigung und Respekt.

Diese Dynamik wird noch deutlicher, wenn man *Kamajors* fern ihrer Heimatgemeinschaften betrachtet. Wenn sie beispielsweise in der Hauptstadt von Sierra Leone sind, werden sie »South Side Boys« genannt und als Anhängsel der notorischen und verhassten West Side Boys-Miliz betrachtet, die der Hauptstadtbewölkerung von 1997 bis 1998 zusetzte, als sie Teil einer Junta waren, die dann die Macht ergriff.

Ungleiche Ähnlichkeiten

Im Gegensatz zu den *Kamajors* fehlte den *Bakassi Boys* die Verbindung zu einer etablierten Elite, die Ressourcen kontrollierte und als Gegenleistung für erbrachte Schutzdienste soziale Bestätigung und damit eine ideologische Alternative zu den räuberischen Banden bieten konnte, die das Gebiet befallen hatten. Stattdessen befand sich der Großteil des Potenzials der Schattenwirtschaft (so wie auch der aller anderen) in den Händen einer neueren Elite, die als Fraktionen aus der Hauptstadt eingesetzt oder kooptiert worden war und die an der großflächig organisierten Plünderung der nigerianischen Ressourcen teilhatte.

Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass die ausschlaggebenden Punkte bei der Entstehung gewaltsamer Konflikte keineswegs die bloße Existenz von Schattenwirtschaften oder die reine Gelegenheit zu räuberischer Ausbeutung sind; diese Voraussetzungen sind auch mit informellen Sozialstrukturen kompatibel, die dazu imstande sind, Gewalt unter Kontrolle zu halten und sicherzustellen, dass diese sich nicht gegen spezifische Gemeinschaften richtet. Dagegen ist es vielmehr die Aufteilung der Kontrolle über Ressourcen, die einerseits Ressourcenkriege und andererseits ideologische oder programmatische Aufstände begünstigt, wobei letzteres sich weitaus weniger destruktiv auf die örtliche Bevölkerung auswirkt.

Im Falle der *Bakassi Boys* gelang es dem Gouverneur des Bundesstaates Anambra, Chimaroke Mbadinugu, durch seinen Aufstieg zum Abacha-Verbündeten in den letzten Jahren die Kontrolle über den Schwarzhandel – überwiegend Schmuggelgüter und Waffen – von den örtlichen »traditionellen« Machthabern zu übernehmen. Von den üblichen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung befreit, denen selbst korrupte lokale Eliten unterworfen sind, ist es Mbadinugu gelungen die *Bakassi Boys* gegen die Teile der Bevölkerung einzusetzen, die sich ihm widersetzen – und dies alles ohne soziale Sanktionen für sich und seine Kämpfer fürchten zu müssen.

Es dauerte nicht lange bis der Gouverneur die *Bakassi Boys* dazu benutzte, sich seiner Feinde zu entledigen. Er berief sich auf die Anti-Korruptions-Bewegung, um den Mord an einem seiner lautstärksten Widersacher im Parlament des Bundesstaates zu rechtfertigen. Der Mord an diesem Parlamentarier am 18. Februar 2001 war ein Zeichen dafür, dass der Wahlkampf für 2003 mit aller Gewalt begonnen hatte. Der Gouverneur legitimierte den Einsatz der *Bakassi Boys*, indem er ihr Vorgehen mit dem Etikett des neu geschaffenen *Anambra State Vigilante Services* (Staatlicher Bürgerwehrdienst von Anambra) versah.

Aus diesem Kontext heraus entstanden wie nicht anders zu erwarten »Gewalt-unternehmer«, da die Beziehung der bewaffneten Gruppe zu diesem Schutzherren diejenigen Mitglieder stärkte, die nur wenig Interesse an politischen oder ideologischen Motiven hatten und schonungsloser in ihrem Vorgehen waren. Unter anderem ermutigte dies auch die *Bakassi Boys*, die Auseinandersetzung mit Kritikern des Gouverneurs zu suchen, mit dem Ziel, sich ihren Anteil der zu erwartenden Beute zu sichern. Es überrascht nicht, dass sie diejenige Fraktion des Enugu Markt-händlerverbandes unterstützten, die auf Seiten des Gouverneurs stand, und die »korrupten« Händler angriffen und ausraubten, deren Ansichten nicht mit denen des Gouverneurs übereinstimmten.²

Nach dem Muster des Bundesstaates Anambra wiederholte sich die Entwicklung bei den *Bakassi Boys* im benachbarten Bundesstaat Abia, der auch einen *Abia State Vigilante Service* hat, der mehr als Privatmiliz des Gouverneurs fungiert statt als Bürgerwehr zum Schutz der Bevölkerung.

Unterstützung durch den OPC

Der *Oodua Peoples Congress* (OPC) in der Gegend von Lagos bildet dazu, ebenso wie die *Kamajors* in Sierra Leone, einen höchst interessanten Kontrast. Im Gegensatz zu den *Bakassi* wurde der OPC in der Mitte der 90er Jahre von Exilanten unter der Führung der alten, der ethnischen Gruppe der Yoruba zugehörigen Geschäfts- und Politik-Elite organisiert, die General Abacha ablehnte. Mehrere Yoruba-Gruppen, wie beispielsweise *Afenifere* und der Yoruba-Ältestenrat, standen der Unterstützung von »Freiheitskämpfern« gegen das Abacha-Regime positiv gegenüber, was mit Abachas mysteriösem Ableben in einer Nacht im Juni 1998 hinfällig wurde.

Einer der wichtigsten Unterstützer des OPC war der derzeitige Gouverneur Bola Tinubu. Wie auch schon die RUF wurden OPC-Mitglieder sogar von Burkina Faso

2) Nebenbei sei bemerkt, dass in diesem Zusammenhang militärische Hilfsprogramme der USA Anlass zur Sorge geben, da es gerade durch solche Maßnahmen »fortgebildete« nigerianische Armeeerkruten sind, an denen die *Bakassi Boys* gesteigertes Interesse zeigen. Es ist zu befürchten, dass Programme wie *African Crisis Response Initiative* (ACRI) letzten Endes die Kampfkraft bewaffneter Gruppen wie den *Bakassi Boys* steigern könnten.

ausgebildet und logistisch unterstützt. Im Gegensatz zur RUF jedoch wurde der Zugang des OPC zu Ressourcen des »heimlichen Marktes« in Nigeria von Tinubus überaus mächtiger ältlicher Mutter vermittelt, die eine einflussreiche Rolle in der Marktfrauenvereinigung von Lagos spielt. Die Beteiligung des OPC an möglicher Beute war also sozusagen davon abhängig, inwieweit er sich dem Ziel einer Selbstbestimmung der Yoruba angesichts des unterdrückerischen Abacha dienlich machen konnte.

Seit 1998 ist der OPC eine Kraft in der Lokalpolitik. Eine Fraktion dieser äußerst antiliberalen extremistisch-nationalistischen Gruppierung unterstützt die Bestrebungen des Yoruba-Volkes nach einer unabhängigen Oodua-Republik. Der OPC attackiert Mitglieder anderer ethnischer Gruppen, wie die der Hausa-Fernfahrer, und war weitgehend für die Ausschreitungen verantwortlich, die im Oktober 2000 mehrere hundert Opfer forderten. Es kam auch zu Zusammenstößen zwischen dem OPC und den Polizeikräften des Bundesstaates Lagos, dessen Gouverneur jetzt sein alter Schutzherr Tinubu ist.

Aber der OPC ist nach wie vor an die lang etablierten Herrscher über die örtlichen Schwarzmärkte gebunden, um an Waffen zu kommen und Gelegenheiten zur Plünderung zu erhalten. Die Kontrolleure dieser Ressourcen erfreuen sich einer recht breiten Unterstützung durch ihre Gemeinschaften, was auch zunehmend für die radikale Botschaft des OPC gilt.

So sind und bleiben die Mitglieder des OPC und ihr Vorgehen viel enger mit spezifischen politischen Zielen verbunden als dies bei den *Bakassi Boys* der Fall ist, auch wenn beide Gruppen strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen. Im Gegensatz zu den *Bakassi* ist der OPC eher gegen Versuche gefeit, ihn zu kooptieren. Das wiederholte Verbot und die darauffolgende Wiederzulassung dieser Gruppierung, mit dazwischen eingestreuten Angriffen durch die Polizei, weisen auf die Schwierigkeiten hin, die örtliche und nationale Regierungen bei der Integrierung des OPC haben. Der Hauptunterschied zu den *Bakassi* ist, dass die Ressourcen, auf die der OPC angewiesen ist, nicht von außenstehenden oder räuberischen Eliten sondern von traditionellen örtlichen Machthabern kontrolliert werden.

Dies soll nicht bedeuten, dass der OPC ein Muster liberaler Werte ist und sein Erfolg den betroffenen Gemeinschaften Frieden und Sicherheit bringen wird. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil. Aber diese gegensätzlichen Fälle zeigen doch, dass Gewalt nicht immer auf die gleiche Weise organisiert wird, dass nicht alle bewaffneten Kämpfe um Ressourcen Räubertum gleichzusetzen sind und dass nicht alle gegenwärtig bewaffneten Gruppierungen vor ideologiefreiem Hintergrund agieren.

Schlüsselkategorie »soziale Kontrolle«

Von größerer Relevanz für das Verständnis von Eigenschaften und Entwicklung von Konflikten und den damit verbundenen Möglichkeiten der Prävention ist die Tatsache, dass dieses Rahmensystem aus sozialer Kontrolle der Ressourcen und der Ausübung von Gewalt auch auf andere Fälle angewandt werden kann.

Man beachte beispielsweise, wie somalische Clan-Älteste, die sich in den 80er Jahren im Norden Siad Barre widersetzen, ihre heimlichen Schmuggel- und Zahlungsnetzwerke vor dem Zugriff des räuberischen Despoten schützen konnten. Als es zum Krieg kam, hatte Nord-Somaliens, das heutige Somaliland, seine »politischen Unternehmer«, die mit Hilfe örtlicher Kämpfer Ressourcen ergatterten wollten, um sich bis zur Hauptstadt vorzukämpfen zu können. Aber die Clan-Ältesten konnten ihre soziale Kontrolle über diese Ressourcen nutzen, um die jugendlichen Kämpfer zurückzuhalten und in eigenen Milizen zu organisieren, um sich gegen diese »politischen Unternehmer« zur Wehr zu setzen. Diese soziale Kontrolle ermöglichte es ihnen Milizen einzusetzen, die nicht die Ökonomien der Gebiete zerstörten, um die sie kämpften; Milizen, die Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung erfuhren und die außer Dienst gestellt, in die örtlichen Gemeinschaften reintegriert werden und weiterhin von nun sichtbaren »Schattenwirtschaften« profitieren konnten, wenn die Kämpfe eingestellt wurden.

Diese Netzwerke sozialer Kontrolle müssen nicht unbedingt alt sein, um auch »traditionell« oder üblich zu werden. Sie müssen nur in den Augen der örtlichen Gemeinschaft legitim erscheinen. In Transdnestrien wurden in den frühen 90er Jahren die Kämpfe eingestellt, als General Alexander Lebed seine Stellung als Befehlshaber der 14. Armee – die bis zu diesem Zeitpunkt für einen beträchtlichen Teil der Kämpfe verantwortlich war – dazu nutzen konnte, die Kontrolle über die Verbreitung von Beute und Waffen zu gewinnen. Dabei halfen ihm seine informellen Kontakte zu Schiebern unter den Militärs aus Sowjetzeiten ebenso wie sein Image als harter »Otto Normalsoldat«, für das er in einigen Teilen der Sowjetarmee gefürchtet und in anderen geliebt wurde. Lebed setzte diese soziale Kontrolle wieder geschickt als politisches Argument ein: Die 14. Armee verkörpere in Wahrheit die Tugenden des sowjetischen Internationalismus, sei im Wesentlichen also ethnisch gesehen sowjetisch. Dieses Argument kam just zu dem Zeitpunkt innerhalb der Auseinandersetzung, als »politische Unternehmer« innerhalb der 14. Armee dabei waren, individuelle ethnische Verbundenheitsgefühle zu mobilisieren, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die aus dem vorangegangenen Chaos entstanden waren, gewinnbringend zu nutzen.

Bei weitem nicht alle Konflikte sind demnach gleich. Einige lassen sich, nachträglich gesehen, sehr gut unter Hinweis auf die tragische politische Ökonomie von Bürgerkriegen erklären, die räuberische »politische Unternehmer« – »Warlords« – und all die anderen Figuren schaffen, die uns in diesem Zusammenhang so häufig begegnen.

Fälle wie die in Tschetschenien, Bosnien, Sierra Leone und Sudan sollten daraufhin untersucht werden. Genau so wichtig ist es, die »bellenden, aber nicht beißenden Hunde« zu beobachten und vielleicht etwas von ihnen zu lernen: von Fällen wie Dagestan, Ajaris, Nord-Ossetien, Somaliland, Kasais und anderen Orten, in denen es zwar sowohl Ressourcen als auch potenzielle – und einige reelle – »Warlords« gibt, wo aber entweder gar kein Krieg geführt wird oder falls doch, dieser entschärft oder gar beendet werden kann; denn das ist auch unser Ziel.

Der Autor

Prof. William Reno lehrt Politologie an der Northwestern University in Chicago, USA.

Konfliktverschärfung durch Drogenökonomie

Der Krieg der Reichen gegen die Armen in Kolumbien
von Dario Azzellini

Vorbemerkung:

Der folgende Beitrag wurde im Oktober 2001 erarbeitet. Im Mai 2002 fanden in Kolumbien Wahlen statt, was die ohnehin schon brisante Lage im Land weiter verschärfte.

Am 26. Mai 2002 gewann der rechtsextreme Álvaro Uribe Vélez die Präsidentschaftswahlen mit 52 % der Stimmen. Allerdings lag die Wahlbeteiligung lediglich bei knapp 50 %, zudem wurden viele Stimmen für Uribe Vélez von den Paramilitärs mit der Waffe in der Hand erzwungen, direkter Wahlbetrug ist ebenfalls weit verbreitet. Uribe Vélez profilierte sich im vergangenen Jahr als Hardliner und forderte wiederholt den Abbruch der Gespräche mit der Guerillabewegung FARC (Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens) und den Einmarsch der Armee in die entmilitarisierte Zone. Er gilt als Pate der Paramilitärs und ist in das Drogengeschäft verwickelt.

Wenige Tage nach der Amtsübernahme folgte eine Offensive der kolumbianischen Armee und die Verhängung des Ausnahmezustandes. Dazu gehören Sonderermächtigungen für Polizei, Militär und Justiz, die weitere Willkürhandlungen und schwere Übergriffe erwarten lassen. Darüber hinaus wurde eine »Notsteuer« erlassen, mit der die Militärausgaben um fast 800 Mio US\$ erhöht werden sollen. Zudem wurde mit dem Aufbau einer Struktur von 100 000 Hilfspolizisten und Hilfssoldaten begonnen, 10 000 Polizeibeamte wurden neu eingestellt und zwei neue »Mobile Brigaden« der Armee mit jeweils 3 000 Soldaten gebildet. Die USA erhöhten die Militärhilfe.

International regte sich bisher kaum Widerstand gegen den rechtsradikalen Uribe Vélez, allein die Menschenrechtsbeauftragte der UNO äußerte schwere Bedenken gegen seine Pläne »eine Million Zivilisten gegen die Guerilla zu bewaffnen«.

In Kolumbien herrscht seit über einhundert Jahren Krieg. Dafür steht auch die Geschichte der Militärs unter den Buendía im Roman *Hundert Jahre Einsamkeit* von Gabriel García Márquez. Ein Krieg gegen die Bevölkerung. Ein Krieg der Reichen gegen die Armen. Dieser gnadenlose Krieg der kolumbianischen Oligarchie gegen die Bevölkerung hat das Land in den Zustand eines Dauerkriegszustandes geworfen; keine Generation hat jemals Frieden erlebt. In keinem anderen Land Lateinamerikas fallen mehr Menschen der Repression zum Opfer, nirgendwo werden mehr Massaker an der Zivilbevölkerung verübt und kein Konflikt hat so viele Flüchtlinge produziert. Zugleich sind die Spielräume für eine legale Opposition verschwindend gering. In den Bergen bei der Guerilla sind die Überlebenschancen oft höher als in einem aktiven Stadteilkomitee.

Kolumbien gehört zu den Ländern mit den weltweit schwersten Menschenrechtsverletzungen. Über zwei Millionen Binnenflüchtlinge zeugen von dem Ausmaß an Terror und Gewalt, das die Armee und die mit ihr kooperierenden Paramilitärs in

dem etwa 36 Millionen Einwohner zählenden Land verbreitet. Dem Terror fallen jährlich mehr Menschen zum Opfer als während der gesamten chilenischen Militärdiktatur. Nur der geringste Teil davon ist Folge direkter Kriegshandlungen zwischen Guerilla und Militärs oder Paramilitärs. Allein zwischen 1988 und 1995 sind in Kolumbien über 16 000 Menschen, die überwiegende Mehrheit davon aus politischen Gründen ermordet worden. 2 459 Personen wurden zu Opfern »sozialer Säuberungen«, wie sie Polizei und Paramilitärs durchführen, 1 451 Personen verschwanden.

In der Öffentlichkeit wird Kolumbien nahezu ausschließlich mit Kokain, Drogenhandel und daraus resultierender undurchsichtiger Gewalt in Verbindung gebracht. Tatsächlich haben Anbau und Handel mit Koka bzw. Kokain und in geringerem Maße auch mit Opium und Heroin praktisch keines der sozialen, politischen und ökonomischen Probleme geschaffen, mit denen Kolumbien konfrontiert ist: Sie beschränken sich darauf, sie alle »zu potenzieren und zu komplizieren« (Caballero 2000:130).

Dem Konflikt in Kolumbien liegen drei wesentliche Faktoren zu Grunde: Zum einen die geostrategische Lage des Landes (Azzellini 1999a). Kolumbien ist der einzige südamerikanische Staat mit Zugang zu Atlantik und Pazifik und bildet gleichzeitig die Brücke zum nordamerikanischen Kontinent. Zudem mit fünf Außengrenzen ausgestattet, gilt es als Handelsknoten. Daher bestehen sowohl Pläne für einen Weiterbau der Panamericana wie auch für eine interozeanische Verbindung, die dem völlig ausgelasteten Panamakanal die Funktion als bedeutendste interozeanische Handelsroute streitig machen soll. Vorgesehen ist der Ausbau der heutigen Urwaldregion südlich von Panama zu einem Großprojekt mit Verkehrswegen, Energiegewinnung, Freihandelszonen, Aneignung der Biodiversität und der Rohstoffe usw. Auch im Hinblick auf die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone FTTA/ALCA ist die Verfügungsgewalt über das kolumbianische Territorium von großer Bedeutung.

Zudem – und das ist der zweite bedeutende Faktor – ist Kolumbien ein reiches Land, nicht die Armut, sondern Reichtum das Problem, so wie es Edoardo Galeano in seinem Buch *Die offenen Adern Lateinamerikas* für den ganzen Subkontinent formulierte. Kolumbien ist weltweit größter Exporteur von Qualitätskaffee und Smaragden, zweitwichtigster Schnittblumen- und Bananenexporteur, drittgrößter lateinamerikanischer Erdölproduzent und verfügt darüber hinaus über große Kohlevorkommen, Gold und andere Rohstoffe und die zweithöchste Biodiversität der amerikanischen Kontinente. Von den riesigen Gewinnen sieht die Bevölkerung jedoch kaum etwas, der größte Teil geht an eine winzige Minderheit in Kolumbien und an transnationale Konzerne. Heute leben 55 Prozent der Bevölkerung in Armut, 20 Prozent im absolutem Elend.

Der dritte grundlegende Faktor im kolumbianischen Konflikt ist in der Geschichte zu suchen, die dem Land ein sehr hohes Gewaltniveau und mit über 70 Toten pro 10 000 Einwohnern weltweit die höchste Mordrate beschert hat. Die kolumbianische Oberschicht reagiert auf die sozialen Widersprüche seit über 180 Jahren konsequent mit Repression, die oft die Ausmaße blanken Terrors hat, und drängt jeden Ausdruck von Dissidenz in die Illegalität. Seit 100 Jahren herrscht praktisch durchgehend Krieg. So haben auch die heutigen Guerillas ihren Ursprung in jenen liberalen Guerillas und bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen, die sich nach dem Krieg zwischen Liberalen und Konservativen angesichts der Repression unter der ersten Regierung der Konservativen Partei (1946-1953) nicht auflösten. Die Ermordung des progressiven und bei unteren Schichten sehr populären liberalen Politikers Jorge Eliécer Gaitán (der unter anderem eine umfassende Landreform forderte) im April 1948 führte zu einem als »Bogotazo« bekannten Volksaufstand und einer Periode der Gewalt, allgemein »Violencia« benannt, die an die 300 000 Tote forderte. Nach einer strengen Militärdiktatur (1953-1957) paktierten Liberale und Konservative 16 Jahre lang die Aufteilung der Macht, was zu einem bis heute bestehenden hermetischen Zweiparteiensystem führte, das alle anderen Kräfte ausschließt und die formal älteste Demokratie des Kontinents zur bloßen Makulatur macht. Diese historischen Wurzeln erklären, warum die kolumbianische Linke und die Guerillabewegungen mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus nicht in eine Krise gerieten.

Daher haben die von Kolumbiens Präsident Andrés Pastrana öffentlichkeitswirksam inszenierten »Gespräche« mit den zwei größten Guerilla-Organisationen des Landes auch keinerlei Ergebnisse gezeigt, weder mit der 1964 entstandenen eher traditionell marxistisch ausgerichteten FARC (Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens), die mit schätzungsweise 15 000 Personen unter Waffen die größte Guerilla des Landes ist, noch mit der 1965 gegründeten zweitgrößten Guerilla ELN (Nationale Befreiungsarmee), die zwischen 6-8 000 Leute unter Waffen haben soll und guevaristische wie auch befreiungstheologische Wurzeln hat – ganz zu schweigen von mindestens vier weiteren Gruppierungen, mit denen von Seiten der Regierung keinerlei Kontakte bestehen.

Die Rolle der Drogenökonomie

Werfen wir einen Blick auf die verschiedenen Elemente des kolumbianischen Konflikts, zunächst die Drogenökonomie: Das Drogengeschäft gehört neben dem Waffen- und dem Ölgeschäft zu den bedeutenden Weltwirtschaftszweigen. In Kolumbien ist der Drogenhandel der dynamischste Wachstumsfaktor. Die Großbanken profitieren von der Geldwäsche der Narco-Dollars, das Großkapital verdient am Handel der Vorprodukte für die Kokainherstellung und am Transport. Es verwundert daher nicht, wenn Politiker, Polizei und Militärs tief in das Geschäft verstrickt sind. Nicht umsonst führte ein Prozess wegen der Annahme illegaler Drogengelder gegen die gesamte

vorhergehende Regierung unter Ernesto Samper und viele Kongressabgeordnete zur Verurteilung zahlreicher hochrangiger Politiker (außer Samper selbst, der sich vom Parlament die Immunität zusichern ließ). Auch der paramilitärische Apparat unter der Führung von Carlos Castaño kann nur Dank der Einnahmen aus dem Koka-Geschäft finanziert werden.

Die enorme Einträglichkeit des Drogenbusiness ist vorwiegend in der Drogenverbotspolitik begründet, durch die der Risikogewinnanteil im illegalen Drogengeschäft auf 95 bis 99 Prozent steigt. Zwar ist Kokain eines der wenigen landwirtschaftlichen Exportprodukte, das vom Anbau über die Verarbeitung bis zum internationalen Vertrieb nicht von transnationalen Konzernen aus den Industrieländern kontrolliert wird – »Das Drogengeschäft ist der einzige lateinamerikanische Multi«, wie der ehemalige peruanische Präsident Alan Garcia einst sagte (*The Economist* 8.10.1988) –, doch verbleiben vom Gewinn gerade einmal zehn bis fünfzehn Prozent in den Erzeugerländern, während die restlichen Einnahmen in den Industrieländern abgeschöpft werden (Azzellini 1999b).

Eine genaue Aussage, wie viel Drogengelder tatsächlich in die kolumbianische Ökonomie einfließen, ist aus offensichtlichen Gründen zwar kaum zu treffen, doch dass allein im Laufe des Jahres 1993 Bankkonten und Anlagen von Drogenunternehmern aus Medellín mit einem Gesamtwert von 1,4 Milliarden US\$ eingefroren wurden (Menzel 1997: 135), gibt eine Vorstellung über das Ausmaß. Verschiedenen Schätzungen schwanken zwischen 1,5 und 7 Mrd. US\$ Deviseneinnahmen jährlich (Lessmann 1996: 203), was angesichts des Volumens der Gesamtökonomie einen wesentlich kleineren Anteil am BIP ausmacht (zwischen drei und 14 Prozent) als etwa in Bolivien oder Peru. Die meisten Schätzungen gehen von etwa sechs Prozent des BIP und einem ebenso hohen Arbeitsplatzanteil aus (Krauthausen 1991: 114).

Trotz der Ungenauigkeit solcher Zahlen lässt sich feststellen, dass Drogen nicht das wichtigste kolumbianische Exportprodukt darstellen. Dennoch wurden jahrelang zweistellige Milliardensummen akkumuliert und größtenteils in Ländereien, Immobilien, Luxuskonsumgüter und Dienstleistungen investiert. Das Vermögen der Drogenbourgeoisie soll bereits Anfang der 90er Jahre mehr als 30 Prozent des gesamten kolumbianischen Reichtums inner- und außerhalb der Landesgrenzen ausgemacht haben (Krauthausen 1991: 113).

Der gesamte Drogenhandel agiert kaum noch als streng hierarchisch geordnetes Großkartell, dessen Machtzentren auszuschalten wären, sondern erweist sich zunehmend als komplexe und dezentrale Unternehmensstruktur. Die illegalen Strukturen der Drogenhändler entsprechen eher den Organisationsmustern postfordistischer, transnationaler Konzerne. Sie agieren auf der Basis von »just in time«, »outsourcing« und Subunternehmertum. So operierte auch das »Cali-Kartell« als modernes dezentralisiertes Unternehmen transnational, war mit modernsten Geräten und Techniken ausgestattet, unternahm Marktanalysen, entwickelte neue Verkaufsstrategien und neue Produkte sowie Produktionsabläufe (Azzellini 1999b).

Auf dem Drogenmarkt existieren ebenso wie auf Märkten legaler Produkte Käufer und Verkäufer, Groß- und Kleinhändler, Makler, Importeure und Verteiler, Preise, Bilanzen und Profite und – was selten vorkommt – Verluste. So wie andere Geschäfte ist auch der Drogenhandel primär auf Profitmaximierung ausgerichtet. Das Geschäft teilt sich in Wettbewerbssektoren (Kokabauern, kleinere Aufkäufer der Kokapaste, Groß- und Kleinhändler des Endprodukts) und einen oligopolistischen Sektor, der sich im Wesentlichen in den Händen einer begrenzten Anzahl von kolumbianischen Exporteuren befindet. Die Strukturen des oligopolistischen Sektors sind Motor des gesamten Geschäfts, wobei die Personen, die diese Strukturen ausfüllen – wie in der legalen Wirtschaft – frei austauschbar sind. Daher führt ihre Verhaftung auch nicht zum Ende des Drogengeschäfts. So berichtete ein FBI-Agent über den Kokainhandel Medellíns, die Managementhierarchie sei meist fließend, Positionen wie Organisationszugehörigkeit wechselnd und auch eigenständige Nebengeschäfte fänden statt. Teilweise schließen sich mehrere Drogenunternehmen zusammen, um gemeinsame Großinvestitionen vorzunehmen. Die Vertriebsstrukturen der Oligopole werden auch unabhängigen Produzenten gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt. An der Spitze des zellenartig organisierten Konglomerats des Cali-Kartells steht ein »Rat der Unternehmer«, der sich um legale Investitionen des Clans kümmert, Geldwäsche sowie Einrichtung der Laboratorien und Vertrieb der Drogen koordiniert.

Das Fehlen juristischer Sicherheiten im Geschäftsverkehr und die hohen Gewinnspannen, die beide aus dem illegalen Status des Produktes resultieren, unterscheidet Kokain (und weitere Drogen) von anderen Produkten. Gewalt erscheint daher aus unternehmerischer Sicht als ein notwendiges Mittel zur Regulierung des Handels. In Medellín hatte sich als Folge der Aufträge der Drogenhändler mit der Zeit eine regelrechte Todesindustrie mit geradezu lehrbuchhaften postfordistischen Organisationsmustern herausgebildet. Nach Regierungsschätzungen sind etwa 10 000 Personen in diesem Bereich tätig, ein Viertel davon als Vermittler. Anfang der neunziger Jahre operierten in Medellín 300 Jugendbanden und mindestens 5 000 *Sicarios*, wie die Killer in Kolumbien genannt werden. Ihre Instruktionen erhalten sie von spezialisierten Vermittlungsagenturen, die den Kunden höchstmögliche Anonymität bieten, ihnen die direkte Kontaktaufnahme mit den *Sicarios* ersparen und sich nicht für die Motive interessieren. Die Jugendlichen, die die Morde letztendlich durchführen, sind dabei das letzte Glied in der »Outsourcing-Kette« und bekommen – ebenso wie die Produzenten in der legalen Wirtschaft – nur ein Trinkgeld in Relation zum Auftragsvolumen.

Nach der Zerschlagung des Medellín-»Kartells« im Dezember 1993 und des Cali-»Kartells« 1995 fächerte sich die Struktur des Kokainbusiness in Kolumbien weiter auf. Nach Angaben des *Observatoire Geopolitique de Drogues* (OGD) in Paris entspricht die heutige Struktur des Kokainbusiness in Kolumbien einem dichten Netz von 2 000 bis 3 000 kleinen und 40 mittleren Organisationen, die insgesamt über mindestens 700 geheime Landebahnen verfügen sollen. Die kolumbianischen *Narcos* haben einen

Großteil ihrer illegalen Gelder in legalen Unternehmen reingewaschen und treten heute diskreter als früher in Erscheinung. Zur Sicherung der eigenen Straffreiheit sind umfassende Maßnahmen notwendig. Gewalt ist dabei nicht einmal das favorisierte Vorgehen, da sie Aufmerksamkeit erregt. Daran scheiterten auch die Kokainunternehmer des »Medellín-Kartells«, die Gewalt als Instrument überstrapazierten und ihre strukturellen Grenzen zu spät erkannten. Die meisten Strukturen bauen ihre Führung auf Verwandtschaftsverhältnissen oder langjährigen Freundschaften auf, um sich eine entsprechende Vertrauensbasis zu sichern. Zu den weiteren Maßnahmen zum Schutz vor Strafverfolgung gehören auch die Sicherung von Loyalität in der Bevölkerung durch soziale Maßnahmen, die Bestechung von Behörden, Justiz und Repressionsorganen sowie die Infiltration der verschiedenen Machtebenen.

Der Plan Colombia

Mit dem 2000 beschlossenen *Plan Colombia* gibt die kolumbianische Regierung nun vor, das Drogenproblem lösen und zugleich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ankurbeln zu wollen. Präsident Pastrana lancierte für den *Plan Colombia* mit einem vorgesehenen Gesamtumfang von sieben Milliarden US\$ eine weltweite Werbekampagne. Dabei schien es kaum jemanden zu stören, dass der strategisch ungenaue Plan in mindestens drei Versionen existiert, die jeweils an der Politik der Geberländer ausgerichtet sind. So legte Pastrana seinem Kollegen Bill Clinton einen *Plan Colombia* vor, der hauptsächlich auf die militärische Karte setzt und die Guerilla als zu bekämpfende Profiteure des Drogenhandels bezeichnet, während den meisten EU-Ländern eine Fassung des Plans vorliegt, in dem der Schwerpunkt auf alternative sozio-ökonomische Projekte gelegt wird.

»Es ist unser großes nationales Interesse, den Kokain- und Heroin-Fluss in Richtung unserer Grenzen zu stoppen und in Kolumbien und der Region den Frieden, die Demokratie und das Wirtschaftswachstum zu fördern«, erklärte Bill Clinton, als er eine US-Unterstützung von über 1,5 Mrd. US\$ bekannt gab. Von diesem Betrag sind allerdings nur 145 Millionen für alternative sozio-ökonomische Projekte – wie die Umstellung von Drogenanbau auf andere landwirtschaftliche Produkte – und nur 93 Millionen für »Verbesserung der Menschenrechtssituation und Justiz sowie Stärkung der demokratischen Institutionen« vorgesehen (Azzellini 2000). Als effektives Mittel gegen das Kokabusiness ist der *Plan Colombia* also denkbar ungeeignet. Eine erfolgreiche militärische Zerschlagung des Drogengeschäfts ist ohnehin schlicht unmöglich.

Es wurde ein propagandistischer Zusammenhang zwischen Guerilla und Drogenbusiness geschaffen und die vermeintliche Narcoguerilla wurde zum Angriffsziel. Eine zentrale Rolle spielt die Drogenökonomie tatsächlich nur bei den Paramilitärs. Seitens der beiden großen Guerillas besteht ein unterschiedlicher Umgang mit dem

Drogenanbau und -handel. Die ELN bezieht aus sozialen und ökologischen Gründen eine sehr strikte Haltung, versucht Bauern bei der Umstellung von Koka-Anbau auf andere landwirtschaftliche Produkte zu unterstützen und toleriert in ihren Gebieten nach Möglichkeit keinen Drogenanbau oder -handel. Sie bezieht keinerlei Gelder aus dem Drogengeschäft und zwingt die Händler zu Zahlungen an die Dorfgemeinschaften, wenn es keine Alternative zum Anbau von Drogenrohstoffen gibt. Die FARC hingegen besteuert in den von ihr kontrollierten Gebieten die Geschäfte der Händler, schützt die Kleinbauern vor den *Narcos* (Drogenhändler) und garantiert ihnen Verkaufspreise. Sie soll aber auch Bauern zum Koka-Anbau animiert haben und aus diesen Einnahmen ein schnelleres Wachstum finanziert haben (Zelik 2001). Das Drogengeschäft bleibt aber dennoch eine von vielen Einnahmequellen.

Die politische Intention hinter der Konstruktion einer »Narcoguerrilla« ist offensichtlich. Denn weder die von der *Washington Post* öffentlich gemachte Zusammenarbeit von CIA-Agent und Geheimdienstoberst Ivan Ramírez mit der Drogenhändlerfamilie Castaño noch der Schmuggel von über 400 Kilo Kokain und Heroin durch die kolumbianische Luftwaffe, noch die gemeinsame Planung des Massakers von Riofrio/Valle del Cauca 1990 durch Armeeeoffiziere und das Cali-Kartell oder die Drogen-Verbindungen der Regierung Samper haben die USA jemals dazu bewegt, von einer »Narco-Regierung« oder gar einer »Narco-Oligarchie« zu sprechen.

Der *Plan Colombia* zielt auf die massive Aufrüstung der Armee, obwohl die Drogenbekämpfung eigentlich Aufgabe der Polizei wäre. Kolumbien musste nicht einmal eine Pro-forma-Erklärung unterschreiben, dass die mit Nachtsichtgeräten und hoch entwickelten Waffen ausgestatteten 30 Blackhawk- und 33 Bell-Hubschrauber, Bestandteil der Unterstützung aus den USA, ausschließlich zur Bekämpfung des Drogenhandels eingesetzt werden. Dieser Schritt wurde Mexiko noch vor wenigen Jahren abverlangt, als es wesentlich schlechter ausgerüstete Huey-Helikopter von den USA bekam. Und so kommen die Hubschrauber auch bereits in der »Aufstandsbekämpfung« zum Einsatz.

Derzeit sind die Besprühungen vermeintlicher Koka-Felder aus der Luft und nachweislich auch anderer Gebiete in vollem Gange. Wie in Vietnam wird der Einsatz von Herbiziden und Pestiziden zum Bestandteil einer Kriegspolitik der verbrannten Erde. Das vom Chemiekonzern *Monsanto* unter dem Markennamen *Round-up* vertriebene Herbizid Glyphosat führt nachweislich zu schweren gesundheitlichen Schädigungen bei der betroffenen Bevölkerung, zur umfassenden Vernichtung jeglichen Anbaus und zur Verseuchung von Quellen und Gewässern. Als Ende Juli ein Zivilgericht dem Antrag verschiedener indigener Gemeinden auf ein Verbot der Besprühungen der Koka-Anbauflächen mit Glyphosat aus der Luft statt gab und eine fünfzehntägige Aussetzung der Besprühungen verordnete, drohte Ann Patterson, us-amerikanische Botschafterin in Kolumbien der Regierung, die us-amerikanische Unterstützung des *Plan Colombia* aufzukündigen. Wenige Tage später gab das Gericht



Kinder im Krankenhaus von Luena, Angola, die bei einem Autounfall verletzt wurden.

wieder grünes Licht für die zerstörerischen Besprühungen: Es seien nicht die Besprühungen, die die Natur zerstörten, sondern der illegale Anbau und die weitere Verarbeitung der Koka-Blätter, so die Begründung. Auch die Gouverneure einiger Departements im Süden des Landes fordern seit geraumer Zeit vergeblich die Einstellung der Besprühungen.

Paramilitarismus als Ordnungsfaktor

In den frühen Morgenstunden des 17. Januars 2001 kamen etwa 100 schwer bewaffnete Paramilitärs in das Dorf Chengue in der Region Sucre und trieben die Bewohner des Dorfes zusammen. Sie beschuldigten sie der Unterstützung der Guerilla und begannen sie abzuschlachten. Mit Macheten zerhackten sie 25 Einwohner des Dorfes und entführten weitere zehn, darunter sechs Kinder. Die Entführten wurden außerhalb des Dorfes gefoltert, und anschließend trennten ihnen die Paramilitärs mit Macheten die Gliedmaßen ab. Doch dies waren nicht die einzigen Opfer des rechten Terrors in Kolumbien an diesem Tag. Allein im Januar 2001 ermordeten Paramilitärs nach UN-Angaben 170 Personen in 26 Massakern.

Seit ihrer Entstehung vor knapp 20 Jahren ist das primäre Ziel der Paramilitärs die physische Vernichtung der sozialen Bewegungen und jeder Art von Opposition. So verlor das unter Beteiligung der Kommunistischen Partei ins Leben gerufene sozialistische Wahlbündnis *Unión Patriótica* zwischen 1985 und 1998 knapp 4000 Aktivisten, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten. Direkten Gefechten mit der Guerilla gehen die Paramilitärs aus dem Weg; ihre Angriffe beschränken sich vorwiegend auf unbewaffnete Zivilisten. Zu ihren Opfern gehören Bauern, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, linke Parteien und Organisationen – letztendlich alle Ansätze von Selbstorganisation – und unter dem schrecklichen Begriff »soziale Säuberung« auch Jugendliche, Obdachlose, Bettler, Straßenkinder, Homosexuelle, Prostituierte, Straßenkünstler...

Die Paramilitärs sind landesweit als AUC (*Vereinte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens*) organisiert und fassen mittlerweile über 8000 Bewaffnete. Sie sind sozusagen der Joker im »Spiel« um die Durchsetzung der Interessen von Oligarchie, Militär, Regierung, Drogenhandel und transnationalen Konzernen. Sie würden ohne dessen Deckung nicht existieren, überschneiden sich aber sowohl personell wie auch bezüglich der Interessen. Dies lässt sich z.B. am ehemaligen Generalkommandeur der kolumbianischen Armee Harold Bedoya Pizarro verdeutlichen. Bedoya gilt als Gründer der *Antikommunistischen Amerikanischen Allianz* (AAA), einer der frühen kolumbianischen Todesschwadronen. Bedoya, ehemaliger Militärattaché der kolumbianischen Botschaft in den USA, Absolvent der us-amerikanischen Militärschule *School of Americas* in Fort Benning (Georgia) und später auch Ausbilder dort, war während seiner gesamten Laufbahn in paramilitärische Aktivitäten und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt.

Die Juristenvereinigung *Comisión Andina de Juristas* stellte für 1992 fest, dass 50 Prozent der politischen Morde von Armee und Polizei und weitere 33,5 Prozent von paramilitärischen Gruppen verübt wurden. Mittlerweile gehen sogar die meisten Todesopfer auf die offiziell unabhängig agierenden Paramilitärs zurück. Sie verteidigen ebenso wie Polizei und Armee die Interessen der politischen Eliten. »Während der kolumbianische Staat seine demokratische Erscheinung wahrte, haben privat finanzierte, Kapitalinteressen verteidigende Paramilitärs ‚das normale Funktionieren‘ der Gesellschaft garantiert, den Zugang zu Ressourcen erleichtert und Arbeitsmärkte ‚dereguliert‘, indem sie Gewerkschaften regelrecht ausgelöscht haben« (Zelik 2001).

Die Paramilitärs sind bemüht, als eigenständige Konfliktpartei anerkannt zu werden. Dies würde Regierung und Armee von dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen entlasten, der Staat würde als »neutrale Kraft« erscheinen, die zwischen allen Konfliktparteien vermitteln muss. Das Ergebnis wäre eine Verhandlungslösung, die kaum soziale Veränderungen nach sich ziehen würde. Daher hat die Regierung nie ernsthafte Anstrengungen zu ihrer Zerschlagung unternommen. Der ehemalige oberste Kommandant der AUC Carlos Castaño, der im Frühjahr 2001 pro forma von seinem militärischen Führungsamt zurücktrat und »politischer Chef« der Paramilitärs wurde, erhält fast täglich Anrufe von prominenten Kolumbianern und stimmt mit ihnen seine Entscheidungen.

Ein besonders gutes Beispiel für die Verquickung paramilitärischer Gewalt mit ökonomischen Interessen verschiedener Sektoren bietet das als Alternative zum Panamakanal neu aufgelegte Projekt einer interozeanischen Verbindung durch Urabá. Hier sind Paramilitärs seit Jahren aktiv, um bereits im Vorfeld günstige Bedingungen für die Durchführung des umstrittenen Großprojektes zu schaffen. Dabei profitieren auch ihre Anführer ökonomisch von der Situation. In enger Zusammenarbeit mit den Paramilitärs profitieren auch Drogenbarone von der Vertreibung und Enteignung der Kleinbauern. Etwa 4-6 Millionen Hektar fruchtbares Land sollen sie in Besitz genommen haben. Sollte es tatsächlich zum Bau der geplanten interozeanischen Verbindung kommen, liegt dieses Land entlang der Route.

Die Erschließung der Gebiete für Investoren begann 1997, als Paramilitärs ein grausames Massaker in der Gemeinde Riosucio verübten, das zur Flucht von über 30 000 der insgesamt 38 000 Einwohner des Bezirks führte. Seitdem ist vor allem der nördliche und mittlere Teil der Provinz Chocó, wo vorher keine Paramilitärs präsent waren, zu einem wesentlichen Zentrum des Terrors geworden. Die Paramilitärs ermorden und massakrieren afro-kolumbianische und indigene Gemeinden. Ihr Ziel ist die »absolute Kontrolle über strategisch wichtige Gebiete und ihre Einwohner«. Ihre Vorgehensweise ist einfach; so verkünden die Paramilitärs wenn sie in ein neues Gebiet kommen öffentlich: »Wir sind von den AUC und werden in der Region bleiben. Wer uns anzeigt, ist ein toter Mann. Wir räumen restlos auf. Die Helfer der

Guerilla haben 24 Stunden Zeit, die Region und das Departement zu verlassen.«¹ Die kolumbianische Armee hat dieser Entwicklung nicht nur zugesehen und die Paramilitärs unterstützt, sondern die Offensiven teilweise mit großräumigen Bombardements nördlicher Gebiete des Chocó aus der Luft begleitet. Der Kommandant der XVII. Brigade, General Martín Orlando Carreño, erklärte, dass die Armee »um jeden Preis verhindern wird, dass die Guerilla ihren Rückeroberungsplan konsolidieren oder in das Gebiet eindringen, in dem der interozeanische Kanal geplant ist.«² (*El Espectador* 23.8.1998)

Paramilitärs erklären ganze Dörfer und Regionen pauschal zu »militärischen Angriffszielen«. So wurde die nordkolumbianische 400 000 Einwohner-Stadt Barrancabermeja (in der Nähe der Region, deren Entmilitarisierung die ELN fordert) seit Mai 1998 gleich mehrmals zum Schauplatz von Massakern, bei denen Soldaten zunächst die Zufahrtswege in die Armenviertel sicherten und dann wenig später Todesschwadronen vorrückten, um die Viertel anhand von Listen zu »säubern«. Offiziell hat die US-Regierung die AUC 2001 in ihre »Terrorliste« aufgenommen, direkte Folgen hatte dies bisher jedoch nicht.

Kolumbien gleich Afghanistan? – Die Intervention hat schon begonnen

In den vergangenen Jahren haben die USA wiederholt mehr oder weniger offen mit einem direkteren Eingreifen gedroht. Bisher ist die US-Armee jedoch nicht einmarschiert. Das bedeutet allerdings nicht, dass die USA auf eine Präsenz im Konflikt verzichten würden. Aktuell befinden sich laut Pentagon 175 bis 200 US-Militärs in Kolumbien, die der kolumbianischen Armee als Militärberater im »Kampf gegen Drogen« beistehen, sowie weitere 100 Agenten des CIA und der Antidrogenbehörde DEA. Weitere 15 000 US-Soldaten verschiedener Einheiten sind im vergangenen Jahr auf Grenzstaaten (außer Venezuela) und Länder der Karibik verteilt worden. Bis zum 1. Januar 2000 stammten mit 9 558 Absolventen die mit Abstand meisten Absolventen der berüchtigten US-Militärschule *School of Americas* (SOA, Fort Benning, Georgia) aus Kolumbien.

Der Krieg gegen die Bevölkerung wird zunehmend privatisiert, professionalisiert und internationalisiert. Zusätzlich zu us-amerikanischem Militärausbildern sind mindestens acht private Kriegsunternehmen verschiedener Herkunft (vornehmlich den USA) in Kolumbien aktiv.

Die direkte Beteiligung internationaler privater Kriegsunternehmen in Kampfhandlungen blieb zunächst weitgehend unbemerkt, bis am 18. Februar 2001 die FARC

1) Das Beispiel bezieht sich auf Anfang April 1997 im Erdölfördergebiet bei Casanares.

2) In dem Gebiet wurden erst vor wenigen Jahren weitere bedeutende Erdölvorkommen entdeckt, die von der britischen Erdölfirma BP ausgebeutet werden. Diese arbeitet wiederum eng mit den Paramilitärs zusammen und trägt zu ihrer Finanzierung bei.

in Caqueta, im Südwesten Kolumbiens, einen Hubschrauber der kolumbianischen Polizei traf, der die Besprühung von angeblichen Koka-Feldern aus der Luft begleitete. Dabei handelt es sich häufig um Operationen, an denen das Personal jeweils zur Hälfte aus kolumbianischen Militärs oder Polizisten und us-amerikanischen Militärs, DEA-Angehörigen, Söldnern oder privat angeheuerten »Experten« besteht. Nachdem der verletzte Pilot eine Notlandung vornehmen musste, kam ein mitfliegendes »Rettungsteam« des Unternehmens *DynCorp* und evakuierte den Piloten und seine Begleiter. Die vier us-amerikanischen Retter, allesamt mit M-16 Maschinengewehren bewaffnet, lieferten sich dafür Gefechte mit der Guerilla. Der verletzte Pilot, Giancarlo Cotrino, war ebenfalls kein Kolumbianer, sondern von *DynCorp* für die Besprühung angeheuert worden. *DynCorp* ist ein US-Unternehmen aus Reston, Virginia, das logistische Aufgaben für Militäroperationen übernimmt und traditionell eng mit der US-Armee zusammenarbeitet. *DynCorp* ist an den Besprühungen beteiligt und stellt die dafür notwendigen Fachkräfte wie Piloten, Mechaniker und medizinisches Personal ein. Die Piloten sind ein kleiner Teil der 355 formal als Zivilisten geltenden Mitarbeiter von *DynCorp* in Kolumbien.

Auch das us-amerikanische Kriegsunternehmen MPRI, das von ehemaligen hochrangigen US-Militärs geführt wird und bei Pentagon-Sitzungen stets als Gast eingeladen wird, ist mit etwa 300 Ausbildern und Personal in Kolumbien tätig. Bei ihren Aktivitäten verschwimmen einerseits die Grenzen zwischen der Ausbildung von Militärs und Paramilitärs und andererseits die zwischen beratender Tätigkeit und direkten Eingriffen in Kampfhandlungen.

Gemäß eines vom US-Kongress verabschiedeten Gesetzes zur Verhinderung der »Vietnamisierung Kolumbiens« darf die Präsenz us-amerikanischen Personals im Rahmen des *Plan Colombia* die Zahl von 500 Militärangehörigen und 300 angeheuerten Privatpersonen nicht überschreiten. Doch auch wenn Unternehmen wie *DynCorp* und MPRI diese Bestimmung damit zu umgehen versuchen, dass etwa die Hälfte ihres in Kolumbien aktiven Personals aus anderen Ländern stammt, dürfte die zulässige Anzahl dennoch weit überschritten sein. Schließlich sollen außer *DynCorp*, MPRI und dem für die Privatwirtschaft tätigen Unternehmen *Defense Systems Limited* noch fünf weitere Söldner- bzw. Kriegsunternehmen in Kolumbien aktiv sein.

Transnationale Konzerne spielen mit

Neben den Sicherheitsorganen sind auch eine Reihe transnationaler Unternehmen in den schmutzigen Krieg involviert. Als erster Fall wurde die Beteiligung des Erdölkonzerns *Texaco* beim Aufbau paramilitärischer Gruppen in der Region um Puerto Boyacá ab 1983 bekannt. Anfang der neunziger Jahre erhoben Gewerkschaften gegen den Schweizer Multi *Nestlé* den Vorwurf, während der Tarifverhandlungen Paramilitärs für die Liquidierung von Gewerkschaftern eingesetzt zu haben. Der gleiche Vorwurf wird aktuell gegen *Coca-Cola* erhoben. Ein solches Vorgehen ist in Kolumbien von

Unternehmerseite nicht unüblich. Die schwersten Vorwürfe in den vergangenen Jahren richten sich jedoch gegen Erdöl- und Goldunternehmen wie den US-Goldmulti *Corona Goldfields*, das us-amerikanische Erdölunternehmen *Occidental* und *British Petroleum*, die das britische Söldnerunternehmen *Defence Systems Limited* mit dem Schutz der Erdölanlagen und der Erhaltung des Betriebsfriedens beauftragt haben.

Auch die Paramilitärs griffen von Anfang an auf ausländische, vorwiegend israelische Militärberater zurück. Eine zentrale Rolle kam den israelischen Söldnern um Yair Klein zu. Klein, der 1988 auch die nicaraguanische *Contra* in Honduras trainierte und zehn Jahre später beim Sturm auf die Hauptstadt von Sierra Leone in Westafrika als Militärberater dabei gewesen sein soll, kam 1986 auf Initiative des Bananen-Unternehmerverbandes *Uniban* nach Kolumbien. Der kolumbianischen Staatsanwaltschaft zufolge kontaktierte *Uniban* einen gewissen Ytzhak Maerot Shoshani, der als Vertreter einer israelischen Rüstungsfirma dem kolumbianischen Verteidigungsministerium Waffen verkaufte. Maerot Shoshani wiederum trat in Verbindung mit Yair Klein, der offensichtlich mit staatlicher Unterstützung nach Kolumbien einreiste – sein Grenzübertritt wurde am Flughafen nicht registriert. Klein bildete unter anderem die Paramilitärs aus, die im März 1988 mehrere Massaker auf Bananenplantagen verübten.

Im Frühjahr 1999 wurde bekannt, dass auch französische Polizeieinheiten kolumbianische Spezialtruppen der GAULA (Anti-Entführungseinheit der Armee) in Antiguerilla-Taktiken ausbildeten. Doch selbst diese breite Koalition von Militärs, Polizei, Privatindustrie, Kriegsunternehmen und Paramilitärs scheint die »Ruhe im Land« nicht herstellen zu können und so tauchen FARC, ELN und auch die AUC auf der nach dem 11. September veröffentlichten »Terrorliste« der US-Regierung auf.

Noch Anfang 2001 schrieb die konservative *Rand Corporation*³: »The implications of the U.S. assistance program for Colombia are that the United States, by taking the lead in mustering international support for Plan Clombia, has increased its political stake in Colombia. If the Pastrana administration falters, either in its counter-narcotics or counter-insurgency approach, the United States would be confronted with an unpalatable choice. It could escalate its commitment, to include perhaps an operational role for U.S. forces in Colombia, or scale it down, which could involve some significant costs, including a serious loss of credibility and degradation of the U.S. ability to muster regional support for its counter-narcotics and political objectives« (Rand 2001: 69f).

3) Von den Douglas-Flugzeugwerken 1948 gegründete US-Stiftung zur Förderung von »welfare and security.«

Dieser Fall scheint nun – im Schatten des Krieges gegen Afghanistan – eingetreten zu sein. Philip Reeker, Sprecher des US State Department, schließt zwar eine direkte US-Militärintervention in Kolumbien aus, doch zugleich betont Francis Taylor, Leiter der Abteilung Antiterrorismus der gleichen Behörde, in Kolumbien und anderen Ländern Lateinamerikas werde eine ähnliche Strategie zum Tragen kommen wie von den USA in Afghanistan verfolgt. Bezüglich der Guerillas und der Paramilitärs »werden wir alle Mittel unsere nationalen Macht, und wenn angebracht, die Militärmacht anwenden, um ihre Aktivitäten zu stoppen.« Der Generalkommandeur der kolumbianischen Streitkräfte Fernando Tapias betonte, Kolumbien brauche keine Intervention ausländischer Truppen. »Wir bieten unsere Kräfte und fordern Unterstützung in den Bereichen Ausbildung, technischer Beistand und geheimdienstliche Tätigkeiten«, so Tapias nach verschiedenen Treffen mit US-Militärs in Washington im Oktober 2001. Tapias zeigte sich zufrieden: »Seit dem 11. September hat sich die Situation geändert. Sie [die US-Amerikaner] verstehen uns jetzt besser, da sie die Auswirkungen dieser Mischung aus Terrorismus und Drogen, die so schwerwiegende Folgen für die Menschheit hat und unter der wir seit Jahren leiden, selbst erleben« (Maseri 2001).

Gespräche zwischen Regierung und Guerilla

Die FARC verfügt seit November 1998 über eine von der Regierung für Gespräche mit der Guerilla-Organisation entmilitarisierte 42 000 km² große Zone im Süden des Landes. Ein relativ dünn besiedeltes Gebiet mit der Fläche der Schweiz und dem Namen Caguán. Hier finden – mit einigen Unterbrechungen – Gespräche zwischen Delegationen der FARC und der Regierung über verschiedene Themen statt, die bisher noch keine konkreten Ergebnisse zeigten. Auch mehrere öffentliche thematische Versammlungen zur Diskussion mit verschiedenen gesellschaftlichen Kräften wurden hier von der FARC veranstaltet.

Die Regierung verlängerte den Status der entmilitarisierten Zone immer nur knapp vor dem Ablauf und drohte wiederholt mit ihrer Aufkündigung. Das Muster ist immer das gleiche: Es werden Vereinbarungen getroffen, die von keiner der beiden Seiten eingehalten werden. Die Regierung sagt in schöner Regelmäßigkeit die Bekämpfung der Paramilitärs und die Einstellung der Besprühungen aus der Luft und die FARC einen Verzicht auf Entführungen zu. So auch bei der jüngsten Verlängerung im Oktober 2001, als die Situation zu eskalieren drohte, nachdem die Armee in das entmilitarisierte Gebiet eingedrungen war und zwei FARC-Angehörige erschossen hatte, und die Regierung die FARC der Ermordung einer ehemaligen Ministerin bezichtigte.

Die Errichtung einer entmilitarisierten Zone für Verhandlungen mit der ELN wurde hingegen von der kolumbianischen Regierung bisher faktisch verweigert, die Gespräche im Verlauf des Jahres 2001 endgültig abgebrochen. Die ELN fordert die Entmilitarisierung dreier Landkreise mit einer Gesamtfläche von 4.725 Quadratkilometern im Süden Bolívars, eines ihrer traditionellen Gebiete. Erste Vorgespräche darüber fanden im Mai 1998 auf Vermittlung der deutschen Bischofskonferenz und der Kohl-Regierung statt. Seitdem hat die Regierung mehr die Entmilitarisierung des Gebiets zugesagt und sogar Abkommen bezüglich der Verfahrensweise unterschrieben. Doch die Regierung Pastrana hielt sich an keine der Vereinbarungen.

In den entmilitarisierten Gebieten sollen sowohl Gespräche zwischen der ELN und der Regierung sowie die seit 1996 von der ELN vorgeschlagene »Nationale Konvention« statt finden. Diese soll zu fünf verschiedenen Themenkomplexen jeweils eine Woche lang tagen und in Arbeits- und Diskussionsforen die Möglichkeit bieten, die Vorstellungen der Guerilla zu präsentieren und mit Delegierten aller gesellschaftlichen Kräfte über gesellschaftliche Alternativen zu debattieren. Die ELN misst den Gesprächen unter den verschiedenen sozialen Kräften mehr Bedeutung zu als Verhandlungen mit der Regierung. Teilnehmen sollen über 300 Delegierte: Gewerkschafter, Vertreter auch regierungsnaher Bauernverbände, der schwarzen Gemeinschaften und Indigenas, aller politischer Parteien, verschiedener sozialer Bewegungen sowie der regionalen Zivilversammlungen für den Frieden, der Exilierten u.a.

Die Entmilitarisierung des Gebiets ist in weite Ferne gerückt, nachdem die Regierung alle vorherigen Zusagen zurückzog, obwohl ein im Dezember 2000 unterzeichnetes 88-Punkte-Abkommen bereits alle Einzelheiten der Entmilitarisierung enthielt. Anfang 2001 wurde unter dem Titel *Operación Bolívar* eine große Offensive des Militärs in dem zu entmilitarisierenden Gebiet eingeleitet. Die Armee arbeitete dabei in Einheit mit den Paramilitärs, die über 1000 Bewaffnete in das Gebiet zogen und allein in Barrancabermeja in den ersten sechs Monaten über 600 Menschen ermordeten. Die Dörfer und Siedlungen in der Region wurden von der Luftwaffe bombardiert und die Herbizid-Besprühung wurde verstärkt; sogar Gebiete ohne Drogenanbau wurden besprüht. Nach Abbruch der Gespräche wurden die militärischen Aktivitäten in der Region weiter verstärkt. Die ELN erklärte ihre Bereitschaft zu weiteren Gesprächen mit dem nächsten Präsidenten (s.o.).

Für einen wirklichen Friedensprozess bleiben schwerwiegende Hürden. Dazu gehören der Paramilitarismus, die Hochrüstung des kolumbianischen Militärs, der als Drogenbekämpfung getarnte Krieg gegen die Opposition im Rahmen des *Plan Colombia* und die absolute Verweigerung der kolumbianischen Oligarchie zu tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Dies ist die Grundvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden, darin sind sich Guerilla, die die meisten Basis- und Menschenrechtsorganisationen sowie Gewerkschaften einig. Die Erfahrung vergangener Friedensabkommen etwa der in den 70ern und lehrt, dass

sich nicht nur die Situation weiter verschlechtert hat, sondern dass zudem jene, die die Waffen abgegeben hatten und versuchten, legale politische Spielräume auszufüllen, in das Visier der Todesschwadronen gerieten und dafür mit dem Leben bezahlten. Daher auch die Weigerung der FARC und ELN über eine Abgabe der Waffen zu verhandeln.

Bisher hat sich die Regierung Pastrana nicht von vorhergehenden Regierungen unterschieden; während sie vordergründig ihren Einsatz für den Frieden erklärt, treibt sie gleichzeitig politische Reformen voran, um das kolumbianische Zweiparteiensystem festzuschreiben und spitzt das neoliberale Wirtschafts- und Sozialmodell in Absprache mit dem IWF immer weiter zu. In der gleichen Logik erklärte auch der Generalkommandeur der kolumbianischen Armee General Fernando Tapias, die Militärs würden Kriegshandlungen durchführen, um Frieden zu bringen. Tapias hatte auch angekündigt seine Truppen befänden sich in Bereitschaft, um die FARC-Zone zurückzuerobern und drohte: »Wenn Präsident Pastrana die entmilitarisierte Zone verlängert, respektieren wir die Entscheidung, übernehmen aber keinerlei Verantwortung für das was dort passieren kann«.

Wie gefährlich es ist, sich in diesem Zusammenhang gegen eine militärische Lösung auszusprechen, zeigt das Beispiel der *Notables*, einer dreiköpfigen Kommission, sollte ein Dokument mit Vorschlägen zum Friedensprozess mit der FARC zu erarbeiten. Das Ergebnis wurde Anfang Oktober veröffentlicht und nannte unter anderem einen Waffenstillstand zwischen Regierung und FARC und die uneingeschränkte Bekämpfung der Paramilitärs durch Militär und Guerilla als eine Grundvoraussetzung für einen Frieden. Noch am Tag der Veröffentlichung gingen zwei der drei Kommissionsmitglieder aufgrund schwerwiegender Todesdrohungen ins Exil.

Literatur

Azzellini, Dario und R. Zelik 1999: Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Köln

Azzellini, Dario 1999a: Ökonomische Interessen und Gewalt am Beispiel des Kanalbauprojekts, in: *Azzellini/Zelik* 1999

Azzellini, Dario 1999b: Ökonomische Interessen und Gewalt am Beispiel des Drogenhandel und aufstrebende Bourgeoisie, in: *Azzellini/Zelik* 1999

Azzellini, Dario 2000: Massive US-Militärhilfe, SoZ 2.3.2000

Azzellini, Dario 2001: Kein Strom für Medellín, in: *Jungle World* 22./29.8.2001

Caballero, Antonio 2000: *Drogas: la guerra de la Dependencia*.

Krauthausen, Ciro (Hg) 1991: *Koka – Kokain*, München

Lessmann, Robert 1996: *Drogenökonomie und internationale Politik*, Frankfurt a. Main

Maseri, Sergio Gómez 2001: E.U. descarta intervención militar en Colombia, in: El Tiempo 16.10.2001

Menzel, Sewall H. 1997: Cocaine Quagmire – Implementing the U.S. Anti-Drug policy in the North Andes-Colombia, Lanham / New York / Oxford

MPRI 2000: Pentagon pays retired brass to evaluate Colombian military, www.mpri.com

Rand Corporation 2001: Columbian Labyrinth, (Internet Edition www.rand.org)

Zelik, Raul 2001: Der Plan Colombia. Anti-Drogendiskurse und US-Hegemonialpolitik in der Andenregion, in: Prokla Nr. 124

Der Autor

Dario Azzellini ist Diplompolitologe, Autor und Übersetzer. Er ist als freier Journalist und Fotograf für Printmedien, Radio und Fernsehen tätig.

Der Söldner-Boom

Privatarmeen und Militärunternehmen in den Neuen Kriegen
von Boris Kanzleiter

»Wir haben hier mehr Generäle pro Quadratmeter als im Pentagon.«
Harry E. Soyster, *Military Professional Resources Incorporated*

Im Juni saß der gestürzte Präsident Madagaskars, Didier Ratsiraka, in der Falle. Die Armee seines Rivalen um die Macht, Marc Ravalomanana, hatte die irregulären Milizen Ratsirakas immer weiter in den Norden der Insel im Indischen Ozean gedrängt. Ratsiraka, der seine Wahlniederlage gegen Ravalomanana im Dezember 2001 nicht anerkennen wollte, verlor nach der politischen nun auch die militärische Auseinandersetzung. Doch auf keinen Fall wollte der Geschlagene sich seinem Widersacher ergeben (Johnson 2002). Ende Juni 2002 dann die Meldung in *Midi Madagaskar*, der größten Zeitung im Land: Ratsiraka hat Söldner angeheuert. Ein Dutzend Franzosen wurden in Tansania entdeckt, allerdings zurückgeschickt. Aber von Südafrika aus haben Söldner aus Mauritius, Sri Lanka, Algerien, Griechenland, der Ukraine und Frankreich die Insel erreicht. Ratsiraka kann zwar den Krieg nicht mehr gewinnen, aber die Privatmilitärs ermöglichen ihm die sichere Flucht nach Paris. Und so trägt die tropische Erfolgsgeschichte zum Mythos um die neuen Söldner bei.

Die modernen Söldner: Das sind nicht nur aus der ganzen Welt eingeflogene Einzelkämpfer, die sich als Problemlöser für Tropendiktatoren verdingen. Die Branche ist vielmehr schillernd und vielfältig, in der Außendarstellung genauso abenteuerlich wie respektabel. Die personelle Angebotspalette auf dem internationalen Markt für private militärische Dienstleistungen reicht von entflohenen Sträflingen, die einzeln oder in Gruppen als Auftragskiller ihre Opfer suchen, bis zu hoch dekorierten pensionierten Generälen der US-Armee, die im Auftrag des Pentagon private Unternehmen zur militärischen Ausbildung von regulären Armeen aufbauen.

Aber alle haben eines gemeinsam: Sie sind Bestandteil einer in sich verflochtenen Branche, die sich seit Ende der 80er Jahre im anhaltenden Boom befindet. Unter den Stichworten *Private Militäragenturen* oder *Private Military Enterprises* hat sich ein profitables Geschäft entwickelt. Schätzungen über die Gewinnentwicklung sind naturgemäß schwierig anzustellen, denn ein Großteil des Gewerbes findet in der informellen, nicht von Steuerbehörden oder Wirtschaftsministerien erfassten globalen Schattenwirtschaft statt. Doch bereits vor fünf Jahren schätzte eine Studie des Marktanalysten *Equitable Services Corp.*, dass die Profite auf dem weltweiten »Sicherheitsmarkt«, dessen Bestandteil zumindest die offiziellen *Private Military Enterprises* sind, von weltweit 55,6 Milliarden US\$ 1990 auf 220 Milliarden US\$ 2010 ansteigen würden (Schrader 2002).

Und das war lange vor den Geschehnissen des 11. September 2001, in deren Folge die Aktien von an der Börse notierten *Private Military Enterprises* ihren Höhenflug antraten. »Der Krieg gegen den Terrorismus ist eine Vollbeschäftigungsgarantie für diese Jungs«, fasst David Des Roches zusammen; der Sprecher der *Defense Security Cooperation Agency*, der Abteilung des US-Verteidigungsministeriums, die mit den

entsprechenden Unternehmen zusammenarbeitet, kennt die goldenen Zukunftsaussichten der Branche (vgl. Schrader 2002). Nach den Terroranschlägen von New York und Washington eskalieren weltweit Regionalkonflikte, grassiert das Gefühl der Unsicherheit, wachsen die imaginierten und realen Sicherheits- und Schutzbedürfnisse.

1989 und die Neuen Kriege

Das Söldnerwesen an sich ist nichts neues. Von der Antike über das Mittelalter bis zur Frühen Neuzeit ist die Geschichte voll von Individuen oder Gruppen, die ihre militärischen Fähigkeiten verkauften. Söldnern nahmen teil an Eroberungszügen und Kriegen, an Revolten und deren Niederschlagungen. Erst mit der Durchsetzung des Nationalstaates und der allgemeinen Wehrpflicht begann das bis dahin geschätzte Gewerbe – wer mochte schon selbst in den Krieg ziehen und sein Leben riskieren – anstößig zu werden und an Bedeutung zu verlieren. Beseelt vom Nationalismus kämpfte man nun für sein Volk und nicht für Geld, lautete das Credo, das den Beruf diskreditierte. Der bürgerliche Nationalstaat gründete außerdem auf dem Gewaltmonopol, das die Söldnertruppe erst zu irregulären Organisationen machte. So verschwanden die Söldner zwar nie ganz, aber ihre Funktion blieb begrenzt.

Das änderte sich erst in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus drangen Nachrichten über die Aktivitäten von Söldnerunternehmen wie *Executive Outcomes*, *Combat Force*, *Sandline*, *Military Professional Resources Incorporated*, *AirScan Inc.* und *DynCorp* verstärkt an die Öffentlichkeit. Zuerst wurde das Phänomen im kleinen Zirkel von Militärspezialisten diskutiert, dann erschienen auch hin und wieder Artikel in populären Zeitschriften und Zeitungen. Mittlerweile gibt es mit dem Peruaner Enrique Ballesteros einen UN-Sonderberichterstatter zum Söldnerwesen, der regelmäßig warnende Dokumente verfasst und der UN-Generalversammlung vorlegt (Ballesteros 2002). Alarmierte Politiker wie der dienstälteste friedensbewegte Sozialdemokrat Erhard Eppler, schreiben wortreiche Essays mit Titeln wie »Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt. Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt« (vgl. Eppler 2002).

Das Problem ist also erkannt. Es stellt sich die Frage der Analyse. Obwohl die Branche zu ausdifferenziert und das Phänomen zu vielschichtig ist, um alle Aspekte mit einem einheitlichen Ansatz zu erklären, lassen sich doch mindestens drei Faktoren nennen, die ihren Aufschwung seit Ende der 80er Jahre begründen helfen.

Da ist zunächst der weltweite Siegeszug der neoliberalen Ideologie und neoliberaler Restrukturierungsprozesse, welche den Charakter von Gesellschaftlichkeit verändern. Dabei kommt es zu einer zunehmenden »Fraktionierung der Weltgesellschaft«, analysiert der Frankfurter Regulationstheoretiker Joachim Hirsch. Das Interesse



Demonstration am Internationalen Tag der Behinderten am 3. Dezember 2001. Luena, Angola.

multinationaler Kapitalien »an der gesellschaftlich-politischen Stabilität national-staatlicher Reproduktionszusammenhänge und den sie absichernden sozialen Kompromissen« wird im globalisierten Neoliberalismus geringer. Doch mit der Unterminierung »materiell abgestützter sozialer Kompromissgleichgewichte« gewinnt »in verschiedenen Formen der Kampf der Gruppen, Klassen, ‚Wertegemeinschaften‘, ‚Ethnien‘ und ‚Nationen‘ gegeneinander an Schärfe«, erklärt Hirsch (vgl. Hirsch 2000) Eine neue, oft gewaltsam ausgetragene Konfliktualität entsteht.

Die neoliberale Politik wirkt nach Hirsch auch direkt auf die Konstitution von Staatlichkeit: »Gleichzeitig äußert sich die neoliberale Restrukturierungspolitik in der Schaffung ‚schlanker‘ Staaten in einer fortschreitenden Ausbreitung privater und parastaatlicher Sicherheitsapparaturen, die wiederum besonders in einigen peripheren Ländern das staatliche Gewaltmonopol offen zur Disposition stellt« (Hirsch 2000). Doch je weniger die Staaten das Gewaltmonopol garantieren, desto wichtiger werden für Unternehmen private Sicherheitsdienste, die teure Investitionen absichern. Im Fall von Bürgerkriegsländern nehmen diese Sicherheitsdienste die Form von Privatarmeen an.

Das ist beispielsweise in Teilen Afrikas der Fall, womit der zweite Faktor zu nennen wäre: Eine neue Form von Kriegen, die nach dem Ende der Blockkonfrontation immer deutlicher Gestalt annimmt, wie Michael Bollig ausführt: »Seit etwa 1990 – dem Ende des auch die Afrika-Politik bestimmenden Ost-West- Konfliktes – haben sich die Konfliktmuster im subsaharischen Afrika grundlegend verändert. Während sich die Zahl zwischenstaatlicher Konflikte verringerte, nahmen Anzahl und Intensität interner Konflikte ebenso wie der Umfang des Waffenhandels deutlich zu. Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen regulären Streitkräften, tribalen Milizen, privaten Armeen sowie die Militarisierung ganzer Bevölkerungsgruppen führten in vielen Regionen Afrikas zum zeitweiligen oder vollständigen Kollaps des Staates« (Bolling 2001)

Er nennt damit Akteure und Konfliktmuster, die auch das Geschehen an anderen Orten bestimmen. In einer Studie zum Jugoslawienkrieg nimmt Mary Kaldor, die als Vize-Präsidentin der *Helsinki Citizens Assembly* das Kriegsgeschehen aus der Perspektive humanitärer Hilfsorganisationen wahrnahm, die Erfahrungen der Kriege der 90er Jahre in Afrika und den südlichen ehemaligen Sowjetrepubliken auf. Sie kommt zu dem Schluss, dass es zahlreiche Gemeinsamkeiten gibt, die bei diesen Konflikten von »Neuen Kriegen« sprechen lassen. Im Gegensatz zu den »alten« Kriegen, dem Krieg regulärer Armeen von Staaten, verschwimmt bei den »Neuen Kriegen« die Grenze zwischen Krieg, organisiertem Verbrechen und massiven Menschenrechtsverletzungen. Dabei stellt die »Privatisierung der Gewalt« ein wichtiges Element dar. Aber, so Kaldor: »In der Praxis ist die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen, staatlichen und nichtstaatlichen, inoffiziellen und offiziellen, ökonomischen und politisch motivierten Faktoren nur sehr schwer möglich« (Kaldor

2000).¹ In jedem Fall sind professionelle Söldnertruppen zentrale Akteure der »Neuen Kriege«, die sich in den Ruinen der »failed states«, der abgewickelten nachholenden Industrialisierungsprojekte der Peripherie des Weltkapitalismus, entwickeln.

Der dritte Faktor für den Boom des Söldnergewerbes ist das gestiegene Angebot von qualifizierten Dienstleistern. Das Ende der Blockkonfrontation hat zunächst Millionen professioneller Soldaten und Geheimdienstagenten arbeitslos gemacht. Von 1990 bis 1998 ging die Personalstärke regulärer Armeen von 10,1 Millionen auf 5,3 Millionen Soldaten zurück. Aber nicht alle Kalten Krieger gingen mit Abfindungen in den Ruhestand. Hunderttausende nutzen ihre im Dienst erworbenen Qualifikationen für die privaten Militärunternehmen, die überall aus dem Boden sprießen. In Ländern, in denen die beiden Hegemonialblöcke jahrelang aufwändige und kostspielige Stellvertreterkriege führten, blieben außerdem nach dem Wegfall des einen Antagonisten auch die Überweisungen der anderen Seite aus. Die oft nur als Kämpfer ausgebildeten Männer suchen sich andere Arbeitgeber oder Einnahmequellen (Linke 2002).

Haben die drei beschriebenen Faktoren – Durchsetzung des Neoliberalismus, Neue Kriege und arbeitslose Militärs – unmittelbar mit dem Ende der Blockkonfrontation zu tun, spielen zwei weitere, sehr pragmatische Faktoren eine Rolle. Im Zuge der Durchsetzung des Menschenrechtsdiskurses zur Begründung von militärischen Interventionen der westlichen Staaten machte es sich in den 90er Jahren schlecht, wenn deren reguläre Armeen selbst direkt in massive Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren. Daher wurden für diese Aufgaben private Militärunternehmen engagiert, wie am Beispiel Jugoslawien noch zu zeigen sein wird. Diese Vorgehensweise folgt der Strategie der *low intensity warfare*, die vom Pentagon nach der Niederlage in Vietnam für die Intervention in die Kriege Zentralamerikas in den 80er Jahren entwickelt wurde. Statt eigene Truppen zu schicken, wurden damals paramilitärische *counter-insurgency* Gruppen wie die *Contra* in Nicaragua aufgerüstet (Klare 1988). Einer ähnlichen Logik folgend handeln Regierungen des Südens, wie in Kolumbien (vgl. auch Beitrag von Azzellini im selben Band), die im Zuge der Aufstandsbekämpfung als Gegengewicht zur Guerilla selbst paramilitärische Gruppen schufen, um die reguläre Armee als neutrale Konfliktlösungsinstanz präsentieren zu können. In beiden Fällen öffnete sich ein weites Arbeitsfeld für Söldner.

Und der letzte Faktor: Oft sind private Militärunternehmen schlicht billiger und flexibler einsetzbar als reguläre Armeen. Das gilt für Kampfeinsätze wie für ihre Funktion als Militärberater und Ausbilder.

1) Die politischen Schlussfolgerungen Kaldors, die für einen konsequenteren »humanitären Interventionismus« des Westens plädiert, sind äußerst problematisch. Dennoch bietet die Studie interessante Anhaltspunkte für die Analyse »neuer Kriege«.

Typologie der neuen Söldner

Aus den sehr unterschiedlichen Konfliktlagen, in denen die neuen Söldner zum Einsatz kommen, ergibt sich bereits das umfassende Angebot an Dienstleistungen, das auf dem Markt verkauft wird.

Thomas K. Adams, ein ehemaliger Militär, der in den vergangenen 30 Jahren für die US-Armee bei »Konterguerilla-Operationen« in Vietnam, »humanitären Einsätzen« auf Haiti, bei der »Drogenbekämpfung« in Kolumbien wie beim »Peacekeeping« in Bosnien-Herzegowina gearbeitet hat, sich auf das Thema also versteht, versucht drei Typen von Söldnern von einander abzugrenzen (Adams 1999).

Da sind zunächst die »traditionellen« Söldner, die von zahlungsfähigen Kriegsparteien angeheuert als Einzelpersonen oder Gruppen direkt ins Kampfgeschehen eingreifen. Meistens handelt es sich dabei um langjährige, hochqualifizierte Berufssoldaten. »Es sind oft ad hoc Gruppen von Einzelpersonen, die auf eine Anzeige reagieren«, schreibt Adams. »Aber in den vergangenen Jahren sind höhere Formen von Organisation aufgetaucht.« So wurden Scheinunternehmen gegründet. Beispielsweise hat das russische *Sukhoi Design Bureau* SU-27 Flugzeuge an Äthiopien geliefert, die im Krieg gegen die Armee Eritreas eingesetzt wurden. Teil des Vertrags war, dass ehemalige russische Kampfpiloten, Mechaniker und Bodenpersonal, »eine kleine, aber komplette Luftwaffe« (Adams), gleich mit geliefert wurde. Zu diesem Typus Söldner zählen beispielsweise auch die gut hundert Deutsche, die nach Aussagen der Bundesregierung im Verlauf der vergangenen Jahre auf Seiten der kroatischen, bosnisch-muslimischen und kosovo-albanischen Verbände an den Kämpfen in Jugoslawien teilgenommen haben. Nach Angaben des Verfassungsschutzes handelte es sich dabei hauptsächlich um Rechtsextremisten (vgl. Auswärtiges Amt 2002).

Einen zweiten Typ stellen Adams zufolge »recht große kommerzielle Unternehmen« dar, die offiziell registriert sind. Sie bieten »qualitativ hochwertige taktische, operationelle und strategische Beratung für Training, Ausrüstung und Einsatz von Streitkräften« an. Die Unternehmen bestehen fast ausschließlich aus ehemaligen Offizieren regulärer Armeen. In Zusammenarbeit mit einer Reihe von Sub-Unternehmern sind diese Firmen dazu fähig, eine im Aufbau befindliche Armee einsatzfähig zu machen. Das bekannteste Beispiel für diesen Typus bildet die *Military Professional Resources Incorporated* mit Sitz in Alexandria, Virginia, auf deren Aktivitäten im Jugoslawienkrieg noch eingegangen werden soll.

Der nach Adams dritte Typus von Söldnern umfasst hoch spezialisierte Dienstleister, deren Arbeit militärische Anwendung finden kann, aber nicht muss. Es handelt sich beispielsweise um Computerexperten, die Kommunikationsnetze aufbauen oder lahm legen können. Ein anderes Beispiel ist die Firma *AirScan* aus Titusville, Florida. Sie bietet Luftaufklärung an. Eine Dienstleistung, die in ihrem Fall sowohl vom US-Innenministerium als auch von transnationalen Ölfirmen genutzt wird. Die Luftauf-

klärung kann in Konfliktregionen wie Kolumbien beispielsweise dazu beitragen, firmeneigenen Privatarmeen die Sicherung von Pipelines gegen Angriffe der Guerilla zu ermöglichen.

Adams' Typologie scheint praktikabel, um das unscharfe Bild von den neuen Söldnern zu konturieren. Aber letztlich muss es dennoch verschwommen bleiben; denn in der Praxis stellen sich die Arbeitsweisen und Organisationsformen nicht so eindeutig voneinander abgrenzbar dar. Wie alle Bereiche der Ökonomie, die auf eine postfordistische Arbeitsorganisation aufbauen, strukturiert sich auch das Söldnerwesen netzwerkförmig. Ein Unternehmen schafft sich »outgesourcte« Subunternehmen, die wiederum mit selbstständigen *Freelancern* arbeiten. Oder andersherum: Nach Aufträgen suchende Freischaffende bilden Netzwerkknoten und gründen für eine spezifische Aufgabe ein Unternehmen, an dem Leute mit den erforderlichen Qualifikationen teilnehmen. Beim nächsten Auftrag kann das Unternehmen schon wieder anders aussehen.

Um die Arbeits- und Funktionsweise der neuen Söldner genauer zu fassen, sei deshalb auf zwei konkrete Beispiele verwiesen, die jeweils spezifische Charakteristika aufweisen. Der Einsatz der südafrikanischen Söldnertruppe *Executive Outcomes* in Angola und Sierra Leone und die Aktivitäten der bereits angesprochenen *Military Professional Resources Incorporated* bei der Umgehung des UN-Embargos im Jugoslawienkrieg durch die USA. Dabei handelt es sich notwendigerweise lediglich um einen Ausschnitt möglicher Einsätze moderner Söldner. Ein weiteres aufschlussreiches Beispiel wäre z.B. auch die Situation in Kolumbien, die hier nicht berücksichtigt werden kann. Dort ist die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen, die *Counterinsurgency* Strategie der Regierung und die Interventionspolitik der US-Regierung eng mit dem Einsatz von Söldnern verbunden (vgl. Azzellini 1999)

Kampfauftrag in Afrika

1989, gegen Ende des Apartheidsregimes in Südafrika, entschloss sich Eeban Barlow zur Gründung des privaten Militärunternehmens *Executive Outcomes* (EO). Barlow hatte bis Mitte der 80er Jahre als Aufklärungsoffizier der Südafrikanischen Armee gearbeitet. Diese Institution wurde für Mordanschläge auf prominente ANC-Politiker verantwortlich gemacht. Zusammen mit Kollegen suchte er nun nach neuen Betätigungsfeldern und fand sie im über das Ende der Blockkonfrontation hinaus andauernden Krieg in Angola, in den Südafrika immer wieder interveniert hatte.

War der angolansische Krieg zwischen der antikommunistischen UNITA von Jonas Savimbi und der antikolonialen Befreiungsbewegung MPLA bis zum Ende der Blockkonfrontation nicht zuletzt ein Stellvertreterkonflikt, änderte sich die Situation in den 90er Jahren. Der Intellektuelle Rafael Marques beschrieb sie so: »Der Krieg in Angola ist ein Krieg ohne Moral, ohne Ideale. Es geht nur noch um Geld, persönliche Macht. Sowohl die gewählte Regierung als auch die Rebellen kämpfen

gegen das eigene Volk« (Jung 2000). Es hatte sich ein Kriegsökonomie herausgebildet, in der beide Konfliktparteien an einer Fortsetzung der Kämpfe interessiert waren. »Der Export von Öl und Diamanten finanziert nicht nur die Waffenkäufe, sondern versorgt auch ein Geflecht von Geschäftsleuten, Söldnern, Sicherheitsdiensten, Ölfirmen, Diamantenverkäufern und Waffenhändler mit satten Gewinnen«, beschreibt Anne Jung von der Hilfsorganisation *medico international*, die Selbsthilfeprojekte in Angola unterstützt, die Interessenlage der Konfliktparteien (Jung 2000).²

In dieser Situation kam EO zunächst auf Seiten des ehemaligen Partners der südafrikanischen Apartheidsregierung, der UNITA, zum Einsatz. Doch als im März 1993 die MPLA-Regierung den Söldnern – und ehemaligen Kriegsgegnern – einen lukrativen 30 Millionen Dollar Vertrag anbot, schlug Eeban Barlow ein. Die offiziellen Streitkräfte Angolas (FAA) hatten die strategisch wichtigen Soyo-Ölfelder gegen Angriffe der UNITA nicht verteidigen können. Barlow stellte einen Trupp mit 50 ehemaligen Offizieren der südafrikanischen Armee zusammen und führte gemeinsam mit 600 Soldaten der FAA einen erfolgreichen Angriff gegen die UNITA. Anschließend übernahm EO den Schutz der Ölfelder.

Nach diesem Erfolg schützte EO im September 1993 auch die Diamantenmine in Canfunfo in Lunda Norte. Nach Schätzungen erhielten die Söldner dafür 40 Millionen Dollar. EO-Mitarbeiter bildeten lokale Soldaten aus und griffen bei Gelegenheit auch UNITA Einheiten an, wenn sie dies für den Schutz der Mine für notwendig hielten. Dabei kam es zu heftigen Gefechten mit Dutzenden Todesopfer. 1998 dann begann EO im offiziellen Auftrag der MPLA Regierung reguläre Armeesoldaten der FAA zu trainieren.

Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte EO seine Aktivitäten längst über die Grenzen Angolas hinweg ausgeweitet. Bereits im März 1995 sandte EO ein Team nach Sierra Leone, um dort die von Rebellen belagerte Kono-Diamantenmine zu schützen. In nur elf Tagen gelang es EO die Rebellen zu vertreiben. Bei den Gefechten setzten die Söldner aus Südafrika auch Kampfhubschrauber ein, die zum Waffenarsenal der Privatarmee zählen. Nach den Aufträgen in Angola und Sierra Leone kamen EO Trupps auch in Kenia und Uganda zum Einsatz, bis EO am 1. Januar 1999 plötzlich aufgelöst wurde. Die südafrikanische Regierung hatte ein Gesetz verabschiedet, das ihren Staatsbürgern die Arbeit als Söldner untersagt. Frühere EO-Mitarbeiter wurden aber von anderen Söldnerunternehmen unter Vertrag genommen.

2) Zu EO in Angola und Sierra Leone siehe auch: Laurence, Mazure: Die Deregulierung der militärischen Gewalt. Südafrikanische Söldner im Dienste von Regierungen und Privatwirtschaft, in: *Le Monde Diplomatique* Nr. 5049, 10.10.1996 sowie Linke 2000 und Adams 1999. Zur Kriegsökonomie: Thomas, Seibert: Neue Ökonomien des Krieges, in: *arranca!* Nr. 24 (Sommer 2002).

Bei den Einsätzen von EO in Afrika wird deutlich, dass sich das moderne Söldnerwesen nicht als eine von den westlichen Metropolen abgekoppelte gesellschaftliche Zerfallerscheinung darstellt. Vielmehr schreibt sich ihre Aktivität direkt in die kapitalistische Verwertung von Bodenschätzen ein. Im speziellen Fall Angola und Sierra Leone sind es letztlich transnationale Konzerne wie der Diamantenhändler *De Beers* oder Ölkonzerne, die vermittels der Regierungen oder ganz direkt Söldnergruppen einsetzen, um die Ausbeutung von Bodenschätzen zu ermöglichen. Dabei kann es auch dazu kommen, dass die Söldnertruppen selbst die Ausbeutung der Bodenschätze übertragen bekommen. So bezahlte die völlig überschuldete Regierung von Sierra Leone EO für den Einsatz zur Wiederherstellung der Kontrolle über die Diamantenminen mittels einer Scheinfirma mit einer Schürflizenz für die Ausbeutung eines Diamantenfeldes.

In Anlehnung an die Theorie des »ungleichen Tauschs« nennt der Ökonom Peter Custers diesen Mechanismus »disparater Tausch«. Dabei werden nicht nur Rohstoffe zu für die Produzentenländer in der Peripherie ungünstigen Preisen abgeschöpft. Es wird vielmehr gar nicht mehr in Geld bezahlt, sondern mit Destruktionsmitteln wie Waffen. »Während wertvolle Rohstoffe zu produktiven und zu Konsumzwecken in den Norden transportiert werden, werden die Mittel der Zerstörung, die im Austausch für diese Rohstoffe nach Afrika importiert werden, in einer ständig wachsenden Reihe von Bürgerkriegen und regionalen Auseinandersetzungen ‚konsumiert‘.« (Custers 2001) Es entsteht eine in den Weltmarkt eingebundene sich selbst reproduzierende Kriegsökonomie, deren Scharnier unter anderem Söldnertruppen sind.

Militärberatung für Kroatien

Während Unternehmen wie EO aus der selbstständigen unternehmerischen Initiative ehemaliger regulärer Militärs entstanden sind und in die »klassische« Söldnerkategorie fallen, bildet *Military Professional Resources Incorporated* (MPRI) ein anderes Modell. MPRI ist maßgeblich ein Instrument der US-Regierung, um in internationale Konflikte einzugreifen, ohne sich selbst zu sehr darin zu verwickeln. Das Unternehmen ist ein Bestandteil des »Outsourcings« der US-Armee, das Kriegführung einerseits kostengünstiger, ideenreicher und politisch unproblematischer macht und andererseits einen lukrativen Markt für Ex-Militärs bildet. Die Kriegführung selbst wird darin vermarktwirtschaftlicht (Chatterjee 2002).³

MPRI wurde 1988 vom ehemaligen Generalstabschef der US Armee, Carl Vuono, und sieben weiteren pensionierten Generälen gegründet. Im Direktorium der Firma sitzen zwanzig ehemals hochrangige Offiziere. General Harry E. Soyster, früher Chef

3) So werden mittlerweile etwa 10 Prozent der Militärausgabe für Auslandseinsätze der US-Armee für private Militärunternehmen aufgewandt, die meist von ex-Armeeangehörigen geleitet werden.

<http://www.corpwatch.org/issues/PID.jsp?articleid=2471>



Süßigkeitenverkauf am Ortseingang von Luena, Angola.

des militärischen Geheimdienstes der USA und jetzt MPRI-Executive, sagt beim Interview in der Konzernzentrale nicht ohne Stolz: »Wir haben hier mehr Generäle pro Quadratmeter als im Pentagon.«

Den Unternehmensauftrag definiert Soyster so: »Wir gehen irgendwo hin, weil wir entweder von der US-Regierung geschickt werden oder von einer anderen Regierung unter Vertrag genommen werden. Es beschämt mich nicht zu sagen, dass wir das für Geld machen. Aber wir machen es richtig.« Wer als Mitarbeiter bei MPRI unterkommt, verdient besser als im Pentagon. Und die Zukunftsaussichten sind rosig: Seit dem 11. September haben sich die Aktienwerte von *L3 Communications*, dem Mutterunternehmen von MPRI, mehr als verdoppelt (Schrader 2002).

Seit seiner Gründung war das Unternehmen auf der ganzen Welt aktiv. Allein aus den Angaben auf der offiziellen Website⁴ gehen Einsatzorte in Taiwan, Süd-Korea, Nigeria, Südafrika und Kuwait hervor. Darüber hinaus ist bekannt, dass MPRI auch in verschiedenen Ländern Lateinamerikas, darunter Kolumbien, und ehemaligen Sowjetrepubliken gearbeitet hat. Die bisher bedeutendsten Einsätze stellten aber wohl die Missionen im ehemaligen Jugoslawien, genauer in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien dar. Insbesondere die MPRI-Unterstützung der kroatischen Armee im Krieg gegen serbische Truppen und Zivilbevölkerung hat für politisches Aufsehen gesorgt.

MPRI wäscht US-Westen weißer

Der frühere kroatische Außenminister Tonino Picula stellt in der Nachbetrachtung die Rolle von MPRI beim Aufbau der kroatischen Armee so dar: »Wir begannen am Anfang der 90er Jahre und es mangelte an allen Formen der Unterstützung. Wir waren mit einem Aggressionskrieg konfrontiert. Wir benötigten alle möglichen Freunde, um unsere Fähigkeiten zu verbessern, einen Zeitplan einzuhalten. Ich weiss, dass es [MPRI] einen wichtigen Job als Teil der US-Hilfe während der 90er Jahre in Kroatien erfüllte.«⁵

Dass das Pentagon sich nicht direkt am Aufbau der kroatischen Armee beteiligen konnte, war einerseits einem UN-Waffenembargo geschuldet, das vom UN-Sicherheitsrat über alle ehemaligen jugoslawischen Staaten verhängt worden war. Andererseits hätte Washington schlecht in der Rolle eines »ehrlichen Maklers« auftreten können, wie es während der Aushandlung des Dayton Abkommens im November 1995 geschehen ist, wenn sich die USA ein paar Monate vorher bei den kriegsentscheidenden Gefechten im Sommer des Jahres ganz offen auf Seiten Kroatiens positioniert hätte.

4) www.mpri.com

5) www.internationalspecialreports.com/europe/01/croatia/anationresolved.html

Denn bevor das Dayton Abkommen, das Ende 1995 einen Waffenstillstand in Bosnien-Herzegowina herstellte, geschlossen werden konnte, mussten die großen Geländegewinne der serbischen Truppen in Bosnien zurückgeschlagen werden. Außerdem musste die kroatische Armee in die bis dahin von serbischen Truppen kontrollierten Gebiet der Krajina eindringen. Diese Region an der historischen Habsburger Militärgrenze zum Osmanischen Reich war seit dem 17. Jahrhundert hauptsächlich von dort angesiedelten serbischen Wehrbauern bevölkert. Die Kontrolle des strategisch wichtigen Gebietes stellte eine Notwendigkeit für die kroatischen Sezessionisten beim Aufbau eines unabhängigen Kroatien dar.

Mit der Rückendeckung aus Washington begannen die MPRI-Experten also im September 1994, die Kommandostrukturen der neu gebildeten kroatischen Armee effizienter zu machen und den Generalstab militärstrategisch auszubilden. Das machte sich bezahlt. Bei der Offensive gegen die Krajina im August 1995, der *Operation Oluja* »Sturm«, gelang es den kroatischen Truppen innerhalb weniger Wochen etwa 200 000 Serben aus Kroatien zu vertreiben. Nach Angaben von Beobachtern wandte die kroatische Armee dabei typische amerikanische Taktiken integrierter Luft-, Artillerie- und Infanterie-Bewegungen an. »Die Offensive in der Krajina sah aus wie eine Operation aus dem NATO-Handbuch«, gibt Deborah Avant, eine US-amerikanische Expertin für Private Militärunternehmen, die Einschätzung von kundigen Beobachtern vor Ort wieder (Avant 1998).⁶

Delikat am Engagement der MPRI in Kroatien ist, dass die *Operation Oluja* später vom Internationalen Jugoslawientribunal ICTY in Den Haag als Kriegsverbrechen eingestuft wurde; schließlich handelte es sich bis dahin um die größte einzelne »ethnische Säuberung« während der Kriege in Jugoslawien. Nach der Anklageschrift Den Haags vom 21. Mai 2001 wurden mehrere hundert Zivilisten ermordet, 150 000 bis 200 000 Menschen systematisch vertrieben, ihre Häuser zerstört und das Eigentum der Vertriebenen geraubt. Der verantwortliche kroatische General Ante Gotovina wurde wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« und »Kriegsverbrechen« angeklagt.⁷ Das heißt aber nicht, dass der in Kroatien als Held verehrte Gotovina sich heute in einer Den Haager Zelle befände. Er hat sich vielmehr in den Untergrund abgesetzt. Aus seinem Versteck heraus droht der General nun damit, über die Beteiligung der USA bei der Planung und Durchführung der *Operation Oluja* auszusagen, falls er verhaftet und ausgeliefert wird (vgl. Hipkins 2001). In diesem Zusammenhang ist interessant, dass auch einer der Hauptverantwortlichen der größten »ethnischen Säuberung« im Jugoslawienkrieg, der Vertreibung von 250 000 Serben und Roma aus dem Kosovo nach dem Einmarsch der KFOR im Juni 1999, direkt

6) www.cfr.org/public/pub/privmil.html

7) The International Crime Tribunal for the former Yugoslavia, Case No. IT-01-45-I. www.un.org/icty/indictment/english/got-ii010608e.htm

von MPRI Offizieren ausgebildet worden ist. Es handelt sich um den Albaner Agim Ceku. Er war 1995 mit Gotovina zusammen an der Planung der Operation Oluja beteiligt. Zu diesem Zeitpunkt bekleidete Ceku die Funktion eines Generals in der kroatischen Armee. Im Kosovokrieg tauchte Ceku als Generalstabschef der UCK wieder auf. Heute wird er von der UN-Verwaltung im Kosovo als Chef der UCK-Nachfolgetruppe Kosovo Protection Corps (KPC) bezahlt. Vgl. dazu Scahill, Jeremy: Cleansing Serbs in Kosovo, in: The Nation, 10.7.2000.

Von Outlaws zum Bestandteil des globalen Kapitalismus

Joachim Hirsch stellt die Frage, ob sich im Prozess der Globalisierung eine derartige Veränderung der staatlichen Strukturen durchsetzt, dass ihre »spezifische kapitalistische Formbestimmung als eine von der Ökonomie und den gesellschaftlichen Klassen relativ getrennte Instanz in Frage gestellt wird (Hirsch 2002).« Um es mit anderen Worten zu fragen: Verliert der Staat seinen Charakter als Instanz mit einer »relativen Autonomie« gegenüber der Gesellschaft? Zumindest in den Verhältnissen der Ökonomien der Neuen Kriege scheint dies tatsächlich tendenziell der Fall zu sein. Hier ersetzen mit Söldnern geführte Kriegsunternehmen ganz oder partiell den Nationalstaat.

Andererseits allerdings entwickelt sich die Tendenz, dass privaten militärischen Akteuren zunehmend eine spezifische Rolle im Sicherheitsregime des globalen Kapitalismus zugewiesen wird, die Staatlichkeit keineswegs in Frage stellt, sondern lediglich ihren Charakter modifiziert. Dies ist der Fall bei den privaten Militärunternehmen, die im Auftrag von Regierungen handeln.

Was einerseits Teil der Wiederherstellung von Staatlichkeit ist, kann andererseits Teil der Kriegsökonomie sein. Dabei kommt es zu Paradoxien. So bildet das *DynCorp*, mit weltweit 20 000 Mitarbeitern einer der größten Dienstleister auf dem Gebiet privater Sicherheitsdienstleistungen, im Auftrag der Vereinten Nationen und der US-Regierung in Bosnien, Kosovo und Ost-Timor lokale Polizisten aus. Im Auftrag der US-Regierung sandte das *DynCorp* bereits 1994 eine innerhalb einer Woche zusammengestellte *Peacekeeping* Truppe unter UN-Mandat nach Haiti.⁹

In Kolumbien wiederum ist das *DynCorp* an der Umsetzung des Aufstandsbekämpfungsprogramm *Plan Colombia* beteiligt. Dort besprühen *DynCorp* Mitarbeiter aus Flugzeugen Kokapflanzungen mit Pestiziden und werden dabei manchmal in Gefechte verwickelt. Damit das nicht zu oft passiert »säubern« paramilitärische Gruppen, die Regionen, welche besprüht werden sollen, zuvor von Guerilleros und lokalen Bauern und weiten ihren Machtbereich aus (Bigwood 2001).¹⁰ Was einerseits

9 Informationen nach der offiziellen DynCorp Website: www.dyncorp.com

10 www.corpwatch.org/issues/PID.jsp?articleid=672

Teil der Wiederherstellung von Staatlichkeit ist, kann andererseits Teil der Kriegsökonomie bilden. Sicher ist, dass den Verflechtungen staatlicher Organisationen mit Privaten Militärunternehmen und der Rolle der Söldner in Neuen Kriegen künftig deutlich mehr kritische Aufmerksamkeit gebühren sollte, als das bisher geschehen ist.

Literatur

- Adams, Thomas K.* 1999: The New Mercenaries and the Privatization of Conflict, in: Parameters, S.103-116.
- Auswärtiges Amt* 2001: Deutsche Söldner in bewaffneten Konflikten. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Hüber u.a., BT-Drs. Nr.:14/6205.
- Avant, Deborah D.* 1998: The Market of Force: Exploring the Privatization of Military Services, Diskussionspapier für den Council on Foreign Relations.
- Azzellini, Dario und Raul Zelik* 1999: Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Köln
- Ballesteros, Enrique Bernales* 2001: Use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination, (Bericht für die Generalversammlung der UN), 27.7.2001
- Bigwood, Jeremy* 2001: DynCorp in Colombia: Outsourcing the Drug War. Investigative Report, Special to CorpWatch, 23 May 2001.
- Bollig, Michael* 2001: Zur Ökonomie des Krieges: Die Gewalt und die Geschäfte der afrikanischen Warlords. Über die soziale und politische Organisation von Kriegsherren-Gruppen, in: Frankfurter Rundschau, 9. Januar 2001
- Chatterjee, Pratap* 2002: The War on Terrorism's Gravy Train. Cheney's Former Company Wins Afghanistan War Contracts, Special to CorpWatch, May 2, 2002
- Custers, Peter* 2001: »Disparater Tausch«. Diamanten, Öl und Bürgerkrieg in Afrika, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 124, Nr.3, S.429-442
- Eppler, Erhard* 2002: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt a.M.
- Hirsch, Joachim* 2000: Wird Staat privat? Theoretische Implikationen der »Internationalisierung« des Staates, in: IZ3W 249 (Nov./ Dez. 2000), S.22-25.
- Hirsch Joachim* 2002: Tote Hunde wecken? Interview mit Joachim Hirsch zur Staatstheorie und Staatsableitung, in: arranca!, Nr. 24
- Johnson, Dominic* 2002: Madagaskars Armee rückt vor, taz 2.7.2002
- Schrader, Esther* 2002: US Companies Hired to Train Foreign Armies, in: Los Angeles Times, 14.4.2002

Jung, Anne 2000: Angola im dritten Jahrzehnt des Krieges. Verkauf von Diamanten und Öl an den Norden finanziert den Krieg, in: analyse & kritik, Nr. 437 (13.4.2000)

Kaldor, Mary 2000: Neue Kriege und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a. M.

Klare, Michael T. (Hg.) 1998: Low-Intensity Warfare: Counterinsurgency, Proinsurgency and Anti-terrorism in the Eighties, New York

Linke, Peter 2002: Boom des modernen Söldnertums. Konfliktregulierung, wenn es dem 'Shareholder value' nützt, in: Freitag, 26.5.2000; Vaknin, Sam: Private armies, United Press International (UPI), 17.7.2002.

Der Autor

Boris Kanzleiter ist Historiker und freier Journalist. Er arbeitet und lebt in Berlin und Belgrad.

»Neue Kriege« und ihre Ökonomien

Strategien zur Beendigung von Konflikten um Ressourcen
von Wolf-Christian Paes

Das Ende des Kalten Krieges hat die geopolitischen Parameter substantiell verschoben – nach dem Untergang der Sowjetunion und dem Zerfall des Warschauer Paktes existiert nur noch eine einzige Supermacht in Form der Vereinigten Staaten von Amerika sowie eine Reihe von regionalen Großmächten. Auch die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich fundamental verändert – an die Stelle der nuklearen Konfrontation zwischen den Blöcken sind lokale Konflikte getreten, die sich häufig innerhalb von Staatsgrenzen abspielen, sowie die Herausforderung durch global agierende Terroristen.

Entgegen den Hoffnungen zu Beginn der neunziger Jahre war das vergangene Jahrzehnt trotz des Wegfalls der Systemkonfrontation keinesfalls der Beginn einer neuen, friedlicheren Zeitrechnung. Die neunziger Jahre waren geprägt vom Zerfall der ehemals kommunistischen Vielvölkerstaaten – was insbesondere auf dem Balkan und im Kaukasus zu anhaltenden Konflikten führte –, dem Völkermord in Ruanda, der Konfrontation am Golf sowie der Nahostkrise. Dazu kommen eine Reihe von weiteren Konflikten, insbesondere in Afrika und in Südostasien, die nur wenig Interesse in den Medien und in den diplomatischen Kreisen der westlichen Industrienationen erregen, darunter die blutigen Bürgerkriege im Kongo und in Angola. Für das Jahr 2001 erfasste das jährlich erscheinende Konfliktbarometer insgesamt 38 bewaffnete Konflikte. Darunter war jedoch nur ein einziger Krieg zwischen Staaten – nämlich die Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Taliban-Regime in Afghanistan (HIK 2002: 3). Die Mehrzahl der gewaltsamen Konflikte fand jedoch zwischen bewaffneten Gruppierungen innerhalb von Staaten statt.

Neue Zeiten – Neue Kriege

Für diese Art von Konflikten hat Mary Kaldor den Begriff der »neuen Kriege« geprägt (Kaldor 2000), um sie von jener Art von bewaffneten Auseinandersetzungen zu unterscheiden, welche die vier Jahrzehnte des Kalten Krieges dominierten. Während sich in der Vergangenheit die meisten lokalen Auseinandersetzungen in den Systemkonflikt zwischen den beiden Blöcken einordneten ließen und die Parteien im Regelfall Unterstützung von einer bzw. zum Teil auch von beiden Seiten erhielten, sind ideologische Konflikte heute weitgehend bedeutungslos geworden. Die Diskreditierung der sozialistischen Idee als Leitbild für staatliches Handeln, paradoxerweise begleitet von der wachsenden Desillusionierung weiter Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens in Bezug auf die parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft, lässt bewaffnete Konflikte heute primär als Kampf um Macht und Ressourcen erscheinen.

Den Rahmen für diese neuen Konflikte bietet die zunehmende Globalisierung einerseits und der Zerfall von staatlicher Autorität in den Ländern des Südens andererseits. Während ein kleiner Teil der Weltbevölkerung Zugang zu modernen

Informationssystemen, nahezu unbeschränkte Reisefreiheit und politische Mitspracherechte genießt, sind breite Bevölkerungsschichten von der Teilhabe an globalen Prozessen ausgeschlossen und erleben die Veränderung von politischen, ökonomischen und ökologischen Parametern primär aus der Opferperspektive. Dieser Prozess schließt auch den Zerfall von staatlicher Autorität und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols insbesondere in Teilen Afrikas ein. In dem Maße, in dem Entwicklungsländer geopolitisch marginalisiert werden und sich das Interesse der industrialisierten Welt auf andere Regionen konzentriert, versickert auch die westliche Hilfe für Regierungen im Süden. Ineffizienz und Korruption in diesen Staaten tun das Übrige, um staatliche Autorität zu untergraben und die Geberländer abzuschrecken.

Der Rückzug des Staates in den Ländern des Südens begann dabei keinesfalls erst mit dem Ende des Kalten Krieges – bereits in den siebziger und achtziger Jahren schränkten eine Reihe von Staaten die Bereitstellung von öffentlichen Gütern wie z.B. von politischer und ökonomischer Stabilität ein. Dies war einerseits eine Folge mangelnder Ressourcen, andererseits aber auch eine gezielte Strategie zum Machterhalt der herrschenden Eliten. Patronagenetzwerke funktionieren dort am besten, wo Sicherheit und Prosperität kein Grundrecht, sondern ein Privileg sind. So kann ein Klima von Unsicherheit aus Sicht der Herrschenden durchaus erstrebenswert sein, zwingt es doch die Bürger staatlichen Schutz direkt bei den politischen Eliten zu suchen und dafür Gegenleistungen zu erbringen, wie etwa politische Loyalität oder auch materielle Abgaben (Reno 2000: 45-48). Beispiele für dieses Verhalten ziehen sich durch alle Teile der Gesellschaft – während etwa die Vergabe von öffentlichen Aufträgen oder auch der Schutz von kommerziellen und privaten Interessen an regelmäßige Zahlungen an Spitzenvertreter der politischen Eliten gebunden sind, nutzen die miserabel und unregelmäßig bezahlten Fußsoldaten des Regimes die Macht ihrer Gewehre, um Reisende an Straßensperren zu erleichtern. In einer informellen Raubökonomie wird der Staat weitgehend privatisiert – das Abstempeln eines Passes am Flughafen ist weniger vom Vorliegen einer Einreisegenehmigung als vielmehr von einigen Zehndollarnoten abhängig – während die Bürokratie ihrer eigentlichen Funktion, nämlich den Schutz der Bürger zu garantieren, kaum mehr nachkommt. Während weite Teile Afrikas auf den Staatsbankrott zusteuern, verfügten Staatschefs wie Mobutu Sese Seko in Zaire oder auch Samuel Doe in Liberia über enorme persönliche Vermögen.

Der im Westen häufig beklagte »Staatszerfall« in Teilen der so genannten Dritten Welt ist daher nur teilweise das Ergebnis von weltwirtschaftlichen Prozessen – eine wesentliche Ursache ist das Interesse einer kleinen politischen Führungsschicht, sich selbst zu bereichern und die eigene Macht zu festigen. Dies ist natürlich auch in den Hauptstädten Europas und Nordamerikas sowie bei den internationalen Organisationen bekannt, aber trotzdem wurden (und werden) auch heute noch Potentaten

hohiert, wenn sie aus wirtschaftlichen oder strategischen Gründen als hilfreich erachtet werden. Externe Unterstützung wirkt auf »Schattenstaaten« stabilisierend, wenn »Entwicklungshilfe« die schlimmsten sozialen Spannungen mildert und gleichzeitig neue Abschöpfungspotentiale für die politischen Eliten schafft, während militärische Unterstützung das System gegen innere und äußere Feinde absichert. Der fast vollständige Staatszerfall in Liberia (vgl. Stephen 1999), Sierra Leone (vgl. Hirsch 2001), Zaire (vgl. Wong 2000) und Somalia (vgl. Birnbaum 2002) in den neunziger Jahren zeigt, dass die Fassade eines handlungsfähigen Staates oft nur eine durch externe Geldgeber aufrechterhaltende Illusion war. Lokale Potentaten wie Mobutu Sese Seko in Kongo-Zaire schafften es nur so lange, die zentrifugalen innenpolitischen Kräfte durch eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche zu kontrollieren, wie ihre Macht durch französische Fallschirmjäger und amerikanische Millionen gesichert wurde.

Das Ende der externen militärischen Unterstützung sowie wachsende Zweifel an der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen in Folge der gescheiterten Afrika-missionen in Somalia, Ruanda und Angola haben den Zerfall staatlicher Autorität gefördert. Während moderne Staaten ihre bürokratische Existenz zumindest teilweise der Notwendigkeit verdanken, die innere und äußere Sicherheit effektiv zu organisieren, erleben Teile des Südens zur Zeit eine Gegenbewegung. Mit dem Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols und dem schrumpfenden Verteilungsspielraum materieller Ressourcen werden Konflikte zwischen politischen, ethnischen und religiösen Gruppen zunehmend gewaltsam ausgetragen¹. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen im weitesten Sinne politisch motivierten Konflikten und jenen, bei denen die Bereicherung der Kriegsparteien im Mittelpunkt steht. Im Fokus des Interesses stehen so genannte »Warlords« (»Kriegsherren«), die als Führer von bewaffneten Gruppen gleichzeitig als Feldherren und Kriegsunternehmer agieren.² Diese Kriegsherren – häufig charismatische Persönlichkeiten, die ihre Gefolgsleute durch ein komplexes Netz aus Patronagebeziehungen an sich binden – spielen eine zentrale Rolle beim Verständnis der neuen Kriege. Sie sind die legitimen Erben jener Despoten vom Schlage eines Mobutos oder Does. Zumeist jeglicher politischen Legitimation entkleidet, entspringt ihre Macht primär den Gewehrläufen, und ihre politischen Zukunftsvisionen beziehen sich zumeist auf die Akkumulation von persönlicher Macht und Reichtum.

1) Hier soll nicht auf die Frage eingegangen werden, welche Rolle Ethnizität bzw. Religion als soziales Konstrukt für die Eskalation von Konflikten spielt. Vgl. Schetter 2002: 473-482.

2) Im Einzelfall – etwa bei der ugandischen Lord's Resistance Army (LRA) kommt dem Kriegsherren neben seiner Rolle als Kriegsunternehmer und Chefstrategie auch noch eine religiöse Rolle als Sektenführer zu.

Rohstoffreichtum – Segen oder Fluch?

Traditionell wurde der Mangel an natürlichen Ressourcen mit dem Ausbruch von bewaffneten Konflikten in Verbindung gebracht – folgt man dieser Theorie, so führt das anhaltende Bevölkerungswachstum in den Ländern des Südens, bei einer gleichbleibenden bzw. sinkenden Ausstattung mit ökonomischen und ökologischen Ressourcen (Land, Wasser, Arbeitsplätze) zu wachsenden Verteilungskonflikten (vgl. Bennett 1991, Homer-Dixon 1999 und Meyers 1993).

Während dieses Argument sicher für einen Teil der »Dritten Welt« zutrifft, lassen sich auch Beweise für das Gegenteil finden – Rohstoffreichtum selbst kann zur Konfliktursache werden bzw. existierende Konflikte verlängern (vgl. Collier 1999, Collier/Hoeffler 2000 und Collier 2002). Die Existenz von »Gewaltmärkten« ist gut dokumentiert; hier wird Sicherheit zu einem handelbaren Gut, Gewalt zum Produktionsmittel in Gesellschaften, die von Warlords dominiert werden (vgl. Elwert 1997). Kriegsparteien sind in diesem Modell weniger an einem militärischen Sieg über den Gegner, denn an der Eroberung und Kontrolle von Ressourcen interessiert. Die so erzielte »Kriegsdividende« dient einerseits dazu, den Konflikt selbst zu finanzieren, indem etwa Waffen und Munition gekauft und Soldaten bezahlt werden, gleichzeitig erlaubt sie es aber auch den Kriegsherren, sich selbst zu bereichern.

Die Quellen des Reichtums sind dabei höchst unterschiedlich – sie reichen von der Plünderung von Geschäften und Privatleuten über den Drogen- und Menschenhandel bis hin zum Anbau von Kaffee, dem Schlagen von Edelhölzern und dem Abbau von Edelmetallen und Diamanten. Grundsätzlich eignen sich natürlich nicht alle wirtschaftlichen Aktivitäten gleichermaßen für Kriegszeiten – Ackerbau zum Beispiel bringt nur geringe Rendite und wird durch die kriegsbedingte Unsicherheit weiter behindert, welche die Produzenten von ihren Märkten abschneidet, eine transparente Preisbildung verhindert und teuren Schutz für Güter und Händler erforderlich macht. Gewaltmärkte erfordern Güter, die auf dem internationalen Markt einen hohen Preis erzielen und dabei gleichzeitig unter den Bedingungen eines bewaffneten Konfliktes zu produzieren und zu transportieren sind. So verwundert es nicht, dass sich Gold, Diamanten, Tropenhölzer und Drogen bei Kriegsherren großer Beliebtheit erfreuen. Dagegen sind wirtschaftliche Aktivitäten, die ein größeres technisches Wissen oder auch Investitionskapital voraussetzen, unter Kriegsbedingungen schwierig. Kriegsparteien werden dabei nur in Einzelfällen selbst unternehmerisch tätig; häufiger ist ein Szenario, in dem eine Konfliktpartei in ihrem Einflussgebiet alle wirtschaftlichen Aktivitäten mit einer »Kriegssteuer« belegt. Spezialisierte Unternehmen – etwa aus dem Minensektor oder der Edeldholzbranche – übernehmen dann den Abbau und die internationale Vermarktung der Güter.

In Einzelfällen gründen die Konfliktparteien jedoch auch selbst Unternehmen; so betreiben etwa die simbabwischen Streitkräfte die Firma *Operation Sovereign Legitimacy* (OSLEG), um ihre Rohstoffinteressen im Süden der Demokratischen Republik Kongo



»Unterrichtsmaterial« von Entminern in Luena, Angola.

zu bündeln, die sie wiederum im Gegenzug für die militärische Unterstützung des Kabila-Regimes in Kinshasa erhalten haben. Dieses Beispiel zeigt aber auch die Grenzen der Kriegswirtschaft – vor dem Hintergrund der simbabwischen Wirtschaftskrise fehlt es der Armee an den notwendigen Devisen, um ihre Konzessionsgebiete zu erschließen. Ein Versuch, gemeinsam mit einer Investorengruppe aus der Golfregion Risikokapital durch den Börsengang der gemeinsamen Tochterfirma *Oryx Diamonds* in London zu gewinnen, schlug im Jahr 2000 fehl, so dass davon auszugehen ist, dass das simbabwische Militärabenteuer im Kongo für Harare weiterhin ein Verlustgeschäft ist (vgl. Nest 2001, International Crisis Group 2000: 60-65, Paes/Wulf 2001).

Die Grenzen zwischen Kriegsherren vom Schlage eines Charles Taylor und Jonas Savimbi, und den Offizieren von regulären Streitkräften verblassen mit zunehmender Dauer des Konfliktes. Mit dem Ausbleiben von externer Unterstützung sind alle Parteien darauf angewiesen, ihren Kampf durch die Ausbeutung von Rohstoffen zu finanzieren. Ein typisches Beispiel für die Verwandlung eines klassischen Befreiungskriegs zu einem »neuen Krieg« stellt der Bürgerkrieg in Angola dar. Was in den sechziger Jahren als Befreiungskrieg gegen die portugiesische Kolonialherrschaft begann, entwickelte sich in den siebziger und achtziger Jahren zu einem Stellvertreterkrieg zwischen der von der Sowjetunion unterstützten MPLA-Regierung in Luanda und der mit den USA und Südafrika verbündeten UNITA-Rebellen des Kriegsherren Jonas Savimbi. Nach dem Ende des Kalten Krieges und einem bemerkenswerten, von Ölintereessen geleiteten Seitenwechsel Washingtons hielt der Bürgerkrieg trotz den Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen weiter an. Beide Parteien waren aufgrund der ausbleibenden externen Hilfen nun zunehmend darauf angewiesen, ihren Kampf durch die Ausbeutung von Bodenschätzen zu finanzieren, wobei sich die UNITA auf große Diamantenvorkommen, die Regierungsseite auf die Einnahmen aus dem Ölgeschäft stützen kann. Es ist bemerkenswert, dass der Krieg in Angola anhält, während der ähnlich gelagerte Stellvertreterkrieg in Mosambik nach dem Ende des Kalten Krieges endete – offenkundig spielt die bessere Ressourcenausstattung Angolas verglichen mit Mosambik hier eine Rolle (zur Kriegsökonomie in Angola vgl. Hodges 2001, Cilliers/Dietrich 2000 und Paes 2001).

Grundsätzlich unterscheidet Kaldor zwischen vier unterschiedlichen Einkommensquellen für Kriegsparteien:

- 1) Einkünfte aus Plünderung, Raub und Geiselnahme, sowie aus der Kontrolle von Märkten;
- 2) Kriegssteuern bzw. Schutzgeld und illegaler Handel;
- 3) Externe Unterstützung, etwa direkte Geldtransfers an Angehörige, Unterstützung aus der Diaspora, oder durch ausländische Regierungen;
- 4) Abzweigung von humanitärer Hilfe (Kaldor 2000: 161-168).

Neben der direkten »Besteuerung« des eigenen Herrschaftsgebietes und der Ausbeutung von Rohstoffen stehen den Kriegsherren offenkundig noch weitere Einkaufsarten offen. Insbesondere die Unterstützung aus dem Ausland durch Angehörige der eigenen ethnischen oder religiösen Gruppe spielt hier eine wichtige Rolle, gerade in Fällen, in denen es an anderen Ressourcen mangelt, die unter Konfliktbedingungen versilbert werden können. Häufig existieren enge Verbindungen zwischen bewaffneten Gruppen und politischen Gruppen in der Diaspora, wobei den »Auslandsorganisationen« die Aufgabe zukommt, Geld und Rekruten zu sammeln, den Waffennachschub zu organisieren und politische Lobbyaufgaben im Gastland zu übernehmen (vgl. Angoustures/Pascal 1999). Häufig zeigt sich die Diaspora als ausgesprochen spendenfreudig, wobei neben politischen Motiven auch mit Schuldgefühlen sowie psychischem und gelegentlich physischem Druck operiert wird. Eine wichtige Rolle spielt etwa die kurdische Diaspora im Falle der PKK, die tamilische Diaspora für den Bürgerkrieg in Sri Lanka sowie die libanesische Diaspora während des Konfliktes im Libanon. Im Falle der Kosovo Befreiungsarmee (UCK) kam sogar der Anstoß zur Gründung der Bewegung von albanischen Exilgruppen in Westeuropa. Einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Kampfes spielte der patriotische *Das Heimatland ruft*-Fonds in der Schweiz, der sich aus den Überweisungen von »Gastarbeitern« in Deutschland, Österreich und der Schweiz stützte, sowie Zuwendungen von albanischen Mafiagruppen (vgl. Heinemann-Grüder/Paes 2001: 13).

Auch die Abzweigung von humanitärer Hilfe kann ein bedeutsamer Faktor in einer Gewaltökonomie sein. Hilfsorganisationen sind in der Regel auf den Schutz durch eine oder mehrere Konfliktparteien angewiesen, um die Sicherheit ihres eigenen Personals, aber auch die Verteilung von Gütern zu gewährleisten. Als Gegenleistung erhalten die Kriegsparteien daher einen Anteil an den Hilfsgütern, erheben also eine Art »Steuer« auf die humanitären Transporte. Aber selbst wo eine solche »Besteuerung« nicht stattfindet, profitieren die Kriegsparteien von der humanitären Hilfe; schließlich bietet diese ein rudimentäres Sozialnetz, das es den Kriegsherren erlaubt, die eigenen Ressourcen auf den Kampf zu verwenden. Dies führt zu einer schwierigen moralischen Entscheidung für Hilfsorganisationen im Umgang mit Kriegsparteien – nehmen die Helfer die Unterstützung der Konfliktparteien in Kauf, um Zugang zu den Hilfsbedürftigen zu erhalten oder nicht? Diese Entscheidung wird weiterhin durch die Tatsache erschwert, dass Hilfsorganisationen ja ein eigenes ökonomisches Interesse an einer Tätigkeit in Krisenregionen haben (Shearer 2002; Jean 1999; Anderson 1999).

Ökonomische und politische Motive gehen seit jeher Hand in Hand, und daher verwundert es wenig, dass auch bewaffnete Konflikte eine wirtschaftliche Komponente haben. Bis zum Beginn der Neuzeit war ein militärisches Organisationsmodell, das auf ökonomischen Anreizen basierte, der Regelfall. Das Recht zu Plündern war ein wesentliches ökonomisches Motiv für die Heerscharen des Dreißigjährigen Krieges, ebenso wie für die Freibeuter der Englischen Krone. Erst als die Söldnerhaufen den

Bürgerheeren des späten 18. Jahrhunderts weichen mussten, trat das direkte wirtschaftliche Interesse gegenüber der Staatsräson zurück und bildete sich eine Trennung zwischen politischen und militärischen Führern aus. Es scheint, als habe mit dem Zerfall der staatlichen Autorität in Teilen des Südens ein gegenläufiger Prozess eingesetzt. Ein Indiz für diesen Trend zu einer Privatisierung der Kriegsführung besteht in dem vermehrten Auftreten von Söldnern bzw. »private military companies«, die im Auftrag von Konfliktparteien, aber auch zum Schutz von privaten Wirtschaftsinteressen – etwa im Rohstoffbereich – aktiv werden (vgl. Cilliers/Mason 1999 und Musah/‘Kayode Fayemi 2000).

Händler des Todes – der internationale Waffenmarkt

Mit den Kriegszielen hat sich auch die Art der Kriegsführung geändert – an Stelle der großen Abnutzungsschlachten aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und der schnellen Bewegung von gepanzerten Verbänden in der Zeit des Zweiten Weltkrieges sind heute Konfrontationen zwischen kleinen, irregulären Verbänden getreten. Auch hier könnte man argumentieren, dass die Kriegstaktik wieder zu den Methoden des Dreißigjährigen Krieges zurückgekehrt ist. In den meisten »neuen Kriegen« sind klare Fronten ebenso selten wie Schlachten zwischen größeren Verbänden. Es zählt die Kontrolle über Rohstoffvorkommen und Transportwege, nicht der militärische Sieg über den Gegner. Unter dieser Art der Kriegsführung leidet besonders die Zivilbevölkerung, welche die bewaffneten Haufen ernähren und für sie arbeiten muss. Die Opferzahlen sind in diesen Konflikten – die häufig mit einer großen Brutalität ausgetragen werden – im Regelfall auf Seiten der Zivilbevölkerung viel höher als unter den Kombattanten. Der Umgang mit den Zivilisten, die in aller Regel nur als kostenloses Arbeitsreservoir gesehen werden, bildet einen Kontrast zu den Guerillabewegungen der sechziger und siebziger Jahre, deren Führern es zumindest auch darum ging, die Bevölkerung für die eigenen politischen Ziele zu gewinnen.

Diese Strategie hat auch einen Einfluss auf die Bewaffnung der Konfliktparteien – militärisches Großgerät wie Panzer, schwere Artillerie und Flugzeuge stehen nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Es mangelt sowohl an Ersatzteilen als auch an dem notwendigen technischen Wissen für die Wartung und den Einsatz von moderner Wehrtechnik. Außerdem eignen sich schwere Waffensysteme kaum für den Einsatz in unübersichtlichem Gelände und in einem Konflikt ohne klare Frontlinien. Zu den dominierenden Waffensystemen der neunziger Jahre gehören daher kleine und leichte Waffen (vgl. Paes 2000) – hierzu zählen nach der Definition der Vereinten Nationen Schusswaffen, die von einer oder zwei Personen transportiert und eingesetzt werden können, z.B. Handfeuerwaffen, automatische Gewehre und Granatwerfer. Auch wenn die internationale Abrüstungsdebatte sich im Wesentlichen auf nukleare, biologische und chemische Waffen konzentriert, so steht doch außer Zweifel, dass die große Mehrzahl der Kriegsoffer durch Kleinwaffen zu Schaden kommt.

Der amerikanische Konfliktforscher Michael Klare spricht in seinem Aufsatz *The Kalashnikov Age* vom »männlichen Heranwachsenden ausgestattet mit einem AK-47 Sturmgewehr« als dem gefährlichsten Gefechtssystem unserer Epoche (Klare 1999: 20), und tatsächlich kann eine kleine Gruppe von Kämpfern ausgestattet mit automatischen Waffen und ausreichend Munition innerhalb von kürzester Zeit die Bevölkerung eines ganzen Dorfes umbringen. Kleinwaffen eignen sich perfekt für die »neuen Kriege« – sie sind relativ billig und zumeist leicht verfügbar, haben eine ausgesprochen lange Lebensdauer und sind auch unter schwierigen Bedingungen leicht zu warten. Darüber hinaus ist der Umgang mit ihnen leicht zu lernen – schon nach kurzer Zeit können sie vergleichsweise effektiv eingesetzt werden –, sie sind leicht zu verstecken und ohne ausgefeilte Logistik zu transportieren. Das heißt nicht, dass bewaffnete Konflikte nur mit Kleinwaffen ausgefochten werden; gepanzerte Fahrzeuge und leichte Artillerie spielen in vielen Bürgerkriegen eine Rolle. Andererseits gibt es auch Konfrontationen, die, wie etwa der Völkermord in Ruanda, weitgehend ohne Schusswaffen ausgetragen werden, aber die Bedeutung von kleinen und leichten Waffen ist zweifellos seit dem Ende des Kalten Krieges gestiegen.

Waffen und Munition sind für die Kriegsführung unverzichtbar, daher soll im Folgenden die Rolle des internationalen Waffenhandels bei der Versorgung von Konfliktparteien genauer betrachtet werden. Auf den Gewaltmärkten der Gegenwart sind Waffen ein notwendiges »Reproduktionsmittel« und eine Analyse von Kriegsökonomien wäre nicht vollständig, ohne diesen Aspekt einzubeziehen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich auch der internationale Waffenmarkt tiefgreifend verändert. In den vier Jahrzehnten zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Fall der Berliner Mauer dominierte ein System, in dem zumeist staatliche (oder zumindest staatlich kontrollierte) Waffenproduzenten für staatliche Abnehmer (Militär, Polizei, Sicherheitsbehörden) produzierten. Internationale Waffengeschäfte fanden zumeist zwischen den Regierungen von verbündeten Staaten statt und wurden häufig durch eine Mischung von politischen und ökonomischen Motiven gelenkt. Politisch sensible Geschäfte zwischen staatlichen Stellen und Rebellenbewegungen wurden dabei regelmäßig über Zwischenhändler und Drittstaaten abgewickelt, so etwa die amerikanische Unterstützung für die afghanischen Mujaheddin über Pakistan und der Waffennachschub für die nicaraguanischen Contras über Honduras; trotzdem blieben große Teile des Marktes unter staatlicher Kontrolle (vgl. Lumpe/Mathiak 2000).

Das Ende des Kalten Krieges veränderte diese Strukturen, während die globale Rüstungsindustrie in eine schwere Krise geriet und die Streitkräfte sowohl in der NATO, als auch in den ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes ihre Investitionen reduzierten, kam es zu einer Schwemme auf dem Markt für gebrauchtes Kriegsgerät. Vor die Wahl gestellt, alte Waffen entweder für teures Geld zu verschrotten oder aber günstig zu verkaufen, entschieden sich insbesondere die Staaten Mittel- und Osteuropas, aber auch die Regierungen einiger EU-Mitgliedsstaaten für den schnellen

Dollar. Die wirtschaftliche Transformation in den vormalig sozialistischen Staaten führte insbesondere in den ersten Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges zum Entstehen eines »Raubtierkapitalismus«, einem Klima, in dem schneller Reichtum alles und Gesetze nur sehr wenig zählten. Während der ehemals staatlichen Waffenindustrie die öffentlichen Aufträge wegbrachen, nutzten Unternehmer – häufig mit Verbindungen zum alten Sicherheitsapparat – die neuen Freiheiten, um auf eigene Rechnung in das Waffengeschäft einzusteigen. In den vergangenen Jahren hat sich dieses Geschäft, das Anfang der neunziger Jahre auch noch »respektable« Transformationsstaaten wie Polen, Tschechien und Ungarn einbezog, auch unter den Vorzeichen der NATO- und EU-Osterweiterung weiter nach Osten verschoben. Heute gehört die Russische Föderation, die Ukraine, aber auch Kroatien und Moldawien zu den wichtigsten Herkunftsländern für »graue« Waffenlieferungen (vgl. Small Arms Survey 2001: 33-38). Aber auch die Volksrepublik China gehört zu den großen Produzenten der Branche, gefolgt von einer Reihe von mittelgroßen Produzenten wie etwa Pakistan und Israel.³

Neben dem Preisverfall für gebrauchte Waffen zu Beginn der neunziger Jahre profitieren Waffenhändler auch davon, dass einerseits staatliche Autoritäten eher bereit sind, beim Ausstellen von Exportgenehmigungen beide Augen zu schließen und andererseits bewaffnete Gruppen in der »Dritten Welt« nach dem Ende der staatlichen Unterstützung auf der Suche nach neuen »Zulieferern« sind. Private Zwischenhändler füllen seither erfolgreich das Vakuum, das durch den weitgehenden Rückzug des Staates aus dem Geschäft mit Konfliktparteien entstanden ist.

Dabei profitieren die Waffenschmuggler auch von der Liberalisierung im Transportsektor – nach dem Zusammenbruch des »Ostblocks« sind eine Vielzahl von neuen Fluggesellschaften entstanden, die häufig nur über eine einzige Maschine russischer Bauart verfügen. Die Flughafenkneipen in Kinshasa, Kigali und Dar es Salam sind voller russischer oder ukrainischer Besatzungen, die für Gesellschaften mit exotischen und häufig wechselnden Bezeichnungen mysteriöse Frachtsendungen zu verschwiegenen Dschungelpisten fliegen.

Die verschachtelten Geschäftsbeziehungen machen es dabei schwer, den Weg der Ladungen vom Produzenten zum Endabnehmer zu verfolgen. Ein typisches Geschäft könnte zum Beispiel wie folgt aussehen: eine afrikanische Rebellenbewegung wendet sich an einen Zwischenhändler in einem europäischen Land, um eine Ladung automatischer Waffen zu erwerben, welche die Bewegung aufgrund eines Embargos nicht direkt beim Hersteller kaufen kann. Der Zwischenhändler erwirbt dann bei einem osteuropäischen Produzenten die Waffen mit Hilfe eines »Endnutzerterti-

3) Selbstverständlich existiert auch eine signifikante Rüstungsproduktion in den USA und in den Staaten Westeuropas, allerdings sind hier einerseits die Kontrollen in Bezug auf illegale Geschäfte weitaus dichter, während andererseits neue Waffen aus »westlicher« Produktion häufig zu teuer für den schwarzen Markt sein dürften.

fikates«, mit welchem ein Drittstaat bestätigt, dass die Waffen für seine eigenen Streitkräfte bestimmt sind. Die »Endnutzerzertifikate« sind dabei entweder gefälscht oder von korrupten Beamten des Drittstaates gegen eine angemessene Prämie ausgestellte »echte Fälschungen«. Die Waffen werden dann direkt oder über Transitstaaten, etwa in der Golfregion, aus dem Ursprungsland nach Afrika geflogen, wobei die Besatzung der Transportmaschine einen Flugplan in das angebliche Bestimmungsland hinterlegt. Da die Radarüberwachung über weiten Teilen Afrikas nicht existiert, fällt es nicht auf, wenn das Flugzeug einen unangemeldeten Zwischenstopp bei den wirklichen Empfängern der Ladung einlegt und erst mit Verspätung im Drittstaat ankommt. Auf dem Rückweg werden dann nicht selten legale Güter, etwa Fisch oder Agrarprodukte nach Europa transportiert, um den Zweck der Flüge zu kaschieren (vgl. Johnson-Thomas 2000 und Peleman/Wood 2000).

Um die Route zu tarnen werden Waffen in den Ladepapieren häufig als »Maschinenteile« oder als »Düngemittel« deklariert, Flugzeuge wechseln während des Fluges Kurs und Flugnummer oder nehmen eine andere Identität an. Bekannte Dunkelmänner des Geschäfts wie der in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige ehemalige Sowjetbürger und Agent Victor Bout unterhalten ein Netz von Scheinfirmen auf verschiedenen Kontinenten, um ihre Geschäfte abzuwickeln. Dabei werden Unternehmen und Flugzeuge gerne in Staaten registriert, deren Behörden den Ruf haben, nicht so genau hinzuschauen. Zu diesen »flags of convenience«, wie sie auch aus der Schifffahrt bekannt sind, gehören etwa Liberia und Swasiland.

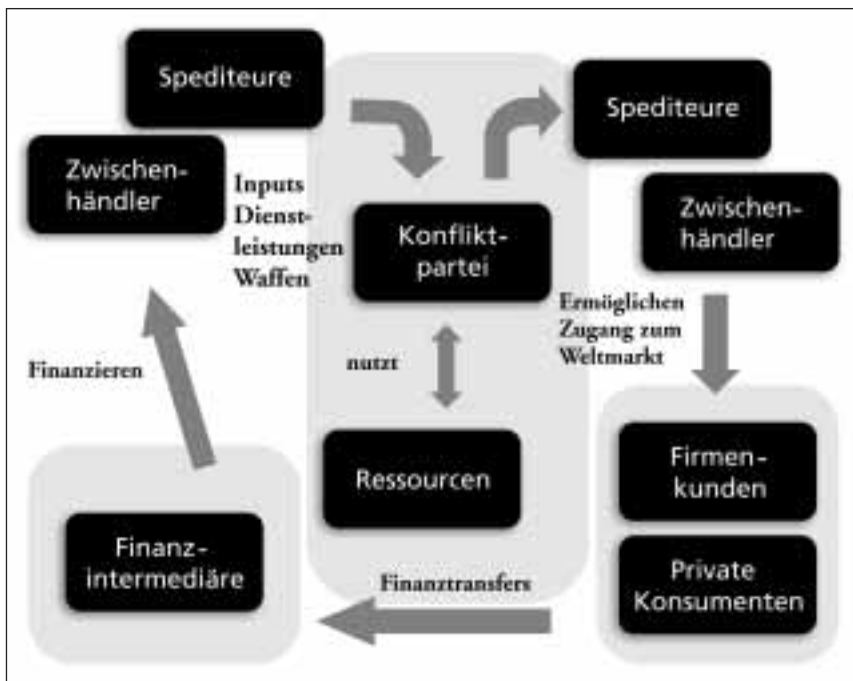
Von Seiten der Behörden haben die Waffenhändler nur relativ wenig zu befürchten. In den Exportstaaten ist der Zoll hauptsächlich an Gütern interessiert, die das Land verlassen, während in den Transitstaaten ein Schmiergeld meist ausreicht, um eine nachsichtige Behandlung zu erreichen. Sanktionen, wie sie etwa seit mehr als einem Jahrzehnt gegen die angolische UNITA bestehen, haben kaum einen Effekt, solange die meisten Nachbarstaaten weder ihren Luftraum noch ihre Landgrenzen wirklich überwachen können. Bis vor kurzem hatte ein Waffenhändler auch innerhalb der Europäischen Union nur wenig zu befürchten, solange er nur Geschäfte zwischen Drittstaaten vermittelte, die Ware jedoch nicht das Gebiet der Union berührte. Auch nach der Verschärfung der einschlägigen Gesetze bleiben Ermittlungserfolge rar und sind zumeist das Ergebnis von Zufällen.

Die Bezahlung der Waren erfolgt dann in der Regel über das internationale Bankensystem – die bekannten Bilder von der Übergabe von schweren, mit Geldscheinen gefüllten Koffern gehören in das Reich der Legenden. In Einzelfällen spielen auch leicht handelbare und anonyme Güter wie etwa Diamanten und Gold eine Rolle. Rebellenbewegungen, aber auch international geächtete Staaten unterhalten ein Netz von Devisenkonten im Ausland, um diese Geschäfte zu finanzieren, wobei die Erträge der Kriegswirtschaft diese Konten speisen. So verlegte etwa die Regierung Milosevic einen Teil des jugoslawischen Auslandsvermögens nach Zypern, um es vor dem Zugriff

der NATO zu schützen, während die angolische Regierung ihre Waffenkäufe am offiziellen Staatshaushalt vorbei über Offshore-Konten finanzierten, die direkt aus den Einnahmen für Ölförderlizenzen gespeist wurden.

Ansatzpunkte zur Kontrolle von Kriegsökonomien

Kriegsökonomien sind nur dann langfristig profitabel, wenn einerseits ausreichende Vorkommen von Primärgütern in der Konfliktregion existieren, deren Abbau sich auch unter Kriegsbedingungen rentabel betreiben lässt, und andererseits eine Nachfrage nach diesen Gütern auf den internationalen Märkten besteht. Aus der Besteuerung und gelegentlich auch der Organisation dieser Geschäfte beziehen die Konfliktparteien einen wesentlichen Teil ihrer Einkünfte. Auf der anderen Seite sind die Kriegsunternehmer aber auch auf den Nachschub mit Waffen, Munition und anderen Ausrüstungsgegenständen angewiesen. Solange diese nicht in der Konfliktregion selbst produziert werden, müssen sie auf dem internationalen Markt beschafft werden, wozu wiederum Zwischenhändler und Transportunternehmer notwendig sind.



Internationale Bemühungen zur Eindämmung von Kriegsökonomien müssen dort ansetzen, wo die Berührungspunkte zur legalen Wirtschaft am engsten sind, etwa bei den internationalen Finanzmärkten bzw. dort, wo Transaktionen außerhalb der unmittelbaren Konfliktregion stattfinden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass internationaler politischer Druck und erst Recht die Initiativen der Zivilbewegung dort wirkungslos verpuffen, wo Guerillaparteien ohne externe politische Unterstützung gegeneinander zu Felde ziehen. Hier müssen Ansatzpunkte bei den Zwischenhändlern gesucht werden, welche die Schnittstelle zwischen der Raubökonomie und den grauen Märkten für Rohstoffe und Waffen darstellen.

Sanktionen sind in diesem Zusammenhang eine häufig genutzte Maßnahme seitens der internationalen Gemeinschaft, um Gewaltökonomien zu isolieren. Traditionell verhängt durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, aber auch durch die Europäische Union und die USA richten sie sich entweder gegen jeglichen Handel mit dem entsprechenden Land (Handelssanktionen) oder beschränken sich auf den Handel mit Waffen (Waffenembargos). Sanktionen wurden in der Vergangenheit nicht nur gegen Staaten, sondern auch gegen Rebellenbewegungen (*Khmer Rouge* in Kambodscha und UNITA in Angola) eingesetzt. Sanktionen verfolgen das Ziel, den Staat von den Weltmärkten abzuschneiden, die Versorgung mit Waffen und Munition zu erschweren und das herrschende Regime zu destabilisieren. In der Praxis ist das Instrument der Sanktionen höchst umstritten – wo ein Embargo tatsächlich durchgesetzt wurde, wie etwa im Fall des Irak, leidet besonders die Zivilbevölkerung, während eine Destabilisierung des Regimes zweifelhaft erscheint. Im Regelfall scheitern klassische Embargos aber schon an der mangelhaften Mitwirkung der Nachbarstaaten – so sind etwa nur wenige afrikanische Staaten willens und in der Lage, ein umfassendes Sanktionsregime tatsächlich durchzusetzen (vgl. Hufbauer 1990, Stranks 1994 und Kopp 1999). In aller Regel erreichen breit angelegte Sanktionen im besten Fall lediglich eine Erhöhung der Transaktionskosten, da die Akteure gezwungen sind, die Blockaden zu umgehen – eine tatsächliche Abschottung findet jedoch nicht statt.

Intelligente Sanktionen richten sich im Gegensatz zu den klassischen Embargos nicht gegen die gesamte Bevölkerung eines Staates, sondern gegen die politischen und militärischen Eliten. So wird etwa direkt nach Konten und anderem Besitz von Ministern, Rebellenführern und Waffenhändlern gesucht und diese »eingefroren«, um den wirtschaftlichen Spielraum der Akteure einzuschränken (Porteous 2002). Im so genannten »Interlaken-Prozess« haben sich Regierungsvertreter und die Bankindustrie auf Instrumente geeinigt, um die Geldwäsche einzudämmen. Eine andere Spielart der gezielten Sanktionen setzt bei der persönlichen Bewegungsfreiheit an – so können etwa Personen, die verdächtig werden, zum engeren Umfeld von Kriegsunternehmern zu gehören, auf schwarze Listen gesetzt werden, um ihnen die Einreise in

Drittstaaten zu untersagen (vgl. Brzoska 2001). Ebenso wie die finanziellen Sanktionen können auch Einreiseperrnen ein effektives Mittel sein, wenn sie konsequent angewandt werden.

Auch Konsumentenboykotte können eine wichtige Rolle spielen – insbesondere bei Gütern, bei denen der Markt wesentlich von der privaten Nachfrage bestimmt wird. Bereits die Diskussion um »fairen Handel« hat gezeigt, dass Verbraucher in den Industriestaaten für soziale Probleme in den Entwicklungsländern zu sensibilisieren sind. In Einzelfällen, etwa gegenüber der Mineralölfirma Shell, haben Verbraucherboykotte schon in der Vergangenheit Wirkung gezeigt und eine Veränderung der Geschäftsstrategie bewirkt. Eine breit angelegte Kampagne *Fatal Transactions* beschäftigt sich seit einigen Jahren mit der Rolle von Diamanten bei der Kriegsfinanzierung und konnte bereits erste Erfolge im Umgang mit der Industrie verbuchen.

Ein direkter Dialog mit Firmen aus den Industrieländern über verbindliche Richtlinien zum unternehmerischen Handeln in Krisenregionen und zum Umgang mit Kriegsparteien ist ein weiterer wichtiger Schritt. Dies kann langfristig durchaus auch ein Marktvorteil sein – ebenso wie soziale und ökologische Produktionsweisen vermarktet werden, könnte dies auch auf Konfliktverträglichkeit ausgeweitet werden. Zwar müssten unabhängige Zertifizierungsstellen erst noch geschaffen werden, aber die Diamantenfirma De Beers wirbt bereits damit, dass ihre Edelsteine garantiert »konfliktfrei« sind und erhofft sich davon eine bessere Marktposition.

Ein weiteres Instrument, das mit überraschendem Erfolg eingesetzt wird, ist das so genannte »naming and shaming«, d.h. die öffentliche Bloßstellung von Regierungen und Privatleuten, welche in dem Verdacht stehen, wirtschaftlich von bewaffneten Konflikten zu profitieren. Insbesondere Regierungen sind durchaus um ihre Reputation besorgt. Als die UN-Untersuchungskommission über die Plünderung von Rohstoffen durch Kriegsparteien im Kongo im Jahr 2001 ihren Bericht vorstellte und dabei auch dem ugandischen Präsidenten Museveni persönliche Bereicherung vorwarf, zeigte die Reaktion der ugandischen Regierung deutliche Betroffenheit. Regierungen, die entweder direkt von Konflikten profitieren bzw. etwa durch die Vergabe von falschen Diplomatenpässen oder Endnutzungszertifikaten bewaffnete Gruppen in Nachbarstaaten unterstützen, können durch öffentliche Bloßstellung getroffen werden.

Schließlich können internationale Initiativen bei der Versorgung mit Waffen und Munition ansetzen. Einerseits ist es wichtig, dass sich die Industrienationen verpflichten ihr gebrauchtes Kriegsgerät zu vernichten, anstatt es zu verkaufen, andererseits muss die internationale Entwicklungszusammenarbeit nach dem Ende eines Krieges in der »Dritten Welt« dafür sorgen, dass die Waffen der Konfliktparteien zeitnah

eingesammelt und vernichtet werden (vgl. Faltas/Paes 2001). Ansonsten besteht das Risiko, dass sie von einem Konfliktherd zum nächsten verkauft werden. Auch bei der Kontrolle des internationalen Waffenhandels existieren eine Reihe von Ansätzen zur Eindämmung des Geschäfts, etwa über eine Verschärfung der nationalen Gesetze, einen verbesserten Datenaustausch und über Markierungssysteme.

Trotzdem ist die Reichweite dieser Maßnahmen beschränkt. Die internationale Gemeinschaft kann durch ein gemeinsames Vorgehen zwar dafür sorgen, dass die Netzwerke der Kriegsökonomie durchtrennt werden, dies ersetzt jedoch nicht die Beseitigung der Konfliktursachen. Wirtschaftliche Interessen sind zweifellos ein wichtiges Element zum Verständnis von Kriegen, taugen aber nur selten als einziges Erklärungsmodell. Der Zerfall jeglicher staatlicher Autorität in einigen Regionen des »Südens« und mangelnde persönliche Zukunftsperspektiven bilden den Hintergrund für die Entstehung von Kriegsökonomien. Hier ist die internationale Politik aufgerufen eine Strategie zur Förderung der »menschlichen Sicherheit« zu entwickeln, die über die Beendigung von Gewalt hinausgeht.

Literatur

- Anderson, Mary* 1999: Do No Harm – How Aid can support Peace – or War, Boulder
- Angoustures, Aline und Valérie Pascal* 1999: Diaspora und Konfliktfinanzierung, in: Jean/Rufin 1999
- Bennett, O.* (Hrsg.) 1991: Greenwar: Enviroment and Conflict, London
- Berdal, Mats und David Malone* (Hrsg.) 2002: Greed and Grievance – Economic Agendas in Civil Wars, Boulder
- Birnbaum, Michael* 2002: Krisenherd Somalia – Das Land des Terrors und der Anarchie, München
- Brzoska, Michael* (Hrsg.) 2001: Smart Sanctions: The Next Steps. The Debate on Arms Embargoes and Travel Sanctions within the ‚Bonn-Berlin Process‘, BICC Disarmament and Conversion Studies, Bonn
- Cilliers, Jakkie und Christian Dietrich* (Hrsg.) 2000: Angola’s War Economy – The Role of Oil and Diamonds, Pretoria
- Cilliers, Jakkie und Peggy Mason* (Hrsg.) 1999: Peace, Profit or Plunder? The Privatisation of Security in War-Torn African Societies, Halfway House
- Collier, Paul* 1999: On the Economic Consequences of War, Oxford Economic Papers, Vol. 51
- Collier, Paul und Anke Hoefler* 2000: Greed and Grievance in Civil War, World Bank Policy Research Paper 2355, Washington

- Collier, Paul* 2002: Doing Well out of War: An Economic Perspective, in: Berdal/Malone 2002: 91-111
- Elwert, Georg* 1997: Gewaltmärkte – Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: v. Trotha 1997: 86-101.
- Faltas, Sami und Wolf-Christian Paes* 2001: Die Kleinwaffenproblematik in Entwicklungsländern, Stand der internationalen Diskussion und Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit, mit besonderer Berücksichtigung der Technischen Zusammenarbeit, Eschborn
- Haupt, Jens* (Hrsg.) 2001: Angola – Ein Land wird geplündert, Hofgeismar
Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK) e.V. 2002: Konfliktbarometer 2001, Heidelberg
- Heinemann-Grüder, Andreas und Wolf-Christian Paes* 2001: Wag the Dog: The Mobilization and Demobilization of the Kosovo Liberation Army, BICC Brief 20, Bonn
- Hirsch, John L.* 2001: Sierra Leone – Diamonds and the Scramble for Democracy, Boulder
- Hodges, Tony* 2001: Angola from Afro-Stalinism to Petro-Diamond Capitalism, Oxford
- Homer-Dixon, T.* 1999: Environment, Scarcity and Violence, Princeton
- Hufbauer, Gary Clyde u.a.* 1990: Economic Sanctions Revisited, Institute for International Economics, Washington DC
- International Crisis Group* 2000: Scramble for the Congo – Anatomy of An Ugly War, ICG Africa Report No. 26, Nairobi, 60-65
- Jean, Francois und Jean-Christophe Rufin* (Hrsg.) 1999: Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg
- Jean, Francois* 1999: Humanitäre Hilfe und Kriegsökonomie, in: Jean/Rufin 1999: 440-476
- Johnson-Thomas, Brian* 2000: Anatomy of a Shady Deal, in: Lumpe 2000: 13-26
- Kaldor, Mary* 2000: Neue und alte Kriege – Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M.
- Klare, Michael* 1999: The Kalashnikov Age, in: The Bulletin of the Atomic Scientist, January/February 1999
- Kopp, Pierre* 1999: Embargo und wirtschaftliche Kriminalisierung, in: Jean/Rufin 1999: 347-378.
- Lumpe, Lora* (Hrsg.) 2000: Running Guns: The Global Market in Small Arms, London
- Lumpe, Lora und Lucy Mathiak* 2000: Government Gun-Running to Guerillas, in: Lumpe 2000: 55-80.
- Meyers, N.* 1993: Ultimate Security: the Environmental Basis of Political Stability, New York

- Musah, Abdel-Fatau und J. 'Kayode Fayemi* (Hrsg.) 2000: Mercenaries – An African Security Dilemma, London
- Mutz, Reinhard u.a.* (Hrsg.) 2001: Friedensgutachten 2001, Münster
- Nest, Michael* 2001: Ambitions, Profits and Loss: Zimbabwean Economic Involvement in the Democratic Republic of Congo, in: African Affairs, Vol. 100, 469-490
- Paes, Wolf-Christian* 2000: Kleine Waffen – Tödliche Wirkung. Dimensionen des Kleinwaffenproblems und Initiativen zu seiner Lösung, in: Wissenschaft und Frieden No. 35, 3/2000
- Paes, Wolf-Christian* 2001: Frieden rechnet sich nicht – Die Ökonomie des Krieges und ihrer Verlierer, in: Haupt 2001
- Paes, Wolf-Christian und Herbert Wulf* 2001: Die Kommerzialisierung von Gewalt – Zur Ökonomie von Bürgerkriegen, in: Mutz u.a. 2001: 112f.
- Peleman, Johan und Brian Wood* 2000: Making the Deal and Moving the Goods: The Role of Brokers and Shippers, in: Lumpe 2000: 129-154
- Porteous, Samuel D.* 2002: Targeted Financial Sanctions, in: Berdal/Malone 2002: 173-188
- Reno, William* 2000: Shadow States and the Political Economy of Civil Wars, in: Berdal/Malone 2002: 45-48
- Schetter, Conrad* 2002: Das Zeitalter der ethnischen Konflikte, in: Bätter für deutsche und internationale Politik, 47. Jahrgang, Heft 4/2002
- Shearer, David* 2002: Aiding or Abetting? Humanitarian Aid and Its Economic Role in Civil War, in: Berdal/Malone 2002: 189-203
- Small Arms Survey* 2001: Small Arms Survey 2001, Profiling the Problem, Oxford
- Stephen, Ellis* 1999: The Mask of Anarchy – The Destruction of Liberia and the Religious Dimension of an African Civil War, London
- Stranks, Robert* 1994: Economic Sanctions: Fact or Folly, in: Policy Staff Commentary, no. 4 (May 1994)
- Trotha, Trutz v.* (Hrsg.) 1997: Soziologie der Gewalt, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37, Köln
- Wong, Michaela* 2000: In the Footsteps of Mr. Kurtz – Living on the Brink of Disaster in the Congo, London

Der Autor

Wolf-Christian Paes, M.A., Mag. rer. publ., studierte Internationale Beziehungen, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Bonn und Stellenbosch (Südafrika) sowie Verwaltungswissenschaften in Speyer. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC) zum internationalen Waffenhandel.



Vorbereitung zur Sprengung von Minen in Luena, Angola.

Begegnung mit der Mine

Dieser Band ist durchgängig¹ mit Fotos von Lukas Einsele illustriert, der mit Unterstützung von medico international im Winter 2001 Angola besuchte. Die Fotos dokumentieren das Alltagsleben in Angola. Sie entstanden im Kontext des eigentlichen Projektes von Lukas Einsele.

Der Künstler realisiert zur Zeit das Projekt »One Step Beyond – Wiederbegegnung mit der Mine«: Die Opfer von Minenunfällen haben Lukas Einsele ihre Geschichte erzählt, ihren Schritt zu weit mit Sprache, Blicken, dem Bleistift nachgezeichnet. Lukas Einsele hat sie mit seiner Grossbildkamera porträtiert. Weitere Reisen nach Afghanistan und in das ehemalige Jugoslawien sind geplant.

Lukas Einsele ist freier Künstler, er verwendet in seinen Arbeiten hauptsächlich Fotografie, Video und Text. Zentraler Aspekt seiner Arbeiten ist das Erinnern als Handlung, als ein aktiver, Bilder generierender Prozess, mit dem ein Mensch sich in Beziehung zu seiner Umwelt setzt und sich diese aneignet.

Kontakt:

Lukas Einsele

Mollerstraße 43

64289 Darmstadt

Tel. (0 61 51) 796 65

lukaseinsele@web.de

1) soweit nicht namentlich gekennzeichnet

Kampagne gegen Kriegsdiamanten

Folgende Materialien können Sie kostenlos bestellen (Wir bitten Sie nur, die entstehenden Versandkosten zu tragen. Daher werden Päckchen und Pakete »unfrei« verschickt, Sie zahlen also das entsprechende Entgelt bei der Postzustellung.)

- Faltblatt*
Die wichtigsten Infos mit einem Griff: Von den Hintergründen der Bürgerkriege und der Rolle der Diamantenkonzerne.



- Buch*
Blutige Diamanten. Von Siegfried Pater – Im Buchhandel erhältlich



- Ausstellung*
7 farbige DIN-A1-Plakate mit Fotos, Grafiken und knappen Texten zu vergessenen Kriegen in Afrika, Nutznießern des Diamantenhandels und der Vorstellung der Kampagne ausleihbar



- CD-Rom*
Alle Texte und Fotos der Ausstellung auf einer Scheibe.



- Diamanten-Schürf-Becken*
Ein Hit für öffentliche Aktionen - und ein anschaulicher Einstieg ins Thema: Aus einem Sandkasten werden mit Sieben kleine Diamanten geschürft.



- Puzzle*
Europa ist Diamantenschauplatz. Wer das Puzzle zusammenlegt, erfährt, wo Diamanten gehandelt und finanziert werden – und warum Fatal Transactions in Europa am richtigen Ort ansetzt. Ausleihbar.



- Diamantenparcours*
Alle Materialien sind kombinierbar zu einem ansprechenden Diamantenparcours. Eine runde Sache für's Schulfest oder einen Präsentationstag. Einfach bei uns anfordern.



Bitte zurücksenden an:

medico international e.V., Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt
Tel. (069)944380, Fax (069)436002, Email: info@medico.de, www.medico.de

Kriege in Afrika und anderswo. Welchen Einfluss haben die unterschiedlichen Akteure wie Warlords, Söldner und internationale Konzerne auf die Kriege, denen schon tausende von Menschen zum Opfer gefallen sind? Wer sind die Gewinner des Verteilungskampfes um die reichen Rohstoffvorkommen? Welche Möglichkeiten gibt es, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten und »Inseln der Zivilität« zu schaffen?

Jede von außen gegebene Hilfe beeinflusst das Kräfteverhältnis und die Strategien der Kriegsparteien. *medico international* hinterfragt die eigene Rolle als Hilfsorganisation: Werden Hilfswerke zu Handlangern der Warlords oder ausländischer Interventionsarmeen? Wie können sie sich ihrer Funktionalisierung entziehen? Diese und weitere Fragen werden anhand von Länderbeispielen aus Afrika, Asien und Lateinamerika diskutiert.

ISBN 3-935964-05-6

ISBN 3-923363-30-3



medico international